

Edgar Einemann · Edo Lübbing

**ANDERS
PRODUZIEREN**

*Alternative Strategien
in Betrieb und Region*

Die Autoren

Edgar Einemann, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz., arbeitet seit 1975 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen.

1975-1980 Mitarbeit in einem industriesoziologischen Forschungsprojekt und in der Arbeiterbildung; 1980-1985 Arbeit im Arbeiterbildungs-Forschungsprojekt zu „Krise, Rationalisierung und Humanisierung“; zugleich Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen. Seit 1979 Mitglied der Kommission „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beim Bundesvorstand der Jungsozialisten.

Edo Lübbing, Betriebswirt grad., Dipl.-Ökonom, studierte nach dem Abschluß der Lehre als Groß- und Einzelhandelskaufmann und dem Besuch der Fachoberschule für Wirtschaft. 1978-1980 Angestellter in der Stabsabteilung Betriebswirtschaft eines Großbetriebes der Metallindustrie. 1981-1985 Arbeit im Projekt „Krise, Rationalisierung, Humanisierung“ des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen. Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Einemann, Edgar:

Anders Produzieren: alternative Strategien
in Betrieb und Region / Edgar Einemann;
Edo Lübbing. — 1. Aufl. — Marburg: SP-Verlag,
1985

ISBN 3-924800-33-2

NE: Lübbing, Edo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
3. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1985
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Martin Kreutter (Foto), Beate Faßnacht
(Satz und Grafik), Marburg

Satz: Reinhard Stang, Neue Pfälzer Post GmbH, Neustadt

Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda

Printed in Germany

ISBN 3-924800-33-2

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	9
I. Arbeit, Bewußtsein, Bildungsarbeit	13
1. Vorerst kein „Ende der Arbeitsgesellschaft“	13
1.1 Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich (13)	
1.2 Entwicklungstendenzen im Freizeitbereich (17)	
1.3 Politische und pädagogische Perspektiven (21)	
2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise	24
II. Betroffenenforschung für alternative Arbeitsbe- dingungen, Technologien und Produkte	41
1. Arbeitermedizin und Humanisierung 'von unten'	41
1.1 Arbeitsbedingungen und Humanisierungsinteres- sen (41) 1.2 Das Konzept einer „Humanisierung von unten“ (43) 1.3 Bildungsarbeit und Befragungsansatz (46) 1.4 Die Ergebnisse der Befragung (47) 1.5 Huma- nisierungsansätze (53) 1.6 Kooperations- und For- schungsperspektiven (55) 1.7 Forderungsschwer- punkte und Durchsetzungsstrategien zur Humanisie- rung der Arbeit (56)	
Dokument: Fragebogen Arbeitsbelastung	62
2. Rationalisierungsanalyse und Betroffenenforschung	65
2.1 Arbeiterbewegung und kapitalistische Rationali- sierung (65) 2.2 Indikatoren für die Rationalisierung- sanalyse (70) 2.3 Qualitative Ansätze zur Analyse be- trieblicher Rationalisierungsprozesse (75) 2.4 Arbeit- nehmerforschung als Bildungs- und Mobilisierungsin- strument (77)	
Dokument 1: Fragebogen Rationalisierung	80
Dokument 2: Bremer IG Metall zur Rationalisierung	90

3.	Rüstungskonversion und Alternative Produktion als betriebliche und politische Strategie	95
	3.1 Zur Notwendigkeit der Rüstungskonversion (95)	
	3.2 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig (98)	
	3.3 Rüstungsbeschäftigte für Alternative Produktion (101)	
	3.4 Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie (114)	
	3.5 Konversion als gesellschaftspolitische Strategie (117)	
	3.6 Zusammenfassende Thesen: Ideen und Realisierungsbedingungen einer Alternativen Produktion (121)	
	Dokument: Fragebogen zur Alternativen Produktion	124
III.	Alternative Regionalpolitik	128
1.	Zum politischen Ansatz einer alternativen Strukturpolitik auf dezentraler Ebene	128
	1.1 Unzureichende Antworten auf die politische Krise (128)	
	1.2 Umriss einer Alternative (130)	
	1.3 Kommunale und regionale Ansatzpunkte (132)	
2.	Das Beispiel London: Mobilisierende Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	133
	2.1 Der politische Ansatz (133)	
	2.2 Beteiligung der Betroffenen und dezentrale Demokratisierung (135)	
	2.3 Das Frühwarnsystem (139)	
	2.4 Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (140)	
	2.5 Die Technologiennetze (142)	
	2.6 Alternative dezentrale Energiepolitik (145)	
	2.7 Der politische Kampf um London (147)	
3.	Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer alternativen Produktion	149
	3.1 Als Beispiel: Regionale Strukturkrise in Bremen (149)	
	3.2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik (151)	
	3.3 Ein Beispiel: Ansiedlungsgesellschaft und Innovationsberatung in den Niederlanden (153)	
	3.4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft (154)	
	3.5 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien als Ausdruck regionaler Industriepolitik (165)	

IV. Energiepolitik in der Bundesrepublik und Alternativen der regionalen Energieversorgung	169
1. Die Energieerzeugung und der Energieverbrauch in der Bundesrepublik	170
2. Energieprognosen	173
2.1 Die Prognosen der Bundesregierung und der Energieunternehmen (174)	
2.2 Die Prognosen des Öko-Instituts und der Kernenergie-Enquete-Kommission (176)	
3. Die Energiepolitik der Bundesregierung und die Chancen einer anderen Energieversorgung	180
3.1 Die Energiepolitik der Bundesregierung: Der harte Weg (180)	
3.2 Zur Kritik der Kernenergie (183)	
4. Für eine andere Energiepolitik: Der sanfte Weg	185
4.1 Das Kriterium Energieeinsparungen (186)	
4.2 Das Kriterium der Schonung der nicht regenerierbaren Ressourcen (188)	
4.3 Das Kriterium der Umweltschonung (189)	
4.4 Das Kriterium der sozialen Verträglichkeit (189)	
4.5 Voraussetzungen für den 'sanften' Weg (190)	
5. Konzepte zur städtischen Wärmeversorgung	191
5.1 Die Kraft-Wärme-Kopplung (193)	
5.2 Regionale Energiekonzepte (194)	
5.3 Dezentrale Energieversorgung (199)	
6. Energieversorgung und Arbeitsplätze	200
Dokument: Kleine Begriffserklärung	205
V. Anhang: Thesen zur Sozialistischen Wirtschaftspolitik	207
Literatur	215
Abkürzungen	228

Vorbemerkung

Die vorliegenden Texte stellen Ergebnisse des Projekts „Krise, Rationalisierung und Humanisierung als Gegenstand von Arbeiterbildung“ vor, das von 1981 bis Mitte 1985 im Kooperationsbereich zwischen der Universität und der Arbeiterkammer Bremen durchgeführt wurde.

Unser Dank gilt vor allem jenen Arbeitern und Angestellten, die an den von uns angebotenen Seminaren teilgenommen und mit uns solidarisch diskutiert haben; wir hoffen, daß sie von uns ebenso viel gelernt haben, wie wir von ihnen. Im Rahmen der engen Kooperation mit Belegschaftsvertretern aus einzelnen Betrieben, die die Voraussetzung der gesamten Projektarbeit war, danken wir insbesondere Ludwig Hettling, Ludwig Ladewig, Jörg Fischer, Manfred True und Manfred Nieft von MBB Bremen sowie Fritz Bettelhäuser, Rolf Spallek und Dieter Seidel vom Bremer Vulkan.

Für die intensive Zusammenarbeit im Arbeitskreis Rationalisierung der Bremer IG Metall danken wir Detlef Dahlke, Rainer Kegler und Inge Böttcher, die diesen Kreis jahrelang geleitet haben. An der Erarbeitung unserer Überlegungen zu einer alternativen Regionalpolitik und ersten Seminarkonzepten waren Gerd Markus und Gerald Graubner aus der Bremer SPD beteiligt, denen wir herzlich danken. Viele Hinweise und Anregungen sowie gründliche Information über das Londoner Modell verdanken wir Mike Cooley, dessen vorbildhafte Arbeit uns immer wieder ermutigt hat. Wesentlichen Anteil am Gelingen der Projektarbeit hatte darüber hinaus die wohlwollende Unterstützung durch die Arbeiterkammer Bremen (insbesondere durch Gerd Klöver, Walter Franke und Rolf Paarmann) sowie durch Heinz Meincking von der Bremer Ortsverwaltung der IG Metall. Ein großer Teil der Bildungsarbeit wurde mit Hilfe von Gerd Schumacher vom Berufsbildungswerk des DGB Bremen durchgeführt.

An der Universität sind wir besonders von Adolf Brock aus dem Kooperationsbereich und Wolfgang Hindrichs aus dem Studiengang Weiterbildung unterstützt worden, denen wir für viele produktive Dis-

kussionen und Anregungen danken. Unser Dank gilt auch Günter Bouwer für seine Hinweise zur Rüstungskonversion insbesondere bei MBB Bremen und Detlev Gross für die Übersetzung von Dokumenten der Londoner Stadtverwaltung. Fred Manske aus dem SOFI Göttingen hat uns im Rahmen eines Werkvertrages bei der Beschreibung der Folgen des Einsatzes neuer Technologien und der Skizzierung von gewerkschaftlichen Alternativkonzepten geholfen. An der Planung, Durchführung und Auswertung fast aller Seminare war der Kollege Manfred Schürz aus dem Kooperationsbereich beteiligt. Unser besonderer Dank gilt unserer Produktionssekretärin Inge Huß, die uns viele organisatorische Arbeiten abgenommen und sämtliche Manuskripte und Veröffentlichungen geschrieben hat.

Einleitung

In dem vorliegenden Buch werden strategische Ansätze dargestellt, die auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere der arbeitenden Menschen zielen und an ihren Sorgen und Nöten sowie an ihrem Denken und ihren Handlungsmöglichkeiten anknüpfen. In den Texten kommen die besondere Anlage und Arbeitsweise des Projekts zum Ausdruck, aus deren Diskussionszusammenhang sie entstanden sind: es war uns möglich, im Rahmen der Kooperation zwischen der Universität und der Arbeiterkammer Bremen wissenschaftliche Forschungsarbeit und Erwachsenenbildungspraxis, die Arbeit an theoretischen Konzepten und ihrer Umsetzung miteinander zu verbinden, ohne inhaltlicher Kontrolle oder einer Abhängigkeit von Drittmittelgebern zu unterliegen. Uns ging es um die Weiterentwicklung und praktische Erprobung strategischer Alternativkonzepte und emanzipatorischer Bildungsansätze zur Stärkung einer kritischen Arbeiterbewegung, der wir für den notwendigen Prozeß der Gesellschaftsveränderung eine zentrale Rolle beimessen und ohne die nach unserer Überzeugung auch die neuen sozialen Bewegungen kaum realistische Durchsetzungschancen haben. Wir hatten nicht primär die Mitarbeit an der Entwicklung nationaler Partei- oder Gewerkschaftsprogramme und auch nicht deren optimalen „Verkauf“ an die Basis im Auge, sondern wollten dezentral ansetzen: zum einen müssen alle „großen“ Programme „unten“ umgesetzt werden und zum anderen setzt die Durchsetzung von Veränderungen eine Aktivierung der breiten Massen voraus, die auf Dauer nur durch das Anknüpfen an konkreten Erfahrungen und die Ausnutzung realer Handlungschancen vorstellbar ist. Unter den Stichworten „*Krise, Rationalisierung, Humanisierung*“ sollten Betroffenheiten und Erfahrungen aufgearbeitet und diskutiert sowie Problemlösungsansätze konzipiert werden, die die betrieblichen und regionalen Handlungsmöglichkeiten bis an ihre Grenzen ausschöpfen — es ging um die Entwicklung dezentraler politischer Mobilisierungsstrategien in einem Prozeß des wechselseitigen

Lernens von abhängig Beschäftigten und Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen. Die vorliegenden Texte sind Darstellungen und Ausdruck dieser Kooperation, dokumentieren allerdings auch nicht oder nur begrenzt durchgesetzte Konzepte.

Gegenstand der Darstellung sind nicht massenhaft verbreitete Einsichten oder politische Leitlinien bedeutender Organisationen; wir berichten über die nach unserer Ansicht weitreichendsten Handlungsstrategien und „strategischen Qualifikationen“, die sich bei sehr kleinen, intensiv arbeitenden Gruppen konzentrieren und die eine Keimzelle für weiterführende Diskussionen und Politikkonzepte sein können. Über die einzelnen Seminarkonzepte, -verläufe und -ergebnisse sowie Einschätzungen zu den politischen Resultaten wird in einem zweiten Band berichtet.

Im ersten Abschnitt dieses Buches wird im Anschluß an die Diskussion über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ die anhaltend zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit und der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen betont, auf den Zusammenhang von Arbeit und Freizeit verwiesen sowie die Notwendigkeit einer breiten politischen und kulturellen Bildung erläutert (I.1.). Als besonders wichtiger Hintergrund für Bildungsprozesse werden anschließend die Reaktionen der abhängig Beschäftigten auf die Wirtschaftskrise untersucht und neben dem Hinweis auf die drohenden Gefahren auch Anknüpfungspunkte für eine emanzipatorische Bewußtseinsbildung benannt (I.2.). Wir gehen davon aus, daß die Verletzung einer Vielzahl menschlicher Interessen die Entfaltung von politischen Lernprozessen ermöglicht, die auch humane Perspektiven in Produktion und Ökonomie eröffnen. Die Initiierung und Stabilisierung von Prozessen der Bewußtseinsbildung und des Handelns zur Durchsetzung der eigenen Interessen, die Entfaltung der politischen Kultur und die Bildung von gesellschaftlicher Gegenmacht sind zentrale Aufgaben der Arbeiterbewegung. Einer solchen Entwicklung stehen z.B. die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die Differenzierung der abhängig Beschäftigten, die unterschiedliche Betroffenheit und Wahrnehmung von Krisen- und Rationalisierungstendenzen, die hohen Arbeitsbelastungen und die eingeschränkte Kommunikation außerhalb der Arbeit sowie die Schwächung der Gewerkschaften entgegen, deren Strukturen und politische Praxis die veränderten Bedingungen noch nicht ausreichend reflektieren. Eine

gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeit besteht darin, dezentrale Politisierungskonzepte weiterzuentwickeln und mit einer betrieblich und regional ansetzenden Bildungsarbeit zu verknüpfen. Für uns wären langfristige politische Lern- und Handlungsprozesse, in deren Verlauf die Betroffenen selbst kleinere Forschungsarbeiten zur Selbstaufklärung und Mobilisierung ihrer Kollegen durchführen, eine Idealvorstellung.

Im zweiten Kapitel werden strategische Alternativen und Aktivitäten im Rahmen einer solchen Betroffenenforschung beispielhaft vorgestellt. Auf den Erhalt der Gesundheit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zielte eine Initiative Bremer Werftarbeiter zur Humanisierung der Arbeit (II.1.), an die unsere Projektarbeit anknüpfte.

Die sich verschärfenden Rationalisierungstendenzen und der Einsatz neuer Technologien bildeten den Ausgangspunkt für eine kurze Beschreibung der kaum ausreichenden Schutzvereinbarungen, die Aufarbeitung möglicher Analyseansätze und die Entwicklung eines Konzeptes der Betroffenenforschung auch zu diesem Thema (II.2.). Der Fragebogenentwurf eines lokalen IG Metall-Arbeitskreises „Rationalisierung“, an dem wir seit Jahren beteiligt sind, wird dokumentiert — die Befragung selbst ist aus einer Vielzahl von Gründen bisher leider nicht zustande gekommen.

Als ausgesprochen erfolgreich ist demgegenüber die im Mittelpunkt unseres Projektes stehende betriebsnahe Bildungsarbeit mit den Beschäftigten aus der Luftfahrtindustrie zu bezeichnen. Hier ist es gelungen, in einem intensiven Prozeß der Kooperation zur Stabilisierung einer Belegschaftsinitiative für eine alternative Produktion beizutragen, die als Antwort auf Krise, Rationalisierung und Rüstungsproduktion die Herstellung sozial nützlicher Güter vorgeschlagen und im Rahmen ihrer Aktivitäten u.a. eine Belegschaftsbefragung durchgeführt hat (II.3.).

Die Erkenntnis, daß z.B. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Umsetzung einer alternativen Produktion und die Stabilisierung von Belegschaftskooperativen nicht nur auf der betrieblichen Ebene allein erfolgen kann und steuernde gesellschaftliche Eingriffe notwendig sind, war eine Begründung für unsere Auseinandersetzung mit alternativen regionalpolitischen Möglichkeiten. Alternative betriebliche Produktionskonzepte (z.B. Herstellung von ressourcenschonenden dezent-

tralen Energietechnologien) erfordern häufig auch alternative Versorgungskonzepte (z.B. in der Energiepolitik) und zielen auf soziale Bedarfspotentialer, in denen die öffentliche Hand der zentrale potentielle Nachfrager ist. Die weitgehende Untätigkeit konservativer Zentralregierungen auf dem Feld der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die besonders starke Betroffenheit der norddeutschen Küstenregion (es gibt kaum Arbeitsmarktperspektiven für Entlassene) war ein weiterer Ausgangspunkt für Überlegungen zu einer alternativen regionalen Wirtschaftspolitik, die sowohl auf die Mobilisierung der Bevölkerung zielen als auch neue Umsetzungsinstrumente einsetzen muß. Wir berichten zunächst über das derzeit umfassendste Alternativkonzept, dessen Realisierung in London angestrebt wird (III.2.); nicht zufällig sind hier viele Kollegen stark engagiert, die vor einiger Zeit den Kern der Belegschaftsinitiative für eine alternative Produktion im britischen Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace gebildet haben. Anschließend stellen wir unser Konzept für eine alternative regionale Wirtschaftspolitik vor, in deren Zentrum eine Eigengesellschaft der öffentlichen Hand u.a. als Instrument zur Bündelung der staatlichen Wirtschaftskraft (Einkauf, Subventionen, Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen) und zum Aufbau des für Steuerungsleistungen notwendigen Know hows (Prognosen, Betriebsanalysen, Sanierungskonzepte) steht; darüber hinaus werden mögliche Veränderungskonzepte für einzelne gesellschaftliche Bereiche skizziert (III.3.).

Abschließend erfolgt die ausführliche Konkretisierung eines Alternativkonzeptes am Beispiel der dezentralen Energieversorgung (IV.), weil auf diesem Feld häufig kommunale Handlungsmöglichkeiten bestehen. Hier könnte ein Zusammenwirken von Ansätzen einer alternativen Produktion und einer alternativen Regionalpolitik erfolgen, das zugleich zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, zum Einsparen von Ressourcen und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beiträgt.

Uns ist bewußt, daß durchgreifende Veränderungen in den Betrieben und Regionen einen grundlegenden Wandel der Bundespolitik erfordern — nur durch andere Prioritäten im Bund sind z.B. die vergeudeteten Milliarden für die Aufrüstung, das Atom-Programm und die Arbeitslosigkeit einer sinnvollen Verwendung zuzuführen. Deshalb skizzieren wir im Anhang unsere Vorstellungen zu einer sozialistischen Wirtschaftspolitik (V.).

I. Arbeit, Bewußtsein, Bildungsarbeit

1. Vorerst kein „Ende der Arbeitsgesellschaft“

Ralf Dahrendorf nutzte den Soziologentag 1982 zur Verkündung des absehbaren „Endes der Arbeitsgesellschaft“. Nachdem er die Gewerkschaften sowohl für die zunehmende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht als auch wegen ihrer Bemühungen um eine Vollbeschäftigung kritisiert hatte, deutete er „den Weg zu einer Gesellschaft der Tätigkeit“ als positive Alternative an (Dahrendorf 1983, 37). Auch die neokonservativen Theoretiker der „postindustriellen Gesellschaft“ beschreiben den sozialen Wandel in den Industriegesellschaften zugunsten des Dienstleistungsbereichs und der Freizeit als quasi-automatische positive Tendenz, die das Festhalten an Kategorien wie „Kapitalismus“ oder „ökonomische Basis“ sowie die genaue Betrachtung der Veränderungen der gesellschaftlichen Arbeit als antiquiert erscheinen läßt. So behauptet z.B. Daniel Bell, die Gesellschaft werde „primär nicht von der Wirtschaft, sondern von der Politik bestimmt“ und „die wichtigste Klasse“ setze sich „überwiegend aus Akademikern“, und zwar aus „Wissenschaftlern, Technologen, Verwaltungsexperten und Kulturschaffenden zusammen“ (Bell 1975, 265 f).

1.1 Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich

Hierzu zunächst fünf Feststellungen:

- 1) Es gibt nach wie vor eine strukturelle Dominanz und eine gesellschaftliche Hegemonie derjenigen, die Kapital besitzen oder darüber verfügen; dieser Tatbestand wird selbst durch den Flick-Skandal nur unzureichend erhellt.
- 2) Der erbitterte Widerstand der Unternehmer gegen durchgreifende Arbeitszeitverkürzungen verweist auf den fortbestehenden gesellschaftlichen Interessengegensatz, spricht gegen eine quasi-

automatische Entwicklungstendenz zur „Freizeitgesellschaft“ (Scheuch 1977, 152) und läßt die Gewerkschaften als einzig relevante Kraft erscheinen, die etwas zur Realisierung der „Gesellschaft der Tätigkeit“ unternimmt.

3) Die einschneidende staatliche Sparpolitik mit ihren fatalen Folgen vor allem im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich belegt die Abhängigkeit der politischen Gestaltungsspielräume von „der Wirtschaft“ sehr deutlich.

4) Bei aller Kritik der statistischen Kategorien muß man feststellen, daß 1983 auch in der Bundesrepublik die Mehrzahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt ist (13 von 25 Millionen) und die Angestellten und Beamten mit 47 Prozent die größte Erwerbstätigen-gruppe darstellen (WSI 1984, Stat. Bundesamt 1983). Allerdings gibt es immer noch über 10 Mio. Arbeiter, und der Angestelltenstatus signalisiert nur begrenzt eine privilegierte Lebenssituation: 61 Prozent aller Haushalte verfügen über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als DM 2.500 (Stat. Bundesamt 1983).

5) In den westlichen Industrienationen hat sich trotz einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent in der Zeit von 1970 bis 1979 die Zahl der Arbeitsplätze erheblich vermehrt, und zwar von 299 auf 327 Mio. Dieses überraschende Ergebnis veranlaßte Joseph Huber zu der Feststellung: „Man mag dies bedauern oder begrüßen, über die 'Abschaffung der Arbeit' ebenso wie über das 'Ende der Industriegesellschaft' zu fabulieren, ist glatte Desinformation“ (Huber 1984, 170).

Es muß also um die skizzenhafte Analyse der Entwicklungstendenzen der Arbeit im Rahmen einer kapitalistischen Industriegesellschaft gehen, und das sowohl unter dem Aspekt der 'objektiven' Strukturen wie der 'subjektiven' Disposition der Individuen. Hierzu vier Thesen: 1) Die auf dem Dortmunder Soziologentag 1984 offen ausgetragene Kontroverse über die „Zukunft der Industriearbeit“ wurde von Horst Kern und Michael Schumann auf der Basis ihrer neuesten Studie mit einer überraschenden These eröffnet: Danach erfolgen die sich in den Kernbereichen der Industrie vollziehenden technischen und organisatorischen Veränderungen auf der Basis von unternehmerischen Produktionskonzepten, in denen der menschlichen Produktivitätskraft eine erhöhte Bedeutung zukommt und die durch die Betonung von Qualifikationen und Dispositionsmöglichkeiten sogar in die Richtung einer

Aufhebung von Arbeitsteilung tendieren. Diese sozial gesteuerten und nicht auf technologische Sachzwänge zurückgehenden Produktionskonzepte eröffnen positive Perspektiven und Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung der Arbeit für die Gruppe der Rationalisierungsgewinner; ihnen stehen im Kernbereich der Industrie aber in ihren Interessen bedrohte Rationalisierungsduldner gegenüber, und als Verlierer haben sowohl die Beschäftigten der Krisenbranchen wie die Arbeitslosen zu gelten (Kern/Schumann 1984, ähnlich Brandt 1981). Aber es gibt empirisch begründete Zweifel an der generellen Gültigkeit der optimistischen These von den Rationalisierungsgewinnern: Sie gilt möglicherweise nur für die Einführungsphasen neuer Systeme, bezieht sich nur auf eine sehr geringe Zahl von Arbeitnehmern und übersieht z.B. die Tendenzen zur „Mechanisierung der geistigen Arbeit“ (Bechmann u.a. 1979) durch den Computereinsatz, die schon zu kritischen Reaktionen von Ingenieuren geführt haben (Cooley 1978, Duhm u.a. 1983). In diesem Zusammenhang verdient auch der Aufbau und die Vernetzung von neuen inner- und außerbetrieblichen Kontroll- und Kommunikationstechnologien Beachtung.

Die Ansätze zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Verlagerung von Computer-Arbeitsplätzen in den häuslichen Bereich scheinen eher auf eine Intensivierung der Arbeit als auf eine relevante Arbeitszeitverkürzung hinauszulaufen.

Zum Thema „Arbeit und Technik“ belegen u.a. unsere Wertstudie (Schumann u.a. 1982), die Arbeiten der Gruppe um R. Becker-Schmidt über berufstätige Frauen (Becker-Schmidt 1984) und das Peiner Humanisierungsprojekt (W. Fricke u.a. 1981)

- daß man weder für alle Arbeitnehmergruppen noch in jeder Interessendimension von negativen Rationalisierungserfolgen, also von einer weiteren Differenzierung der Arbeit auszugehen hat und
- daß trotz aller Problematik der Arbeitssituation bei den Beschäftigten ein Interesse an der inhaltlichen Gestaltung der Arbeit und am Einbringen der eigenen Person vorhanden ist, so daß von einer ausschließlich „instrumentellen Arbeitsorientierung“ keine Rede sein kann.

2) Die durch hohe Exportquoten belegten Erfolge bundesdeutscher Unternehmen auf den Weltmärkten und der auch 1984 zu konstatierende große gesellschaftliche Reichtum basieren auf der Leistung von

25 Mio. Erwerbstätigen, die ihre Einkommen allein in der Zeit von 1965 bis 1978 verdreifachen konnten (Bischoff/Maldaner 1980, 187). Allerdings sind deutlich rückläufige bzw. negative Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft (von 1975 auf 1970 nur 10 Prozent statt 36 Prozent von 1965 auf 1960) nicht zu übersehen.

Krisen und Rationalisierungstendenzen sowie die demographische Entwicklung hatten die Prognostizierung von ca. 4,5 Mio. Arbeitslosen für 1990 (IAB) zur Folge, was unter Einschluß der sogenannten stillen Reserve eine über 50-prozentige Steigerung gegenüber dem heutigen Stand bedeuten würde. Schon sprechen kritische Analytiker von der Zwei-Drittel-Gesellschaft der Habenden und konservative Sozialpolitiker denken über die Regierbarkeit der Republik bei 15 bis 20 Prozent dauerhaft ausgegrenzter und kaum noch unterstützter Menschen nach. Der gesellschaftliche Skandal der Arbeitslosigkeit u.a. von 660.000 Jugendlichen unter 25 Jahren, die einschneidenden psychischen und sozialen Folgen sowie die zunehmende Armut durch Ausgrenzung aus der Arbeitslosenunterstützung (Balsen u.a. 1983, WSI 1984) erfordern politische Lösungen, von denen eine in der radikalen Verkürzung der Arbeitszeit liegen müßte (Mayr/Janßen 1984). Arbeitslosigkeit und Armut sind keine Chance (Dahrendorf 1983), sondern ein individuell und gesellschaftlich ebenso trauriger wie bedrohlicher Zustand: vor allem die Arbeitslosen-Studien von Marie Jahoda belegen die zentrale Bedeutung der Arbeit für die menschliche Identität (Jahoda 1975, 1983) und neuere Untersuchungen über das Krisenbewußtsein der Beschäftigten signalisieren eine große Anfälligkeit für scheinbar plausible autoritär-nationalistische Krisenlösungsansätze (Bierbaum u.a. 1977, Einemann 1982, Zoll 1984).

3) Der technische Wandel und die erkämpften Arbeitszeitverkürzungen haben insgesamt kaum zu einem nennenswerten Abbau der mit der Erwerbsarbeit verbundenen Belastungen geführt. Die statistische Verringerung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit von 2.100 Std. im Jahre 1952 auf 1.600 Std. im Jahre 1983 und die Verlängerung des Urlaubs auf 29 Tage wurde z.B. begleitet von einer erheblichen Ausweitung der Schicht- und Wochenendarbeit und von längeren An- und Abfahrtswegen zur Arbeit. Die Intensivierung der Arbeit, die nach wie vor über 2 Mio. Arbeitsunfälle jährlich, immer wieder festgestellte gesundheitliche Störungen der Arbeitnehmer und die Tatsache,

daß über die Hälfte der Erwerbstätigen vor dem Erreichen des Rentenalters aus dem Produktionsprozeß ausscheidet, belegen u.a. die hohen Gesamtbelastungen der Arbeitnehmer, wobei die Grenze zwischen körperlichen und nervlichen Belastungen kaum zu ziehen ist.

4) Hohe Belastungen in der Arbeit, eine zumindest vage Vorstellung von den auf Basis des vorhandenen Reichtums gegebenen individuellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten sowie die Duldung oder aktive Mitwirkung an der Produktion gesellschaftlicher Irrationalitäten haben bei relevanten Gruppen der Beschäftigten einen Wertewandel (Klages/Kmieciak 1979) eingeleitet, der jedoch nur begrenzt verhaltenswirksam wird bzw. werden kann. Die rücksichtslose Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen führt zu destruktiven Entwicklungen, die das menschliche Leben in Arbeit und Freizeit ernsthaft bedrohen. Immer mehr Menschen wird klar, daß sich diese Gesellschaft kaum länger den Luxus leisten können, z.B. 50 bis 80 Mrd. DM jährlich durch Umweltschäden, über 100 Mrd. DM durch die Arbeitslosigkeit, ca. 30 Mrd. DM für berufsbedingte Erkrankungen und 50 Mrd. DM für die Rüstung zu vergeuden. Die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung und neue Aktivitäten der Arbeiterbewegung sind eine Ausdrucksform des durch die gesellschaftliche Entwicklung ausgelösten Wertewandels; ein anderer Ausdruck ist der sich zumindest in einigen Bevölkerungsgruppen ausbildende und von Opaschowski beschriebene „freizeitkulturelle Lebensstil“ (Opaschowski 1983, 69f), in den eine stärkere Orientierung auf das „Sein“ anstelle auf das „Haben“, um mit Erich Fromm zu sprechen (Fromm 1976), eingeht.

1.2 Entwicklungstendenzen im Freizeitbereich

Die Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich haben Konsequenzen für den Freizeitbereich, die wiederum auf den Sektor der Produktion zurückwirken. Außerdem sind relativ eigenständige Entwicklungen im Freizeit- und Kulturbereich zu analysieren.

1) Die identitätsbedrohenden Folgen der erzwungenen Freizeit für die Arbeitslosen erfordern eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für alle Beschäftigten. Trotzdem behält die Arbeit ihren zentralen gesell-

schaftlichen Stellenwert; sie prägt und belastet den Menschen stärker, als statistische Zahlen zum Ausdruck bringen. So dürfen z.B. die Dauer der An- und Abfahrt zur Arbeit, die Folgen der Schichtarbeit und die statistisch kaum erfaßte Schwarzarbeit mit einem Volumen von ca. 40 Mrd. DM und 400.000 Arbeitsplätzen jährlich (Burgdorff 1983, 18) nicht vergessen werden. Bei aller Relativierung von wahrscheinlich zu optimistischen Zahlen kann aber eine Tendenz zur Zunahme der von Erwerbsarbeit freien Zeit festgestellt werden, die aufgrund der Einkommensverbesserungen unter Einsatz der privat verfügbaren Mittel genutzt wird. Nach Erhebungen von Opaschowski hat die nicht durch Schlafen, Essen, Anziehen und Arbeitswege gebundene täglich verfügbare freie Zeit von 2,5 Std. im Jahr 1952 auf 4,5 Std. im Jahr 1983 zugenommen; zugleich haben sich die jährlichen Ausgaben eines Haushaltes mit mittlerem Einkommen für Freizeitwecke allein von 1970 bis 1981 auf ca. DM 5.000 gesteigert und damit mehr als verdreifacht (Opaschowski 1983, 43, 48). Die umfangreiche Ausstattung der Privathaushalte mit technischen Geräten und der sinkende Ausgabenteil der Aufwendungen für das Lebensnotwendigste tragen zur Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten bei und sind zugleich ein Beleg für die Bedeutung der „ökonomischen Basis“ der Gesellschaft. Allerdings hat die Expansion der Freizeitausgaben Rückwirkungen auf den Produktionsbereich. Man schätzt den Umsatz der Freizeit- und Kulturindustrie auf ca. 150 Mrd. DM jährlich (vgl. Spiegel 1983, 131) und die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten auf ca. 4 Mio. (Opaschowski 1983, 47). Auch wenn diese Zahlen als etwas zu hoch angesetzt erscheinen: Sie belegen unabweisbar nicht direkt vom Produktionsprozess abhängige, zahlungsfähige, millionenfache individuelle Entscheidungsmöglichkeiten mit erheblichen gesellschaftlichen Konsequenzen.

2) Die durch den technischen und organisatorischen Wandel eher verstärkte Tendenz zur Differenzierung der Arbeitssituationen sowie die Unterschiede in den Qualifikations- und Gehaltniveaus konstituieren — neben den alten „Klassenlinien“ — auch ein unterschiedliches Freizeitverhalten. So verschieden wie die Möglichkeit des Einbringens der eigenen Person in die Arbeit ist, so unterschiedlich ist auch die im Freizeitbereich durch eigene Aktivitäten erreichte Stabilisierung der Identität. Die „Kompensationsthese“ (z.B. Habermas 1958), nach der in der Freizeit ein Ersatz für die in der Arbeit unmögliche personelle Ent-

faltung gesucht und gefunden wird, erweist sich in beide Richtungen als unhaltbar. Zum einen kann das Theorem der ausschließlich „instrumentellen Arbeitsorientierung“, die die Arbeit nur unter dem Aspekt des Geldverdienens betrachtet, als empirisch und theoretisch widerlegt gelten; zum anderen belegen sozialstatistische und soziobiographische empirische Analysen eher eine Verlängerung der Arbeitserfahrungen in den Freizeitbereich. Schichtarbeiter kommen z.B. in ihrer Freizeit kaum über die Regeneration ihrer Kräfte hinaus: „Die tägliche Arbeit bestimmt auch dort die außerbetriebliche Lebensweise, wo man scheinbar frei von ihr ist“ (Schlösser 1981, 157). Darüber hinaus stellte das Göttinger SOFI fest: „Je weniger dagegen die Arbeit restringiert ist und somit subjektive Identifikation mit ihr gestattet, umso mehr wird auch die außerbetriebliche Zeit als Möglichkeit zur Entfaltung begriffen“ (Osterland 1975, 181). Bei der Ausübung von Ehrenämtern z.B. in Sportvereinen wurde eine deutliche Dominanz der höheren sozialen Schichten festgestellt (Bischoff/Maldaner 1980, 268), und unter den Funktionären von politischen Parteien sind Arbeiter kaum noch zu finden (für die SPD vgl. z.B. Raschke 1974).

3) Die Beschreibung von Ansätzen eines gesellschaftlichen Wertewandels, der u.a. sozialen und selbstbestimmten Aktivitäten eine erhöhte Bedeutung zuweist und für den Freizeitbereich als Herausbildung eines „freizeitkulturellen Lebensstils“ (Opaschowski 1983) charakterisiert wurde, darf nicht den Blick auf die dominanten Freizeitbeschäftigungen und ihre Folgen verstellen. Bei allen theoretischen, definitorischen und methodischen Problemen, auf die Nauck hingewiesen hat (Nauck 1983), bestätigt die Untersuchung der Freizeitaktivitäten die schon 1961 von Jürgen Habermas formulierte These vom „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1962). 60 Prozent der „freien Stunden“ werden für den Konsum von Massenmedien (Fernsehen, Musikhören, Zeitungen und Bücher lesen) aufgebracht, und bei den regelmäßig oder häufig ausgeübten Aktivitäten sind das Fernsehen und das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften bei über 75 Prozent der Befragten einsame Spitzenreiter (Spiegel 1983). Die Ausgaben für eher aktive Betätigungen im Do-it-Yourself-Bereich, für Sport und Gartenarbeit haben zwar hohe Steigerungsraten, ihr Anteil an den Freizeitstunden beläuft sich aber insgesamt lediglich auf ca. 15 Prozent (Opaschowski 1983, 48; Spiegel 1983). An dieser Situation hat

auch die herrschende Kulturpolitik nichts geändert: Während die traditionelle Kulturpolitik täglich maximal 500.000 Menschen erreicht, besitzen ca. 20 Mio. Bundesbürger ein Fernseh- und Radiogerät und die Tageszeitungen erreichen Auflagehöhen von über 20 Mio. Exemplaren (Bischoff/Maldaner 1982, 263). Den gut 4 Mrd. DM, die die öffentlichen Haushalte jährlich für den Kulturbereich ausweisen, standen 1983 Ausgaben der privaten Haushalte für Bildung und Unterhaltung in Höhe von 71 Mrd. DM gegenüber (Bischoff/Maldaner 1982, 240). Mit den neuen Medien und Kommunikationstechnologien droht eine weitere Verschärfung der mit der Form der einseitigen und von Großkonzernen gesteuerten Massenkommunikation verbundenen Probleme, die u.a. in der Verstärkung der Passivität, der Entpolitisierung und auch der Verbreitung reaktionären Gedankenguts zu sehen sind (vgl. z.B. Negt/Kluge 1972). Zu betonen ist allerdings, daß sich diese Entwicklung keineswegs als technologisches oder ökonomisches Zwangsgesetz durchsetzt, sondern sowohl politisch als auch durch das Verhalten des Einzelnen zu beeinflussen ist. Polemisch formuliert: Keiner der Millionen Menschen, die täglich die Bild-Zeitung kaufen, wird zu dieser Tat gezwungen; auch sind die Massenmedien nicht völlig immun gegen den Publikumsgeschmack, wie z.B. die wachsende Bedeutung ökologischer Themen selbst in den Unterhaltungszeitschriften verdeutlicht. Theoretisch ist durchaus vorstellbar, daß die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung im Bereich der Nichtarbeit genutzt werden, zur Politisierung der Menschen führen und eine kritische Rückwirkung auf den Produktionsbereich zur Folge haben (Kern/Schumann 1973, 157 f; Bischoff/Maldaner 1980, 164, 278; Fricke u.a. 1981, 238). Dies wird aber nicht durch eine staatliche Kulturpolitik gefördert, die den größten Teil der verfügbaren Mittel zur Subvention der „Hochkultur“ (1,6 Mrd. DM für Theater und Oper) einsetzt, für Volkshochschulen nur ca. 300 Mio. DM über hat und dezentralen Initiativen kaum mehr als 50-60 Mio. DM zuweist (Bischoff/Maldaner 1982, 250 ff).

1.3 Politische und pädagogische Perspektiven

Man kann durchaus mit Adorno einen „Widerspruch zwischen der demokratischen Ordnung und dem tatsächlichen Bewußtsein derer, die durch die Verhältnisse nach wie vor zur Unmündigkeit verhalten sind“ (Adorno 1962, 66), konstatieren. Aber im Arbeits- wie im Freizeitbereich haben weder restriktive Arbeitsbedingungen noch die Freizeit- und Kulturindustrie eine völlige „Entmenschlichung“ des Menschen und eine Zerstörung der subjektiven Identitäten und Interessen erreicht. Es gibt sowohl im Bewußtsein als auch im Handeln der Menschen Anknüpfungspunkte für politische und pädagogische Ansätze, die auf eine Stärkung der Autonomie und Kompetenz der Persönlichkeit sowie des demokratischen Bewußtseins zielen und sich mit dem Etikett „emanzipatorisch“ kennzeichnen lassen. Menschen können befähigt werden, ihre Situation als gesellschaftliche zu analysieren, ihre Persönlichkeit zu entfalten und zur Durchsetzung ihrer Interessen sowohl ihr eigenes Verhalten als auch gesellschaftliche Verhältnisse zu ändern.

Die für solche Lernprozesse erforderlichen Kommunikationsstrukturen, von Habermas als „kritische Publizität“ (Habermas 1962, 294) und von Negt/Kluge als „proletarische Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972, 106) bezeichnet, lassen sich nicht über alternative große Apparate, sondern nur durch dezentral ansetzende Aktivitäten aufbauen (vgl. Adorno 1962, 65). Die Einleitung von Prozessen eines möglichst selbstbestimmten „lebenslangen Lernens“ als wesentliche Bedingung für Emanzipation gilt sowohl in der Erwachsenenbildung (Siebert 1972, Görs 1978) als auch in der kommunalen Kulturpolitik (Hoffmann 1974, 135) und in der Freizeitpädagogik (Opaschowski 1983, 140) als zentrales Ziel. Bildungs- und Emanzipationsprozesse der „einfachen“ Menschen in den Stadtteilen und Betrieben, die oft zugleich politische Prozesse sind, stellen eine wesentliche Rahmenbedingung für die gesellschaftlichen Veränderungen dar. Die Initiierung und Stabilisierung solcher längerfristigen Entwicklungen bedarf nach den bisherigen Erfahrungen trotz aller wünschenswerter Selbstorganisation der Moderation und Unterstützung durch externe und besonders ausgebildete Berater; Ivan Illichs beißende Kritik der „neuen Gattung von Selbsthilfeexperten“ (Illich 1983, 69) eröffnet kaum reale Perspektiven.

Prozesse der emanzipatorischen Bewußtseinsbildung können und müssen sowohl im Arbeits- wie im Nichtarbeitsbereich ansetzen, die Arbeitslosen ebenso wie die potentiell Arbeitslosen einbeziehen und so die Grundlagen für gesellschaftliche Veränderungsperspektiven legen, die auch den Produktionsbereich erfassen. Sowohl die konservative Idealisierung der „Freizeitgesellschaft“ als auch die von André Gorz artikulierte Bereitschaft, die Kernbereiche bürgerlicher Herrschaft weitgehend sich selbst zu überlassen und sich auf die Ausgestaltung der „autonomen Sphäre“ zu konzentrieren (Gorz 1980, 91 f), greifen zu kurz. Auch aus der Perspektive einer „emanzipierten Freizeit“ (Habermas 1970, 71) muß gerade aufgrund der beschriebenen Abhängigkeitsverhältnisse die Beziehung zwischen Arbeit und Freizeit neu diskutiert werden — eine Einsicht, die sich sowohl bei den Vertretern einer „kritischen Freizeitpädagogik“ (Opaschowski 1983) als auch bei deren fortschrittlichen Kritikern (Grabbe 1982) durchsetzt und zugleich ein zentraler Aspekt der Debatten um die „Zukunft der Arbeit“ (Benseler u.a. 1982) ist. In der Praxis erweisen sich eindeutig Zuweisungen zu der einen oder anderen „Sphäre“ ohnehin häufig als wenig hilfreich: So haben wir z.B. im Rahmen einer längerfristigen Bildungsarbeit vor allem unter Nutzung des jährlich einwöchigen Bildungsurlaubs dazu beigetragen, daß sich viele durch die Ökologie- und Friedensbewegung politisierte Arbeitnehmer in einem betrieblichen Arbeitskreis für eine alternative Produktion gemeinsam mit „traditionellen Gewerkschaftern“ für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche Güter engagieren; dieser Arbeitskreis selbst hatte wiederum eine erhebliche Öffentlichkeitswirkung außerhalb des Betriebes und diskutiert alternative regionale Versorgungskonzepte für den außerbetrieblichen Lebensbereich. Ein langfristig geplantes Bildungsurlaubs-Seminar mit Werftarbeitern wurde aufgrund der Schließung einer Bremer Großwerft zur Weiterbildung von Arbeitslosen. Aufklärungsarbeit z.B. über krebserregende Arbeitsstoffe verweist zwangsläufig auf gesundheitsgefährdende Umweltprobleme und eine sowohl inner- wie außerbetriebliche Strategie zur Beseitigung z.B. von Asbest. Umweltschutzorientierte Aktivitäten in einzelnen Regionen oder im Wohnumfeld haben wie z.B. beim Dioxin in der Regel Konsequenzen für den Produktionsbereich.

Es kommt darauf an, gezielte Ansätze zur Verbesserung der Le-

benssituation und zur beruflichen, politischen und kulturellen Weiterbildung für diejenigen zu entwickeln, die als gesellschaftlich benachteiligt gelten: Das sind immer noch zumindest die ca. 10 Mio. Arbeiter, 2 Mio. Arbeitslosen und 2 Mio. Sozialhilfeempfänger, aber z.B. auch viele Frauen mit insbesondere kleinen Kindern. Skizzenhaft lassen sich weitere strategische Perspektiven andeuten:

1) Langfristig ist auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine erhöhte „Zeitsouveränität“ des Einzelnen (Teriet 1977) erforderlich, zu deren Realisierung Joseph Huber aus einer „dualwirtschaftlichen Perspektive“ eine tägliche Arbeitszeit von 4 bis 5 Stunden, 5 bis 6 Stunden Haus- oder Konsumarbeit und 6 bis 7 Stunden Freizeit verlangt (Huber 1984, 220). Im Interesse einer Humanisierung der Arbeit scheint die Verlagerung von Freizeitkomponenten in die Arbeit selbst z.B. in Form von Pausen, weniger Arbeitshetze, Zeit für Weiterbildung und den Ausbau des Bildungsurlaubs geboten (Opaschowski 1983, 133f; Rinderspacher 1982, 190), die u.a. zur Umgestaltung von Arbeitsbedingungen und zur Entwicklung von technologischen Alternativkonzepten genutzt werden könnte.

2) Die sozial und ökologisch formulierte Kritik großtechnischer Systeme (z.B. Schumacher 1977, Weizenbaum 1977, Ullrich 1979) und der gesellschaftliche Wertewandel machen die Ausweitung der Eigenarbeit und den Aufbau von Kooperativen zu einer förderungswürdigen Aufgabe und erfordern den Umbau der industriellen Produktion.

3) Die Durchsetzung einer solidarischen Lebensweise und einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche erfordert neben dem Abbau von Gewalt- und Herrschaftsstrukturen eine weitgehende Dezentralisierung von Ökonomie und Politik, ohne allerdings die positiven Errungenschaften einzelner „zentraler Systeme“ aufzugeben; das Telefonsystem oder die Existenz zentraler Versicherungskassen bilden z.B. gerade die Voraussetzung für notwendige dezentrale Kommunikationen und Selbsthilfeeinrichtungen. Die Demokratisierung im ökonomischen Bereich wird neben Mitbestimmungsstrukturen vom Arbeitsplatz bis in die Gesamtwirtschaft auch die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Banken notwendig machen.

4) Die Beeinflussung der destruktiven Wirkungen neuer Kommunikationstechnologien wäre unter Ausnutzung der mit den neuen Technologien gegebenen Möglichkeiten vorstellbar: über die bekannten For-

men der Einbeziehung des Publikums hinaus könnten Stadtteil-Sender von interessierten Bürgergruppen genutzt und mit Hilfe des Rückkanals als Kommunikationsinstrument ausgebaut werden. Es besteht technologisch durchaus die Chance, so ein Stück Gegenöffentlichkeit und dezentrale Bildungs- und Kulturarbeit im Stadtteil zu realisieren (Müller u.a. 1980).

5) Zur Stärkung des demokratischen Bewußtseins und der Persönlichkeitsentwicklung muß auch die berufliche, vor allem aber die politische und kulturelle Bildung ausgeweitet werden. Dezentrale betriebs- und stadtteilbezogene Bildungs-, Freizeit- und Kulturaktivitäten mit einem Bezug zur Lebenssituation insbesondere der gesellschaftlich Benachteiligten verdienen eine wesentlich größer dimensionierte Förderung. Dabei kommt es vor allem auf die Initiierung von längerfristigen Lernprozessen mit einer Handlungsrelevanz an, die zur Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt.

2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise

Ein Ziel unserer Untersuchung über „Rationalisierung, Krise und Arbeiter“ auf den Werften (Schumann u.a. 1982) bestand darin, einen empirisch fundierten Beitrag zur Diskussion um das 'Krisenbewußtsein' der Arbeiter zu leisten. Die differenzierte Analyse der objektiven Krisenauswirkungen sowie der subjektiven Krisenwahrnehmung, Krisenanalyse und Krisenreaktion von Werftarbeitern sollte zur Klärung z.B. der Fragen nach der Einschätzung

- der mit der Krise verbundenen Interessenverletzungen und Gefährdungen
- der klassenspezifischen Verteilung von Krisenlasten
- der Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern sowie des eigenen Anspruchsniveaus
- der Ursachen der Krisenentwicklung
- der Krisenlösungsmöglichkeiten, der eigenen Lösungsbeiträge sowie der Rolle von Betriebsrat, Gewerkschaft und Staat

durch die Arbeiter dienen. Damit wird zugleich eine Grundlage für Interpretationen geschaffen, die sich auf das Verhältnis der Arbeiter zu den Gewerkschaften (Krise der kooperativen Politik, Legitimationskrise?) und zum Staat (Staatsfixierung, Legitimationskrise?) beziehen.

Den folgenden Ausführungen liegt die qualitative Auswertung des „Krisenteils“ von 119 thematisch strukturierten Intensivinterviews mit Werftarbeitern aus zwei Großbetrieben (homogene Arbeitsgruppen von Rohrschlossern, Schiffsbauern und Schweißern in „Umstellungsbereichen“) zugrunde. Expertengespräche und Datenerhebungen in den Betrieben sowie Sekundäranalysen bilden die Basis für die Darstellung der objektiven Krisenbetroffenheit der Belegschaften. Die mit einem Teil der Befragten durchgeführten Gruppendiskussionen haben die bei den Interviews und ihrer Auswertung gewonnenen Eindrücke weitgehend bestätigt; sie erwiesen sich ebenso als nicht systematisch auswertbar wie einige während der Projektarbeit im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit durchgeführte Seminare. Die Interviews wurden Ende 1977 und Anfang 1978 in den beiden Werftbetrieben während der Arbeit durchgeführt, vollständig vom Tonband abgeschrieben und nach der Entwicklung der Auswertungsschemata von Ende 1979 bis Anfang 1981 ausgewertet. Die Bildung der Auswertungskategorien erfolgte in einem zeitaufwendigen Prozeß der wechselseitigen Annäherung von theoretischen Vorüberlegungen und dem Denken der Arbeiter „am Material“ (durch eine Vielzahl von Probeauswertungen); dieses Vorgehen sollte ein „Durchfallen“ der Arbeiterüberlegungen durch ein zu abstraktes Netz verhindern und eine vergleichbare analytische Erfassung des Bewußtseins ermöglichen. Die Auswertung erfolgte nach Themenkomplexen, in die alle relevanten Interviewpassagen (unabhängig von der jeweiligen „Stelle“) einbezogen wurden; jedes Interview wurde nach analytischen Gesichtspunkten umdiktiert und eingestuft, bevor Gruppenbildungen erfolgten (nähere Ausführungen zur Methode und Durchführung der Untersuchung in: Schumann u.a. 1982, 39 ff).

Zunächst soll geklärt werden, wie die Arbeiter die Krise und ihre Folgen für die eigene Situation wahrnehmen. Die Werftarbeiter sahen sich mit Entlassungen, z.T. erheblichen Einkommenseinbußen und Arbeitsverschlechterungen konfrontiert, ohne daß man hier eine Verbesserung erwartete. Entsprechend wurde die Lage der Werften als krisenhaft definiert und der eigene Arbeitsplatz durchgängig als gefährdet angesehen. Überraschenderweise hatte diese Bedro-

hung aber keineswegs massive Ängste in Bezug auf die eigene Existenz ausgelöst, obwohl auch die weitere Entwicklung im Schiffbau und in der Gesamtwirtschaft skeptisch beurteilt wurde. Die reduzierte Dramatik bei der Krisenwahrnehmung und die Haltung des „Mit-der-Krise-leben-könnens“ sind keineswegs als „Verdrängung“ zu fassen, sondern diese Auffassungen haben durchaus materielle Hintergründe. Dies wird an drei Aspekten der Argumentation deutlich:

- Bei aller Krisenbetroffenheit vor allem einzelner Branchen wurde die gesamtwirtschaftliche Situation 1977/78 nicht als katastrophisch zugespitzt eingeschätzt.
- Die von der Gefährdung des Arbeitsplatzes ausgehende Bedrohung der eigenen Lebenssituation hielt sich nach Ansicht der Werftarbeiter in Grenzen.
- Auch in der — zumindest kurzfristig für möglich gehaltenen — Arbeitslosigkeit wurde keine existentielle Bedrohung gesehen. Die Arbeiter verwiesen auf eine Reihe von individuellen und gesellschaftlichen Abfederungen.

Die reduzierte Dramatik der persönlichen Krisenbetroffenheit war keineswegs als Ausdruck von Illusionen über die eigene unabhängige Stellung zu verstehen, sondern ging vielmehr mit Einsichten in die eigene lohnabhängige Position einher.

- So wurde die erhöhte Anpassungs- und verminderte Widerstandsbereitschaft der Arbeiter oft unmittelbar mit dem expliziten Hinweis auf die eigene Lohnabhängigkeit begründet.
- Die große Mehrheit der Werftarbeiter registrierte die klassenspezifische Verteilung der Krisenlasten sehr deutlich und drückte dies häufig mit dem Topos „Es trifft immer den kleinen Mann“ aus.
- Die Arbeiter sahen eine deutliche Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu ihren Lasten, die der Vertretung von Arbeiterinteressen auch machtpolitische Grenzen setzte.

Die sich bei der Betrachtung von Krisenfolgen andeutenden Einsichten in den Kapitalismus setzten sich bei den Äußerungen zu den Krisenursachen i.d.R. nicht fort. Dazu gab es bei den Werftarbeitern keine eindeutig strukturierten konsistenten Vorstellungen: Dieselbe Person griff oft auf unterschiedliche Argumentationsmuster (quasi-naturhafte, marktökonomische oder kapitalismuskritische Erklärungsansätze) zugleich zurück. Zwar erwähnte ein Drittel der Befragten durchaus auch Profitinteressen als relevanten Faktor (z.B. als Ursache für arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen), insgesamt dominierten aber eher vordergründige Überlegungen im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung. Die preisgünstigere ostasiatische Konkurrenz, der rückläufige Welthandel mit der Folge eines geringeren Schiffbedarfs und Überproduktions- und Marktsättigungstendenzen lieferten oberhalb der Ebene des kapitalistischen Systems oft mehr beschreibende als analysierende Begründungen für die wahrgenommenen Krisentendenzen. Weder der Verweis auf die Überproduktion noch auf die zwangsläufige Wiederkehr von Krisen („wie Ebbe und

Flut“) dürfen als Ausdruck marxistischer Kapitalismuskritik mißverstanden werden.

Nach unseren Ergebnissen förderte die Krise bei den Werftarbeitern die Einsicht in die eigene lohnabhängige Stellung; bei der Benennung von Krisenursachen geriet zumindest in einer wichtigen Argumentationslinie das Kapital in den Blick. Wenn die Vermutung sich bestätigen sollte, daß die Krise eine Entwicklung des widersprüchlichen Arbeiterbewußtseins zur Klasse für sich einleitet, müßte sich dieses schließlich in der Herausbildung antikapitalistischer Krisenlösungsperspektiven niederschlagen.

Die empirisch vorfindlichen Lösungsvorstellungen der Werftarbeiter waren aber durch eine große Offenheit gekennzeichnet und boten Ansatzpunkte für sehr unterschiedliche Interpretationsrichtungen; insbesondere die spontane Neigung bzw. Zustimmung zu allen kurzfristig erfolgversprechenden Maßnahmen führte zur Aufnahme von Überlegungen aus gegensätzlichen Positionen und macht alle Versuche einer Typisierung von Krisenlösungsperspektiven problematisch. Für die überwiegende Mehrheit waren staatliche Beiträge zur Krisenlösung lediglich im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung als Wirtschaftshilfe (Subventionen, Aufträge, politische Regelungen) vorstellbar. Nur sie versprachen kurzfristig Konkurrenzfähigkeit und „Arbeit“, und diesem Zweck schien eher ein Bündnis mit dem Unternehmen zu dessen Stärkung zu dienen als eine antikapitalistische Kampforientierung. Die wesentliche Funktion gewerkschaftlicher Politik und von eigenem Handeln sah man darin, Druck auf den Staat auszuüben — der Staat erschien als „letzter Retter“. Da sich das Interesse am Arbeitsplatzergänzung als Interesse an der Sicherung des „eigenen Betriebes“ vermittelte, diskutierte man die Entlassungen von großen Teilen der Belegschaft häufig verständnisvoll und bezog den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens in die eigene Disposition ein.

Tendenziell systemkritische Ansätze zur Krisenlösung wurden nur von einer Minderheit der Werftarbeiter vorgetragen. Die Vorschläge reichten von einer Arbeitszeitverkürzung und einem Belastungsabbau (vor allem durch großzügigere Vorgabezeiten oder bessere Personalausstattung) über eine finanzielle Mehrbelastung der Unternehmer und der Besserverdienenden und eine staatliche Auflagenpolitik (Arbeitsplatzgarantie bei Subventionen) bis hin zu Vergesellschaftungsforderungen. Diese Vorschläge verdichteten sich aber i.d.R. nicht zu einem geschlossenen und hart durchzusetzenden Lösungskonzept.

Etwa ein Drittel der Arbeiter bezog auch autoritär-nationalistische Vorstellungen in die Überlegungen zur Krisenlösung ein: Diese reichten von der Ausweisung der Ausländer über verstärkte Disziplinierungen und verschärften Protektionismus bis hin zu Forderungen nach einer Einschränkung der Demokratie.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, daß sich die Komplexität des Denkens von Arbeitern (den Begriff „gesellschaftliches Denken“ haben Braun/Fuhrmann zurecht eingeführt, vgl. Braun/Fuhrmann 1970) vorschnellen Etikettierungen entzieht. Erst der bewußte Verzicht

auf standardisierte Methoden und die Vorab-Konstruktion von „Bewußtseinstypen“ hat den Blick freigelegt für eine differenzierte empirische Analyse des Arbeiterdenkens, die den Menschen und ihren reichhaltigen Äußerungen und Überlegungen gerecht wird und vorhandene Widersprüchlichkeiten und Offenheiten als solche benennen kann. Das thematisch strukturierte Intensivinterview und die themenbezogene qualitative Auswertung des Materials erwiesen sich dabei als Grundbedingung für die Erfassung der „wirklichen Gedanken“ der Arbeiter: oft wurden z.B. bestimmte Antworten erst präzisiert, nachdem eine andere Frage gestellt wurde oder der Themenkomplex im weiteren Interviewverlauf noch einmal zur Sprache kam, und es wurden pauschale oder mit Beispielen belegte Erklärungen abgegeben (z.B. „die Arbeitslosen wollen ja gar nicht arbeiten“, „ich kenne einen Arbeitslosen, der hat keine Lust und dem geht es blendend“) und später (z.T. auf Nachfragen) präzisiert (z.B. „das gilt vielleicht für 10 Prozent der Arbeitslosen, der Rest will arbeiten und hat es sehr schwer“). Die ausführliche Darstellung von Arbeitersichtweisen zeigt außerdem, daß aus der von der Außenwarte vorgenommenen Beobachtung von Klassenhandlungen (z.B. Nichthandlung, 'politische Passivität') keineswegs die Unterstellung abgeleitet werden kann, „die Arbeiterschaft“ würde auf eine differenzierte intellektuelle Auseinandersetzung mit ihrer Realität verzichten; das schnelle Ausweichen in psychoanalytische Kategorien zur Erklärung oberflächlich beobachteter Realität verstellt eher den Blick für die notwendigen soziologischen und politischen Analysen, die allein die Chance zur Entwicklung von Perspektiven der Arbeiterbewegung eröffnen (vgl. Mahnkopf 1982). Es war die „am Material“ vorgenommene systematisierende soziologische Analyse, die die Erfassung der verschiedenen, von Arbeitergruppen vorgetragenen Einschätzungen ermöglicht hat — die Komplexität und die Bandbreite der Äußerungen von Individuen ließen den Versuch der am Einzelinterview vorgenommenen Bestimmung (und biographischen Erklärung) von „Deutungsmustern“ vor allem unter dem Aspekt von Gruppenbildungen als wenig aussichtsreich erscheinen und machten zugleich klar, wie schnell die Grenzen der „Ableitbarkeit“ von Bewußtseinsstrukturen erreicht sind.

Unsere Untersuchung belegt zwar nicht den „Zerfall des Klassenbewußtseins“ von Arbeitern (Kern/Schumann 1970), wohl aber die

das Bewußtsein prägende Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz ihrer Überlegungen; es ist zu vermuten, daß diese das Alltagsbewußtsein kennzeichnenden (zum großen Teil objektiv bedingten) Widersprüche und Inkonsistenzen auch durch die Statements von (in unserer Untersuchung nicht repräsentierten) „durchgeschulten“ Marxisten eher überlagert denn wirklich aufgelöst werden. Daß zentrale Widersprüchlichkeiten im Arbeiterdenken keineswegs Ausdruck von intellektuellem Unvermögen, sondern Hinweis auf eine widersprüchliche objektive Situation ist, läßt sich exemplarisch am Umgang mit dem in der Krisendiskussion thematisierten Begriff „Rationalisierung“ illustrieren. So kann es sein, daß eine Person sowohl profitmotivierte Rationalisierungen als Ursache der Arbeitslosigkeit ausmacht und das hektische Arbeitstempo angesichts fehlender Aufträge kritisiert als auch dem Unternehmer das Versagen vor der Notwendigkeit von rechtzeitigen (modernisierenden) Umstellungen nachsagt; auf der Ebene der strategischen Perspektive wird sowohl die Verbesserung der betrieblichen Konkurrenzposition durch Rationalisierung als auch die Bindung staatlicher Hilfen an die Beschäftigungsauflagen zur Verhinderung rationalisierungsbedingter Entlassungen gefordert. Man darf den Arbeitern aber nicht das Scheitern bei der Lösung eines Problems vorwerfen, dem selbst Wissenschaftler, Gewerkschaften und sogar kommunistische Parteien relativ hilflos gegenüberstehen: auch sie weisen angesichts einer auf (Rohstoff-)Importe angewiesenen und weltmarktabhängigen Wirtschaft immer zugleich auf die Notwendigkeit zu Modernisierung und Rationalisierung sowie auf das Ziel von Vollbeschäftigung und Humanisierung hin (vgl. z.B. PCI 1978). Die strukturelle Stellung des Arbeiters als lohnabhängiges Objekt unternehmerischer Entscheidungen und seine zumindest vordergründige existentielle Bindung an die Existenz des ihn beschäftigenden Unternehmers — und die realistische Wahrnehmung dieser Abhängigkeit — ist ein zentrales Moment zur Erklärung der Bereitschaft der Arbeiter (und der Gewerkschaften), „systemeffiziente Sanierungsstrategien“ (Esser u.a. 1979) mitzutragen — zumindest solange, wie es keine kurzfristig erfolgversprechenden Kampfperspektiven gibt oder ganze Belegschaften „überflüssig“ zu werden drohen (und auch Betriebsschließungen können sich relativ „geräuschlos“ vollziehen, vgl. Lichte 1978). Die klare Sicht der klassenspezifischen Verteilung der Krisenlasten durch die Ar-

beiter unterstreicht, daß es weniger an der Einsicht in den „abstrakten“ Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital, als vielmehr an einer gegen das in der Krise auch in Mitleidenschaft gezogene Kapital gerichteten betriebs- und branchenspezifischen Perspektive fehlt (hier kommt es dann trotz der Wahrnehmung des grundlegenden Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital zu partiellen und handlungsleitenden Interessenidentitäten, die weder durch Agitation noch durch „Schulung“ kurzfristig praktisch auflösbar sind).

Bevor auf diesen Aspekt näher eingegangen wird, soll anhand von weiteren Widersprüchlichkeiten auf Differenzen zwischen vordergründig-plausiblen und durchdachteren Positionen der Arbeiter hingewiesen werden. So wurde das Verlangen nach Aufträgen, die allein die Beschäftigung dauerhaft sichern können, einerseits spontan als Forderung nach Rüstungsaufträgen konkretisiert — andererseits aber bewußt auf die Möglichkeit der Entwicklungshilfe in Form von Passagierschiffen und auf die der Ankurbelung der Wirtschaft durch eine Kürzung der 'unproduktiven' Rüstungsausgaben hingewiesen. Auch die Forderung nach einer privilegierten Entlassung von Ausländern und einer Verstaatlichung der Werften wurden aus einer pragmatischen, auf kurzfristige Erfolge ausgerichteten Interessendefinition heraus vorgetragen, die bei gründlicherer Reflektion zwar durchaus relativiert wurde (die Ausländer müssen menschlich behandelt werden; Verstaatlichungen führen zu Problemen wie in den Ostblockstaaten), trotzdem aber z.T. auch gegen gewisse eigene Überzeugungen handlungsleitenden Charakter bekommen konnte (z.B. bei der Demonstration für die Lieferung von U-Booten an das faschistische Chile). Auch der Widerspruch zwischen Klagen über die deutlich zunehmende Konkurrenz unter den Arbeitern und der Bekundung der Bereitschaft zu Solidarität bei gewerkschaftlichen Streiks erweist sich als Ausdruck der Differenz zwischen alltäglichen und ausnahmsweise gegebenen Handlungsbedingungen und signalisiert die auch in der Krise (zumindest bisher) nicht gebrochene Fähigkeit der Arbeiter zu kollektiven Klassenaktionen; das weitgehende Ausbleiben solcher Aktivitäten scheint weniger ein Indiz für fehlende Einsichten und die „Existenz der Klasse“ als vielmehr ein Hinweis auf fehlende kämpferisch durchzusetzende kollektive Veränderungsperspektiven zu sein.

Über die beschriebenen Widersprüche und Inkonsistenzen (z.B.

Krisenanalyse mit stark antikapitalistischen Elementen und Krisenlösungsperspektive mit primär prokapitalistischen Forderungen) hinaus, in der auch eine Neigung (nicht Beschränkung) zu vordergründig-plausiblen Statements und kurzfristig erfolgversprechenden Interessenartikulationen deutlich geworden ist, konnten wir häufig einen „Dualismus der sozialen Orientierung“ (Braun/Fuhrmann 1970, 455) feststellen; so wurde z.B. die Arbeitslosigkeit aus der 'Fernperspektive' („denen geht es allen zu gut“) völlig anders als aus der 'Nahperspektive' beurteilt („ich könnte mit dem Arbeitslosengeld nicht auskommen“) und z.B. die 'abstrakte' Formulierung von dem in der Bundesrepublik zu hohen Lohnniveau in Anbetracht des eigenen Lebensstandards sofort wieder zurückgenommen.

Der Hinweis darauf, daß viele der hier beispielhaft erläuterten unterschiedlichen Sichtweisen von ein und derselben Person im Laufe eines Interviews vorgetragen wurden, soll noch einmal unsere Skepsis gegenüber Typisierungen des Bewußtseins unterstreichen und klarmachen, warum wir von einer weitgehenden Offenheit des Arbeiterdenkens ausgehen, das auch durch das Addieren scheinbar eindeutiger Kreuze in standardisierten Umfragen, das Zitieren von besonders „starken Sprüchen“ oder den Hinweis auf bestimmte Aktionen keineswegs als in die eine oder andere Richtung festgelegt beschrieben werden kann.

Nach den Befunden unserer Untersuchung ist der Umgang der Arbeiter mit „der Krise“, die Wahrnehmung ihrer Situation in der Wirtschaftskrise, durch einen durchaus erfahrungsgesättigten hohen Realitätsgehalt gekennzeichnet — auch wenn sich bestimmte Einschätzungen nicht in Deckung mit einem sozialwissenschaftlichen Krisenbegriff befinden. Die Werftarbeiter haben das Ausmaß der Bedrohung im Schiffbau und die Gefährdung ihres Arbeitsplatzes klar gesehen, die gesamtwirtschaftliche Lage trotz der einen Million Arbeitslosen (1977/78) aber nicht als katastrophal zugespitzt bewertet; die von den meisten Arbeitern (z.T. trotz zeitweiliger eigener Arbeitslosigkeit) auch im Vergleich mit dem Lebensstandard in anderen Ländern erfahrene Verbesserung ihrer materiellen Lage („es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute“), spezifische individuelle Absicherungen (von Haus- und Grundbesitz über einen sicheren Arbeitsplatz der Frau bis hin zur möglichen Auslastung durch Schwarzarbeit) und die Aussicht

auf eine zumindest zeitweilige Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung nahmen „der Krise“ weitgehend den Charakter einer zentralen existentiellen Bedrohung, zumal konjunkturelle Schwankungen und der Zwang zum Betriebswechsel für Arbeiter einen gewissen Normalitätsgrad haben und die Möglichkeit der Übernahme anderer Tätigkeiten nicht ausgeschlossen wurde (selbst die Werften suchten z.T. trotz „Krise“ Facharbeiter). Damit soll den Arbeitern keineswegs die Ignoranz von deutlichen Interessenverletzungen unterstellt und auch nicht die problemlose Bewältigung einer ökonomischen Verschlechterung behauptet werden, zumal die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage angesichts von über 2 Millionen Arbeitslosen und verschärften Zumutbarkeitsregelungen beim Arbeitslosengeld sicherlich pessimistischer ausfallen dürfte — man muß aber eine eben nicht mit dem Elend der Weltwirtschaftskrise 1929 vergleichbare Situation und soziale Erfahrungen der beschäftigten Arbeiter als Hintergrund einer reduzierten Dramatik bei der Krisenwahrnehmung zur Kenntnis nehmen, auch wenn die Tendenz, für sich selbst nicht unbedingt von den schlimmsten aller möglichen Fälle auszugehen, durchaus eine „Verdrängungskomponente“ enthalten kann. Das von uns beschriebene Krisenbild der Arbeiter ist nicht mit einer „Leugnung“ (Zoll 1981) von Krisentendenzen und Krisenbetroffenheit zu verwechseln und erübrigt keineswegs die Auseinandersetzung mit möglichen Ursachen und Lösungsperspektiven, reduziert aber möglicherweise für die Arbeiter den Problemdruck.

Auf der Basis dieser nur begrenzt dramatischen Krisenwahrnehmung ist auch zu verstehen, daß die Solidarität und die Handlungsfähigkeit der Arbeiter (als Arbeitsgruppe, Belegschaft und Teil der Klasse) bei aller krisenbedingten Schwächung (verstärkte Konkurrenz untereinander, Angst vor Entlassung) keineswegs völlig gebrochen ist; ein solches Handeln zur Vertretung der eigenen Interessen (das sich dem Blick der mit dem Instrument der Befragung arbeitenden sozialwissenschaftlichen Bewußtseinsforschung in der Tat häufig entzieht, nicht zuletzt, weil die Arbeiter sich an viele 'kleinere' Aktivitäten nur schwer erinnern und ihnen auch nicht den hohen Stellenwert beimessen wie Sozialforscher) kann in den Werften auch unter Krisenbedingungen festgestellt werden, sei es in Form der Verweigerung bestimmter Arbeiten, sei es im Kampf um ausreichende Vorgabezeiten (durch

Arbeitsniederlegung oder 'Bummelei'), sei es die Beteiligung an gewerkschaftlichen Warnstreiks oder die Entwicklung betrieblicher Aktionen für einen verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz (vgl. hierzu Brock/Einemann 1983). Die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik sieht sich zwar durch die anhaltende Krise und hohe Arbeitslosigkeit einem zugunsten der Unternehmer veränderten Kräfteverhältnis ausgesetzt, ist aber — auch im Verständnis der Arbeiter — keineswegs am Ende ihrer Handlungsfähigkeit (wie wohl 1932/33, als ca. 50 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren).

Die (notgedrungene) Bereitschaft der Arbeiter, ihr Anspruchsniveau in Bezug auf die Lohnhöhe und die Qualität der Arbeit in der Krise zu reduzieren und auch betriebliche Verschlechterungen um den Preis des Erhaltes eines Arbeitsplatzes in Kauf zu nehmen, ist ebenfalls Ausdruck eines Kalküls mit der Priorisierung eines spezifischen Interesses; die Begründung für die Akzeptanz von zentralen Interessenverletzungen legt großenteils die schon erwähnte Einsicht in die (lohn-)abhängige eigene Stellung offen: „Ich muß ja arbeiten, um meine Familie zu ernähren“. Der pragmatisch ausgemachte individuelle Zwang zum Verzicht ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einer gewerkschaftspolitischen Verzichtsperspektive; fast alle Arbeiter formulieren das Ziel, die Krise möglichst ohne große Einbußen zu überstehen und das erreichte Reallohniveau zu sichern (die häufig benutzte Formel von Lohn- und Preisstops deutet dabei den Kompromiß zwischen den eigenen Lebensinteressen und dem Interesse an der Weltmarktkonkurrenzfähigkeit des Betriebs an) — hierin wird auch die Hauptfunktion der Gewerkschaften gesehen, der für eine 'angemessene' und 'realistische' Tarifpolitik durchaus Folgebereitschaft bis hin zum Streik signalisiert wird.

Insgesamt kann festgehalten werden, daß die richtige Wahrnehmung ihrer realen Lage durch die Arbeiter weder als Beleg für die Verbürgerlichung der Arbeiterklasse noch als Hinweis auf die Dominanz von Illusionen über die eigene abhängige Stellung interpretiert werden kann; unsere Untersuchung weist bei den Arbeitern zumindest für eine Krisenphase klassenspezifische Einschätzungen und die (wenn auch geschwächte) Bereitschaft zur Durchsetzung von Klasseninteressen nach, ohne allerdings — vor allem aufgrund der unklaren Perspektiven — zu interpretativen Überhöhungen zu neigen. Die Analyse der

Krisenursachen und die Krisenlösungsvorstellungen der Arbeiter legen zwar Anknüpfungspunkte für eine aktive Politik der Arbeiterbewegung frei, verdeutlichen aber auch die wenig entwickelte Diskussion und die große Offenheit des Arbeiterbewußtseins für unterschiedliche Interpretationsansätze.

Das Urteil der Arbeiter über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist durch eine große Unsicherheit gekennzeichnet, in der auf alle auch nur annähernd plausiblen Erklärungsmuster (auch wenn sie sehr unterschiedlich und widersprüchlich sind) zurückgegriffen wird: Theoreme wie das der billiger produzierenden „internationalen Konkurrenz“ und das der (keineswegs als Ausdruck ‚marxistischen Denkens‘ zu verstehenden) „Marktsättigung“ (womit oft zugleich auf die umfangreiche eigene Ausstattung mit Konsumgütern hingewiesen wird) fehlen in kaum einem Arbeiter-Statement. Die gerade im Schiffbau ausgeprägte Abhängigkeit vom Weltmarkt (so schlagen z.B. sinkende Ölimporte oder Schwankungen des Dollar-Kurses schnell durch) und das Wissen um kostengünstigere Produktion im Ausland (vor allem in Südostasien) tragen zentral dazu bei, daß die Krise eher auf weitgehend unbeeinflussbare weltwirtschaftliche „Verwerfungen“ als explizit auf spezifisch kapitalistische Verwertungsprobleme zurückgeführt wird; in dieser Krisenanalyse liegt — auch bei der zusätzlichen Artikulation von Einsicht in den Profitmechanismus als die Arbeitslosigkeit verstärkende Größe (es gibt hier keine Typisierungen erlaubendes ‚Entweder-Oder‘) — eine zentrale Grundlage für fehlende Betriebs- und Branchenperspektiven und für eine generelle Skepsis gegenüber den realen Handlungschancen von Interessenvertretern und staatlichen Instanzen. Das wird z.B. deutlich, wenn der Gewerkschaft zwar abstrakt die Arbeitsplatzsicherung als Hauptaufgabe zugewiesen, zugleich aber auf ihre begrenzten Handlungschancen (sie soll z.B. nach Meinung einer starken Minderheit der Befragten die notleidenden Betriebe subventionieren) hingewiesen wird; ein Sachverhalt, der die Unterstellung eines gewerkschaftlichen Legitimationsverlustes als Folge von steigender Arbeitslosigkeit (Müller-Jentsch 1979) weitgehend ausschließt. Ähnliches gilt auch für „den Staat“, von dem zwar einerseits eine krisenvermeidende Politik verlangt und dem die weitgehende Regulierbarkeit der Branchenkrise im Schiffbau zugetraut wird (wofür z.B. die nach Gesprächen zwischen Betriebsräten und dem

Bundeskanzler erfolgte Begleichung von Millionenverlusten beim Bremer Vulkan im Jahre 1982 spricht) — andererseits sehen die Arbeiter aber sehr klar die Grenzen staatlicher Möglichkeiten, wobei sowohl auf die Macht des Kapitals wie auf Weltmarktbewegungen hingewiesen wird, die sich der nationalstaatlichen Steuerung weitgehend entziehen. So ist auch „der Staat“ selbst für den Fall der härteren Krisenbetroffenheit der „produktiven Kerne“ kaum von Legitimationsproblemen bedroht (Bergmann u.a. 1975, Offe 1972); das Problem des Legitimationsentzugs stellt sich höchstens für eine Regierung, die nicht glaubwürdig vermitteln kann, alles in ihrer Macht stehende zur Krisenlinderung und zur Arbeitsplatzsicherung zu tun. Die Artikulation einer solchen Kritik (auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ansetzend) aus der Arbeitnehmerperspektive durch die Gewerkschaften könnte deren Basisverankerung eher weiter stärken, zumal eine zurückhaltende (den Lebensstandard weitgehend sichernde) Tarifpolitik exakt dem reduzierten Anspruchsniveau der Arbeiter entspricht und keineswegs eine „Krise der kooperativen Interessenvertretung“ (Bergmann u.a. 1975) provoziert.

Die Betrachtung der Krisenlösungsvorstellungen der Arbeiter macht ebenfalls die Notwendigkeit von inhaltlichen Differenzierungen deutlich: so ist die „Staatsfixierung“ der Arbeiter an sich ebensowenig positiv oder negativ (sie relativiert sich vielmehr und ist mit unterschiedlichen Inhalten besetzt, die von autoritär-nationalistischen bis hin zu humanitär-sozialistischen Lösungen reichen) wie die Radikalität in Form bestimmter Aktivitäten (weil Streiks auch den Charakter einer Demonstration für den Bau von U-Booten für Faschisten haben können). Es ist die Koexistenz einer weitgehend betriebs- und branchenspezifischen Perspektivlosigkeit und von Forderungen im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung einerseits und dem (von einer Minderheit oft zugleich) artikulierten Interesse an gegen das (nationale) Kapital gerichteten Maßnahmen andererseits, die das Arbeiterbewußtsein charakterisiert. Darin drücken sich weniger „illusionäre Bewußtseinsformen“ (Bierbaum u.a. 1977) als vielmehr die komplexen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus, die die objektive Grundlage für die politische Integration der gesamten Arbeiterklasse (der Basis wie der Führung) darstellen. So beruhen der häufig prokapitalistische Charakter staatlichen Agierens (auch von sozialdemokra-

tisch-sozialistischen Regierungen) und die Objektrolle der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Prozeß zentral darauf, daß die herrschenden Klassen ihre spezifischen Interessen in der Regel als beste Sicherung des „Gemeinwohls“ darstellen können, was umgekehrt für die Arbeiterklasse nicht gilt: ein zu großer Schaden für „die Wirtschaft“ führt (zumindest scheinbar und kurzfristig) zur Ruinierung auch der eigenen existenziellen Basis (vgl. hierzu z.B. Miliband 1972 und Poulantzas 1974). Für die krisenbetroffenen Werftarbeiter stellt sich dieser Zusammenhang als Widerspruch zwischen dem eigenen realen und zu verallgemeinernden Interesse am Arbeitsplatzergänzung auf der einen und dem Interesse am Erhalt des Betriebes als existenzielle Grundlage auch um den Preis des Abbaus einer bestimmten Zahl von Arbeitsplätzen auf der anderen Seite dar, der zumindest oberhalb der Ebene der drohenden Werkschließung zu individuellen Kalkülen („Hauptsache es trifft nicht mich“) mit stark entsolidarisierenden Wirkungen führt. Das Sich-Einfügen in die Realität bedeutete für nahezu alle Werftarbeiter, daß der Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes nur als Resultat der Verbesserung des „Wohles des Betriebes“ denkbar war, und das trotz aller Einsicht in den Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die optimale Interessenvertretung der Belegschaft wurde in Betriebsratsaktivitäten zur Beschaffung von Aufträgen gesehen, Streiks wurden nicht als Beitrag zur Arbeitsbeschaffung gewertet und für den Fall des Ausbleibens staatlicher Hilfen (im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung für „den Betrieb“) durchaus Verständnis für kapitalistische Sanierungsmaßnahmen angedeutet („wenn keine Arbeit da ist, kann der Betrieb auch niemanden beschäftigen“; „besser 1.000 Kollegen werden entlassen als daß der ganze Betrieb dicht gemacht wird“). Im Rahmen einer solchen Sichtweise wird auch mit Betriebsbesetzungen keine Perspektive verbunden (die Produktion von Schiffen wäre nicht vorzufinanzieren, die Schiffe wären nicht absetzbar, ein Verkauf 'unter der Hand', wie z.B. bei Uhren, nicht möglich) und der Forderung nach Verstaatlichung skeptisch begegnet (ein zentraler Einwand: die Arbeitsplätze wären vielleicht etwas sicherer, aber auch ein Staatsbetrieb würde keine wesentlich verbesserten Marktbedingungen vorfinden).

Die Alternativ-Perspektive des „Kampfes um jeden Arbeitsplatz“ steht vor dem Problem des Nachweises, daß eine solche Politik nicht

zumindest mittelfristig zu völligen Pleiten und damit zum allseitigen Ruin führt, mithin das „Allgemeinwohl“ (als sehr reale und keineswegs nur ideologische Kategorie) gefährdet. Auch hier liegt ein Legitimationsproblem für Betriebsräte und Gewerkschaften, denen z.B. für eine die betriebliche Effizienz behindernde Politik der gestalteten Einflußnahme (z.B. bei der Einführung neuer Technologien, aber auch bei der Ablehnung von Überstunden unter Hinweis auf Kurzarbeit oder laufende Entlassungen) keineswegs von vornherein die Zustimmung ihrer 'Basis' sicher ist.

Die Suche nach betriebs- und wirtschaftspolitischen Alternativen, nach seriösen Ansätzen zum Abbau und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, ist in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik erst in den letzten Jahren intensiviert worden. Aus ihrem Interesse an einer sicheren Existenz haben auch die von uns befragten Werftarbeiter an vielen Stellen (oft 'neben' den skizzierten integrativen Überlegungen) antikapitalistische Krisenlösungsvorschläge artikuliert, die von Arbeitszeitverkürzungen und einem Belastungsabbau (vor allem durch großzügigere Vorgabezeiten oder bessere Personalausstattung) über eine finanzielle Mehrbelastung der Unternehmer und der Besserverdienenden bis hin zu Vergesellschaftungsforderungen (auch wenn der Blick auf Osteuropa häufig negative Assoziationen auslöst) reichen. An diese Forderungen können die 'bewußten Kader', die gewerkschaftlichen Funktionäre, die inzwischen eine deutliche Kritik an der die Arbeitnehmer bei der Verteilung der Krisenlasten klar benachteiligenden Regierungspolitik äußern (nicht etwa in Überwindung „illusio-närer“ Interessen an mehr sozialer Gerechtigkeit (Bierbaum 1977), sondern zur Durchsetzung dieser Forderung), durchaus anknüpfen. Die Repräsentanten der Arbeiterbewegung stehen vor der Aufgabe der Entwicklung von nationalen und regionalen wirtschaftspolitischen Perspektiven, die zugleich zur Lösung der betrieblichen Probleme in einer Vielzahl von Branchen beitragen und darüber hinaus politische Prämissen (Abbau der Rüstungsproduktion, Sicherung der Umweltbedingungen) berücksichtigen. Dabei wird es auf die konkrete Definition eines 'selektiven' oder 'qualitativen' Wachstums ankommen, das nur mit Hilfe von über einen öffentlichen Unternehmenssektor gesteuerten staatlichen Investitionsprogrammen durchsetzbar scheint.

Auch durch radikale Arbeitszeitverkürzungen (für einige Arbeiter

durchaus Bestandteil ihrer 'konkreten Utopie' einer rational und nach Bedürfnissen organisierten 'menschlichen' Welt) nicht auffangbare Beschäftigungsprobleme z.B. im Schiffbau sind nur — was mehrere Arbeiter auch andeuten — durch die Umstellung der Produktion bzw. durch die Bereitstellung anderer Arbeitsplätze zu lösen. Dabei kommt nicht nur die ohnehin wenig aussichtsreiche staatlich geförderte Ansiedlung von Privatunternehmen, sondern vor allem der staatlich abgesicherte (Eigentumsanteile, Öffnung des Wissenschaftsbetriebes, Abnahmegarantien, Einbringen von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit) Aufbau von „Alternativproduktionen“ (vgl. z.B. Löw-Beer 1981, Huffs Schmid 1981, Einemann/Lübbing 1983) zur Herstellung von gesellschaftlich nützlichen Produkten in Frage. Die z.B. nach dem Vorbild der betrieblichen Aktivisten bei Lucas Aerospace arbeitenden, auch als kritische Reaktion auf die Demonstration von Werftarbeitern für die Lieferung der U-Boote nach Chile gegründeten betrieblichen IG-Metall-Arbeitskreise 'Alternative Fertigung' bei MAK Kiel, Blohm und Voss Hamburg und VFW/MBB Bremen können dazu beitragen, die 'Lücke' zwischen allgemeinen wirtschaftspolitischen Forderungen, politischen Prämissen und betrieblichen Arbeitsplatzproblemen zu schließen und so zur Entwicklung einer „gesellschaftlichen Logik“ der Arbeiterbewegung beitragen, die plausible Perspektiven einer nichtkapitalistischen Zukunft benennt. Damit könnte zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung des Selbstbewußtseins von Arbeitern geleistet werden, deren Können scheinbar nicht mehr gefragt ist; dies ist ein Hintergrund des Ansatzes der Gewerkschafter von Lucas Aerospace: „Wir sahen ein, daß die Kampfmoral eines Beschäftigten sehr schnell abnimmt, wenn er merkt, daß die Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, die Produkte, die er macht, nicht haben will. Wir dachten uns deshalb eine Kampagne für das Recht aus, an gesellschaftlich nützlichen Produkten zu arbeiten“ (Cooley 1980, 185).

Es ist evident, daß mit der Frage danach, was und wieviel produziert werden soll, nicht nur die gesellschaftliche Machtfrage gestellt ist; an dieser Schnittstelle zwischen Arbeiter-, Friedens- und Ökologiebewegung eröffnet sich auch die Chance zur Konkretisierung einer gesellschaftlichen Veränderungsperspektive, die die Kluft zwischen radikal-abstrakter Theorie und reformistischer Praxis zu schließen in der Lage ist. Das Ziel, die gesellschaftliche Zukunft auf der Basis der bewußten

Entscheidung der Mehrheit der Menschen zu gestalten, dürfte bei aller Enttäuschung und allem „Abschied vom Proletariat“ (Gorz 1980) nur mit einer Arbeiterklasse durchsetzbar sein, die sich aus der Rolle des 'Objektes der Geschichte' befreit. Für eine solche Emanzipation der Klasse sind heute viele Arbeitnehmerfunktionäre aktiv; die vor allem bei den 'Kadern' beginnenden Diskussionen und die vereinzelte Formulierung deutlich antikapitalistischer Positionen dürfen allerdings nicht mit dem Denken der breiten Masse der abhängig Beschäftigten verwechselt werden (Herkommer u.a. 1979). Prinzipiell scheint es aber durchaus möglich, die große Opferbereitschaft der Arbeitnehmer (notgedrungen zum Arbeitsplatz-Erhalt) an verstärkte Beteiligungsrechte der Interessenvertretungen und die verstärkte gesellschaftliche Steuerung der Unternehmen zu koppeln. Die sich seit 1982 als Reaktion auf die einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehende Regierungspolitik (Sparhaushalt, sogenanntes Beschäftigungsprogramm, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitslosenversicherung) und die die 2-Millionen-Marke erreichende Arbeitslosigkeit abzeichnende Wende in der Beschäftigungs- und Gesellschaftspolitik der Gewerkschaften (verstärkte Offensive, Thematisierung der Probleme in den gewerkschaftlichen Zeitungen und in der Bildungsarbeit), bedarf ohne Zweifel der weiteren inhaltlichen Klärung und der Basisverankerung. Eine solche Politik kann sich weder unter Ausklammerung der Weltmarktbedingungen auf das Greifen keynesianischer Konzepte (vgl. z.B. die kritischen Beiträge von Arndt 1978 und Welsch 1981) noch darauf verlassen, daß sie in den Betrieben bewußt nachvollzogen wird. Die Intensivierung der betriebsnahen Breitenbildung (vgl. z.B. Brock 1980, Hindrichs 1982), die umfassende Diskussions- und Lernprozesse einleiten muß und weder auf die Aufklärung des „Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital“ reduziert noch in der Hoffnung auf eine schnelle leitfadenspirierte Korrektur scheinbar allgemeiner und verfestigter „Deutungsmuster“ erfolgen kann (vgl. Markert 1982), sowie die Verbindung von Arbeiterbewegung, aktiver Jugend und kritischer Intelligenz, könnte aber zur Konstitution einer gesellschaftlichen Kraft führen, die mittelfristig von der Bundesrepublik aus einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Lebensinteressen der Menschen zu leisten in der Lage ist (es gibt hier keine „historischen Notwendigkeiten“). Nur eine Intensivierung und Verbreiterung der

Diskussion und die Vermittlung von Kriseneinschätzungen und -lösungsperspektiven bietet darüber hinaus die Chance, die gefährliche, weil vordergründig-plausible Neigung eines Teils der Arbeiter zu autoritär-nationalistischen Formen der Krisenlösung im Ansatz zu bekämpfen; auch hierin liegt eine der zentralen historischen Aufgaben der Gewerkschaften.

II. Betroffenenforschung für alternative Arbeitsbedingungen, Technologien und Produkte

1. Arbeitermedizin und Humanisierung 'von unten'

Das Ziel der Unterstützung und wissenschaftlichen Fundierung einer gewerkschaftlichen Arbeits- bzw. Humanisierungspolitik stand im Zentrum von zwei Projekten des Kooperationsbereiches zwischen Arbeiterkammer und Universität Bremen: sowohl im Rahmen eines industri soziologischen Forschungsprojektes (Schumann u.a. 1982) als auch im Zusammenhang mit einer mehrjährigen Reihe von Bildungsveranstaltungen (Brock/Einemann 1983) wurden Ansätze zur Erfassung der Belastungen, Gesundheitsgefährdungen und Veränderungsperspektiven von Werftarbeitern entwickelt.

1.1 Arbeitsbedingungen und Humanisierungsinteressen

In der über 5 Jahre dauernden Forschungsarbeit des 'Werftprojektes' wurde ein neues Konzept zur sozialwissenschaftlichen Belastungsanalyse entwickelt, das auf der Basis eines umfassenden Begriffs von Arbeiterinteressen zu einer Verbindung von objektiv und subjektiv ansetzenden Analysemomenten gekommen ist. Dabei wird davon ausgegangen, daß die sich über betriebliche Konzepte durchsetzenden Veränderungen des Produktionsprozesses zwar bestimmte Arbeitsplatzdefinitionen und -bedingungen zum Resultat haben, diese selbst aber in der Regel nicht der Ausgangspunkt von Veränderungen sind. Der branchen- und betriebsspezifische Wandel von Technik und Arbeitsorganisation und die Definition der Leistungsanforderungen (selber Ausdruck von ökonomisch vermittelten Produktions- und Absatzmarktkonzepten) schaffen einen Rahmen und konstituieren eine Ar-

beitsituation (aus der „Kapitalperspektive“), die für die Arbeiter eine Befriedigung oder Verletzung einzelner oder mehrerer ihrer arbeitsbezogenen Interessen bedeutet.

Vor dem Hintergrund der Interessen

- am Erhalt der physisch-psychischen Konditionen der Arbeitskraft
- am Erhalt und an der Erweiterung des Qualifikationspotentials der Arbeitskraft

- an der Lohnhöhe und

- an der Möglichkeit, sich als Person in die Arbeit einzubringen

sind die Arbeitssituation und ihre Veränderungen mit Hilfe eines differenzierten Schemas aus der „Arbeiterperspektive“ erfaßt und beschrieben worden. Diese umfassende Analyse der Arbeitsbedingungen und der Belastungen stützt sich auf intensive Arbeitsbereich- und Arbeitsplatzbeobachtungen ebenso wie auf Expertengespräche mit betrieblichen Vorgesetzten und Arbeitern. Sie ist objektiv gefaßt und ermöglicht sowohl die Herausarbeitung unterschiedlicher Interessenverletzungen in den einzelnen Dimensionen wie auch die differenzierte Bestimmung von 'Verursachungskomplexen' (z.B. arbeitsprozeßlich oder durch betriebliche Leistungsanforderungen vermittelt). Mehrfachbelastungen in einzelnen Arbeitsbereichen und für bestimmte Berufsgruppen werden qualitativ in ihrer Veränderung und möglichen Widersprüchlichkeit erfaßt. Damit sind auch Ansatzpunkte für eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik genannt, die der differenzierten betrieblichen Situation Rechnung tragen und über die Lohn-Leistungsebene und Belastungsfragen hinaus auch die Dimension von subjektiven Artikulationsmöglichkeiten in der Arbeit (Einbringen der eigenen Person, Qualifikationsanforderungen und individuelle Spielräume) thematisieren müßte.

Die subjektive Verarbeitung und Bewertung der Arbeitsbedingungen ist gesondert erfaßt (mit Hilfe von thematisch strukturierten Intensivinterviews) und qualitativ ausgewertet worden. Daß trotz der deutlichen Kritik und vielfältigen Veränderungswünsche mit offensiven Humanisierungsstrategien kaum positive Vorstellungen verbunden werden, scheint weniger mit fehlender Phantasie als vielmehr mit einer grundlegenden Skepsis gegenüber Arbeitsveränderungen zusammenzuhängen: bisher wurden die Resultate von Arbeitsveränderungen eher als nachteilig für die Arbeiter empfunden, und der Aussicht auf

kurzfristige Erleichterungen in einer Dimension steht der begründete Verdacht der Verschlechterung in zumindest einer anderen (z.B. Verschärfung der Leistungsanforderungen durch Vorgabezeitverkürzungen) entgegen. Die artikulierten Veränderungswünsche der Werftarbeiter beziehen sich mit eindeutiger Priorität auf die Ebene der physisch-psychischen Vernutzung; hier werden die Hauptbelastungen und -bedrohungen gesehen und Erleichterungen für dringend notwendig gehalten.

Diese Forderungen werden zwar überwiegend aus der „Arbeitskraftperspektive“ (d.h. unter Bezug auf das Interesse am Erhalt der Arbeitskraft), aber auch aus der „Subjekt-Perspektive“ (d.h. unter Bezug auf das Interesse, die eigene Person in den Arbeitsprozeß einzubringen) heraus vorgetragen; beide Perspektiven verbinden sich z.B. in der Forderung nach einer Reduktion betrieblicher Leistungsanforderungen als Maßnahme zur Verringerung der Vernutzung und zur Ausweitung persönlicher Spielräume.

1.2 Das Konzept einer „Humanisierung von unten“

Der skizzierte Ansatz zur Erfassung von Arbeitssituationen und Arbeitsbelastungen aus der „Arbeiterperspektive“ setzt umfangreiche Erhebungen im Betrieb voraus; solche Betriebszugänge wurden unserem Projekt in Bremen nicht ermöglicht und werden die empirische Forschung wohl auch zukünftig vor große Probleme stellen. Unsere Untersuchung wurde zwar nicht im Rahmen eines Humanisierungsprogramms gefördert und unterlag kaum unternehmerischen Restriktionen, aber die vorgesehene 'Rückkopplung' der Ergebnisse an die beteiligten Arbeiter mit der möglichen Konsequenz der Herausarbeitung von Veränderungsperspektiven gegen die Interessen 'des Betriebs' scheiterte an der Komplexität der Forschungsprobleme und der zu ihrer Lösung erforderlichen Zeit. Für den Fall, daß sich umfassende Beiträge von Wissenschaftlern zur Belastungserfassung und zur Humanisierungspolitik auch in Zukunft nicht auf freie Betriebszugänge, ausreichende Bewegungs- und Artikulationsmöglichkeiten, eine enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Arbeitern und ausreichende zeitliche Spielräume stützen können, ist eine Neubestimmung gewerk-

schaftsorientierter wissenschaftlicher Ansätze auf diesem Feld erforderlich. Eine Alternative bietet unser im Rahmen der Arbeiterbildung (unter Bezug auf die italienische 'Arbeitermedizin') entwickeltes Konzept, das sich weder auf unternehmerisches Wohlwollen noch umfassende wissenschaftliche Analysen stützt und versucht, von vornherein mit Arbeitern als betriebliche Experten zum Thema 'Belastungen und Gesundheitsbeschwerden' zu kooperieren, eine sozialwissenschaftliche Befragung zum Instrument der Bewußtseinsbildung zu machen, gemeinsam mit der Belegschaft Forderungen zur Humanisierung der Arbeit zu entwickeln und auch gegen unternehmerische Interessen zu vertreten: „Humanisierung von unten“.

Ein solcher 'subjektiver' Ansatz (der sich zunächst auf die physisch-psychische Vernutzung konzentriert) geht davon aus, daß die Arbeiter z.B. zur genauen Beschreibung ihrer Belastungen und Gesundheitsbeschwerden sehr wohl in der Lage sind, auch wenn arbeitssoziologische und arbeitswissenschaftliche Erhebungen im Betrieb zu einer präziseren Belastungserfassung und medizinische Untersuchungen zu einer genaueren Krankheitsdiagnose beitragen könnten. Die vorherrschenden Konzepte von Arbeitswissenschaft und Arbeitsmedizin sind ohnehin durch eine so weitgehende Ausblendung des ganzheitlichen Subjekts gekennzeichnet, daß das von uns entwickelte Vorgehen zu einer wesentlichen, darüber hinaus noch politisch relevanten Bereicherung des „Standes der Forschung“ beiträgt. Grundprinzip ist die Bildung von homogenen Arbeiter-Expertengruppen, die in ausführlichen gemeinsamen Diskussionen (z.B. im Rahmen von Wochen-seminaren) eine differenzierte qualitative Bestandsaufnahme ihrer spezifischen Belastungssituation und ihrer gesundheitlichen Beschwerden vornehmen. Dabei werden Belastungen schon als Mehrfachbelastungen gefaßt und unabhängig von bestehenden Richtlinien (d.h. auch dann, wenn sie einzeln anscheinend im Rahmen von zulässigen Werten liegen) aufgenommen; die Orientierung am Subjekt überschreitet von vornherein das System isolierter naturwissenschaftlicher Belastungsdefinitionen und entsprechender rechtlicher Regelungen. Zugleich trägt die Aufnahme subjektiver Befindlichkeitsstörungen zur Schließung von Lücken einer medizinischen Praxis bei, die große Probleme mit der Herstellung von Bezügen zwischen Arbeitssituation und Krankheitsbildern hat und (auch kombiniert auftretende) Befindlichkeitsstö-

rungen unterhalb der Ebene von Arbeitsunfähigkeit in der Regel ignoriert. Die gesellschaftspolitisch bedingten Auseinandersetzungen und Kompromißbildungen, die im Zusammenhang mit der Formulierung von Richtwerten z.B. beim höchstzulässigen Lärm, den international unterschiedlichen und sich verändernden Grenzwerten für (einzelne) Schadstoffe, dem geringen Wissensstand über die gesundheitlichen Auswirkungen einzelner und besonders kombinierter Belastungen sowie den Konflikten um die 'gesicherten arbeitswissenschaftlichen Ergebnisse' (man denke nur an die Gutachten und Gegengutachten zur Bildschirmarbeit) deutlich werden, müssen den Arbeitnehmern trotz der 'Wissenschaftlichkeit' der Resultate als nicht ausreichende „Stellvertreterbestimmung“ ihrer Situation und Interessen erscheinen und sie dazu provozieren, die Grenzen der Zumutbarkeit und Erträglichkeit für ihre Arbeit selbst zu bestimmen. Wenn sich die überwiegende Mehrheit einer homogenen Arbeitergruppe z.B. durch Lärm, Gase bzw. Dämpfe und Arbeitshetze stark belastet sieht und darüber hinaus an Kopfschmerzen und Magenproblemen leidet, dann sind diese Aussagen als Hinweis auf Kritik an der Arbeitssituation und Grundlage von Veränderungsforderungen anzusehen — Humanisierungsbedarf und Humanisierungspotential sind auszumachen, auch wenn die 'klassischen Wissenschaften' und die bestehenden rechtlichen Regelungen keine Veränderungsnotwendigkeit signalisieren (z.B. weil sich der Lärm und die Schadstoffe im erlaubten Rahmen halten, die Beschwerden nicht zur Arbeitsunfähigkeit führen und das Arbeitstempo als betrieblich notwendig erscheint). Unsere These lautet also: wenn große Gruppen von Arbeitern bestimmte (Mehrfach-)Belastungen kritisieren und bestimmte Befindlichkeitsstörungen und Gesundheitsbeschwerden haben, dann ist sowohl von einem Zusammenhang zwischen Arbeitssituation und Krankheit als auch von Veränderungsbedarf auszugehen. Die Artikulation und Durchsetzung von Humanisierungsforderungen ist allerdings an die kollektive Willensbildung der betroffenen Arbeiter und die kollektive Durchsetzungskraft von Belegschaft/Arbeiterschaft gebunden und kaum juristisch unter Hinweis auf die Erkenntnisse 'der Wissenschaft' einklagbar. Die Durchführung einer Befragung ihrer Kollegen durch die aktiven Arbeiter-Experten, die Auswertung der Antworten und die Rückvermittlung der Ergebnisse im Betrieb können sowohl zur Bewußtseinsbildung wie

zur Handlungsorientierung beitragen und die Grundlage für die Bildung von Gegenmachtstrukturen legen, ohne die das Arbeiterinteresse an einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen dauerhaft nicht durchsetzbar sein dürfte.

1.3 Bildungsarbeit und Befragungsansatz

In der Zeit von 1976-1980 haben wir 4 Wochen- und 2 Wochenendseminare sowie eine Reihe von Abendveranstaltungen mit Betriebsräten, Vertrauensleuten und Sicherheitsbeauftragten einer Bremer Großwerft zum Thema 'Arbeitsschutz und Humanisierung' durchgeführt; von wissenschaftlicher Seite waren (mit unterschiedlicher Intensität) Kollegen aus der Arbeiterbildung, der Industriesoziologie, der Arbeitsmedizin und dem Arbeitsrecht an dem Projekt beteiligt. Im Rahmen der langfristigen Lehrgangsarbeit ist es gelungen, die spezifischen Belastungen und Gesundheitsprobleme mehrerer Berufsgruppen auf der Werft differenziert herauszuarbeiten und begründete Thesen über den Zusammenhang von Arbeitssituation und Krankheit zu entwickeln. Die intensive Auseinandersetzung mit den arbeitsmedizinischen Ergebnissen und den arbeitsrechtlichen Regelungen hat neben einer Verstärkung bestimmter Erfahrungen und Vermutungen vor allem den Eindruck vermittelt, daß weder vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse noch das bestehende Arbeitsschutzrecht zu wirksamen Instrumenten einer Humanisierungspolitik gemacht werden können: rechtliche Regelungen sind entweder zu offen formuliert (es gibt 'Schlupflöcher') oder aufgrund betrieblicher Bedingungen nicht einzuhalten ('dann käme keiner auf sein Geld' oder 'es würde nie ein Schiff fertig werden'), und die Arbeitsmedizin kann weder auf gesicherte wissenschaftliche Ergebnisse zur gesundheitlichen Wirkung kombinierter Belastungen zurückgreifen noch die vorhandenen Befindlichkeitsstörungen ausführlich thematisieren und auf ihre Verursachungsmomente zurückführen. Zur Klärung der Fragen

- a) ob die von den Arbeiter-Experten wahrgenommenen und zusammengetragenen Belastungen und Gesundheitsbeschwerden auch von großen Teilen der Belegschaft erfahren werden und
- b) ob sich aus der Häufung der Antworten Hinweise auf Zusammen-

hänge zwischen Gesundheitsverfassung und Arbeitssituation, zwischen Mehrfachbelastungen und Befindlichkeitsstörungen ergeben, die unabhängig vom 'Stand der Wissenschaft' auf Verbesserungsnotwendigkeiten hinweisen sowie

c) welche Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit welcher Intensität unterstützt werden

wurden im Laufe der Seminararbeit ein Fragebogen (Dokument) entwickelt, der von Seminarteilnehmern und Gewerkschaftern im Betrieb verteilt und von den Kollegen ausgefüllt wurde. Nach einer ersten Auszählung im Rahmen eines Seminars wurde an der Universität Bremen eine differenzierte Computerauswertung vorgenommen, deren Ergebnisse in die weitere Lehrgangsarbeit und eine Broschüre eingegangen sind, die dann im Betrieb zur Aufklärung der Kollegen verteilt und diskutiert wurde (Rückkopplung der Ergebnisse). Im folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Befragung vorgestellt.

1.4 Die Ergebnisse der Befragung

An der Befragung haben sich insgesamt 361 Werftarbeiter beteiligt. 75 Prozent der Befragten waren zwischen 21 und 50 Jahren alt und 57 Prozent konnten auf eine mehr als 10-jährige Betriebszugehörigkeit zurückblicken. An der Untersuchung haben sich insbesondere die Berufsgruppen der Schlosser, Dreher, Werkzeugmacher, Maler, Schweißer und Rohrschlosser beteiligt.

1.4.1 Belastungen

Die Werftarbeiter sehen sich insgesamt in hohem Maße Belastungen ausgesetzt, wobei die Arbeitshetze, der Lärm und die Schadstoffe (Gase, Dämpfe oder Staub) von über 80 Prozent genannt werden.

Die nähere Analyse von Belastungskombinationen verdeutlicht die hohe Gesamtbelastung der Werftarbeiter. Angegeben werden z.B. Belastungen durch

- Hetze und Lärm von 67 %
- Hetze, Lärm und Schadstoffe von 65 %
- Hetze Lärm, Schadstoffe und schweres Heben von 34 %
- Hetze, Lärm, Schadstoffe, schweres Heben und Unfallgefahren von 29 %.

Berufsgruppenspezifische Belastungsprofile werden durch die Zusammenstellung der Komponenten deutlich, die jeweils von mehr als zwei Dritteln der Befragten angegeben werden. Das sind für die

- Schlosser: Staub, Lärm, schweres Heben, Witterung/Zugluft, Unfallgefahren, Terminhetze, Akkordhetze
- Dreher/Werkzeugmacher: Lärm, Akkordhetze (60 %) und Terminhetze (56 %)
- Maler: Gase, Staub, Lärm, Akkordhetze
- Schweißer: Belastungen durch weitere Schadstoffe (93 %), Gase, Staub, Lärm, Witterung, ständiges Hinsehen, Terminhetze und Akkordhetze
- Rohrschlosser/Maschinenschlosser: Gase, Staub, Lärm, Witterung, schweres Heben, Unfallgefahren, Akkordhetze (65 %)
- Sonstige: Gase, Staub, schweres Heben, Terminhetze, Unfallgefahren (65 %), Vorgesetztenhetze (65 %).

Daß diese Belastungen auf den einzelnen Arbeiter in der Tat kombiniert einwirken wird auch daran klar, daß sich fast 3/4 der Befragten mehr als fünf Belastungen gleichzeitig ausgesetzt sehen.

<i>Tab. 1</i>	<i>Belastungen am Arbeitsplatz</i>
Dämpfe (z.B. Öldämpfe)	45 %
Gase	54 %
Staub	75 %
Sand	17 %
Lärm	81 %
Hitze	43 %
Witterungseinflüsse (z.B. Zugluft, Nässe, Frost)	64 %
Schweres Heben und Tragen	56 %
Zwangshaltungen	34 %
Einseitige Belastungen	32 %
Schlechtes Licht	48 %
Ständiges Hinsehen	35 %
Unfallgefahren	58 %
Schichtarbeit	20 %
Besondere Arbeitshetze und Stress	82 %
durch Termine	60 %
durch Akkord	68 %
durch Vorgesetzte	41 %

Tab. 2 *Summe der angegebenen Belastungen nach Berufsgruppen
(Angaben in %)*

Berufsgruppen	bis 5	6-10	über 11 Belastungen
Schlosser	26	34	40
Dreher	44	45	11
Maler	32	36	32
Schweißer	11	44	44
Rohr-/Masch.-Schlosser	25	35	40
Sonstige	17	30	52
	29 %	37 %	34 %

Tab. 3 *Beschwerden und Krankheiten*

Übelkeit	25 %
Schwindelgefühl	25 %
Kopfschmerzen	52 %
Schüttelfrost	7 %
Erbrechen	8 %
Vorzeitige Müdigkeit, Mattigkeit	55 %
Atemnot	17 %
Nervosität	42 %
Schlafstörungen	29 %
Hustenreiz	34 %
Bronchitis	20 %
Sodbrennen	26 %
Magenverstimmung	36 %
Magenschleimhautentzündungen	20 %
Magengeschwüre	6 %
Magenoperationen	2 %
Kreislaufstörungen	26 %
Herzbeschwerden	16 %
Blutdruck niedrig	14 %
Blutdruck hoch	13 %
Rückenschmerzen	54 %
Rheuma	24 %
Bandscheibenschäden	25 %
Zerrungen	19 %
Grippe	31 %
Gehörschäden	32 %
Hämorrhoiden	21 %
Augenverletzungen durch Fremdkörper	24 %
Sehschäden	12 %

1.4.2 Gesundheitsprobleme

Nur 5 % der Befragten geben keine gesundheitlichen Beschwerden an; an der Spitze der von den Werftarbeitern genannten Befindlichkeitsstörungen stehen die Rückenschmerzen (64 %), Kopfschmerzen (52 %), frühzeitige Müdigkeit (55 %) und Nervosität (42 %).

Auch bei den Krankheiten ergibt sich ein berufsgruppenspezifisches Profil, wenn man die Beschwerden zusammenstellt, die jeweils von über 40 % der Kollegen genannt werden. Das sind für die

- Schlosser: Rückenschmerzen, Kopfschmerzen, vorzeitige Müdigkeit/Mattigkeit, Nervosität, Hustenreiz, Magenverstimmung
- Dreher/Werkzeugmacher: Rückenschmerzen, vorzeitige Müdigkeit/Mattigkeit
- Maler: Rückenschmerzen, Magenverstimmungen, Hustenreiz, Nervosität, vorzeitige Müdigkeit/Mattigkeit, Kopfschmerzen
- Schweißer: Kopfschmerzen, Rückenschmerzen, Gehörschäden, vorzeitige Müdigkeit/Mattigkeit, Schwindel, Nervosität, Hustenreiz, Schlafstörungen, Magenverstimmungen, Sodbrennen, Grippe, Augenverletzungen, Hämorrhoiden
- Rohr- und Maschinenschlosser: Rückenschmerzen, Kopfschmerzen, Müdigkeit/Mattigkeit, Nervosität
- Sonstige: Kopfschmerzen, vorzeitige Müdigkeit, Rückenschmerzen, Schlafstörungen, Nervosität, Bronchitis, Grippe, Übelkeit, Schwindel, Hustenreiz.

Über die Hälfte der Befragten leidet unter mehr als fünf gesundheitlichen Störungen gleichzeitig, und bei den Malern und Schweißern werden von fast einem Drittel mehr als zehn Krankheiten genannt (s. Tabelle 4):

Tab. 4: *Summe der angegebenen Krankheiten (Angaben in %)*

Berufsgruppen	bis 5	6-10	über 10
Schlosser	42	33	25
Dreher/Werkzeugbauer	64	28	8
Maler	38	30	32
Schweißer	21	44	34
Rohr- u. Masch.-Schlosser	38	42	19
Sonstige	26	30	43
	42 %	34 %	24 %

1.4.3 Zusammenhang von Belastungen und Krankheiten

Die Ergebnisse statistischer Analysen ergeben bei den Krankheiten

kaum signifikante Unterschiede nach dem Alter oder der Dauer der Betriebszugehörigkeit der Befragten; mit zunehmender Betriebszugehörigkeit steigt lediglich der Anteil der Kollegen mit Rückenschmerzen und die über 50-jährigen wie die unter 21-jährigen Arbeiter (insgesamt 25 % des samples) geben deutlich weniger häufig Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Magenschleimhautentzündungen und Grippe an; auch bei den Belastungen ist ein statistisch signifikantes Abnehmen der Häufigkeit bei den sehr jungen und den über 50-jährigen Kollegen zu konstatieren. An dieser Stelle soll nicht der Frage nach den Ursachen des Antwortverhaltens nachgegangen, sondern vielmehr das zentrale Ergebnis betont werden: unterschiedlich häufige und ausgeprägte Gesundheitsstörungen sind für 75 % der befragten Werftarbeiter eindeutig auf die Art und die Zahl der in der Arbeitssituation auftretenden berufsspezifischen Belastungen zurückzuführen. Das bedeutet allerdings nicht, daß Zusammenhänge zwischen einzelnen Belastungen und einzelnen Krankheiten statistisch einwandfrei nachweisbar sind: wenn unsere Auswertung eine besonders augenfällige Kombination von Zwangshaltungen und Hustenreiz oder von Hetze und Augenverletzungen ausweist, ist dies nur ein Indiz für die Bedeutung von Mehrfachbelastungen und das Zusammentreffen mehrerer Befindlichkeitsstörungen bei einer Person (Hustenreiz korreliert z.B. auch mit der Belastung durch Staub und Witterung, Augenverletzungen mit den Belastungsfaktoren ständiges Hinsehen und Unfallgefahren). Einzelne Krankheiten zeigen statistisch eindeutige Beziehungen zu der Mehrzahl der Belastungen (zehn und mehr): Kopfschmerzen, Nervosität, Magenprobleme und Magenschleimhautentzündungen, Rückenprobleme und Rückenschmerzen sowie Augenverletzungen und Hustenreiz sind nur als Folge der hohen Gesamtbelastung der Werftarbeiter zu interpretieren; die meisten Krankheiten scheinen eher durch die Summe verschiedener als durch isolierbare einzelne Belastungen bedingt zu sein.

Sowohl bei den Belastungen wie bei den Beschwerden (bei 11 von 29) fällt auf, daß die Schichtarbeiter deutlich häufiger auf ihre Beeinträchtigungen hinweisen. Die besondere Verbindung des Belastungsfaktors Schichtarbeit mit Schlafstörungen, Nervosität und Magenproblemen bestätigt andere zu diesem Themenbereich vorliegende Befunde. Tabelle 5 gibt einen Überblick über die deutlich höhere gesundheit-

liche Beanspruchung der Schichtarbeiter gegenüber den Kollegen in Normalschicht.

Tab. 5

*Befindlichkeitsstörungen bei Nachtschicht
(Angabe in %)*

	<i>Tagschicht</i>	<i>Nachtschicht</i>
<i>Übelkeit</i>	21	34
<i>Magenverstimmung</i>	21	48
<i>Sodbrennen</i>	20	36
<i>Magenschleimhautentzündung</i>	32	38
<i>Hustenreiz</i>	32	44
<i>Schlafstörungen</i>	23	46
<i>Bandscheibenschäden</i>	22	33
<i>Grippe</i>	27	42
<i>Gehörschäden</i>	27	38
<i>hoher Blutdruck</i>	10	22

Die Befragungsergebnisse ermöglichen die Beschreibung von berufsspezifischen Belastungssituationen und Gesundheitsgefährdungen; unsere Ergebnisse lassen sich z.B. für die Berufsgruppe der Schweißer folgendermaßen kurz zusammenfassen:

Im Vergleich der Berufsgruppen liegen die Schweißer bei der Nennung von Belastungen an der Spitze. 85 % erleben den Akkord als Belastung, 82 % sehen sich durch Gase und 93 % durch weitere Schadstoffe beeinträchtigt. Als weitere Belastungen werden von der überwiegenden Mehrheit genannt: Lärm (81 Prozent), Witterungseinflüsse, einseitige körperliche Belastung und ständiges Hinsehen. Den hohen Prozentzahlen bei den Belastungen entsprechen ebenso positive Nennungen bei den Beschwerden/Erkrankungen; auch hier stehen die Schweißer an der Spitze im Berufsgruppenvergleich. Die in dieser Gruppe höchste Nennung von Magenbeschwerden (41 % Sodbrennen, 44 % Magenverstimmungen, 33 % Magenschleimhautentzündungen) scheint bei Kenntnis der Art und Häufigkeit der angegebenen Belastungen sehr plausibel. Sowohl die Belastung durch Gase/Dämpfe — selbst ohne MAK-Wert-Überschreitung — als auch die Belastungen durch Akkord, Arbeitshetze und Lärm tragen zu Störungen im Bereich des Magens bei. Die im Vergleich zu allen anderen Berufsgruppen höchste Nennung von Kopfschmerzen (74 %) und Hustenreiz (48 Prozent) sowie Bronchitis (26 %) steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Häufigkeit der Belastung durch Gase/Dämpfe und Staub. Die wiederum höchste Nennung von Schlafstörungen (41 %) und Nervosität (40 %) in der Gruppe der Schweißer weist wahrscheinlich auf die hohe Belastung durch Arbeitshetze und insbesondere Akkord hin. Möglicherweise ist auch der besonders hohe Prozentsatz derjenigen, die in dieser Berufsgruppe Kopfschmerzen angeben, durch die besonders häufige Belastung durch Arbeitshetze/Akkord mitzuerklären.

1.5 Humanisierungsansätze

Von den Arbeitern selbst entwickelte oder getragene Vorstellungen zur Verbesserung ihrer Arbeitsplatzsituation lassen sich berufs- und bereichsspezifisch in Expertendiskussionen oder durch die Auswertung von qualitativen Interviews herausarbeiten und können nur so den erforderlichen konkreten 'Arbeitsplatzbezug' bekommen. Nach den Ergebnissen unserer umfangreichen industriesoziologischen Studie würde eine arbeitspolitische Öffnung hin zu 'Basisproblemen' nicht etwa einen Zerfall, sondern eher eine Stärkung kollektiven Denkens zur Folge haben: die Probleme einzelner Berufsgruppen sind nur zu lösen, wenn die Belegschaft ihre abgestimmten Interessen gemeinsam gegen unternehmerische Interessen durchzusetzen in der Lage ist. Es sind die betrieblichen Herrschaftsstrukturen und die kapitalistische Verfügungsgewalt über die Produktion, die auf die Gesundheit der Arbeitnehmer durchschlagen und auch noch zur 'Selbstblockade' von Humanisierungsaktivitäten führen.

Nach unserer Einschätzung sind z.B. die von den Arbeitern zu tragenden Befindlichkeitsstörungen wie Kopfschmerzen, frühzeitige Müdigkeit, Nervosität und Rückenschmerzen (die in der Regel nicht Arbeitsunfähigkeit bedeuten und von daher weder das Unternehmen noch die Medizin ernsthaft interessieren) Ausdruck einer ganz zentral von hohen betrieblichen Leistungsanforderungen und Arbeitshetze geprägten Gesamtbelastung (z.B. werden schweres Heben/Tragen und Unfallgefahren aus Zeitgründen in Kauf genommen), die auf der Basis einer ständigen Überforderung das Durchbrechen von manifesten Erkrankungen an der einen oder anderen Stelle erklärbar macht. Neben arbeitsprozeßlichen Veränderungen setzt eine wirkungsvolle Humanisierungspolitik die Reduktion von Leistungsanforderungen voraus — weder vereinzelt erleichterungen noch Lohnverbesserungen werden von den Arbeitern dauerhaft als Situationsverbesserung interpretiert, wenn damit einhergehende Arbeitsintensivierungen letztlich zu einem stärkeren Verschleiß führen. Die Forderung nach Abschaffung des Akkords als Forderung nach größeren zeitlichen Spielräumen wird von 2/3 der befragten Werftarbeiter und sogar von 78 Prozent der Schweißer unterstrichen — ohne eine Festschreibung bzw. Herabsetzung der Leistungsanforderungen werden die Gewinne aus techni-

schen und organisatorischen Verbesserungen einseitig vom Unternehmen 'kassiert'. Aber nicht nur bei der Definition der Vorgabezeiten ist ein stärkerer Eingriff in die unternehmerische Verfügungsgewalt erforderlich: die von mehr als der Hälfte der Arbeiter geforderten Arbeitsplatzanalysen und regelmäßigen medizinischen Untersuchungen haben für die Arbeitnehmer nur dann Vorteile, wenn auch mit Mehrkosten verbundene technische oder arbeitsorganisatorische Lösungen realisiert werden (z.B. Ersatz von Asbest, Kauf von Maschinen mit Lärmisolierungen) und Kollegen mit Gesundheitsstörungen eine Beschäftigungsgarantie erhalten. Die Tatsache, daß auch kranke Arbeiter ihre Arbeit fortsetzen und z.T. keinen Arzt aufsuchen, ist die Folge der Individualisierung und Privatisierung der mit der Industriearbeit verbundenen Risiken: die Kollegen haben sich im Betrieb kaputtgearbeitet und verbinden mit den für sie gedachten Schutzregelungen (medizinische Untersuchung) primär die begründete Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, daß es keine isolierten Humanisierungsmaßnahmen geben kann: es kommt auf die umfassende Bestimmung und Vertretung der Arbeiterinteressen an, die den Unternehmern den Einsatz ihrer Verfügungsmacht zur Uminterpretation der für die Arbeitnehmer erkämpften Verbesserungen unmöglich macht; bei technischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen müssen die Leistungsanforderungen genau definiert und bei medizinischen Untersuchungen die Beschäftigungsperspektiven für Kollegen mit ernsthaften gesundheitlichen Störungen eindeutig geregelt werden. Der Kampf der Arbeitnehmer für ihre Interessen und die Einschränkung unternehmerischer Verfügungsmacht wird ihnen wohl weder durch rechtliche Regelungen noch durch 'gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse' abgenommen; so war z.B. die Nichtverarbeitung von Asbest auf der Bremer Großwerft erst aufgrund einer Arbeitsniederlegung möglich. Die von der Hälfte der befragten Werftarbeiter geforderten zusätzlichen bezahlten Pausen und Arbeitszeitverkürzungen werden ebenfalls kaum kampfflos zu erreichen sein.

1.6 Kooperations- und Forschungsperspektiven

Über erste Ansätze einer wirkungsvollen Humanisierungspolitik für alle Arbeitnehmer in Form einer Verringerung der Leistungsanforderungen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, zusätzlich bezahlte Pausen und eine Herabsetzung des Arbeitstempos hinaus müssen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitssituation auf Branchen-, Bereichs- und Berufsgruppenebene entwickelt werden. Solche Humanisierungskonzepte sind vorstellbar als Resultat der Kooperation von betroffenen Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretern mit Wissenschaftlern unterschiedlichster Disziplinen (Industriesociologen, Arbeitswissenschaftlern, Medizinern, Chemikern, Physikern und Juristen), die ihre Qualifikationen zur Unterstützung der abhängig Beschäftigten einbringen. Ideal wäre eine differenzierte Analyse der vorhandenen Belastungssituation und der Befindlichkeitsstörungen, die sich stützen könnte auf

- eine qualitative sozialwissenschaftliche Erfassung der Arbeitssituation und ihrer Veränderungen
- eine statistisch differenziert ausgewertete Befragung größerer homogener Arbeitergruppen
- arbeitswissenschaftliche und chemisch-physikalische Erhebungen aller vorhandenen Belastungskomponenten und die medizinische Analyse ihrer möglichen gesundheitlichen Folgen
- kontinuierliche medizinische Untersuchungen der betroffenen Arbeitnehmer
- Auswertungen der Krankheitsgeschichte, der Unfallhäufigkeit und -ursachen, der Gründe für das frühzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und der Todesursachen in bestimmten Berufsgruppen.

Die von den Arbeitern wahrgenommenen und wissenschaftlich erfaßten Probleme könnten die Basis für eine kooperative Diskussion über umfassende Humanisierungsansätze und -perspektiven bilden, und — wenn sie von den Betrieben schon nicht übernommen werden — zur Fundierung einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik beitragen. Zu begrüßen wären sowohl interdisziplinär angelegte Kooperationsprojekte wie Konferenzen zum Austausch von Erfahrungen und Ergebnissen unterschiedlicher Disziplinen und Vorgehensweisen zum gleichen 'Problemfeld'. Unter der Rahmenbedingung begrenzter Be-

triebszugänge und immer engerer finanzieller Möglichkeiten weisen unsere Erfahrungen das im Rahmen der Arbeiterbildung entwickelte Konzept einer „Humanisierung von unten“, zumindest unter dem Aspekt einer mobilisierenden Verbreitung gewerkschaftlicher Humanisierungspolitik, als empfehlenswerte Alternative mit großen Vorzügen aus.

1.7 Forderungsschwerpunkte und Durchsetzungsstrategien zur Humanisierung der Arbeit

1.7.1 Forderungsschwerpunkte

Die Beschäftigten haben Anspruch auf eine inhaltsreiche und qualifizierte Tätigkeit ebenso wie auf erträgliche Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer sind zu allen technischen, organisatorischen, medizinischen und sozialen Maßnahmen zu verpflichten, die im Interesse der menschengerechten Gestaltung der Arbeit erforderlich sind.

Unter den derzeitigen Bedingungen sind kurzfristig insbesondere solche Veränderungen anzustreben, die zu einer spürbaren Senkung der Arbeitsbelastungen führen — nur so sind der hohe Gesundheitsverschleiß und die Einschränkung der persönlichen Spielräume verringert. Es kann nicht hingenommen werden, daß im Gefolge kapitalistischer Rationalisierungen Teile der Beschäftigten durch „Freisetzungen“ arbeitslos werden, während die in der Produktion verbleibenden Arbeitnehmern erhöhten Belastungen ausgesetzt sind. Im Mittelpunkt einer Politik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß der Schutz der Person vor Gesundheitsverschleiß und Dequalifizierung stehen.

Zu fordern ist vor allem die Verringerung der vorhandenen Arbeitsbelastungen z.B. durch

- Senkung des Arbeitstempos und Abbau von Streß
- zusätzliche bezahlte Pausen
- Verringerung der wöchentlichen (35 Stunden), der jährlichen (6 Wochen Mindesturlaub) und der Lebensarbeitszeit (Möglichkeit der Verrentung ab 55 Jahre)
- Abbau von schwerer körperlicher Arbeit durch technische und organisatorische Maßnahmen
- Abbau von Umgebungsbelastungen, die von Lärm, gefährlichen Arbeits-

stoffen (z.B. Verbot von Asbest) und räumlichen bzw. klimatischen Verhältnissen ausgehen

- Abbau der Schichtarbeit auf das technisch und gesellschaftlich unvermeidbare Maß; Verringerung der Schichtdauer, Freizeitausgleich und Garantie einer warmen Mahlzeit für alle schichtdienstleistenden Arbeitnehmer
- Vermeidung von Monotonie durch inhaltliche Anreicherung der Arbeit und Arbeitsplatzwechsel
- Auflösung starrer Taktbedingungen durch technische und organisatorische Maßnahmen
- wirkungsvolle Organisation des Arbeitsschutzes; Prinzip der Unternehmerschaftung für die Gestaltung sicherer und menschlicher Arbeitsbedingungen, z.B. Verpflichtung zur Bekanntgabe der von den verwendeten Arbeitsstoffen ausgehenden Gesundheitsgefahren
- Durchsetzung des Rechts für Betriebsräte, Sicherheitsbeauftragte und Arbeitnehmer, bei Sicherheitsbedenken die Produktion bis zur Klärung der Probleme (Einschaltung der Aufsichtsbehörden) zu stoppen bzw. die Arbeit zu verweigern.

Das verbreitete Unterlaufen selbst der derzeit gültigen Sicherheitsbestimmungen muß als weiterer Beleg für die Notwendigkeit des Abbaus von Arbeitshetze und Streß gewertet werden.

Als wirklich menschenwürdig ist auch ein belastungsarmer Arbeitsplatz erst dann zu bezeichnen, wenn er die weitgehende Entfaltung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers ermöglicht. Dieses Ziel ist nur zu erreichen über den Erhalt und den Ausbau der Qualifikationsanforderungen und der eigenen Entscheidungsspielräume; nur dann besteht die Möglichkeit, die eigene Person in die Arbeit einzubringen. Die Ausweitung der beruflichen und politischen Weiterbildung der Arbeitnehmer ist deshalb dringend erforderlich (z.B. mit Hilfe von zehn Tagen Bildungsurlaub pro Jahr).

Diese Vorstellungen zur Humanisierung der Arbeit richten sich gegen unternehmerische Profitinteressen und werden gegen unternehmerischen Widerstand durchzusetzen sein. Das Argument der hohen betrieblichen Kosten solcher Maßnahmen kann nicht dauerhaft zur Rechtfertigung einer Situation herhalten, in der die Gesundheit und die Persönlichkeit des Menschen nicht der Mittelpunkt, sondern die Restgröße der Produktion sind und kapitalistische Rationalisierungen auf weitere Belastungssteigerungen und Dequalifizierungen zielen. Die Richtigkeit unserer politischen Forderungen wird besonders dann deutlich, wenn man den betrieblichen Kosten die hohen individuellen (Krankheiten, Invalidität, früher Tod) und gesellschaftlichen (Milliar-

den Ausgaben der Versicherungsträger) Kosten der kapitalistisch bestimmten Arbeitsbedingungen gegenüberstellt. Der Unternehmer eignet sich nicht nur das Mehrprodukt der Arbeitnehmer an, sondern läßt diese auch noch einzeln und insgesamt die Zeche für die von ihm geschaffenen Arbeitsbedingungen bezahlen.

Hier sind verschiedene Schritte zur Umgestaltung der Verhältnisse nötig — der politischen Ökonomie des Kapitals muß die politische Ökonomie der Arbeit entgegengestellt werden. Die Belegschaften und die Gewerkschaften müssen das Recht bekommen, schon bei der Planung neuer Anlagen und Produktionsverfahren ihren Einfluß zugunsten der Arbeitnehmer einzusetzen: die volle Mitbestimmung der Beschäftigten auch bei den betrieblichen Investitionen bleibt ein zentrales Ziel.

1.7.2 Strategische Überlegungen zur Durchsetzung einer Humanisierungspolitik

1) Trotz der bestehenden rechtlichen Regelungen und der vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisse haben die in den letzten Jahrzehnten vorgenommenen Arbeitsveränderungen für den einzelnen Arbeitnehmer in der Regel nicht zu durchgreifenden Verbesserungen, sondern oft zu Verschlechterungen geführt. Eine Politik zur Durchsetzung von Humanisierungsforderungen muß sich zwar auf die vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisse und das geltende Recht stützen, kann sich aber nicht darauf beschränken.

2) Im Zusammenhang mit den vorliegenden Arbeitsbedingungen und den bevorstehenden durchgreifenden Rationalisierungstendenzen wird es darauf ankommen, die Ansprüche und Interessen der Arbeitnehmer im Sinne einer Schutz- und Gestaltungspolitik herauszuarbeiten und zu aktivieren.

Im Mittelpunkt stehen die Interessen an

- sicherer Beschäftigung
- gesichertem, steigendem Einkommen
- breiter Qualifikation
- Entscheidungsspielräumen bei der Arbeit
- belastungsarmen Arbeitsplätzen ohne Unfallgefahren und Gesundheitsgefährdungen
- Mitbestimmung bei betrieblichen Entscheidungen z.B. in bezug auf die Art der hergestellten Produkte und die Bedingungen der Produktion

— Mitbestimmung über gesamtwirtschaftliche Entscheidungen, die u.a. für einzelne Branchen und Regionen von existenzieller Bedeutung sind.

3) Eine Humanisierungspolitik muß berücksichtigen, daß es bei den Arbeitnehmern eine Vielzahl von „Mobilisierungshindernissen“ gibt, die in der Regel erfahrungsbegründet sind und z.T. ihre Ursache in einer unterschiedlichen Interessengewichtung haben. Solche, einer Mobilisierung für Humanisierungsforderungen entgegenstehenden Arbeitnehmerhaltungen werden z.B. deutlich, wenn

- das Beschäftigungsinteresse das Übergewicht bekommt (z.B. bei Arbeit mit Asbest)
- das Lohninteresse zentral ist, z.B. bei der finanziellen Entschädigung für besondere Belastungen
- in der Krise Entlassungen und Umsetzungen anstehen und für den Einzelnen möglicherweise nur die Alternative zwischen schlechter oder gar keiner Arbeit besteht
- die Aussicht auf die Veränderung eher negative Erwartungen auslöst, weil die bisherigen Erfahrungen mit betrieblichen Umstellungen für die Arbeitnehmer in der Regel eher Leistungssteigerungen und Qualifikationsverluste als Verbesserungen gebracht haben
- vorhandene Gesundheitsstörungen individualisiert und der eigenen Person zugerechnet und nicht als kollektives Problem gesehen werden
- die vorhandene Arbeitsplatzgestaltung als Ausdruck technischer Sachzwänge betrachtet wird, die kaum veränderbar sind.

4) Eine Humanisierungspolitik im Interesse der Arbeitnehmer wird sich gegen unternehmerische Interessen durchzusetzen haben; sowohl die Arbeitskämpfpraxis der Arbeitgeber wie der vorliegende „Tabu-Katalog“ machen klar, daß die organisierten Arbeitnehmer in dieser Frage keine „Geschenke“ zu erwarten haben. Für die Beschäftigten gibt es nur dann eine Durchsetzungschance, wenn es eine Verständigung auf bestimmte Forderungen, eine breite Diskussion an der Basis und eine umfassende Mobilisierung gibt.

5) Erforderlich sind intensive Diskussionen der betroffenen Kollegen in den Betrieben, die ihre eigenen Interessen gemeinsam bestimmen und vertreten müssen. Ansatzpunkt einer solchen Mobilisierung ist der Betrieb. Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten und eine kontinuierliche Bildungsarbeit können dazu beitragen, Gegenmachtstrukturen zu verstärken. Die Aktivierung der Diskussion in der Belegschaft ist z.B. über eine Selbstbefragung (zum Thema 'Rationalisierungsfolgen' und 'Arbeitsbedingungen') möglich, die Diskussionen

in den Abteilungen und auf Betriebsversammlungen auslöst. Das Bestimmen und offensive Vertreten der eigenen Interessen kann eingehen in den Entwurf von Betriebsvereinbarungen sowie in Forderungen an die Tarifpolitik und den Staat.

6) Der weitgehenden Vereinheitlichung von Arbeitnehmerinteressen in der gewerkschaftlichen Aktion kommt eine hohe Bedeutung zu, weil eine Schutz- und Gestaltungspolitik nur gemeinsam und gegen den entschiedenen Widerstand der Unternehmer durchzusetzen sein wird. Es muß versucht werden, Arbeitnehmerinteressen mit Hilfe von tarifvertraglichen Regelungen durchzusetzen und die unternehmerische Macht dabei möglichst weit einzuschränken. Für die Entwicklung von kurz- und mittelfristigen Forderungen sowie die Einschätzung erreichter Regelungen ist es sinnvoll, unterschiedliche „Stufen“ der Sicherung von Arbeitnehmerinteressen zu unterscheiden:

- a) Die Durchsetzung individueller Schutzregelungen, die z.B. mit Hilfe eines Abgruppierungsschutzes erreicht wurden. In einigen Tarifverträgen ist es bisher trotz Streiks lediglich gelungen, den Abgruppierungsprozeß zu verlangsamen und individuell „abzufedern“.
- b) Die Durchsetzung kollektiver Schutzregelungen, die z.B. von der IG Metall in Form einer kollektiven Lohnsicherung gefordert und z.T. in Form von Altersabsicherungen und Arbeitszeitverkürzungen schon erreicht wurden.
- c) Eingriffe in die Produktionsgestaltung und damit in die unternehmerische Verfügungsgewalt über die Produktion z.B. in Form der Vereinbarung von Mindestarbeitsinhalten (Mindesttaktzeiten) und Pausenregelungen, wie sie mit dem Lohnrahmentarifvertrag II in Nord-Baden/Nord-Württemberg durchgesetzt wurden.
- d) Die Durchsetzung von Auflagen an die Unternehmen, die ihre Entscheidungsspielräume einschränken. In den Rahmen einer solchen Politik fallen z.B. Beschäftigungsvereinbarungen für bestimmte Gruppen sowie Qualifizierungs- und Umschulungsaufgaben (wie sie von der IG Druck und Papier für die von den neuen Techniken betroffenen Berufsgruppen durchgesetzt wurden), und auch z.B. das Verbot der Verarbeitung bestimmter Materialien.
- e) Die Durchbrechung der Verfügungsgewalt der Unternehmer durch die Bindung aller Entscheidungen an die ausdrückliche Zustimmung von Betriebsräten/Gewerkschaften. Das ist der Fall bei der

Absicherung eines Vetorechtes für Betriebsräte bei technischen Veränderungen und Kündigungen und bei der Verankerung des Rechts der Arbeitnehmer, die Produktion im Falle von akuten Gefährdungen zu stoppen.

- f) Die Möglichkeit der selbstbestimmten Durchsetzung einer Betriebspolitik im Interesse der Arbeitnehmer, die z.B. die Umsetzung von Vorstellungen in bezug auf die Produktpalette (z.B. Umstellung von Rüstungsproduktion auf „sinnvolle“ Güter) und die Art und Weise der Herstellung (Produktionsgestaltung) ermöglicht.
- 7) Es wird darauf ankommen, bestimmte Regelungen zu verallgemeinern und in Form von Gesetzen festzulegen. Deshalb richtet sich ein Teil der gewerkschaftlichen Forderungen an den Staat, der die Wahrung von Arbeitnehmerinteressen unterstützen könnte durch z.B.
- gesetzliche Regelungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbesserung des Kündigungsschutzes und eine aktive Beschäftigungspolitik
 - ein umfassendes Arbeitsschutzgesetz
 - die Verbindung von Forschungsaufgaben zur wirklichen Humanisierung der Arbeit (die nicht versteckte Rationalisierungen sind, sondern zum Abbau von Belastungen und zur Vergrößerung von Qualifikation und Entscheidungsspielräumen führen) mit Auflagen in bezug auf die Umsetzung solcher Ergebnisse.
 - die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen.

Dokument:

**FRAGEBOGEN ZUR VERRINGERUNG DER
AREITSBELASTUNG IM BETRIEB**

	<i>ANTWORTEN</i>		
	<i>JA</i>	<i>NEIN</i>	<i>GENAUERES</i>
1. Welche Belastungen treten bei Dir auf?			
Schadstoffe: Dämpfe (Öldämpfe)
<i>Gase</i>
<i>Staub</i>
<i>Sand</i>
<i>weitere:</i>
.....
Lärm
Hitze
Witterungseinflüsse (z.B Zugluft, <i>Nässe, Frost</i>)
Schweres Heben und Tragen
Zwangshaltungen
Einseitige Belastungen
Schlechtes Licht
Ständiges Hinsehen
Unfallgefahren
Schichtarbeit
Besondere Arbeitshetze und Streß			
<i>durch Termine</i>
<i>durch Akkord</i>
<i>durch Vorgesetzte</i>
Weitere persönliche Ergänzungen:			
.....
.....

2. Welche Beschwerden und Krankheiten treten bei Dir auf?

	JA	NEIN	GENAUERES
Übelkeit
Schwindelgefühl
Kopfschmerzen
Schüttelfrost
Erbrechen
Vorzeitige Müdigkeit, Mattigkeit
Atemnot
Nervosität
Schlafstörungen
Hustenreiz
Bronchitis
Sodbrennen
Magenverstimmungen
Magenschleimhautentzündungen
Magengeschwüre
Magenoperationen
Kreislaufstörungen
Herzbeschwerden
Blutdruck, niedrig
hoch
Rückenschmerzen
Rheuma
Bandscheibenschäden
Zerrungen
Grippe
Gehörschäden
Hämorrhoiden
Augenverletzungen/Fremdkörper
Sehschäden

Weitere persönliche Ergänzungen:

.....

.....

.....

3. Was könnte diese Beschwerden erträglicher machen?

	JA	NEIN	GENAUERES
Bezahlte Pausen
Verringerung der Überstunden
Abschaffung des Akkords
Verkürzung des Arbeitstages
Abschaffung der Schichtarbeit
Jährliche Untersuchungen
Arbeitsplatzuntersuchungen auf Belastungen durch Lärm, Staub, Gas
Weitere persönliche Vorschläge
.....
Mitbestimmung bei der Arbeitsplanung! — Was vor allem?
.....

4. Statistik

Alter
Dauer der Betriebszugehörigkeit
Erlerner Beruf ¹
Jetziger Beruf ¹
Wie lange in der jetzigen Tätigkeit
Gewerk ¹
Lohngruppe ¹
Wieviele Unfälle
Wie lange in Schichtarbeit

Sonstige Bemerkungen:

.....

.....

Anmerkung:

Alle durch das Zeichen¹ kenntlich gemachten Statistikfragen haben sich im nachhinein als überflüssig erwiesen.

2. Rationalisierungsanalyse und Betroffenenforschung

2.1 Arbeiterbewegung und kapitalistische Rationalisierung

Angesichts der Massivität der erfahrenen und bevorstehenden kapitalistischen Rationalisierungen bei gleichzeitiger konjunktureller Krisenentwicklung und einer Massenarbeitslosigkeit von über 2 Mio. Arbeitnehmern (ganz abgesehen von der verdeckten Arbeitslosigkeit) stoßen die Gewerkschaften zunehmend an die Grenze ihrer 'traditionellen' Tarifpolitik. Rationalisierungsschutzabkommen, die vorrangig die Höhe der Abfindung von zu entlassenden Arbeitnehmern regeln, werden allgemein als zu kurzgreifend empfunden — was wird aus den 'Abgefundenen'? Die Lohn- und Gehaltsgruppenbeschreibungen bieten nach technisch und organisatorisch bedingten Arbeitsvereinfachungen immer weniger eine Garantie für den Erhalt der Reallöhne. Zugeständnisse bei der Eingruppierung oder Zulagen für besondere Leistungen treffen nicht nur verstärkt auf den Widerstand der Unternehmer, sondern werden auch von den Arbeitnehmern oft als nicht ausreichende Gegenleistung für steigende Belastungen und Gesundheitsrisiken angesehen.

Gewerkschaftspolitik muß in neue Dimensionen vorstoßen: die Abwehr der Krisenfolgen und der großen Arbeitsbelastungen bekommt für die Arbeitnehmerinteressen eine so große Bedeutung, daß die Reduktion gewerkschaftlicher Organisation auf die Rolle einer 'Lohnmaschine' undenkbar ist.

Die Streiks der IG Druck und Papier (im Jahre 1978 zur Absicherung der durch den Einsatz von rechnergesteuerten Textsystemen und Bildschirmgeräten in ihrer Existenz bedrohten Berufsgruppe der Setzer) und der IG Metall (im Jahre 1978 in Nordbaden/Nordwürttemberg mit dem Ziel, die im Gefolge von Rationalisierungen umgesetzten und dequalifizierten Arbeiter vor Lohneinbußen durch Abgruppierungen zu schützen, sowie in der Stahl- und Metallindustrie für die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit als Beitrag zur Krisenabwehr und Humanisierung) deuten nicht nur eine Wende im Interessenbewußtsein der Arbeitnehmer, sondern auch in der Härte

der Auseinandersetzungen um die Folgen kapitalistischer Rationalisierungen an.

In Bezug auf die unmittelbaren Folgen der kapitalistischen Rationalisierung können die von der IG Druck und Papier und der IG Metall durchgesetzten Tarifverträge zwar für einen bestimmten Zeitraum die von den Arbeitsveränderungen betroffenen Arbeitnehmer vor Einkommenseinbußen schützen und neue Arbeitsplätze für 'Rationalisierungsoffer' reservieren. Aber damit ist die Zahl der zukünftigen Arbeitsplätze nicht festgelegt und kein umfassender Schutz vor Entlassungen und Arbeitslosigkeit gegeben, wie die Regelungen in bezug auf die Zuschüsse bei Umschulungen und Abfindungen bei Entlassungen zeigen. Mit Hilfe der abgeschlossenen Tarifverträge sind Arbeitsverschlechterungen nach Rationalisierungen auch nicht vermeidbar.

Ein Vergleich mit Rationalisierungsschutzabkommen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes macht die Begrenztheit der Ergebnisse der neuen Tarifverträge der IG Druck und Papier und der IG Metall auch in der Frage der Arbeitsplatz- und der Einkommenssicherung deutlich:

Im Tarifvertrag der IG Metall heißt es:

„Kann ein solcher Arbeitsplatz nicht angeboten werden, so hat der Arbeitgeber, soweit möglich, dem Arbeitnehmer die Umschulung auf einen anderen gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatz im Betrieb unter Fortbestand des Arbeitsverhältnisses anzubieten.“

Der von der IG Druck und Papier erstreikte Tarifvertrag mußte für die nicht weiter zu beschäftigenden Arbeitnehmer Abfindungen vorsehen:

„Arbeitnehmer, die infolge der Einführung des rechnergesteuerten Textsystems aus betriebsbedingten Gründen entlassen werden und keinen Anspruch auf Abfindung aus einem betrieblichen Sozialplan nach § 112, 113 BetrVG haben, erhalten eine angemessene Abfindung“.

Dagegen heißt es im Rationalisierungsschutzabkommen für den Bremer öffentlichen Dienst:

„Die Freie Hansestadt Bremen verpflichtet sich, den durch Rationalisierungsmaßnahmen betroffenen Bediensteten einen Arbeitsplatz zu erhalten“.

Während die Industriegewerkschaften lediglich eine Erschwerung von Entlassungen erreicht haben, gibt es im öffentlichen Dienst den völligen Entlassungsschutz.

Auch in der Frage der Lohnsicherung gibt es einen deutlichen Unterschied. Im Tarifvertrag der IG Metall heißt es: „Eine Abgruppierung ist erst zulässig, wenn eine Umsetzung nach § 3.1 bzw. eine Um-

schulung nach § 3.2 nicht möglich ist ... Bei einer Abgruppierung erhält der Arbeitnehmer ... einen Verdienstauegleich für die Dauer von 18 Monaten“. Dagegen die Regelung im öffentlichen Dienst Bremens: „Die Freie Hansestadt Bremen verpflichtet sich ferner, die durch Rationalisierungsmaßnahmen frei gewordenen Bediensteten in ihrer Eingruppierung nicht zu verschlechtern“. Obwohl auch im staatlichen Bereich Änderungskündigungen möglich sind, ist die Sicherung vor Abgruppierung hier deutlich größer als in der Industrie.

Die durch Rationalisierungen neu entstehenden Arbeitssituationen werden in keinem Tarifvertrag näher geregelt, die existentielle Sicherung hat Vorrang vor dem Erhalt z.B. von Qualifikation und Arbeitsvermögen. Lediglich der Tarifvertrag der IG Druck und Papier regelt die Arbeitszeit an den neuen Bildschirmgeräten. Allerdings ist es z.B. der IG Metall schon 1973 in Nordbaden/Nordwürttemberg gelungen, bestimmte Mindestnormen für die Arbeitsbedingungen (z.B. Länge der Taktzeiten bei Bandarbeit) festzuschreiben.

Es wird in Zukunft für die Gewerkschaften aber nicht nur darauf ankommen, die negativen Folgen von kapitalistischen Rationalisierungen durch Arbeitszeitverkürzung, Lohnsicherungen und Mindestnormen bei den Arbeitsbedingungen zumindest teilweise abzuwehren — erforderlich wäre eine offensive Politik der Beeinflussung der Art und der Richtung von technischen und organisatorischen Veränderungen. Der Übergang von einer Politik des Einschränkens und Bremsens zu einer der aktiven Beeinflussung im Interesse der Arbeitnehmer wird aber nicht nur das Bündnis mit Teilen von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, sondern auch einen verstärkten Einfluß auf betriebliche und gesellschaftliche Entscheidungsinstanzen erfordern.

Die Formulierung von Kriterien und die inhaltliche Ausfüllung einer schon in die Gestaltung neuer Technologien eingreifenden offensiven Gewerkschaftspolitik, die eine Überwindung der lediglich auf das „soziale Abfedern“ ausgerichteten Konzepte bedeutet und alleine zur Realisierung einer „humanen Produktion“ in der Lage ist (Fricke u.a. 1981, Schumann u.a. 1982), stößt an eine Grenze der bisherigen Organisationsarbeit der Gewerkschaften. Innerhalb der IG Metall wurde ein Mobilisierungsversuch mit Hilfe einer bundesweiten Betriebsrätebefragung unternommen und in mehreren Ortsverwaltungen in Rationalisierungs-Arbeitskreisen gearbeitet (Fricke u.a. 1982). Der

Versuch einer inhaltlichen Füllung der gewerkschaftlichen Ansprüche, sowohl einer eher defensiv-beeinflussenden wie einer offensiv-gestaltenden Politik der technologischen Alternativen, erforderte auch für die entwickelte englische Belegschaftsinitiative bei Lucas Aerospace die Kooperation mit kritischen Wissenschaftlern in den Hochschulen (Cooley 1982) und hatte zunächst ebenso bescheidene Resultate, wie die sich in der Bundesrepublik formierenden Ingenieur-Arbeitskreise (Duhm u.a. 1983).

Die 'theoretische' Bestimmung der 'eigentlich' notwendigen Politik und der Hinweis auf die begrenzte Reichweite der weitestgehenden Tarifverträge im nichtstaatlichen Bereich dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß weder die Umsetzung dieser Tarifverträge in Alltagsrealität ein schon gelöstes Problem ist, noch, daß nicht einmal dieses Niveau in allen Tarifbezirken der IG Metall und der anderen Gewerkschaften erreicht ist.

Die Aufgabe der nächsten Jahre wird darin bestehen, ein koordiniertes Abwehrkonzept gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierungen und der Krise zu entwickeln und soweit wie möglich durchzusetzen.

Nicht steigende Unternehmergewinne, sondern eine Senkung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich, die Lohnabsicherung von Arbeitern im Rationalisierungsfall und Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeit (mehr bezahlte Pausen, Abbau der Schichtarbeit, Abbau von Arbeits-hetze und Leistungslöhnen, inhaltliche Anreicherung der Arbeit und Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen zur Arbeitsgruppe etc.) sind die Bedingungen für eine Entwicklung, in der Wirtschaftswachstum und technischer Wandel den arbeitenden Menschen dienen und nicht auf ihre Kosten zur Bereicherung und Machtsteigerung der Unternehmer beitragen. Die Probleme bei der Durchsetzung einer solchen Politik gegen Unternehmerinteressen werden die Beantwortung der Fragen nach der Entscheidungsbefugnis über den Umfang und das Ziel von Investitionen und damit Überlegungen in bezug auf Investitionslenkungen, Investitionskontrolle durch die Beschäftigten und auch notwendige Vergesellschaftungen erforderlich machen. Dabei ist davon auszugehen, daß die letztlich notwendige Überwindung der Macht der Unternehmer und ihrer kapitalistischen Produktionslogik nur möglich ist durch eine umfassende Demokratisierung der Gesell-

schaft. Dazu gehören die weitgehende Dezentralisierung von Entscheidungen, die umfassende Selbst- bzw. Mitbestimmung der Arbeitnehmer, die demokratische Abstimmung von volkswirtschaftlichen Rahmenplänen und die Lenkung und Kontrolle von Investitionen nach Bedarfsgesichtspunkten und als Voraussetzung eine Mindestschwelle der Vergesellschaftung.

Der Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung und die Durchsetzung einer 'Arbeitnehmerlogik' gegen die kapitalistische Logik wird eine starke Mobilisierung der Arbeitnehmer für ihre Interessen und auf strukturelle Reformen ausgerichtete starke Organisationen der Arbeiterbewegung erfordern.

Die Aktivierung der Beschäftigten könnte über die Entfaltung einer Betroffenenforschung erfolgen, in deren Rahmen Gewerkschafter in Kooperation mit kritischen Wissenschaftlern an der Analyse der Rationalisierungstendenzen sowie der Entwicklung von Alternativkonzepten arbeiten.

Die für die Entwicklung von arbeitnehmerorientierten Perspektiven und für die politische Bildung erforderlichen Rationalisierungsanalysen können aus mehreren Blickwinkeln und auf unterschiedlichen Ebenen vorgenommen werden; sie sollten aus einer „Arbeitnehmersicht“ heraus angegangen werden und zu einer relativ leicht nachvollziehbaren Verknüpfung von volks- und betriebswirtschaftlichen sowie soziologischen Erkenntnissen führen.

Ein Analyseansatz, der sich den Interessen der Arbeitnehmer verpflichtet weiß und einen praktischen Beitrag zur Formulierung dieser Interessen leisten will, kann sich nicht ausschließlich auf den „Stand der Wissenschaft“ beziehen: ein solches Bemühen führt fast unausweichlich dazu, auf einem weitgehend unvermittelbaren Sprach- und Komplexitätsniveau analytische Aussagen zu machen, in denen die Arbeitnehmer als Subjekte mit ihren Handlungsperspektiven und -problemen zu einer kaum relevanten Restgröße werden. Uns kommt es aber darauf an, in den betrieblichen Konfliktfeldern und Konflikten die Interessen, Perspektiven, Chancen und Strukturen der Arbeitnehmerschaft in einem kooperativen Prozeß herauszuarbeiten (das können nicht Wissenschaftler allein) und mit der Analysetätigkeit zugleich Prozesse der Bewußtseinsbildung und der Basismobilisierung zu initiieren — kurz, einen Beitrag zur „Arbeitnehmerforschung“ mit Ar-

beitnehmern und nicht nur über sie zu leisten.

Vor einer weiteren Konkretisierung des Analysenansatzes ist es notwendig, auf die unterschiedlichen Ebenen und Zugriffsformen, sowie die damit verbundene unterschiedliche Qualität der Analysen hinzuweisen. Die zentrale Differenz scheint uns zwischen der Verknüpfung einer Vielzahl von mehr oder weniger eindeutigen Indikatoren einerseits und der vor allem qualitativ ansetzenden Untersuchung betrieblicher Rationalisierungsprozesse andererseits zu liegen, wobei sich durchaus Überschneidungen und sinnvolle Ergänzungen ergeben können.

2.2 Indikatoren für die Rationalisierungsanalyse

Die Betrachtung einzelner Indikatoren auf relativ hohen Aggregationsebenen (Gesamtwirtschaft, Branchen) kann durchaus Rationalisierungstendenzen und deren Folgen offenlegen; allerdings haben diese Indikatoren bei näherer Betrachtung oft einen nur geringen „Beweischarakter“ — die jeweilige Nichtberücksichtigung bestimmter Faktoren kann zu wenig eindeutigen und sogar falschen Schlußfolgerungen führen.

1) Der Rückgriff auf ökonomische Indikatoren erfolgt oft erst nach der Artikulation von methodenkritischen Bedenken (mit der Übernahme von DIW-Tabellen wie bei der Projektgruppe Automation (1975) ist es kaum getan) unter pragmatischen Gesichtspunkten, wobei die Problematik einzelner Indikatoren durch die kombinierte Betrachtung mehrerer relativiert werden soll (vgl. z.B. Altvater u.a. 1979, Baethge u.a. 1974, Heseler/Ortlieb 1979, IFO 1982).

Im einzelnen werden u.a. die folgenden kritischen Einwände vorgebracht:

— Gegen den Indikator *Arbeitsproduktivität* (Eigenleistung pro Beschäftigtem bzw. Nettoproduktionsvolumen pro Beschäftigungsstunde):

Die Arbeitsproduktivität ist entscheidend von der konjunkturellen Situation und der Nachfrage abhängig (IFO 1982, 21), Preis- und Auslastungsschwankungen beeinflussen den Indikator (Schumann u.a. 1982, 36) und Produktinnovationen haben Verzerrungen zur Folge (Baethge u.a. 1974, 22).

-
- Bei dem Indikator *Umsatz pro Beschäftigtem* bzw. pro Beschäftigungsstunde können Schwankungen beim Einsatz von Fremdleistungen das Ergebnis zusätzlich verzerren.
 - Gegen den Indikator *Kapitalintensität* (Bruttoanlagevermögen pro Beschäftigtem), daß technologischer Wandel auch bei konstantem oder gar rückläufigem Anlagevermögen pro Beschäftigtem (z.B. Microelektronik) möglich ist (Baethge 1974, 23; Friedrichs/Schaff 1982, 208); außerdem spielt die Kapazitätsauslastung (Entlassungen verändern die Kapitalintensität) eine entscheidende Rolle (Baethge 1974, 23; Heseler/Ortlieb 1979, 89).
 - Für die *Investitionsintensität* (Investitionen pro Beschäftigtem) und die *Investitionsquote* (Investitionsanteil an der Nettoproduktion) gelten die gleichen Bedenken: so deutet z.B. die gestiegene Investitionsintensität im Schiffbau in den Jahren 1974/75 keineswegs darauf hin, „daß kurzfristig Rationalisierungsdefizite gegenüber anderen Industriezweigen kompensiert werden konnten“ (Heseler/Ortlieb 1979, 93) — sie belegt vielmehr einen enormen Kapazitätsaufbau (also massive Erweiterungs- und kaum Ersatz- bzw. Rationalisierungsinvestitionen, obwohl auch diese Differenzierung problematisch ist, vgl. hierzu z.B. Kühle/Jordan 1977).
 - Gegen den *Kapitalkoeffizienten* (Bruttoanlagevermögen zu Nettoproduktionsvolumen), daß sich technische und organisatorische Rationalisierungen in gegensätzlicher Weise auswirken können. Verstärkter Kapitaleinsatz und verbesserte Produkte können zu einem Steigen, effizienterer Anlagennutzung und organisatorische Verbesserungen zu einem Sinken des Kapitalkoeffizienten führen, so daß man feststellen muß: „sowohl ein steigender wie auch ein sinkender Kapitalkoeffizient kann Resultat stattgefundenener Rationalisierungsprozesse sein“ (Heseler/Ortlieb 1979, 94; vgl. Baethge u.a. 1974, 24/25). Darüber hinaus schlagen konjunkturelle Schwankungen voll durch (eine sinkende Auslastung erhöht, eine erhöhte Auslastung verringert den Kapitalkoeffizienten). Die vom DIW vorgenommene Berechnung des *potentiellen Kapitalkoeffizienten*, die Vollauslastung unterstellt, löst bestenfalls das Auslastungsproblem, geht aber zu Unrecht davon aus, daß das Anlagevermögen nicht in Krisen durch vorzeitige Verschrottungen bzw. Betriebsstillegungen tangiert wird (vgl. Heseler 1980, 183 ff).

und Heseler/Ortlieb 1979, 98).

— Bei den *Stückkosten* spielen das Lohnniveau und die Auslastung eine entscheidende Rolle.

Darüber hinaus haben DIW und IFO einen Versuch der Messung des technischen Fortschritts vorgenommen, der diesen als „Restgröße“ und dritten Produktionsfaktor neben Kapital und Arbeit faßt. Diese Überlegungen sind zwar plausibel problematisiert worden (vgl. Heseler 1980, Heseler/Ortlieb 1979, 100), werden aber z.B. für Branchenvergleiche herangezogen. In bezug auf den Schiffbau weisen sie z.B. auf einen hohen technischen Fortschritt mit abnehmender Tendenz hin, während alle anderen Indikatoren eher in die gegenteilige Richtung zeigen (vgl. Heseler/Ortlieb 1979, 85-105).

2) An der Schnittstelle zwischen *ökonomischen und arbeitnehmerbezogenen Indikatoren* sind Daten und Berechnungen einzuordnen, die auf die Steigerung der Produktivkräfte hinweisen. Dazu gehört das Verhältnis von „produktiven“ und „unproduktiven“ Beschäftigten (auch das Verhältnis der Beschäftigten im Industrie- und Dienstleistungsbereich und das Verhältnis von Arbeitern zu technischen und kaufmännischen Angestellten) und auch die Entwicklung der Betriebsgrößen und der Zahl der Betriebsstätten einer Branche, die allerdings nur sehr allgemeine Auskünfte geben und sehr umstrittene theoretische und begriffliche Festlegungen erfordern (vgl. z.B. PKA 1976, PKA 1973/74, Redaktionskollektiv 1975, Projektgruppe Automation 1975, Bell 1979).

Methodisch sehr aufwendig und — bei aller Eindringlichkeit der Ergebnisse — nur bedingt beweiskräftig ist die hypothetische Berechnung von *potentiellen Freisetzungen* (es wird gefragt, mit wieviel Erwerbspersonen die Produktion des Jahres A auf der Basis der Produktivitätssteigerung bis zum Jahr B bei konstanter Arbeitszeit möglich wäre) in Vergangenheit und Zukunft (vgl. Uhlmann/Huber 1971, 69 ff). Die Berechnung der *Beschäftigungseffekte einzelner Technologien* (z.B. von Industrierobotern) enthält eine Vielzahl von Annahmen und Variablen und kann letztlich kaum mehr, als unternehmensbezogene Freisetzungseffekte nachträglich feststellen (Kalmbach u.a. 1980, 201 ff).

3) Eine Vielzahl von *arbeitnehmerbezogenen Indikatoren* wird vor allem zur Beschreibung von Rationalisierungserfolgen herangezogen, obwohl sie oft mit einer Reihe von methodischen Problemen behaftet sind.

Bei der Beschreibung von *Qualifikationseffekten* bestehen Schwierigkeiten mit den statistischen Kategorien. Weder das Verhältnis Arbeiter/Angestellter noch die Differenzierung Facharbeiter/sonstige Arbeiter und die Lohn- und Gehaltsstruktur sagen etwas über die realen betrieblichen Verhältnisse aus: der Zuwachs der technischen Angestellten kann auf die Übernahme von Facharbeitern ins Angestelltenverhältnis, das hohe Facharbeiterniveau auf eine nicht tätigkeitsrelevante Berufsausbildung (Bäcker am Band) und die Eingruppierung in hohe Lohngruppen auf die Verhandlungsmacht bestimmter Berufsgruppen hinweisen. Der geringe Aussagewert vorliegender Statistiken verweist auf die besondere Relevanz qualitativer Studien (vgl. Baethge u.a. 1974, 42 ff).

Die Veränderung der *Arbeitsbedingungen*, insbesondere der Belastungen bei der Arbeit, wurde durch mehrere Indikatoren zu bestimmen versucht (vgl. z.B. Helfert 1976), wobei allerdings ebenfalls ein vorsichtiger Umgang mit statistischen Daten nötig ist. So wird bei den *Berufskrankheiten* das Ansteigen der angezeigten Fälle von Lärmschwerhörigkeit weniger als Beweis für die zunehmende Lärmintensität am Arbeitsplatz und mehr als Hinweis auf verstärkte Untersuchungen zu werten sein, und eine Stagnation bei den *Arbeitsunfällen* kann sowohl auf erfolgte Rationalisierungen (Maschinen übernehmen gefährliche Arbeiten) wie auch auf ein sinkendes oder stagnierendes Arbeitstempo hinweisen. Demgegenüber kann die Zunahme der *Nacht- und Schichtarbeit* durchaus als Rationalisierungs-Indikator gelten, da diese Arbeitsform selbst Ausdruck von Ökonomisierungs-Strategien (bessere Auslastung der Produktionsmittel) ist. Die *Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten* können zwar als Ausdruck der hohen Gesamtbelastung der Arbeitnehmer, nicht aber als spezifisches Rationalisierungsergebnis gewertet werden. Die Zahl selbst ist abhängig von der Zahl der Rentenberechtigten, von der Rechtsprechung (welche Rentenanprüche werden anerkannt?) und der betrieblichen Praxis: der Abbau von „Schonarbeitsplätzen“ ist zwar eine Rationalisierungsstrategie, kann aber statistisch schnell durchschlagen und nicht als Beleg für andere technische oder arbeitsorganisatorische Veränderungen dienen. *Medizinische Untersuchungen* des Gesundheitszustandes der Arbeitnehmer sind zur Bestimmung der Gesamtbelastung geeignet — der hohe Verschleiß deutet auf keineswegs „humanisierte“

Arbeitsbedingungen hin (vgl. Funke u.a. 1974, 37 f).

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter läßt auch auf den Stand der Produktivitätsentwicklung schließen, aber nicht direkt auf Rationalisierungseffekte.

4) Darüber hinaus ist versucht worden, *das technologische Niveau* z.B. zur Analyse der internationalen Konkurrenzfähigkeit der BRD mit Hilfe mehrerer Indikatoren zu bestimmen (vgl. z.B. OECD 1980, IFO 1982). Dabei wird vor allem auf die *Ausgaben für Forschung und Entwicklung*, die *Zahl der FuE-Beschäftigten* und ihren Anteil an den Gesamtbeschäftigten, die *Lieferanteile bei technologieintensiven Produkten* und die *Auslandspatentanmeldungen*, die als Kriterium für die ökonomische Bedeutung einer Erfindung angesehen werden, zurückgegriffen. Allerdings sagen die Patentanmeldungen nicht viel über die Arbeitsstrukturen, und auch technologieintensive „intelligente Produkte“ (Hauff/Scharpf 1975) lassen keinen Rückschluß auf die Komplexität der zu ihrer Produktion erforderlichen Prozesse und Qualifikationen zu (z.B. Kalmbach 1978). Schwankungen des Aufwands für Forschung und Entwicklung und deren Höhe sind auch nur ein Hilfsmittel, denn sie besagen nicht viel in bezug auf die Resultate dieses Aufwands, die erst Rationalisierungsprozesse sein können (und nicht müssen). Der Umfang des im FuE-Bereich eingesetzten Personals gibt Auskunft über die Struktur des Arbeitskörpers und damit über vollzogene Steigerungen der Produktivkräfte (s.o.); er ist kein Indikator für laufende Rationalisierungsprozesse.

5) Mit Hilfe von *Befragungen* wird versucht, Intentionen oder Daten zu erfassen, die etwas über Rationalisierungsstrategien oder deren Folgen aussagen. Neben der Erhebung der *Biographie- und Gesundheitsdaten* sowie der Einstellungen von Arbeitern und betrieblichen Recherchen/Expertengesprächen muß hier das Instrument der *Unternehmensbefragung* erwähnt werden, das (vor allem vom IFO-Institut) u.a. zur Ermittlung der Rationalisierungsabsichten und der Investitionsaktivitäten z.B. zur Energieeinsparung (vgl. IFO 1982) eingesetzt wird. Unternehmensauskünfte über vollzogene und geplante Innovationen sind als Ausdruck von Veränderungen der Produktionsstrukturen anzusehen, auch wenn sie nur auf einer relativ hohen Aggregationsstufe (Repräsentativbefragung), unter Absehung von konkreten Formen der Rationalisierung, angesiedelt sind; demgegenüber

drücken Veränderungen bei den Investitionsintentionen (Rationalisierung versus Erneuerung/Erweiterung) eher einen Bewußtseinswandel aus als daß sie verstärkte oder reduzierte Rationalisierungen beweisen: eine Trennung ist ohnehin kaum möglich, und die Absichten sagen wenig über deren Realisierung aus.

6) Auf der *Ebene des Betriebes* wäre zu überprüfen, welche der erwähnten Indikatoren herangezogen werden können. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, *stoffliche Kennziffern* (z.B. Stahlproduktion in Tonnen) heranzuziehen, wobei allerdings die Vergleichbarkeit gewährleistet sein muß (was z.B. bei der Größe 'abgelieferte Schiffe in BRT' nicht gegeben ist). Die Entwicklung in bestimmten *Kostenstellen* bzw. Unternehmensbereichen kann im Rahmen von qualitativ angelegten betrieblichen Rationalisierungsanalysen ebenfalls wertvolle Hinweise geben.

2.3 Qualitative Ansätze zur Analyse betrieblicher Rationalisierungsprozesse

Den bisher umfassendsten Ansatz zur Analyse betrieblicher Rationalisierungsprozesse haben Schumann u.a. am Beispiel der Werftindustrie illustriert (Schumann u.a. 1982). Dabei wird nach der Beschreibung der ökonomischen Rahmenbedingungen die „*Kapitalperspektive*“, das Verwertungskonzept des Unternehmens (*Geschäftspolitik, Unternehmensstruktur*) und daran anschließend die Veränderung der Produktion (*Technik und Arbeitsorganisation*) detailliert dargestellt. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Arbeitsplatzstrukturen und die Veränderungen der Arbeitssituation keineswegs zwangsläufig Resultat einer bestimmten Technologie sind, wird die Veränderung der *Produktionsfunktionen* und der ihnen zugeordneten *Arbeitsplatzdefinitionen* analysiert. Die Folgen der Rationalisierungsprozesse für die Arbeiter werden aus der „*Arbeiterperspektive*“ untersucht, in der die (objektiv bedingten) Einflüsse der Veränderungen auf die zentralen (auch subjektiven) Interessen der Arbeitnehmer (aus der *Arbeitskraft- und der Subjektivperspektive: Vernutzung, Regulationschancen, Qualifikation, Arbeitsmarktwert, Lohnhöhe, Einbringen der Person, soziale Anerkennung*) bestimmt werden.

In die Kategorie der Arbeiterperspektive gehen objektive und subjektive Komponenten ein, sie enthält eine umfassende Situations- und Interessensdefinition der Arbeitnehmer, deren komplexe Sichtweisen gesondert unter dem Stichwort „*Arbeiterbewußtsein*“ wiedergegeben werden. Ein solcher empirisch sehr aufweniger Ansatz (Kombination von betrieblichen Recherchen und Expertengesprächen, Bereichs- und Arbeitsplatzuntersuchungen, Arbeiterinterviews und Sekundäranalysen) hat den großen Vorteil, die Logik betrieblicher Prozesse genau nachzuzeichnen und das Denken der Arbeiter mit allen Widersprüchen und Mobilisierungsblokkaden analysieren zu können; er läßt aber die Arbeitnehmer samt ihrer Interessenvertretung in der Regel nur als defensiv agierfähige „Restgröße“ unternehmerischen Handelns erscheinen. Daß trotz aller Bemühungen eher die „Soziologenperspektive“ des Analytikers als die Perspektive der Arbeiter durchschlagen kann, wird an der Darstellung des durchaus konfliktträchtigen Verlaufs der betrieblichen Umstellung im Rohrschlosserbereich deutlich, bei der die *Veränderungen eines Berufes* zwar umfassend beschrieben, die Sichtweise und Reaktion der Arbeiter in Konflikten aber kaum thematisiert werden (Schumann/Wittemann 1982). Der gleichen Gefahr unterliegen auch Untersuchungen über den Einsatz *neuer Technologien* (vgl. z.B. Kalmbach u.a. 1980), die insbesondere in der Einführungsphase eher auf die Beschreibung von 'Logiken' denn auf betriebliche Konflikte und Arbeitnehmerpositionen abstellen (Konzilianz des Managements und geringe Erfahrungen nur bei sehr kleinen Arbeitergruppen).

Im Rahmen von qualitativ ansetzenden Betriebsanalysen lassen sich auch zu beobachtende und auf ihre Wirtschaftlichkeit durchgerechnete *Rationalisierungsinvestitionen* überprüfen: nicht immer lassen sich die Absichten realisieren (die aufwendige Umstellung des Rohrschlosserbereichs auf der Werft ist z.B. kaum ökonomisch, wenn die neuen Anlagen aus Auftragsgründen nur zu 20 % ausgelastet sind).

Analysen von *Betriebsstrategien und Arbeitsmarktstrukturen* (vor allem des ISF München, vgl. z.B. Altmann u.a. 1978, Mendius u.a. 1976, Bechtle 1980, Altmann u.a. 1982) und von *Veränderungen der Produktion* (vor allem des SOFI Göttingen, vgl. z.B. Kern/Schumann 1970, Mickler u.a. 1976, Mickler u.a. 1977, Mickler 1981) versuchen,

Veränderungen der Produktion über die einzelbetriebliche Ebene hinaus in ihren Entwicklungen und Trends empirisch zu analysieren; die industriesoziologische Forschung insgesamt hat eine Vielzahl von Branchen- und Betriebsanalysen vorgelegt, die zentrale Veränderungen (auch einzelne Technologien) nachzeichnen (für den Stahlbereich z.B. Brandt u.a. 1978). Bei aller Notwendigkeit der quantitativen Ausweitung und qualitativen Weiterentwicklung dieser Forschungsrichtung (vgl. z.B. Kern/Schumann 1984) scheint es an der Zeit, den Arbeitnehmern den Status von Subjekten des Forschungsprozesses einzuräumen, d.h. ihre Analyse- und Veränderungsinteressen selbst in die Untersuchungsarbeit einzubeziehen und die „Arbeitnehmerforschung“ zu einem Instrument der Stärkung der Gegenmacht der Lohnabhängigen zu machen (zumal die beabsichtigte „Rückkopplung der Forschungsergebnisse“ meist ohnehin unterbleibt). Dabei müssen gesellschaftliche und betriebliche Konflikte in den Mittelpunkt der Forschungsarbeit gerückt werden, die selber den Charakter eines Lernens aus Erfahrungen (vgl. die Streikanalysen z.B. von Dzielak u.a. 1979) und der Mobilisierung (vgl. z.B. den Bericht Brock/Einemann 1983) bekommen muß.

2.4 Arbeitnehmerforschung als Bildungs- und Mobilisierungsinstrument

Sozialwissenschaftler können gemeinsam mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Initiativen Untersuchungen konzipieren und durchführen, die zur Bestimmung und Vertretung der Arbeitnehmerinteressen beitragen. Im Anschluß an die italienischen Konzepte der „Arbeiteruntersuchung“ (Quaderni Rossi 1972) und der „Arbeitermedizin“ (vgl. Dörr/Klautke 1980), die den Versuch der umfassenden Analyse der betrieblichen Kampfbedingungen bzw. der Erfassung der Gesundheitsstörungen von homogenen Arbeitergruppen mit dem Ziel der Mobilisierung für eine Veränderung der Arbeitsbedingungen unternahmen, haben sich auch in England und in der Bundesrepublik Ansätze einer „Arbeitnehmerforschung“ herausgebildet. Die Befragungsaktion von Bremer Werftarbeitern, die den Fragebogen im Rahmen von Bildungsveranstaltungen entwickelt und ausgewertet und die Ergeb-

nisse zur betrieblichen Mobilisierung genutzt haben, war ein erster Anfang (vgl. Brock u.a. 1980). Kollegen von Lucas Aerospace haben erfolgreich eine Befragung der Belegschaft mit dem Ziel durchgeführt, deren Phantasie für die Entwicklung einer „alternativen Fertigung“ zu aktivieren und die Arbeitnehmer zur Unterstützung des betrieblichen Arbeitskreises zu mobilisieren (vgl. Löw-Beer 1980, Cooley 1982). Die IG Metall hat u.a. Befragungsaktionen in Baden-Württemberg zu den Arbeitsbedingungen und bundesweit zu den Rationalisierungstendenzen durchgeführt. Zum Thema „Rationalisierung“ scheint ein Vorgehen auf zwei Ebenen erforderlich zu sein: Über die sozialwissenschaftliche Analyse neuer Technologien und Organisationsformen und die Bestimmung von Abwehr- bzw. Beeinflussungskonzepten hinaus muß eine „Arbeitnehmerforschung“ einerseits versuchen, die betrieblichen Veränderungen mit Hilfe von Experten vor allem aus dem Betriebsrat zu rekonstruieren, und andererseits die von den Veränderungen betroffenen Kollegen z.B. durch eine Befragung über den Wandel ihrer Situation und ihre Veränderungsinteressen einzubeziehen. Dabei geht es weniger um die journalistische Beschreibung der Arbeitserfahrungen eines Einzelnen (vgl. z.B. Wallraff 1970) als vielmehr um die Erforschung der subjektiven Betroffenheit und der subjektiven Interessen von Kollektiven im Betrieb sowie um die Stärkung ihrer Position in den Konflikten. Die objektiven Handlungsschranken und die im Denken der Kollegen angelegten Handlungsblockaden (vgl. Schumann u.a. 1982, Einemann 1982) müssen dabei zwar berücksichtigt werden, machen aber den Versuch der vollen Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten und der Veränderung des Denkens der Kollegen nicht überflüssig. Z.B. in Bremen könnte versucht werden, in Kooperation mit dem Arbeitskreis Rationalisierung der IG Metall-Ortsverwaltung sowie einzelnen Betriebsräten zur Realisierung und Weiterentwicklung des Konzepts der „Arbeitnehmerforschung“ zu kommen, und zwar in Form einer

- Rekonstruktion der zentralen betrieblichen Rationalisierungsschritte in der Zeit von 1970 bis 1985 sowie der absehbaren Entwicklung (vgl. hierzu den Ansatz von Müller 1981)
- Befragung von ausgewählten Arbeitnehmergruppen über ihre Arbeitssituation und ihre Veränderungswünsche (z.B. die an Bildschirmen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen)

— Befragung der Gesamtbelegschaft zum Thema Technologie-Alternativen, die die Kollegen zum Vorschlagen von Projekten und zur Mitarbeit in einem betrieblichen Arbeitskreis bewegen soll.

Im Rahmen der Betriebsanalyse muß geprüft werden, auf welche Indikatoren zum Beleg von Rationalisierungstendenzen und -folgen zurückgegriffen werden kann und soll. Die Kampferfahrungen und das Handlungspotential der Belegschaft bedürfen einer besonderen Betrachtung (*Streikerfahrung, gewerkschaftliche Struktur, Fluktuation*).

Dokument 1

Fragebogenentwurf des Bremer IG-Metall-Arbeitskreises Rationalisierung

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Der Arbeitskreis Rationalisierung der IG Metall Bremen führt im Winter 1984/85 in mehreren Bremer Betrieben eine Umfrage zum Stand der Rationalisierung durch. Mit dieser Umfrage werden zwei Ziele verfolgt:

- 1) Wollen wir mit Euch die Entwicklung, den Stand und die Auswirkung von Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben erarbeiten.*
- 2) Sollten Eure Erfahrungen zusammengetragen werden, wie insbesondere der Einsatz neuer Technologien im gewerkschaftlichen Sinn beeinflusst werden kann.*

Es ist beabsichtigt, den Fragebogen zügig auszuwerten, um Euch die Ergebnisse schnell zugänglich zu machen.

Vom Sommer 1982 bis zum Frühjahr 1983 führte die IG Metall eine bundesweite Bestandsaufnahme durch. Die Ergebnisse wurden im Oktober 1983 von der IG Metall veröffentlicht („Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht“). Eine kurze Zusammenfassung der Broschüre haben wir dem Fragebogen beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

IG Metall — Bremen

Arbeitskreis 'Rationalisierung'

Fragebogenentwurf des Bremer IG Metall-Arbeitskreises Rationalisierung

I. Allgemeine Daten zum Betrieb

1. Handelt es sich bei dem Betrieb, in dem Ihr arbeitet
(nur eine Angabe ankreuzen)

- a) um ein Unternehmen ohne Zweigniederlassung bzw. Tochtergesellschaft?
- b) um die Zentrale bzw. das Stammhaus eines Unternehmens mit mehreren Zweigniederlassungen bzw. Tochtergesellschaften?
- c) um eine Zweigniederlassung bzw. Tochtergesellschaft eines Unternehmens

2. Handelt es sich um einen Zulieferbetrieb?

- Ja
- Nein

3. Wie stark ist die Produktionskapazität bei Euch ausgelastet?

- schlecht
- normal
- sehr gut

4. Ist die Zahl der Beschäftigten in dem Betrieb in den letzten Jahren

- gestiegen?
- in etwa gleich geblieben?
- gesunken?

5. Wie wird sich die Zahl der Beschäftigten nach Eurer Meinung in dem Betrieb in den nächsten zwei Jahren entwickeln?

- steigen
- eher gleich bleiben
- sinken
- keine Aussage möglich

II. Allgemeine Informationen zum Stand der Rationalisierung

Bitte nennt auch die Zahl der eingesetzten Maschinen und Systeme!

1a) *Alle Arbeitnehmer werden immer häufiger mit dem Einsatz neuer Technologien konfrontiert. Welche der folgenden Technologien sind bei Euch im Einsatz? (Mehrfachnennungen möglich)*

- *NC-/CNC-Maschinen*
- *CNC verkoppelt mit DNC*
- *Bearbeitungszentren/flexible Fertigungssysteme*
- *Industrieroboter*
- *Werden Einlegeautomaten — sogenannte „Pick-and-Place-Geräte“ — eingesetzt?*
- *automatische Montagegeräte*
- *computerunterstützte Konstruktionssysteme (CAD)*
- *computergestützte Fertigungssteuerung*
- *computerunterstützte Meß- und Prüfsysteme*
- *Betriebsdatenerfassung über EDV (BDE)*
- *Personalinformationssysteme (PIS)*
- *automatische Hochregallager*
- *EDV gesteuerte Transportsysteme*
- *Einsatz von Bildschirmstationen*
- *computerunterstützte Sachbearbeitung*
- *elektronische Textverarbeitung*
- *sonstige (bitte anführen):*

.....

1b) *Rationalisierung besteht jedoch nicht nur aus dem Einsatz neuer Technologien. Daneben gibt es eine Vielfalt von verändernden Maßnahmen in Produktion und Konstruktion (Bildung von Teilefamilien, Baugruppen, Kleben statt Schweißen/Nieten, Kunststoff statt Stahl, Elektronik statt Mechanik usw.). Trifft das für Euch zu?*

2. Neben dem Einsatz neuer Technologien spielen aber immer mehr organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen eine Rolle. Das wird oft unterschätzt. Im folgenden sind einige solcher Maßnahmen aufgezählt. Bitte überlegt, ob sie in den letzten zwei Jahren für Euch zutrafen bzw. ob für Euch andere nicht technische Rationalisierungsmaßnahmen von Bedeutung sind. (Mehrfachnennungen möglich)

- Fertigungsbereiche oder Betriebsteile werden verlagert, eingeschränkt oder stillgelegt
- Fertigungsbereiche oder Betriebsteile kommen neu dazu, oder bestehende werden erweitert
- die Rechtsform des Unternehmens oder von Unternehmens- teilen ist verändert worden
- das Unternehmen oder Teile davon haben den Besitzer ge- wechselt
- die Arbeitsorganisation wird gestrafft
- die Leistungsanforderungen werden verschärft
- Krankenstand und Fehlzeiten werden stärker überwacht
- Beraterfirmen oder hauseigene Rationalisierungsgruppen untersuchen Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe
- es werden Kostensenkungsprogramme durchgeführt
- andere Maßnahmen (bitte anführen)

.....

3. In welchen Betriebsbereichen sind in den letzten zwei Jahren Rationalisierungsmaßnahmen (technischer oder organisatori- scher Art) durchgeführt worden? (Mehrfachnennungen mög- lich)

- Teilefertigung
- Montage
- Bereiche wie Konstruktion, Arbeitsvorbereitung, Ferti- gungssteuerung, usw.
- überwiegend kaufmännische Bereiche (Lohn-, Finanzbuch- haltung, Vertrieb usw.)
- Lagerwesen und Materialwirtschaft
- Transportbereiche
- sonstige (bitte anführen)

.....

4. Wie häufig hattet ihr in den letzten zwei Jahren mit folgenden personellen Einzelmaßnahmen zu tun? oft selten

- | | | |
|----------------------|-----------------------|-----------------------|
| — Entlassungen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| — Neueinstellungen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| — Versetzungen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| — Höhergruppierungen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| — Abgruppierungen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

5. Mit welchen der folgenden Probleme seid ihr in den letzten zwei Jahren im größeren Ausmaß konfrontiert worden?

- | | |
|---|-----------------------|
| — Kurzarbeit | <input type="radio"/> |
| — Aufhebungsverträge | <input type="radio"/> |
| — Sozialplan | <input type="radio"/> |
| — vorzeitige Verrentung | <input type="radio"/> |
| — Kürzung von übertariflichen Zulagen | <input type="radio"/> |
| — Änderung der Entlohnungsgrundsätze / -methoden | <input type="radio"/> |
| — Welche Lohnsysteme? | <input type="radio"/> |
| — Sonstige Probleme? | <input type="radio"/> |
| — Was waren die hauptsächlichlichen Ursachen dafür? | <input type="radio"/> |
| | |
| | |

6. Gibt es bei Euch eine mit Euch abgestimmte Personalplanung (§ 92 Betriebsverfassungsgesetz)?

- | | |
|--------|-----------------------|
| — Ja | <input type="radio"/> |
| — Nein | <input type="radio"/> |

III. Rationalisierung im Produktionsbereich

Rationalisierung in der Produktion kann durch vielfältige Maßnahmen erreicht werden:

- Einsatz neuer Technologien (CNC-Maschinen, Industrieroboter, flexible Fertigungssysteme usw.),
- herstellungsspezifische Maßnahmen (Veränderungen beim Gießen, Schmieden, Schweißen usw.),
- konstruktive Produktveränderungen (Bereinigung der Typenvielfalt, Einsatz neuer Werkstoffe usw.),
- Einsatz der EDV (im Bereich der Fertigungssteuerung und angrenzenden Bereichen),
- organisatorische Maßnahmen (z.B. Beraterfirmen).

Welche dieser Rationalisierungsformen sind bei Euch im Betrieb am augenfälligsten (auch Mehrfachnennungen möglich)?

NEUE TECHNOLOGIEN

- NC/CNC-Maschinen
- Industrie-Roboter
- Flexible Fertigungszentren

HERSTELLUNGSSPEZIFISCHE MASSNAHMEN

KONSTRUKTIVE PRODUKTVERÄNDERUNGEN

EDV im PRODUKTIONSBEREICH

- Materialwirtschaft
- Fertigung
- Betriebsdatenerfassung

EINSATZ von BERATERFIRMEN

BEGRIFFE

Numerical Control (Numerische Steuerung)

Computerized Numerical Control (Num. St. mit Computerunterstützung)

Direkt Numerical Control (Direkte Numerische Steuerung)

NC: *Dahinter verbergen sich numerisch gesteuerte Maschinen — oft noch mit Hilfe eines Lochstreifens.*

CNC: *Dahinter verbergen sich Maschinen, die mit Hilfe eines Kleincomputers programmiert und gesteuert werden können. Die Betriebe, die heute eine neue Werkzeugmaschine kaufen, kaufen eine CNC-Maschine!*

DNC: *Hier sind verschiedene Werkzeugmaschinen an einen zentralen Computer gekoppelt, der sie steuert und kontrolliert. Ein weiterer Schritt zur totalen Automatisierung der Produktion.*

Es gibt heute kaum einen Betrieb in der Metallindustrie, wo nicht bereits eine computergesteuerte Werkzeugmaschine steht. Wenn nicht, ist ihre Anschaffung sicher für die nächste Zukunft geplant.

1. *Wurden im Zusammenhang mit o.a. Rationalisierungsmaßnahmen Schulungsmaßnahmen vom Arbeitgeber durchgeführt? (Mehrfachnennungen möglich)*

- Nein
- Ja, von weniger als einer Woche Dauer
- Ja, eine Woche und länger
- Ja, längerfristige Umschulungen

2. *Hattet Ihr Einfluß auf die Schulungsmaßnahmen?*

- *Nein*
- *Ja, auf die Dauer*
- *Ja, auf die Inhalte*
- *Ja, auf die Anzahl / Auswahl der Teilnehmer*

3. *Sind mit dem Einsatz neuer Technologien neue Typen von Arbeitsplätzen (mit anderen Arbeitsinhalten bzw. Tätigkeiten) entstanden? (sind z.B. Kollegen mit vorher nicht vertretenen Berufen eingestellt oder umgeschult worden?)*

- *Ja*
- *Nein*

Wenn ja, welche Qualifikationen (Berufe) waren das?

.....

4. *Welches war die letzte größere Rationalisierungsmaßnahme im Produktionsbereich, die Euch Probleme bereitet hat (bitte stichwortartig beschreiben)?*

.....

5. *Welche Auswirkungen hatte diese Maßnahme — „unterm Strich“ — für die Kollegen?*

	<i>eher eine Verbesserung</i>	<i>eher eine Verschlechterung</i>	<i>weder/ noch</i>
	<i>1</i>	<i>2</i>	<i>3</i>
— <i>Bestand an Arbeitsplätzen</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>Eingruppierung</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>Leistungskontrolle</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>Zusammenarbeit der Kollegen</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>Arbeitstempo</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>körperliche Beanspruchung</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>psychische Beanspruchung</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>Abwechslungsreichtum der Arbeit</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>Verantwortung in der Arbeit</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>Qualifikationsanforderungen</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— <i>sonstige (bitte nennen)</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

.....

6. Welche Rationalisierungsmaßnahmen befinden sich in Eurer Firma/Unternehmen in der Phase der technisch-organisatorischen Planung und werden vermutlich in den nächsten beiden Jahren realisiert?

- Industrieroboter
- neue CNC-Maschinen
- flexible Fertigungssysteme
- EDV-Einsatz im Bereich der Materialwirtschaft und der Fertigungssteuerung (CAM)
- herstellungsspezifische Maßnahmen
- konstruktive Produktveränderungen (z.B. Einsatz neuer Werkstoffe)

IV. Rationalisierung im Büro- und Verwaltungsbereich

Rationalisierung im Büro- und Verwaltungsbereich kann durch technische und organisatorische Maßnahmen erreicht werden. Dabei spielt der Computereinsatz eine besondere Rolle. In Verbindung mit der Übertragung von Arbeitsaufgaben auf Computerleistung werden seit ungefähr 10 Jahren Bildschirme eingeführt. Der Computerarbeitsplatz im Büro ist daher bereits heute überwiegend ein Bildschirmarbeitsplatz.

Automatisierung und Bildschirmeinsatz betreffen im Büro- und Verwaltungsbereich ganz unterschiedliche Arten von Arbeitsplätzen und Tätigkeiten wie z.B. Datenerfassung, Textverarbeitung, Dialoganwendung in der Sachbearbeitung. Neben den bereits erwähnten allgemeinen Problemen wie Eingruppierung, Schulung, Arbeitsplatzsicherheit treten auch besondere Probleme auf, die speziell auf ganz bestimmte Arbeitsplätze oder Tätigkeiten zugeschnitten sind.

Welche der folgenden Maßnahmen gibt es bei Euch im Betrieb (auch Mehrfachnennungen)?

- DATENERFASSUNGSPLÄTZE
- DIALOGANWENDUNGEN im Sacharbeiterbereich
- TEXTVERARBEITUNG
- COMPUTER-UNTERSTÜTZTES KONSTRUIEREN (CAD)
- Arbeitsorganisatorische Änderungen

1. *Hat der Bestand an Arbeitsplätzen eher zugenommen oder eher abgenommen, nachdem die Schwierigkeiten der Einführung ausgestanden waren?*
- *eher zugenommen*
 - *eher abgenommen*
 - *ist gleich geblieben*
 - *keine Informationen*
2. *Hat es Eingruppierungsprobleme im Zusammenhang mit dem Computer- und Bildschirmeinsatz gegeben?*
- *Ja*
 - *Nein*
3. *Sind die Arbeitnehmer für die Bedienung der neuen Geräte und Systeme geschult worden?*
- *Nein*
 - *Ja, die Schulung dauerte weniger als eine Woche*
 - *Ja, die Schulung dauerte ca. eine Woche und länger*
 - *Ja, es fand eine längerfristige Schulung statt*
4. *Sind durch den Computer- und Bildschirmeinsatz in Büro und Verwaltung neue Typen von Arbeitsplätzen (mit anderen Arbeitsinhalten bzw. Tätigkeiten) entstanden?*
- *Ja*
 - *Nein*
- Wenn ja, welche?*
-
-

BESCHREIBUNG EINES RATIONALISIERUNGSBEISPIELS AUS DEM BÜRO- UND VERWALTUNGSBEREICH

5. *Welches ist die derzeitige Rationalisierungsmaßnahme im Büro- und Verwaltungsbereich, die Euch Probleme bereitet (bitte stichwortartig beschreiben)?*
-
-
-
6. *Wieviele Kollegen / Arbeitsplätze sind in etwa betroffen?*
Ca..... Kollegen / Arbeitsplätze

7. Welche Auswirkungen hat diese Maßnahme — „unterm Strich“ — für die Kollegen?

	eher eine Verbesserung	eher eine Verschlechterung	weder/ noch
	1	2	3
— Bestand an Arbeitsplätzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— Eingruppierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— Leistungskontrolle	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— Zusammenarbeit der Kollegen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— Arbeitstempo	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— körperliche Beanspruchung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— psychische Beanspruchung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— Abwechslungsreichtum der Arbeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— Verantwortung in der Arbeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— Qualifikationsanforderungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
— sonstige (bitte nennen)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

V. Handlungsmöglichkeiten

1. Welche Erfahrungen und Vorstellungen zur Beeinflussung von Rationalisierungsmaßnahmen im Sinne eines „Verhinderns des Schlimmsten“ habt Ihr?
2. Wurden Betriebsvereinbarungen abgeschlossen? Was für Erfahrungen habt Ihr damit gemacht?
3. Hat Euch eine ausreichende außerbetriebliche Beratung und Unterstützung zur Verfügung gestanden?
4. Gibt es einen Rationalisierungs-Ausschuß beim Betriebsrat oder beim Vertrauenskörper? Wo lagen die bisherigen Schwerpunkte?
5. Könnt Ihr Euch eine Befragung von besonders durch Rationalisierung betroffenen Kollegen in bezug auf ihre Erfahrungen und alternativen Gestaltungsideen vorstellen? In welchen Bereichen?
6. Welche Erfahrungen und Vorstellungen zur Beeinflussung des Einsatzes neuer Technologien habt Ihr im Sinne einer veränderten Technologiegestaltung? Habt Ihr Kontakte zu Herstellern oder Beratungsinstanzen?
7. Haltet Ihr es für wünschenswert, den Einsatz einzelner Technologien zu verhindern?

Dokument 2

Bremer IG Metall-Arbeitskreis 'Rationalisierung': „Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht“ (Kurzfassung)

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall beauftragte 1980 den Vorstand, ein „Aktionsprogramm gegen negative Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel als Gesamtkonzept“ zu entwickeln.

Der Gewerkschaftstag forderte den Vorstand auf, dieses Konzept auf der Grundlage einer bundesweiten Bestandsaufnahme über laufende Rationalisierungsmaßnahmen zu entwickeln. Vom Sommer 1982 bis zum Frühjahr 1983 wurde die geforderte Befragung durchgeführt. Die Umfrageergebnisse machen deutlich, daß eine steigende Anzahl von Arbeiter(n)(innen) und Angestellten(innen) von Rationalisierungsmaßnahmen negativ betroffen sind. Insbesondere der Einsatz neuer Technologien, deren wesentlicher Bestandteil die Microelektronik ist, ist mit Gefährdungen der Qualifikationen, der Gesundheit und des Lohnes verbunden.

Im folgenden sollen die Einsatzbereiche neuer Technologien kurz dargestellt werden, die u.E. die Arbeitsbedingungen besonders dramatisch verändern:

- Die NC/CNC-Technologie*
- die Industrieroboter-Technologie*
- die Rationalisierung in der Montage*
- die Rationalisierung in der Industrieverwaltung und*
- die Technologievernetzung.*

NC/CNC-Technologie

Der Masseneinsatz der NC/CNC-Technologie hat begonnen. Gegenwärtig wird die konventionelle festverdrahtete NC-Steuerung von der speicherprogrammierten CNC-Steuerung verdrängt. Da letztere vielseitiger, leistungsfähiger und billiger geworden sind, setzen sie sich immer stärker als branchenübergreifendes Rationalisierungskonzept durch.

Eine zentrale Frage für die Qualifikationen ist, wer die Werkzeugmaschinen programmieren kann und darf. Wurden NC-Maschinen bisher in der Arbeitsvorbereitung programmiert, so besteht technisch bei der CNC-Technologie die Möglichkeit, daß der Facharbeiter das Programm an der Maschine selbst erstellt. Der reale Trend verläuft aber zugunsten einer Programmierung durch technische Fachkräfte in der Arbeitsvorbereitung. Die Programmierung und damit die Steuerung der Werkzeugmaschine in der Arbeitsvorbereitung bedeutet aber für den Facharbeiter in der Fertigung erhebliche negative Konsequenzen: Wissen und Kompetenz wird von der Ausführungsebene, vom Bediener der neuen Maschine, abgezogen und verlagert, die qualifizierte Tätigkeit des Programmierens der Arbeitsvorbereitung übertragen. In der der Produktion

vorgelagerten Abteilung entstehen qualifizierte Tätigkeiten, während die Arbeit an den Maschinen auf einfache Bedientätigkeiten reduziert wird. Bei dem Einsatz von CNC-Werkzeugmaschinen sind heute bereits die folgenden negativen Effekte für Arbeiter zu beobachten:

- Verringerung der Anzahl der Facharbeiter,
- Reduzierung ihrer Qualifikationen,
- Enteignung ihres Wissens und ihrer beruflichen Fähigkeiten,
- Senkung der Arbeitsplatzsicherheit und des Lohnniveaus.

Um diese Entwicklung zumindest ansatzweise aufhalten zu können, schlägt die Abteilung Automation und Technologie der IG Metall als Gegenkonzept vor:

- Programmierung in der Werkstatt durch die Facharbeiter selbst,
- Bildung von Arbeitsgruppen, die Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollaufgaben festlegen und verteilen,
- Arbeitsteilung zurückzunehmen,
- Maschinenbediener für sämtliche anfallenden Arbeiten zu qualifizieren,
- vollständige Produktion von Produktteilen und Endprodukten.

Industrieroboter

Industrieroboter sind Handhabungssysteme mit mehreren Achsen, die sich frei programmieren lassen. Sie können Werkzeuge und Werkstücke frei bewegen und werden zum Bestücken von Maschinen, zum Schweißen und beim Lackieren eingesetzt. Industrieroboter werden überwiegend im Fahrzeugbau eingesetzt, aber auch in anderen Branchen ist der Einsatz in der Zukunft in verstärktem Maße geplant. Industrieroboter können zwar zur Humanisierung der Arbeitsplätze beitragen, indem sie Belastungen und gesundheitliche Gefährdungen beseitigen. In der Regel aber führen sie zu neuen Belastungen, bauen Handlungsspielräume ab und bringen eine Polarisierung der Qualifikationen mit sich. Oft entstehen Restarbeitsplätze, die noch inhumaner sind als die vorherigen Tätigkeiten. So ist es kein Zufall, daß nach dem Einsatz von Industrierobotern vor allem die folgenden negativen Auswirkungen für Arbeitnehmer festgestellt worden sind:

- Arbeitsplätze werden vernichtet,
- das Arbeitstempo wird erhöht,
- Monotonie, psychische Belastung und soziale Isolation nehmen zu,
- Handlungsspielräume und Qualifikationen werden verringert.

Um einen massenhaften Arbeitsplatzvernichtungseffekt und neue eintönige Arbeitsplätze als Folge des steigenden Einsatzes von Industrierobotern zu vermeiden, ist es dringend erforderlich, den Einsatz von Industrierobotern auf die Bereiche zu beschränken, die bisher mit großen gesundheitlichen Gefährdungen für die daran arbeitenden Arbeitnehmer verbunden waren.

Generell ist zu fordern, daß

- die bisherigen Qualifikationen der Arbeitnehmer erhalten bleiben,
- Taktzwang und Einbindung des Menschen in festgelegte Arbeitsabläufe vermieden werden

- soziale Kontakte gesichert und schließlich
- Programmierung und Wartung der Systeme dem Bediener übertragen werden.

Rationalisierung in der Montage

Der arbeitsintensive Montagebereich ist innerhalb der Produktion gegenwärtig besonders starken Rationalisierungsbemühungen ausgesetzt. Betroffen davon sind vor allem Groß-, Mittel- und auch Kleinserien. Automatische Montagesysteme, die flexibel und frei programmierbar sind, werden in naher Zukunft massenweise eingesetzt werden. Aber auch konstruktive Produktveränderungen führen zu starken Rationalisierungsschüben. Insgesamt werden in den achtziger Jahren manuelle Montagetätigkeiten im großen Maßstab verdrängt werden, wovon insbesondere un- und angelernte Arbeitnehmer, in überdurchschnittlichem Maße Frauen und ausländische Arbeitnehmer betroffen sein werden. Um die Folgen der Rationalisierung in der Montage aufzufangen, müßten die folgenden Forderungen in Ansätzen durchgesetzt werden:

- Arbeitszeitverkürzungen,
- Arbeitsanforderungen mit höheren fachlichen und organisatorischen Qualifikationen,
- Anreicherung der Arbeitsinhalte,
- Beseitigung ergonomischer Gestaltungsmängel.

Rationalisierung in der Industrieverwaltung

Die Angestellten im Büro waren im Vergleich zu den Arbeitern in der Produktion in den letzten Jahrzehnten relativ wenig von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen. Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) veränderte diese Situation in den letzten Jahren aber grundlegend. Durch den gewaltigen Preisverfall und die Leistungsverdichtung mikroelektronischer Bauelemente sind Microcomputer am Arbeitsplatz Wirklichkeit geworden. Immer mehr Bildschirme, Textverarbeitungsgeräte und Arbeitsplatzcomputer lassen die Büros in rasantem Tempo zu einem Schwerpunkt der Rationalisierung werden. Kein Bereich ist ausgelassen: Konstruktion, Kalkulation, Lagerwesen, Versand, Registratur, Textverarbeitung, Buchhaltung und Personalwesen.

Der Einsatz von zentralen EDV-Anlagen, Computern am Arbeitsplatz, Textverarbeitungssystemen und Bildschirmgeräten führt zu einschneidenden Veränderungen der Arbeitsbedingungen:

- massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen,
- Entwertung von Qualifikationen und Berufserfahrung,
- verstärkte Kontrolle durch Personal- und Informationssysteme und Betriebsdatenerfassungs-Systeme,
- Zunahme der Arbeitsbelastungen,
- Einführung der Schichtarbeit,

- Vermehrung der sozialen Isolation, Verstärkungen von Zwangshaltungen und Augenbelastungen.

Sollen diese Effekte nicht auftreten, so müssen folgende Gegenmaßnahmen durchgesetzt werden:

- Einrichtung qualifizierter Mischarbeitsplätze,
- benutzerfreundliche Software,
- Verhinderung zentraler EDV-Kontrollen auf dezentrale Arbeitsplätze.

Technologievernetzung

Als völlig neuartiges Problem stellt sich das der informationstechnischen Vernetzung der bisher vorgestellten Technologien. Die Vernetzung verschiedener EDV-Systeme führt zu einem qualitativen Umschlag der geistigen Arbeit. Es entstehen völlig andere Arbeitsabläufe und Organisationsformen. Viele Tätigkeiten, z.T. ganze Abteilungen, werden überflüssig. Die elektronische Datenverarbeitung überbrückt diese Aufgaben (Überbrückungsfunktion, z.B. in der Terminabwicklung oder der Kalkulation). Die Verknüpfungen vorhandener EDV-Systeme auf inner- aber auch außerbetrieblicher Ebene werden zu einem weiteren Rationalisierungsschub führen, insbesondere durch die breite Anwendung moderner Kommunikationstechnologien wie z.B. Bildschirmtext. Mit vollem Recht kann man von einem qualitativen Sprung in der Rationalisierung sprechen, deren Folgen für die Arbeitnehmer in den achtziger Jahren noch voll wirksam werden.

Als Möglichkeiten der Gegenwehr bieten sich folgenden Maßnahmen an:

- Teilsysteme festzuschreiben und zu entkoppeln
- Funktionen und Auslegungen technischer Systeme exakt festzulegen und zu definieren,
- generell die innerbetriebliche und überbetriebliche Vernetzung zu verhindern.

Insgesamt stellt die gegenwärtige Phase der Rationalisierung durch neue Technologien eine enorme Beeinträchtigung der Arbeitsplatzsicherheit, der Arbeitsplatzqualifikationen, der Gesundheit und der Einkommen der betroffenen Arbeitnehmer dar. Darüber hinaus ermöglichen EDV-gestützte Technologien umfassende Kontrollen des Leistungsverhaltens der Arbeitnehmer, so daß das Unternehmerideal vom „gläsernen“ Arbeitnehmer konkrete Wirklichkeit werden kann.

Erfahrung der Betriebsräte

Als Folge dieser neuen Rationalisierungswelle werden vor allem Betriebsräte vor völlig neue Anforderungen gestellt. Der Problemdruck ist für sie enorm angestiegen. Regelungen können nur in bescheidenem Maße gegen die Firmenleitungen durchgesetzt werden. Während die Sicherung des Einkommens noch in vielen Fällen durchgesetzt werden konnte, ist die „alternative“ Gestaltung

der Technik nur in Ausnahmefällen realisiert worden.

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen der Betriebsräte, daß den Angriffen auf Qualifikationen, Gesundheit und Entlohnung auf betrieblicher Ebene allein nicht angemessen begegnet werden kann. Die Studie der IG Metall fragt vor allem, wie das Aushandeln mit Geschäftsleitungen durch solidarische Aktionen der IG Metall und von den Gewerkschaften ergänzt und unterstützt werden kann, und wie weit die vorhandenen Instrumente, z.B. Abschluß von Betriebsvereinbarungen, besser als bisher eingesetzt und zur Regelung und Gestaltung von Arbeit und Technik genutzt werden können. Generell regen die Autoren dieser Studie an, die bisherige Einstellung und Politik zur Rationalisierung neu zu durchdenken. Nicht mehr der Betriebsrat oder die Gewerkschaften sollen die negativen Folgen für die Arbeitnehmer nachweisen müssen, sondern umgekehrt Unternehmer und Politiker verbindlich sagen, wie sie Schaden von den Arbeitnehmern abwenden wollen.

3. Rüstungskonversion und Alternative Produktion als betriebliche und politische Strategie

3.1. Zur Notwendigkeit der Rüstungskonversion

Mitte der 80er Jahre artikuliert sich kaum noch Widerspruch, wenn man im Hinblick auf die weltpolitische Lage einen zentralen Gegensatz betont: den zwischen der höchsten Entwicklung der Ökonomie und des technologischen Wissens und Könnens in der Menschheitsgeschichte einerseits und der größten Bedrohung allen Lebens durch Kriegsgefahr und Umweltzerstörung andererseits. Während weltweit nach Angaben der internationalen Brandt-Kommission 800 Millionen Menschen in absoluter Armut leben (Brandt 1980, 66 ff), jährlich über 10 Millionen Menschen verhungern und allein in den Industrienationen 20 Millionen ohne Arbeit sind, meldet das Londoner Institut für Strategische Studien für 1983 Rüstungsausgaben in Rekordhöhe von 800 Mrd. Dollar (FR vom 30.9.1983) entsprechend 2,1 Billionen DM oder dem achtfachen des Bundesetats.

Es ist kein Wunder, daß Sozialforscher neben einer Ablehnung der Stationierung neuer amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik durch zwei Drittel der Bürger (FR vom 15.10.1983) auch einen tiefergehenden Wertewandel ausmachen: Eine 1982 in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik durchgeführte Studie kam zu dem Ergebnis, daß „Verteidigungsausgaben die Negativliste bei der Zahlungsbereitschaft der Bürger an(führen). Hier soll am meisten gespart werden ... Völlig anders schneiden bei der Untersuchung Umweltschutz und neue Energietechnologien ab. Wie die Umfrage ergab, wollen die Bürger der Bundesrepublik wesentlich mehr Steuergeld als bisher für diese Bereiche ausgeben“ (FR vom 26.9.1983).

Die Notwendigkeit eines Umbaus der Rüstungsausgaben und der Rüstungskonversion zugunsten einer alternativen und sozial nützlichen Produktion wurde auch von zwei prominent besetzten internationalen Kommissionen betont und ansatzweise konkretisiert.

So forderte die Palme-Kommission für Abrüstung und Sicherheit unter Beteiligung eines ehemaligen Außenministers der USA: „Nach Meinung der Kommission kann nicht akzeptiert werden, daß

ein erheblicher Teil des wissenschaftlichen Potentials der Welt für immer ausgeklügeltere Formen der Zerstörung verwendet wird, während unsere Länder die Forschung dringend zur Vorbeugung und Heilung von Krankheiten, zur Entwicklung neuer Formen der Nahrungsmittelproduktion, zur Linderung der Probleme alter Menschen und zum Schutz der Umwelt benötigen ... Eine Senkung der Rüstungsausgaben würde Mittel zur Verringerung der Armut und Steigerung des gesellschaftlichen Wohlergehens selbst in den reichsten Militärmächten freimachen. Sie sollte ebenso Mittel für Entwicklung zur Verfügung stellen ... Ein einziges modernes Kampfflugzeug kostet so viel wie die Impfung von 3 Mio. Kindern gegen die wichtigsten Kinderkrankheiten. Der Preis für ein raketenbestücktes Unterseeboot entspricht dem Gegenwert von 100.000 Arbeitsjahren im Dienst der Altenpflege“ (Palme 1982, 191, 190, 88).

Die von Willy Brandt geleitete Nord-Süd-Kommission benannte vier Beispiele für die Möglichkeit der Umlenkung von Rüstungsausgaben in Entwicklungsprojekte:

1) „Die Militärausgaben allein eines halben Tages würden ausreichen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren. Noch weniger würde benötigt, um die Flußblindheit zu besiegen, die immer noch eine Geißel für Millionen Menschen darstellt.

2) Ein moderner Panzer kostet etwa 1 Mio. Dollar. Mit diesem Geld könnte man die Lagermöglichkeiten von 100.000 t Reis so verbessern, daß der Verderb von jährlich 4.000 t oder mehr ausgeschaltet würde (ein Mensch kann mit gut 1 Pfd. Reis leben). Mit dem selben Geld könnte man auch 1.000 Klassenräume für 30.000 Schulkinder errichten.

3) Für den Preis nur eines Kampfflugzeuges (20 Mio. Dollar) könnte man etwa 40.000 Dorfapotheken errichten.

4) Mit der Hälfte von 1 % der jährlichen Rüstungsausgaben könnte man all die landwirtschaftlichen Geräte anschaffen, die erforderlich sind, um in den ärmsten Ländern mit Nahrungsmitteldefizit die Agrarproduktion bis 1990 zu verbessern und sogar die Selbstversorgung zu erreichen“ (Brandt 1980, 20/21).

Für die Industrieländer wird von der Kommission allerdings gesehen, daß es nicht um eine völlige Umverteilung der in die Rüstungs-

produktion fließenden Gelder z.B. in den Sozialbereich oder die Entwicklungshilfe gehen kann. Vielmehr kommt es darauf an, die vorhandenen Produktionsanlagen und menschlichen Fähigkeiten, die jetzt in der Rüstungsindustrie gebunden sind, zur Herstellung von sozial nützlichen Produkten einzusetzen und damit die Arbeitsplätze zu erhalten. Die Brandt-Kommission:

„Zahlreiche Studien haben gezeigt, daß ein beträchtlicher Teil des Kapitals und der Arbeitskräfte, die gegenwärtig in der Waffenproduktion und zu andern militärischen Zwecken eingesetzt werden, ebenso gut zur Herstellung solcher Güter, Anlagen und Dienstleistungen beitragen könnten, die friedlichen Zwecken dienen. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel ... Vom Standpunkt der Weltentwicklung aus gesehen besteht für die Industrieländer die fundamentale Notwendigkeit, sich auf eine hochtechnologische friedliche Produktion umzustellen, die jene qualifizierten Fachkräfte beschäftigt, welche derzeit in der Rüstungsindustrie tätig sind“ (Brandt 1980, 157).

Nicht nur „weltpolitische“ Überlegungen von professionellen Politikern und Wissenschaftlern, sondern viele Basisbewegungen „einfacher Leute“ in den Industrienationen haben die Notwendigkeit der Rüstungs-, Technologie- und Produktkonversion erkannt. Eine der ersten und bekanntesten Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion wurde im britischen Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace aktiv (vgl. Cooley 1982, Wainwright 1982); der Sprecher der Gewerkschafter, Mike Cooley, begründete die Entwicklung von betrieblichen Alternativplänen aus den Problemen der hochentwickelten Nationen selbst. Er verwies auf:

- 1) „die erschreckende Lücke zwischen dem, was die Technologie für die Gesellschaft leisten könnte und dem, was sie tatsächlich leistet“. Es wird zwar ein superschnelles Flugzeug wie die Concorde gebaut, aber es fehlen einfache Heizsysteme: in London sind z.B. 1975/1976/1977/1978/1979/1980 Menschen erfroren.
- 2) „die tragische Verschwendung“ der Gesellschaft an „Geschicklichkeit, Einfallsreichtum, Energie, Kreativität und Enthusiasmus ihrer gewöhnlichen Leute“. Ein Millionenheer von Arbeitslosen kann seine Fähigkeiten nicht nutzen, während zugleich z.B. Fernheizsysteme, Wohnungen und Transportmittel fehlen.
- 3) den Irrtum, „daß Computerisierung, Automation und Roboter den

Menschen automatisch von geisttötender, kreuzbrechender Arbeit befreien und ihm erlauben werden, sich kreativer Tätigkeit zu widmen“ (Cooley 1980, 182 f).

Es waren aber nicht allgemeine Erkenntnisse, sondern konkrete Auseinandersetzungen und Lernprozesse, die zu der Entwicklung von Umstellungsplänen durch die Belegschaften führten. Der Widerstand der Beschäftigten gegen Rationalisierungen, Entlassungen und Werk-schließungen stieß an die Grenzen nur defensiver Abwehrstrategien, in deren Rahmen auch Betriebsbesetzungen zu sehen sind. Mike Cooley: „Wir sahen ein, daß die Kampfmoral eines Beschäftigten sehr schnell abnimmt, wenn er bemerkt, daß die Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, die Produkte, die er macht, nicht haben will. Wir dachten uns deshalb eine Kampagne für das Recht aus, an gesellschaftlich nützlichen Produkten zu arbeiten“ (Cooley 1980, 195).

Diskussionsansätze einer Alternativen Produktion gibt es bei unterschiedlichen sozialen Bewegungen als Antwort auf eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme. Spätestens bei der Frage nach positiven Produkt-Alternativen wird deutlich, daß die Diskussion um die Rüstungskonversion eine Erweiterung auf das Feld der Technologie- und Produktkonversion hin erhalten hat: die gesellschaftliche Produktion soll zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen und die politischen Gestaltungsprinzipien haben ihre Wurzel nicht nur in der Rüstungs-Kritik, sondern u.a. in der Vollbeschäftigungs-, Umwelt-, Technologie- und Humanisierungspolitik sowie generell in der Diskussion unter dem Stichwort „Die Zukunft der Arbeit“ in den Industriegesellschaften.

3.2 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig

Die technische Möglichkeit der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion wird durch nichts besser belegt als durch historische Beispiele, auch wenn diese häufiger in die falsche Richtung erfolgt sind. Wenn sich ein Unternehmen innerhalb kurzer Zeit vom Lokomotivbau auf den Panzerbau umstellen kann, so ist nicht einzusehen, warum dieser Prozeß nicht umzukehren sein sollte. Der Umbau der Pro-

duktion, die Herstellung sozial nützlicher anstelle militärischer Güter, ist in der Geschichte schon mehrfach dank des enormen Engagements der Belegschaften vollzogen worden, und zwar meist als Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen oder Notsituationen (Bouwer 1981).

In Amerika wurden nach dem zweiten Weltkrieg die Rüstungsausgaben von 80 auf 14 Mrd. Dollar gekürzt und 18 Mio. Menschen aus den Streitkräften und der Rüstungsindustrie entlassen — trotzdem gab es 1947 lediglich 2 Mio. Arbeitslose. In Deutschland ist es dem Demobilisierungsamt nach dem 1. Weltkrieg gelungen, einen Großteil der 40.000 an der Rüstungsproduktion beteiligten Betriebe zur Herstellung ziviler Güter zu bewegen, u.a. mit Hilfe der Vergabe von Großaufträgen durch die Reichsbahn. Die ehemalige kaiserliche Torpedowerkstatt Friedrichsort, heute in die Krupp MAK Kiel eingegangen, baute u.a. Dieselmotoren und Diesellokomotiven anstelle von Kampfschiffen und Waffen, und bei Krupp wurden statt Panzerplatten und Granaten nun Bagger, Müllwagen, Lokomotiven und Spinnmaschinen hergestellt. Nach dem zweiten Weltkrieg ist es den Belegschaften häufig gelungen, durch eine schnelle Umstellung auf zivile Produktion die drohende Demontage zu vermeiden. Das während des Krieges wieder ausschließlich mit der Rüstungsproduktion beschäftigte Werk in Friedrichsort stellte sich erneut um und baute u.a. Diesellokomotiven, Dieselmotoren, Traktoren, Getriebe und Winden. Diese Beispiele aus Phasen des Wiederaufbaus werden sich unter heutigen Bedingungen zwar kaum wiederholen, belegen aber die technologischen Möglichkeiten der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion.

Bei Krupp in Kiel spielt inzwischen der Panzerbau wieder die entscheidende Rolle, und nur die Initiative der Belegschaft und des Arbeitskreises Alternative Fertigung konnte den geplanten völligen Ausstieg aus dem Lokomotivbau bremsen. Bei VFW in Bremen waren es Ingenieure, die nach dem Abbruch der Arbeiten am Senkrechtstarter VAK 191 relativ luftfahrtferne Produktlinien aufgebaut haben, wie z.B. die Herstellung von Schiffssimulatoren. Tatsächlich gibt es kaum Produkte, die ein Luftfahrtkonzern wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) nicht entwickeln und produzieren könnte. So erklärte Sepp Hort von der MBB-Geschäftsführung: „Wir leben von 20 großen Projekten, haben 200 veröffentlicht und verfügen über 1.700 weitere Arbeitstitel“ (Manager-Magazin 1/82). Die umfangreiche Pro-

duktpalette reicht von Solar- und Windkraftwerken über medizinische Geräte bis zu Magnetbahnsystemen — von der Bundesregierung werden aber fast ausschließlich militärische Aufträge erteilt. Was spricht denn dagegen, eine zivile Version des ferngesteuerten Unterwasser-Minensuchgeräts „Pinguin“ zu bauen, die z.B. zur Rohstoff- und Nahrungsmittelgewinnung aus dem Meer eingesetzt werden könnte? Warum werden denn auf den Werften nicht anstelle von Fregatten noch mehr Fernheizsysteme und Recyclinganlagen, Meerwasserentsalzungsanlagen und Forschungsschiffe hergestellt?

Es geht um politische Prioritäten-Entscheidungen und nicht um militärische oder technologische Sachzwänge. Das in der Bundesrepublik vorhandene Know how z.B. in den Bereichen Energie- und Verkehrstechnologie reicht aus, um die Rohstoffreserven nahezu vollständig zu schonen, Risiken zu vermeiden und eine sinnvolle Beschäftigung zu schaffen. Der Bau z.B. von Heizkraftwerken und Fernwärmenetzen wäre nicht nur erheblich risikoloser, sondern auch wesentlich arbeitsintensiver als der Bau von Atomkraftwerken. Anstelle von Panzern könnten z.B. Lokomotiven, Traktoren, Bulldozer, Schneepflüge, Raupen, Industriefahrzeuge, Werkzeugmaschinen und Notarztwagen produziert werden.

In der BRD stellt sich die Aufgabe, neben den ca. 2,5 Mio. Arbeitslosen die ca. 250.000 Rüstungsbeschäftigten und 670.000 Bundeswehrangehörigen schrittweise mit gesellschaftlich sinnvollen Aufgaben zu beschäftigen. Spätestens an dieser Stelle wird klar, daß nicht nur ökonomische und politische Krisen einerseits sowie Aufrüstung und Kriege andererseits im Zusammenhang zu begreifen sind, sondern daß auch konsequente Friedenspolitik nur im Rahmen einer beschäftigungssichernden Wirtschaftspolitik möglich ist. Bei der Auflösung der zentralen Widersprüche unserer Zeit schließt sich der Kreis: Die Sicherung des Friedens und der wirtschaftlichen Existenz der Menschen erfordert eine andere Produktion und Verteilung, erfordert vor allem öffentliche Investitionen in sozialen Bedarfsweldern. Die Verringerung und der Umbau der Rüstungsausgaben hätten positive Effekte: Für eine Milliarde Dollar werden in der Rüstungsindustrie ca. 75.000 Arbeitsplätze geschaffen, z.B. in der Bauindustrie aber 100.000 — und dazu gäbe es noch dringend benötigten Wohnraum anstelle von Waffen.

Durch eine Milliarde Dollar zusätzliche Nachfrage könnte nach dem Büro für Arbeitsstatistik in den USA folgende Anzahl an Arbeitsplätzen geschaffen werden (s. Tabelle 6)

Tab. 6

<i>In der Rüstungsindustrie</i>	75.710	
<i>Im privaten Verbrauch</i>	112.363	(+ 48,3 %)
<i>Im Bausektor</i>	100.072	(+ 32,2 %)
<i>Im Transportwesen</i>	92.071	(+ 21,6 %)
<i>Im Maschinenbau</i>	86.114	(+ 13,7 %)
<i>Im Gesundheitswesen</i>	138.939	(+ 83,5 %)
<i>Im Erziehungswesen</i>	187.299	(+ 147,4 %)
<i>In der staatlichen Verwaltung</i>	86.977	(+ 14,9 %)

Selbst das konservative Springerblatt „Die Welt“ mußte angesichts der amerikanischen Aufrüstungspläne auf den volkswirtschaftlichen Unsinn einer solchen Politik hinweisen; Balkenüberschrift: „Der Rüstungsboom belastet die Privatwirtschaft“ (Die Welt, 10.6.81). Die Durchsetzung einer Politik der Rüstungskonversion wird nur gegen mächtige Kapitalinteressen möglich sein.

3.3 Rüstungsbeschäftigte für Alternative Produktion

In der Bundesrepublik gibt es inzwischen über 15 betriebliche Initiativen, die sich aus unterschiedlichen Gründen — meist unter dem Druck von anstehenden Entlassungen oder Betriebsstillegungen — für die Umstellung der Produktion auf sozial nützliche Güter einsetzen (Einemann/Lübbing 1983). Dabei wird u.a. an folgenden Produktideen gearbeitet: Solar- und Windenergieanlage, Kraft-Wärme-Kopplungsanlage, Block-Heizkraftwerk, Energiespeicheranlage, Biogasanlage, Meerwasserentsalzungsanlage mit Sonnenkollektorbetrieb, Recyclinganlage und Klärschlammabeseitigungsverfahren, Systeme für den öffentlichen Nahverkehr, Rufbussystem, Verladesystem für die Bundesbahn, zahnmedizinische Geräte, Luftschiff und behindertengerechte Geräte.

Die beiden bekanntesten Arbeitskreise der IG-Metall-Vertrauensleute kämpfen in den großen Rüstungsbetrieben (bei der

Werft Blohm & Voss in Hamburg und dem Flugzeugbauer MBB in Bremen) für die Herstellung ziviler anstelle militärischer Produkte. Bei MBB in Bremen (zu Blohm & Voss vgl. Schmors 1982, Schütt 1982) wurden die betrieblichen und gesellschaftspolitischen Probleme von den Gewerkschaftern besonders intensiv im Rahmen einer langjährigen betriebsnahen Bildungsarbeit gemeinsam mit Wissenschaftlern aus dem Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer diskutiert.

Die Konzentration der Arbeitskreise im norddeutschen Raum liegt auch an der Zusammenballung der Rüstungsindustrie in dieser Region. Allein in Bremen arbeiten ca. 5.000 Arbeitnehmer in der Rüstungsproduktion. Bei Blohm & Voss Hamburg sind von ca. 6.000 Beschäftigten 50 Prozent im Bereich Rüstung (Fregattenbau, Leopard II u.ä.) tätig, womit 70 Prozent des Umsatzes erzielt werden. In Bremen werden bei MBB in erster Linie der MRCA Tornado und andere Militärentwicklungen (Kleinflugkörper/Marinetechnik) hergestellt; von den ca. 4.600 Beschäftigten arbeiten ca. 50 Prozent an Rüstungsprojekten.

Vor allem aber ist die Arbeitslosigkeit im nordwestdeutschen Raum überdurchschnittlich hoch. Die Werften befinden sich in einer Strukturkrise: in den Jahren von 1975 bis 1981 wurden fast 30 Prozent aller Beschäftigten im Schiffbau entlassen und in Bremen lag die Quote noch höher. In der Luft- und Raumfahrtindustrie stehen u.a. durch das Auslaufen des MRCA-Tornados am Ende der achtziger Jahre Massentlassungen in der Produktion an, die Entwicklungsingenieure sind zur Zeit bereits ohne Arbeit. Im Airbus-Programm wird u.a. auf Geheiß der Bundesregierung stark rationalisiert: „Insbesondere sind die im größeren Unternehmensverbund MBB/VFW gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten unverzüglich, konsequent und voll auszunutzen, um eine wirtschaftlich und international wettbewerbsfähige Unternehmensstruktur zu erzielen“ (Bericht zur Luft- und Raumfahrtindustrie). MBB will bis 1987 die Belegschaft um 20 Prozent verringern, d.h. von ca. 38.000 auf 31.000.

Angesichts einer Arbeitslosenquote von zum Teil weit über 10 Prozent ist die Chance, nach einer Entlassung neue Arbeit zu finden, gering. Für die Beschäftigten heißt das, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Ein weiteres Schlüsselerlebnis, das zur Gründung der Arbeitskrei-

se geführt hat, war für alle aktiven Kollegen der Streik der HDW-Arbeiter in Kiel für den Bau der U-Boote für Chile. In diesen Zugzwang möchten die Gewerkschafter nicht kommen: „Da wollen wir nicht in die Situation kommen, daß wir nach zusätzlicher Rüstungsproduktion schreien müssen“, so der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Hettling von MBB Bremen.

3.3.1 Betriebsnahe Bildungsarbeit, Belegschaftsinitiativen, Betroffenenforschung: Das Beispiel MBB Bremen

Die kontinuierliche betriebsnahe Bildungsarbeit bei MBB in Bremen begann Ende 1981 und hat nach einem Bildungsurlaubsseminar unter Beteiligung der Betriebsrats-Spitze im Februar 1982 zur Gründung eines betrieblichen Arbeitskreises „Alternative Fertigung“ der IG Metall-Vertrauensleute geführt. Der im Betrieb und im Konzern anstehende Arbeitsplatzabbau, die fortschreitende Rationalisierung und das gewerkschaftliche Interesse an einer Produktion nicht-militärischer Güter waren zentrale Motive für die Herausbildung der Belegschaftsinitiative zur Sicherung der Arbeitsplätze durch die Herstellung sozial nützlicher Produkte. Die ebenfalls in einem Luftfahrtkonzern aktive englische Initiative bei Lucas Aerospace hatte dabei eine gewisse „Vorbildfunktion“: ihre Erfahrungen wurden in der Seminararbeit auch mit Hilfe von Videocassetten aufgearbeitet und der Sprecher der englischen Kollegen, Mike Cooley, stand den Bremer Metallern für mehrere längere Diskussionen zur Verfügung. Das erste halbe Jahr wurde neben der Öffentlichkeitsarbeit im Betrieb (Flugblätter, Reden auf Betriebsversammlungen) und in der Stadt (Pressekonferenzen von Betriebsrat und IG Metall) zur Diskussion und Verabschiedung einer Grundsatzklärung des Arbeitskreises genutzt. Parallel dazu begannen Mitte 1982 kleinere Arbeitsgruppen mit der Erarbeitung konkreter Produkt-Alternativen auf den Feldern Energietechnologie, Verkehrstechnologie und medizinische Geräte. Die Vorbereitung der Formulierung einer konsensfähigen Grundsatzklärung und einer Belegschaftsbefragung erfolgte in Wochenendseminaren. Ziel der Befragung sollte sein, sowohl einen Überblick über die Krisen- und Rationalisierungsbetroffenheit der Kollegen zu bekommen als auch die Phantasie der Beschäftigten im Hinblick auf eine mögliche Alternative Produktion zu aktivieren. Der Fragebogen wurde von Arbeits-

kreismitgliedern und unserem Projekt gemeinsam erarbeitet, von den Vertrauensleuten der IG Metall im Betrieb verteilt und wieder eingesammelt. Die erste Auswertung erfolgte in einem Wochenseminar Anfang 1983; die Ergebnisse wurden vom Betriebsrat veröffentlicht und unter den Vertrauensleuten, im Arbeitskreis und mit der Belegschaft diskutiert. Ein wichtiger Effekt der Befragung bestand in der „indirekten“ Aktivierung der Belegschaft, die mit dem Ausfüllen des Fragebogens und bei der Diskussion der Ergebnisse zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den betrieblichen Problemen und möglichen gewerkschaftlichen Alternativen angeregt wurde.

Kurzfassung der Ergebnisse der Belegschaftsbefragung

- Insgesamt haben 400 Kolleginnen und Kollegen ihre Fragebögen ausgefüllt zurückgegeben (von 3.600). Die Befragung bekommt eine große Bedeutung durch eindeutige Ergebnisse und die Äußerung der unterschiedlichen Gruppen im Betrieb. Von den Antworten kommen:
 - 46 % aus der Produktion, 32 % aus der Entwicklung und 22 % aus der Verwaltung
 - 46 % von Arbeitern, 32 % von technischen Angestellten und 22 % von kaufm. Angestellten
 - 69 % von Mitgliedern der IG Metall, 29 % von Unorganisierten und 2 % von Mitgliedern der DAG
- Die Kollegen sehen die Beschäftigungsprobleme sehr deutlich. Die Krise bei MBB und die schlechte gesamtwirtschaftliche Situation werden von der überwiegenden Mehrheit auch als persönliche Gefährdung begriffen. Nur wenige Kollegen sind ausgesprochen optimistisch:
 - nur 2,5 % meinen, daß es bei MBB im Grunde keine Probleme gibt
 - nur 3,5 % halten ihren Arbeitsplatz für ziemlich sicher
 - nur 3,2 % glauben, nach ihrem Ausscheiden aus dem Betrieb schnell wieder eine neue Arbeit zu bekommen.
- Demgegenüber stehen Äußerungen der großen Mehrheit, die auf die große Bedrohung hinweisen:
 - 90 % sehen eine ernste Krise bei MBB
 - 96 % halten ihren Arbeitsplatz im Betrieb nicht mehr für sicher (38 % halten ihn sogar für direkt gefährdet)
 - 62 % meinen, daß sie nach einem Ausscheiden bei MBB mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen müssen.Diese Zahlen machen deutlich, daß es keine Alternativen zu dem Kampf um jeden Arbeitsplatz bei MBB gibt.
- Die meisten Kollegen haben eine Verschlechterung ihrer Arbeitssituation als Folge von Rationalisierungen zu beklagen (insgesamt 70 %).

Im einzelnen werden genannt von:

- 44 % insgesamt höhere Belastungen
- 41 % mehr Arbeitshetze
- 31 % verminderte Aufstiegsmöglichkeiten
- 28 % weniger Spielräume in der Arbeit
- 18 % Qualifikationsverluste
- 15 % stärkere Isolation von den Kollegen
- 12 % Versetzung
- 11 % Lohn- und Gehaltsabbau
- 1 % Schichtarbeit

50 % der Arbeiter verweisen auf die gestiegene Arbeitshetze und 28 % der Facharbeiter geben Qualifikationsverluste an. Eine Verschlechterung des Lohn-Leistungs-Verhältnisses und verringerte Möglichkeiten zur Selbstbestimmung in der Arbeit sind das eindeutige Ergebnis der Befragung.

- Die Beschäftigten des Rüstungsbetriebes MBB würden lieber heute als morgen sozial nützliche Güter statt Kampfbomber herstellen.
 - 64 % würden sich für zivile Produkte entscheiden
 - 34 % erklären, das Produkt sei ihnen letztlich egal; einige Befragte verweisen aber ausdrücklich darauf, daß es ihnen leider egal sein muß, weil sonst andere die Aufträge bekommen und ihnen Arbeitslosigkeit droht
 - nur 2 % arbeiten lieber an militärischen Projekten, weil sie glauben, daß ihre Arbeitsplätze dadurch sicherer sind.
- Daß der Arbeitskreis Alternative Fertigung der IG Metall-Vertrauensleute sozial nützliche Produktvorschläge zur Arbeitsplatzsicherung machen will, wird von den Befragten einhellig begrüßt.
 - 93 % beurteilen den Arbeitskreis positiv
 - 82 % erklären sich zu seiner Unterstützung bereit und
 - 50 % haben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bekundet.
- Von 31 Kolleginnen und Kollegen wurden insgesamt 74 Produktvorschläge gemacht, davon 47 unterschiedliche (Abgasfilter, Solar- und Windenergieanlagen wurden z.B. mehrfach erwähnt). Mit den schon im Arbeitskreis diskutierten Ideen liegen jetzt 62 Projekttitel vor, und zwar aus den Bereichen Verkehrstechnologie (20), Energietechnologie (12), Umweltschutztechnologie (8), zivile Luftfahrt (6), Meerestechnologie (8), Medizintechnik (4) und Sonstiges (4).

Bei den Sitzungen des Arbeitskreises und der Arbeitsgruppen waren bisher 110 Mitarbeiter aus dem Werk anwesend, wobei allerdings nur 50 bis 60 Kolleginnen und Kollegen intensiver in die Arbeitskreisarbeit einbezogen sind. Der „harte Kern“ des Arbeitskreises besteht aus ca. 20 bis 30 Kolleginnen und Kollegen; die Koordination der Arbeit übernimmt ein Organisationskreis von fünf Aktivisten. Es sind nur sehr wenige Betriebsräte und Mitglieder der Vertrauenskörperleitung

aktiv, nicht zuletzt, weil die „normale Gewerkschaftsarbeit“ im Betrieb in den letzten Jahren ja nicht weniger aufwendig geworden ist. Man kann sagen, daß der Arbeitskreis eine Aktivierungsmöglichkeit für Vertrauensleute und interessierte Kolleginnen und Kollegen geschaffen hat.

Da die Gründung des Arbeitskreises mit einer erheblichen Vergrößerung der Friedensbewegung und einer Zunahme der Diskussion von Abrüstungsproblemen zusammenfiel, gab es eine Vielzahl von Referentenanforderungen an den Arbeitskreis. Nahezu 20 Kolleginnen und Kollegen haben Vorträge auf vielen Veranstaltungen von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Universitäten, Friedensgruppen und anderen Initiativen gehalten und für Interviews von Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie universitären Forschungsprojekten zur Verfügung gestanden.

Der Unterstützung der Mobilisierungsarbeit in Betrieb und Öffentlichkeit dienten ein in einem Wochenendseminar vorbereiteter Auftritt einer Songgruppe der Kollegen auf einer Betriebsversammlung, die Arbeiten an Modellen möglicher ziviler Produkte und — in Kooperation mit der Bremer Initiative „Arbeiterfotografie“ — die Herstellung einer Ausstellung zum Unternehmen, zur Konzernpolitik und den Alternativen des gewerkschaftlichen Arbeitskreises. Neben diesen Beiträgen zur Entwicklung der politischen Kultur von der Basis aus hat eine Arbeitsgruppe alle Werkszeitungen der letzten zehn Jahre ausgewertet und über achtzig Produktentwicklungen entdeckt, die im Rahmen einer Ausweitung der zivilen Produktion eine große Rolle spielen könnten. Mit der Produktdiskussion war eine Vielzahl von Kontakten zu anderen Initiativen, gewerkschaftlichen Gruppen und Institutionen verbunden, so z.B. zu Ärzten, Kollegen in der Behindertenwerkstatt des Reichsbundes, Stadtteilinitiativen, Behörden und Hochschullehrern der Universität. Bisher ist in Zusammenarbeit mit einem Bremer Kieferchirurgen an einem Kieferröntgengerät und einer automatischen Zahnarztstuhl-Beleuchtungsanlage gearbeitet worden. Im Moment wird intensiv an der Konzeption eines Luftschiffes und einer LKW-Fracht-Verladestation für die Bundesbahn gearbeitet. Außerdem gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen und Konzepten auf dem Energiesektor, die von Wind- und Solaranlagen bis hin zu Energiespeicherungssystemen und Energietransportsystemen reichen. Aus der Über-

legung heraus, die energietechnologischen Vorschläge konkret an die Bedürfnisse der Bremer Region anzupassen, wird derzeit über ein regionales Energiekonzept für Bremen nachgedacht. Dazu wurde ein Vertreter des Senators für das Bauwesen in den Arbeitskreis eingeladen und im Frühjahr 1984 von unserem Projekt eine Tagung zum Thema 'Arbeitsplätze durch regionale Energieversorgungssysteme' (Einemann/Lübbing 1984b) durchgeführt. Inzwischen wird auch über die Entwicklung eines regionalen Verkehrskonzeptes diskutiert.

Nicht nur die Verbindung von betrieblichen Überlegungen zur Arbeitsplatzsicherung und alternativen regionalen Versorgungskonzepten verweist auf den Zusammenhang von „Alternativer Produktion“ und notwendigen politischen Veränderungen. Auch die Beeinflussung der gewerkschaftsinternen Diskussion erfordert von den Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises immer wieder politische Positionsbestimmungen, wie sie 1983 im Rahmen eines Bildungsurlaubsseminars als Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall formuliert (und dort vertreten, aber leider nicht durchgesetzt) worden sind.

Eine inhaltliche Positionsbestimmung:

Der Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall 1983

„Die sich verschärfende Wirtschaftskrise und die zunehmende Aufrüstung erfordern eine Vielzahl von gewerkschaftlichen Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen.

— Vor allem durch umfassende Beschäftigungsprogramme und einschneidende Arbeitszeitverkürzungen muß die immer stärker ansteigende Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.

— Die weltweite Hochrüstung erfordert reale Schritte zur Abrüstung.

Rüstung verschlingt große Mengen wertvoller Rohstoffe, Energien und andere materielle Reserven und menschliche Fähigkeiten, die der friedlichen Nutzung entzogen werden.

Im Rüstungssektor gibt es keine Garantie für dauerhaft gesicherte Arbeitsplätze

— z.B. durch das Auslaufen von Programmen, plötzliche Lieferstopps, Rationalisierungen. Darüber hinaus ist erwiesen, daß sich mit gleichem Mitteleinsatz im zivilen Bereich mehr Arbeitsplätze schaffen lassen als im militärischen.

Die notwendigen Abrüstungsschritte und die Begrenzung der Rüstungsabhängigkeit der Betriebe darf nicht zu Lasten der dort Beschäftigten gehen.

Die schrittweise Umstellung von militärischer auf zivile Produktion ist für die Belegschaften kein Problem. Es kommt darauf an, auf der Basis der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sozial nützliche Güter herzustellen, ohne daß es für die Beschäftigten zu Nachteilen — wie Dequalifizierung, Lohnabbau oder Arbeitsplatzverlust — kommt.

Die IG Metall begrüßt und unterstützt die Bildung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeitskreisen zur alternativen Fertigung. Das gilt besonders für die Rüstungsbetriebe. Konkrete Produktvorschläge der Arbeitskreise und Belegschaften verstärken den Druck auf die verantwortlichen Politiker und Unternehmensleitungen zur Umstellung der Produktion. Darüber hinaus haben diese Arbeitskreise eine wichtige Bedeutung für die Stärkung des gewerkschaftlichen Denkens in den Betrieben.

Es gibt in den Industrie- und Entwicklungsländern nach wie vor einen großen Bedarf an sozial nützlichen Produkten. Notwendig sind Investitionen in den schon im Rahmen der gewerkschaftlichen Beschäftigungsprogramme erwähnten Bereichen — wie z.B. Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, Energietechnik, Wohnungs- und Städtebauprogramm, Humanisierung der Arbeitsbedingungen, Gesundheitswesen, Meerestechnik und angepasste Technologien für die Dritte Welt.

Die Finanzierung einer Alternativen Fertigung im Rahmen von betrieblichen Produktionsumstellungen und Beschäftigungsprogrammen soll aus frei werdenden Rüstungsmitteln und durch die stärkere Besteuerung des Kapitals und der Reichen erfolgen.

Die innerbetriebliche Durchsetzung sozial nützlicher Güter erfordert die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei den Produkt- und Investitionsentscheidungen.

Aus den oben genannten Gründen leiten sich folgende Forderungen ab:

1. Es müssen unverzüglich konkrete gewerkschaftliche und politische Schritte eingeleitet werden, auf Unternehmen mit hohem Rüstungsanteil einzuwirken, sich langfristig unabhängig von Rüstungsaufträgen zu machen.
2. In den Rüstungsunternehmen sind von Arbeitnehmervertretungen und Arbeitgebern paritätisch besetzte Umstellungsausschüsse einzurichten, welche alle Möglichkeiten zur Umstellung auf alternative Produkte untersuchen und die Durchsetzung einleiten.
3. Innerhalb der IG Metall-Organisation sind beim Vorstand, bei den Bezirksleitungen und bei den Ortsverwaltungen Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ einzurichten, die eine beratende, betriebsübergreifend informierende und koordinierende Funktion haben.
4. IG Metall und DGB müssen ihren Einfluß geltend machen, daß auf Bundes- und Landesebene gemäß den Forderungen des IMB in Verbindung mit den Hochschulen Institute für alternative Fertigung eingerichtet werden. Sie sollen theoretische Grundlagen erarbeiten und die betrieblichen Arbeitskreise praktisch beraten.
5. Gemäß der Satzung der IG Metall § 2 sollte vordringlich die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden.“

Vertreter des Arbeitskreises sind an den von der IG Metall organisierten Treffen der unterschiedlichen „Alternativ-Arbeitskreise“ auf der

lokalen Bremer Ebene und im Bezirk Hamburg beteiligt, die zur Konkretisierung und Verbreitung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen beitragen.

3.3.2 Ergebnisse der regionalen Koordination

Die IG Metall versucht, die Arbeitskreise für eine Alternative Produktion z.B. im Bezirk Hamburg und auf der lokalen Bremer Ebene zu koordinieren. In Bremen hat es mehrere Treffen von Gewerkschaftern aus den MBB-Betrieben Bremen und Lemwerder, dem Rüstungsbetrieb Krupp-Atlas-Elektronik (KAE) und dem von der Belegschaft übernommenen kleinen Maschinenbaubetrieb Voith/A.N. gegeben. Bei aller Unterschiedlichkeit im Ansatz und im Grad der Betroffenheit lassen sich doch einige gemeinsame Grundpositionen der gewerkschaftlichen Arbeitskreise für eine Alternative Produktion skizzieren (hier auf der Basis der Bremer Erfahrungen).

Sicherung der Arbeitsplätze

Der Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze ist das zentrale Motiv für die Gründung der Arbeitskreise überhaupt. Hierin unterscheiden sich die Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung in der Bundesrepublik in gar keiner Weise von dem der Kollegen bei Lucas Aerospace in England. Die Erfahrungen in Bremen zeigen genau wie in England, daß innerbetrieblich ein längerer Vorlauf nötig ist, wenn die Belegschaften und Gewerkschaften in Krisensituationen reale Alternativen vorschlagen wollen. Die Arbeitskreise, die kurz vor der Übernahme des Betriebes oder der Bildung einer Belegschaftskooperative stehen, sind zugleich in der schwierigsten Situation: Sie müssen in der Regel in relativ kurzer Zeit vermarktungsfähige Produkte anbieten. In Bremen kann man von einer „abgestuften“ Betroffenheit reden: Die Belegschaftskooperative bei Voith/A.N. muß sehr schnell realisierbare Produktalternativen erarbeiten, weil das Werk sonst geschlossen wird; bei MBB gibt es Beschäftigungsprobleme, die sich mittelfristig verschärfen, womit aufgrund der gleichzeitigen politischen Bestimmtheit der Luftfahrtindustrie reale Chancen für die Durchsetzung von alternativen Produkten bestehen; bei Krupp Atlas Elektronik sind bestenfalls langfristige Beschäftigungsprobleme absehbar, so daß hier zwar die Grün-

derung des Arbeitskreises durch Arbeitsplatzprobleme ausgelöst wurde, seine Stabilisierung aber vor allem vom Willen zur Unterstützung von Kollegen in anderen Werken und von friedenspolitischen Motiven abhängt.

Frieden und Abrüstung

Friedenspolitische Überlegungen spielen zumindest bei den Arbeitskreisen in Rüstungsbetrieben eine wichtige Rolle. Die Arbeitskreise glauben nicht, daß ein sofortiger Ersatz der ganzen Rüstungsproduktion ihres Unternehmens möglich ist und sie sehen sich auch nicht in der Lage, Rüstungsaufträge abzulehnen. Sie können zwar ihren Willen nach der Produktion ziviler Güter und entsprechenden staatlichen Aufträgen begründen, sind aber angesichts der vorhandenen politischen Machtverhältnisse aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung nicht in der Lage, militärische Projekte abzulehnen. Einige Kollegen und auch Betriebsräte sind durchaus der Überzeugung, daß die bestehenden Arbeitskreise insofern zur Arbeitsplatzgefährdung beitragen, als sie die Vergabe von Rüstungsaufträgen in die entsprechenden Werke erschweren; meist gibt es auf Konzernebene eher eine Konkurrenz als eine Solidarität aller Betriebsräte — Kollegen und Betriebsräte aus andern Werken würden z.B. gerne die Bremer Rüstungsanteile zur zusätzlichen Arbeitsplatzsicherung in ihren Betrieben sehen.

Die Belegschaftsinitiative bei Voith/A.N. hat sich zwar im Gesellschaftervertrag ausdrücklich darauf festgelegt, keine Rüstungsaufträge zu übernehmen, hat aber zugleich signalisiert, bei Lohnaufträgen von Kleinteilen nicht übermäßig kritisch zu sein. Die harte Alternative zwischen der Übernahme oder der Ablehnung eines Rüstungsauftrages dürfte sich in der Praxis bei Voith/A.N. allerdings kaum stellen und ist bisher insofern kein Problem, als der Betrieb nicht in der Rüstungsproduktion engagiert ist.

Für viele der Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Arbeitskreisen aktiv engagieren, ist die Friedensfrage allerdings eine zentrale — sie arbeiten z.B. in Friedensinitiativen mit und referieren auf Versammlungen der Friedensbewegung. Ihnen ist klar, daß eine wirkliche Beschäftigungssicherung und die Sicherung der Lebensbedingungen der Menschen nur möglich sind, wenn es zu einer einschneidenden Umstrukturierung der Rüstungsausgaben in zivile Bereiche kommt.

Management-Strategien und Mitbestimmung

Die Management-Strategien gegenüber den Arbeitskreisen für eine Alternative Fertigung sind sehr unterschiedlich — sie reichen von völliger Ablehnung (bei Krupp Atlas Elektronik und zuerst bei MBB) über das Aufgreifen der Diversifikations-Idee und den Versuch der Instrumentalisierung der Arbeitskreise als betriebliches Vorschlagswesen (aktuelle Strategie bei MBB) bis hin zur Duldung des langsamen Aufbaus einer Belegschaftskooperative wohl auch zur Vermeidung von kämpferischen Auseinandersetzungen und entsprechenden Presseschlagzeilen (wie bei Voith). Wenn es gelingt, in den Unternehmen und Konzernen gezielte und massiv geförderte Diversifikations-Strategien auszulösen, entsteht für die Arbeitskreise zunächst eine schwierige Situation: Das Management kann versuchen, den Kollegen einzureden, daß die Sicherung der Arbeitsplätze beim Vorstand des Unternehmens am besten aufgehoben sei. Das Management kann bewußt versuchen, gewinnträchtige Produktvorschläge der Arbeitskreise zu realisieren und andere nicht aufzugreifen. In dieser Situation kommt es für die Arbeitskreise darauf an, zu betonen, daß auch an zumindest kurzfristig nicht kostendeckenden Projekten gearbeitet werden muß, weil ein sozialer Bedarf für diese Produkte besteht. Zugleich sind politische Aktivitäten notwendig, die allein neue Märkte in Feldern schaffen können, in denen soziale Engpässe bestehen. Die Arbeitskreise müssen an einer volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise festhalten, ausschließlich betriebswirtschaftliche Rentabilitätskalküle kritisieren und um erweiterte Mitbestimmungsrechte bei der Entscheidung über die Produktpalette, die Investitionen und die Arbeitsbedingungen kämpfen. Eine solche Mitbestimmungsstrategie auf der Ebene des Arbeitsplatzes, des Betriebs und des Konzerns bedarf allerdings einer gesamtwirtschaftlichen Ergänzung z.B. bei den staatlichen Investitionsprogrammen.

Produktideen und Versorgungskonzepte

Der konkreten Arbeit an Produktideen gehen in der Regel längere Diskussionen um die Zielsetzung, Perspektiven und politischen Rahmenbedingungen der Arbeitskreise voraus. Dieser politisch-strategische Hintergrund ist sowohl unter gewerkschaftspolitischen Gesichts-

punkten als auch für die Erfolgsaussichten der Arbeitskreise von zentraler Bedeutung. Die politische Diskussion ist aber auch ein Resultat der Diskussion von Produktvorschlägen: es geht eben nicht nur um neue Technologien und neue Produkte, sondern — unter dem Stichwort der sozialen Nützlichkeit — in der Regel zugleich um kommunale, regionale oder nationale Versorgungskonzepte z.B. auf dem Energiesektor. Man muß sagen, daß unter Humanisierungsaspekten über alternative technologische Lösungsmöglichkeiten für die Produktionsprozesse selbst bisher wenig nachgedacht worden ist; es gibt hierzu weder Arbeitsgruppen noch konkretisierte Vorstellungen in den Arbeitskreisen; lediglich aus England wird berichtet, daß sowohl computergestützte Konstruktionssysteme als auch numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen nach alternativen Konstruktionsprinzipien hergestellt worden sind. Das Thema „Alternativen zur herrschenden Technologiegestaltung“ bedarf dringend einer intensiven Bearbeitung.

Politische und regionale Alternativen

Resultat der Arbeitskreisaktivitäten ist das zunehmende Bewußtsein darüber, daß die Erfolgsbedingungen im Betrieb an politische Rahmenbedingungen gebunden sind. Erst staatliche Investitionsprogramme oder ein Wandel in der Energie- und Verkehrspolitik können die Absatzmärkte für die in den Betrieben entwickelten alternativen Technologien wesentlich ausweiten und zur Beschäftigungssicherung beitragen. Ein Einfluß auf die Management-Strategie ist nur dann möglich, wenn es Unternehmensanteile der öffentlichen Hand und erweiterte Mitbestimmungsrechte für eine solidarische Belegschaftsvertretung gibt. Zur Unterstützung der Arbeit bei der Produktsuche und der Erarbeitung von alternativen Versorgungskonzepten und Produktionsmethoden ist eine verstärkte Hilfe für die Arbeitskreise aus den Forschungs- und Hochschuleinrichtungen notwendig. Ein zentrales Instrument zur Stabilisierung einer Struktur sowohl zwischen den Arbeitskreisen in unterschiedlichen Betrieben als auch in die Hochschulen hinein könnte ein Institut für Alternative Produktion sein, in dem Sozial- und Naturwissenschaftler an Analyse-, Beratungs- und Vermittlungsaufgaben nach dem Vorbild des in London gegründeten CAITS (Institut für Alternative Produktion) arbeiten.

Auf Bundesebene besteht die Notwendigkeit des Umbaus des Rüstungsetats, wobei die freiwerdenden Mittel in den jetzigen Rüstungsbetrieben zur Herstellung sozial nützlicher Güter verwendet werden müssen. Die regionale und betriebliche Umsetzung von Beschäftigungsprogrammen sowie deren Koordination mit betrieblichen Vorschlägen könnten regionale Eigengesellschaften der öffentlichen Hand leisten, die als Instrument einer offensiven regionalen Strukturpolitik im Interesse der Arbeitnehmer zu konzipieren wären. Eine solche „Gesellschaft für Beschäftigung und Alternativprojekte“, die z.B. die Belegschaftskooperativen gezielt zu fördern hätte, unterscheidet sich grundlegend von den Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die im Prinzip auf marktwirtschaftliche Lösungen vertrauen und lediglich darauf zielen, die Rationalisierungstendenzen in den bestehenden Unternehmen unter dem Stichwort der Modernisierung der Volkswirtschaft mit staatlichen Mitteln zu subventionieren. Ein Versuch einer alternativen regionalen Wirtschaftspolitik wird zur Zeit in London unternommen, wo eine Eigengesellschaft der Stadt mit einem Jahresetat von 150 Millionen DM und siebzig Mitarbeitern ausgestattet ist und systematisch an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit arbeitet (vgl. Einemann/Lübbing 1984a)

Aufgrund der Größe der bestehenden Beschäftigungsprobleme (unter Einbeziehung der „stillen Reserve“ wird sich die Arbeitslosigkeit bald der 4-Millionen-Grenze nähern) muß der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit stehen — die Überlegungen zugunsten einer Alternativen Produktion können durchaus mit denen zu einer sinnvollen Gestaltung der zukünftig freien Zeit (z.B. Aufbau von Stadtteilwerkstätten) in Verbindung gebracht werden.

Kein Grund zur Euphorie

Im Zusammenhang mit dem Beispiel Lucas Aerospace in England werden die betrieblichen Initiativen in der Bundesrepublik oft mit Hoffnungen und Euphorie überfrachtet. Bei diesen Diskussionen wird oft von *den* Arbeitern und *den* Belegschaften gesprochen, die alle Probleme lösen. Die Wirkung der Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ kann aber lediglich begrenzt sein, zumal sie im Moment nur von relativ

kleinen Gruppen getragen werden, deren politische Positionen zudem teilweise sehr unterschiedlich sind. Auch der fast 10jährige Kampf bei Lucas war von innergewerkschaftlichen Spannungen geprägt und es gab sogar Spaltungen des Komitees (vgl. Wellmann 1981, Wainwright 1982). Der Alternativplan von Lucas enthielt 150 Produkte, an deren Konzeption die Beschäftigten zum Teil beteiligt waren. Das Management hat sich bis heute geweigert, an der Entwicklung dieser Produkte arbeiten zu lassen und es sogar geschafft, den Sprecher der Vertrauensleute, Mike Cooley, zu entlassen.

Die Arbeitskreise sind für viele ein Hoffnungsträger für eine Umgestaltung der industriellen Produktion, die aber nicht kurzfristig realisiert werden kann. Die relativ breite Diskussion über die Arbeitsgruppen kann eine Modeerscheinung sein; man berichtet und diskutiert gerne etwas Neues und das besonders dann, wenn es um „Arbeiter“ geht. Bei aller Mobilisierung der Öffentlichkeit muß davon ausgegangen werden, daß die Arbeitskreise nur langfristige Wirkung erzielen können. Mit der täglichen Aufklärungsarbeit im Betrieb steht und fällt das Experiment, gesellschaftsverändernd zu wirken. Eine Stabilisierung der Arbeitskreise ist nur zu erwarten, wenn die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit eine koordinierende und unterstützende Rolle übernehmen, externe Beratung organisieren und engagiert für die Erarbeitung von gewerkschaftspolitischen Positionen kämpfen, die von den Aktivisten mit ihren sehr unterschiedlichen politischen Auffassungen gemeinsam getragen werden können.

3.4 Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie

Die Gewerkschaften haben sich auf ihren Gewerkschaftstagen immer zur Friedenspolitik und zur Abrüstung bekannt. Die Diskussion um Abrüstungspolitik und Arbeitsplatzsicherheit trifft insbesondere die IG Metall. In ihrem Organisationsbereich befinden sich ca. 90 Prozent der Betriebe, die Rüstungsgüter herstellen. Insofern ist klar, daß die Konflikte auch in dieser Gewerkschaft ausgetragen werden. Intern gab es 1976/77 Auseinandersetzungen mit dem „Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen“ um die Lockerung von Rüstungsexportbestimmungen. Dieser Arbeitskreis von Betriebsräten aus Rüs-

stungsunternehmen forderte, „wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff Spannungsgebiet nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfe wie in der Vergangenheit“. Diese Initiative ist vom Beirat der IG Metall 1977 „eindeutig verurteilt und als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden“. Die IG Metall entwickelte deshalb ihre Forderungen weiter, sie „wendet sich aus politisch-moralischen Gründen gegen die Lockerung“ der Rüstungsexportbeschränkungen und befürwortet eine „konsequente Abrüstung im Zuge der weltweiten Entspannung“.

- Konkret fordert die IGM eine langfristige Planung der Beschaffung, damit die Produktionszyklen von Waffensystemen nicht mit einem Auf- und Abbau der Beschäftigung von Arbeitnehmern einhergehen.
- Die vorhandenen Rüstungskapazitäten sollten nicht ausgebaut werden und staatliche Auflagen sollten die Abhängigkeit der Unternehmen von Rüstungsaufträgen mindern, indem nennenswerte Anteile ziviler Produktion aufrecht erhalten und neu erschlossen werden. Dies gilt insbesondere für die Luft- und Raumfahrtindustrie, aber auch für einzelne Werften.
- Durch die freiwerdenden Mittel im Rüstungshaushalt könnten die Arbeitsplätze in den Rüstungsbetrieben für andere Bereiche öffentlicher Nachfrage gesichert werden. Ein öffentlicher Bedarf mit hochentwickelter Technologie wird u.a. im Umweltschutzbereich gesehen.

Diese Position des Beirats der IGM von 1977 wurde 1980 auf dem Gewerkschaftstag bestätigt. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Rüstungsproduktion keine Beschäftigungssicherheit biete. Das Vollbeschäftigungsziel sei kein Hinderungsgrund für die Abrüstungspolitik. Die Rüstungskonversionsvorstellungen sollen auf dezentraler, d.h. auf Unternehmensebene formuliert werden. Die zu gründenden Umstellungsausschüsse sollen unter Arbeitnehmerbeteiligung Produktionsumstellungen langfristig vorbereiten und konkrete Produktionsmöglichkeiten erschließen.

Diese Forderungen implizieren eine Mitgestaltung einerseits der In-

vestitionspolitik eines Unternehmens und richten sich andererseits auf eine Formulierung öffentlicher Bedarfswelder, für die produziert werden soll (Beschluss des Gewerkschaftstages der IGM 1980). Auch der DGB fordert im Rahmen eines qualitativen Beschäftigungsprogramms eine Reduzierung des Rüstungshaushaltes und eine Umstellung der Rüstungswirtschaft in Kombination mit einer vorausschauenden Strukturpolitik.

Diese Position bestätigte auch der Gewerkschaftstag der IG Metall 1983: „Die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen darf kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein. Die Arbeitnehmer müssen auf andere Weise gesichert werden. Die IG Metall bekräftigt die Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produktionen auf der Basis hochentwickelter Technologien. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das Ziel haben, bei den Unternehmen alternative Produktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen.“

Für die Gewerkschaftsbewegung stellt sich das Problem der Unterstützung der Arbeitskreise für eine Alternative Produktion auch als eine allgemein-gesellschaftspolitische Strategie der Demokratisierung und Mitbestimmung. Als Problem deshalb, weil die Arbeitskreise Basisinitiativen sind, die an die Organisation neue Ansprüche stellen. Dort werden Fragen und Antworten erarbeitet, deren Problemstellungen sich in vielen Bereichen bisher außerhalb konkreter traditioneller gewerkschaftlicher Arbeit befanden. Sie tragen aber zur Konkretisierung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen bei:

- Die Gewerkschaften fordern qualitative Beschäftigungsprogramme. Die Arbeitskreise versuchen, auf gesellschaftlichen Problemfeldern Produkte zu entwickeln und mit regionalen Initiativen zusammenzuarbeiten.
- Die Gewerkschaften fordern Mitbestimmung. Einige Arbeitskreise versuchen, Investitionsfelder zu benennen und auf die Produktpolitik Einfluß zu nehmen. Dabei müßten die unterschiedlichen Ebenen der Mitbestimmung verbunden werden.
- Die Gewerkschaften fordern Abrüstung. Die Arbeitskreise treten aktiv für Rüstungskonversion und Sicherheit der Arbeitsplätze vor Ort ein und benennen Produktionsbereiche in gesellschaftlichen

Defizitfeldern (Umweltsanierung, Energiebereich, Wohnungsbau, Verkehrspolitik u.ä.)

- Die Gewerkschaften fordern eine soziale Verantwortung der Forschungs- und Technologiepolitik. Die Arbeitskreise setzen sich mit Fragen der Humanisierung der Arbeit auseinander und fordern eine alternative Gestaltung der Produktionstechnologie.

3.5 Konversion als gesellschaftspolitische Strategie

Die vorhandenen Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung haben eine grundlegend andere Qualität als die Institution des betrieblichen Vorschlagwesens: eine substantielle Humanisierung der Arbeit und die Herstellung von betriebswirtschaftlich nicht profitablen Produkten stoßen an die Grenze der Gewinninteressen und Unternehmensstrategien des Kapitals, die Formulierung von alternativen Unternehmensplänen an die Grenze der Herrschafts- und Kontrollinteressen des Managements. Mit der Berücksichtigung gesellschaftlicher Kriterien und menschlicher Interessen bei der Konzeption von Produkten und Produktionsmethoden wird nicht nur die Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber der Art und Weise seiner Verwertung in Frage gestellt; zugleich werden unbefriedigte und in der Regel kollektive Bedürfnisse aufgegriffen und formuliert, die eine sinnvolle Produktion für „neue Märkte“ ermöglichen, allerdings auch alternative Politikkonzepte („Wende vorwärts“) erfordern. Hier liegt die zwangsläufige Verbindung von allen Ansätzen einer Alternativen Produktion und „großer“ Gesellschaftspolitik: der Absatz und Einsatz sozial nützlicher Produkte in einer relevanten Größenordnung setzt nicht nur individuelle, sondern vor allem politische Entscheidungen voraus.

Notwendig sind Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungsprogramme zur Förderung eines qualitativen Wachstums in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs auf Kosten des Kapitals und der Reichen; notwendig ist ein Umbau der Rüstungsausgaben zugunsten sozial nützlicher Produkte und eines Beitrages zur Sicherung des Überlebens der Menschheit; notwendig sind intensive Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes zur Beseitigung der vorhandenen und Verhinderung weiterer Zerstörung; notwendig sind eine soziale Kontrolle der

Folgen und eine Veränderung der Prinzipien des technologischen Wandels — es sind politische und nicht technologische oder von Sachzwängen diktierte Entscheidungen im Interesse der Menschlichkeit und gegen die Interessen der momentan Herrschenden zu treffen.

Nur der tägliche Druck und das Wahlverhalten von Mehrheiten sind in der Lage, eine neue Zukunftsperspektive der gesellschaftlichen Kontrolle über Produktion und Politik zu eröffnen. Arbeiterbewegung, Umweltschutzbewegung und Friedensbewegung können als gemeinsame Kraft mit prinzipiell gleichen Interessen zu dem zentralen Faktor der Umgestaltung werden. Die Vernetzung vorhandener „Alternativ-Initiativen“, die Ausweitung der Mit- und Selbstbestimmung, sowie die gemeinsame Diskussion von Basisgruppen in Betrieben, Dienstleistungszentren, Universitäten und Kommunen können die Entwicklung und Praktizierung von humanen Strukturen und neuen Motivationen sowie möglicherweise auch Mehrheiten erschließen. Wahrscheinlich entwickeln sich bereits heute im Schoße der alten Gesellschaft, die die vorhandenen Produktivkräfte nicht mehr im Interesse der Menschheit nutzen und weiterentwickeln kann, Leitlinien und Ansatzpunkte zukünftiger gesellschaftlicher Verhältnisse.

Es müssen zentrale politische Weichenstellungen erfolgen: staatliche Gelder müssen gezielt in Bereiche des sozialen Bedarfs und auf 'menschliche Produkte' gelenkt werden, so daß auch die zwar erforderlichen, aber über den Markt nicht gewinnträchtig finanzierbaren Schritte unternommen werden können. Kein Betrieb und keine Belegschaft kann es sich leisten, staatliche Rüstungsaufträge abzulehnen und sich selbst in die Pleite und die Arbeitslosigkeit 'zu basteln' — aber der Staat kann seine Subventionen statt zur Förderung der Gewinne für sozial nützliche Produkte einsetzen (Fernwärme statt Investitionszulagen) und militärische Aufträge durch zivile ersetzen.

Die Finanzierung öffentlicher Inverstitionsprogramme mit dem Ziel der Ausweitung der sozial nützlichen Produktion ist kein unlösbares Problem, sondern eine Verteilungs- und damit auch eine Klassenfrage. Neben einem Umbau des Rüstungsetats und der Ausgaben für schädliche Großprojekte sind Veränderungen im Steuer- und Zuteilungssystem nötig, die die Reichen und das Kapital verstärkt zur Finanzierung heranziehen und sie nicht wie bisher auf Kosten der „kleinen Leute“ noch reicher machen. Allein die Einführung einer Ergän-

zungsabgabe auf hohe Einkommen, die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen, die Streichung des Kindergeldes bei einem Netto-Monatseinkommen von mehr als DM 4.000,—, ein Verbot aller Abschreibungsgesellschaften, die Bekämpfung der Steuerrückstände und der Steuerkriminalität und ein hoher Steuersatz für Finanzinvestitionen würden jährlich zweistellige Milliardenbeträge mobilisieren.

Nicht nur die staatlichen Investitions- und Auftragsprogramme, sondern auch die Unternehmensaktivitäten müssen nach dem Kriterium der sozialen Nützlichkeit und der Umweltverträglichkeit untersucht und notfalls umgestellt werden. Wenn nicht eine andauernde Umverteilung öffentlicher Mittel in unkontrollierbare private Verfügungsgewalt stattfinden soll, dürften der Aufbau von öffentlichen oder selbstverwalteten Eigenbetrieben, die Vergesellschaftung und möglicherweise Entflechtung von Großkonzernen sowie die Abstimmung von Rahmenplänen z.B. mit der Festlegung von Investitionsschwerpunkten erforderlich werden.

Alternative Produktion bedeutet auch eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und eine Demokratisierung der Entscheidungen.

Die beginnende Diskussion über die gewünschte Art und Menge von Produkten signalisiert, daß immer mehr Menschen eine neue historische Chance sehen: heute scheint es möglich, die gemeinsame Arbeit so zu organisieren, daß die elementaren Lebensinteressen der Menschheit befriedigt werden. Das ist die konkrete Utopie der achtziger Jahre, die Menschen mit unterschiedlicher Ausbildung und Tätigkeit zusammenführt: Daß der gezielte Einsatz des vorhandenen Produktions- und Dienstleistungspotentials und die gerechte Verteilung des vorhandenen Reichtums eine Welt ohne Hunger und Elend, ohne Arbeitslosigkeit und Krieg möglich machen. Unsere Kernthese ist, daß die massive Verschlechterung der ökonomischen, der politischen und der alltäglich erfahrbaren Lage neben einer Stärkung konservativ-autoritärer Tendenzen auch eine Vielzahl von Initiativen, von sozialen Bewegungen und Zusammenschlüssen hervorgebracht hat, bei denen sich im Kampf für ihre Lebensinteressen zunehmend eine gemeinsame Einsicht herausbildet: daß massive politische Eingriffe in die Produktion und Verteilung erforderlich sind, und daß nur die

Durchsetzung von Alternativen katastrophale Entwicklungen verhindern kann. Wir sehen trotz aller Probleme eine gemeinsame Wurzel und auch eine gemeinsame Perspektive von Friedensbewegung, Arbeiterbewegung, Umweltschutzbewegung, Solidaritätsgruppen mit der Dritten Welt sowie von Teilen der Kirchen.

Die *Umweltschutzbewegung* weist nicht nur auf die akute Bedrohung der gesamten Menschheit hin, sondern fordert über den Ausbau der Umweltschutzindustrien hinaus eine Beseitigung der die Umwelt schädigenden Ursachen. Sie kommt damit zugleich zu Überlegungen in Richtung auf einen völligen Umbau der heutigen Produktions- und Lebensstrukturen mit dem Ziel einer humanen Gesellschaft.

Die *Arbeiterbewegung* sieht sich angesichts niedriger bzw. negativer Wachstumsraten bei gleichzeitigen rasanten Rationalisierungsprozessen vor allem im Gefolge des Einsatzes von Microelektronik massiv durch Arbeitslosigkeit bedroht und fordert eine staatlich initiierte Umsteuerung der Produktion mit dem Ziel eines 'qualitativen Wachstums'. Dies schließt die Diskussion um die Umstellung von Rüstungs- auf sozial nützliche Produktion ein.

Auch im Rahmen der *Friedensbewegung* werden die alternativen Produktionsmöglichkeiten z.B. zu den Fregatten, dem MRCA Tornado und dem Kampfpanzer Leopard 2 untersucht.

Im Umbau der hohen Rüstungsausgaben wird auch der Schlüssel zu einer *gerechten Weltwirtschaftsordnung* gesehen, in deren Rahmen z.B. das Verhungern von über 10 Millionen Menschen pro Jahr zu verhindern und damit zugleich der Weltfrieden sicherer zu machen wäre.

Die nicht umkehrbare neue Qualität der politischen Diskussion der achtziger Jahre liegt darin, daß verstärkt zum Thema wird, was lange Zeit als das exklusive Recht von Unternehmern und Spitzenpolitikern betrachtet wurde: Die Entscheidung darüber, was unter welchen Bedingungen in welcher Menge produziert und zu welchem Zweck wieviel investiert werden soll.

Insbesondere im Rüstungsbereich geht es darum, mächtigen Kapitalgruppen einen zentralen Teil ihres Betätigungsfeldes zu beschneiden. Nur eine breite und aktive Bewegung wird in der Lage sein, eine humane Zukunft der Gesellschaft gegen das Bündnis von konservativen und liberalen Politikern und dem Kapital durchzusetzen.

3.6 Zusammenfassende Thesen: Ideen und Realisierungsbedingungen einer Alternativen Produktion

- 1) Die Diskussion über neue oder alternative Produkte in den Belegschaften oder durch ihre Interessenvertreter ist
- eine Reaktion in erster Linie auf die Unfähigkeit der bisherigen Produktion, alle Arbeitsplätze zu sichern (also eine Antwort auf anstehende Entlassungen), aber oft auch zusätzlich
 - eine Kritik an den bisher hergestellten Gütern, die für gesellschaftlich überflüssig und gefährlich (z.B. die Rüstungsproduktion und der Bau von Atomkraftwerken) gehalten werden sowie
 - die Betonung eines offenkundigen sozialen Bedarfs (z.B. im Umweltschutz- oder Energiebereich), der mit den vorhandenen betrieblichen Möglichkeiten befriedigt werden könnte.

Schlechte betriebliche Arbeitsbedingungen oder negative Folgen des Einsatzes neuer Technologien sind kaum Bezugspunkt für die bestehenden betrieblichen Initiativen und ihre Produktvorschläge.

2) Die Existenz von kontinuierlich arbeitenden Gruppen in den Betrieben, die sich systematisch Gedanken über neue Produkte machen und dazu die Belegschaft befragen, Firmenentwicklungen aufarbeiten, mit Initiativen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen diskutieren, sich von Experten beraten lassen und Marktstudien auswerten, stellt eine neue Qualität gewerkschaftlicher Arbeit dar. Die Produktvorschläge sollen „sozial nützlich“ sein, d.h. sie werden der unkontrollierten Entscheidungsgewalt von Managern und Spitzenpolitikern entzogen und zwischen gesellschaftlichen Gruppen „politisch“ diskutiert; u.a. sollen sie möglichst umweltfreundlich, energiesparend, ressourcenschonend, langlebig, reparaturfreundlich, „rückholbar“, bedarfsorientiert, arbeitsplatzsichernd und human herstellbar sein. Nicht selten sind aber auch „alternative“ Produkte unter dem einen oder anderen Aspekt problematisch; so hatten die Beschäftigten bei Lucas Aerospace durchaus ökologische Bedenken gegen ihren Vorschlag für Geräte zur Nutzung des Meeresbodens.

Entscheidend ist, daß durch den Dialog von Menschen auch eine Bewußtseinsveränderung stattfindet, die die Entscheidung für die Herstellung von Produkten der vordergründigen betriebswirtschaftlichen Profitlogik entzieht und die kritischen Initiativen für eine Alternative

Produktion deutlich von dem „betrieblichen Vorschlagswesen“ abhebt.

3) Betriebliche Arbeitskreise für eine Alternative Produktion sind in der Regel nicht zum Bau von Prototypen in der Lage. Sie greifen deshalb meist auf bereits entwickelte Güter und auf in den jeweiligen Unternehmen hergestellte Prototypen oder Modellprojekte zurück (z.B. Windenergieanlagen in der Luftfahrtindustrie, Blockheizkraftwerke in der Werftindustrie) oder können diese gezielt abwandeln (z.B. elektronische Geräte für Behinderte). Allerdings wird in den Initiativen immer wieder an der Entwicklung einzelner Produkte gearbeitet und hierbei eine neue Qualität der Kooperation von Ingenieuren und Arbeitern in den Firmen, aber auch mit externen Experten, Initiativen und Universitäten hergestellt.

4) Da die Produkte auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme abzielen, können sie über lokale und regionale Märkte hinaus abgesetzt werden — sofern es überhaupt eine Nachfrage gibt, was für stillgelegte und von den Belegschaften übernommene Betriebe ein besonders akutes Problem darstellt. Da oft gerade der kollektive Bedarf befriedigt werden soll, entzieht sich die Investitionsentscheidung für die angebotenen Produkte den individuellen Möglichkeiten einzelner Menschen, so daß auch eine Identität von Produzent und Konsument der Güter bestenfalls auf der kollektiven Ebene erreicht werden kann.

5) Auch wenn viele der alternativen Produkte schon vereinzelt hergestellt werden, spricht nichts gegen zusätzliche Angebote — die Lösung der vorhandenen Probleme erfordert eine Zunahme gerade dieser Güter. Allerdings muß der Aufbau neuer Überkapazitäten vermieden werden, was nur durch Absprachen und ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Planung erreicht werden kann. Ein „Ende des Bedarfs“ an sozial nützlichen Produkten wäre durchaus kein Unglück, weil dann ja ein relativ problemloses menschliches Leben und eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle möglich wäre. Solche Arbeitszeitverkürzungen sind ohnehin nötig, auch wenn durch Alternative Produktion 1 Million Dauerarbeitsplätze geschaffen werden könnten. Die bisher absehbaren Arbeitsplatzeffekte aller Alternativpläne bewegen sich allerdings noch auf einem niedrigen Niveau.

6) Die „kritischen Produzenten“ in den Betrieben bemühen sich zunehmend, über die Einsatzbedingungen einzelner Produkte nachzu-

denken und gesellschaftliche Versorgungskonzepte (z.B. regionale Energie-, Nahverkehrs- oder Recyclingkonzepte) zu entwickeln. Damit lassen sich konkrete Verbindungen zu den geforderten Beschäftigungsprogrammen für ein qualitatives Wachstum und eine aktive Regionalpolitik herstellen, die zu konkreten (seh-, fühl- und vorstellbaren) Alternativkonzepten führen und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einleiten können.

7) Die Realisierung einer Alternativen Produktion erfordert eine erhöhte Nachfrage, die kaum anders als durch den Einsatz der Ressourcen des Staates sowie der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen erreichbar ist. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist aber — über die Aktivierung fortschrittlicher Länderregierungen und der durch die Gewerkschaften beeinflussbaren Bereiche hinaus — eine grundlegende politische Wende vorwärts in der Bundespolitik. Nur Veränderungen z.B. in der Energiepolitik von Atomprogrammen zur Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energiequellen, von der Aufrüstung zur Umwandlung der Rüstungsausgaben zugunsten ziviler Produkte sowie in der Verteilungspolitik von der Entlastung zu einer verstärkten Belastung des Kapitals und der Reichen mit dem Ziel der Finanzierung einer besseren gesellschaftlichen Versorgung lassen die Realisierung einer alternativen Produktion mit erheblichen Arbeitsplatzeffekten als möglich erscheinen. Zur Durchsetzung einer solchen Veränderung ist die Zusammenarbeit von Arbeiterbewegung, Friedensbewegung und Bürgerinitiativbewegung sowie deren Organisationen und der sie repräsentierenden politischen Parteien unabdingbar.

Dokument

Fragebogen zur Alternativen Produktion

*Betriebsrat Vereinigte Flugtechnische Werke GmbH
Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wenden uns mit einem Fragebogen an Euch mit der Bitte, diesen auszufüllen und uns zurückzugeben.

Der Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ des Vertrauenskörpers der IGM bei VFW Bremen setzt sich aus Gewerkschaftern und Nichtgewerkschaftern, Arbeitern und Angestellten aus allen Bereichen von VFW und ERNO zusammen. Unser Ziel ist es, unseren Betrieb von Rüstungsproduktionen unabhängiger zu machen.

Der Fragebogen besteht aus einem allgemeinen Teil und aus einem Teil, der den Arbeitskreis direkt angeht. Vor allem die Frage 11 nach Ideen und nützlichen Vorschlägen für nützliche Produkte (nützlich und sinnvoll für alle Menschen) wird unmittelbar auf unser Bemühen einwirken, bei VFW und ERNO mehr Arbeit zu schaffen bzw. Arbeitsplätze zu erhalten. Es ist für uns sehr wichtig, daß wir von möglichst allen Kolleginnen und Kollegen den Fragebogen ausgefüllt zurückerhalten — auch wenn ihr z.Z. keinen Vorschlag machen könnt.

Bitte, steckt den Fragebogen beim Betriebsrat, Bau 12, in die dort aufgestellte Urne, die einmal am Tag abends geleert wird. Ihr könnt die Fragebögen auch in Eurem Betrieb sammeln und dann — verschlossen in einem Umschlag — unter Wahrung der Anonymität an den Betriebsrat schicken. Vermerkt auf dem Umschlag in rot und in großer Schrift das Wort „Fragebögen“. Der Umschlag wird verschlossen in die Urne gegeben.

Die Auswertung der Umfrage wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Berichte über die Ergebnisse werden wir so schnell wie möglich veröffentlichen.

Den Fragebogen bitte bis zum 17.12.1982 an uns zurücksenden!!!

Betriebsrat

Vertrauenskörperleitung

*VK-Arbeitskreis
„Alternative Fertigung“*

L. Hettling

B. Grottke

J. Fischer

Bremen, 18.11.1982

FRAGEBOGEN ZUR ALTERNATIVEN FERTIGUNG

1. *Wie sehen Sie die derzeitige wirtschaftliche Situation bei VFW?*
 - Im Grunde gibt es keine Probleme*
 - Es gibt Schwierigkeiten, die aber bald überwunden sind*
 - Es gibt eine ernste Krise*

2. *Halten Sie Ihren eigenen Arbeitsplatz für gefährdet oder für sicher?*
 - Ziemlich sicher*
 - Heute kann sich niemand mehr sicher sein*
 - Mein Arbeitsplatz ist gefährdet*

3. *Falls Sie einmal nicht mehr bei VFW beschäftigt sind: Finden Sie schnell eine neue Arbeit?*
 - Es gibt schnell neue Arbeit*
 - Man weiß es nicht*
 - Ich müßte mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen*

4. *Hat sich Ihre Arbeitssituation in den letzten Jahren durch Rationalisierung verschlechtert?*

Mehrfachnennungen möglich

 - Nein*
 - Ja, durch*
 - Versetzung*
 - Mehr Arbeitshetze*
 - Insgesamt höhere Belastungen*
 - Schichtarbeit*
 - Qualifikationsverlust*
 - Weniger eigene Spielräume in der Arbeit*
 - Stärkere Isolation von den Kollegen*
 - Lohn- oder Gehaltsabbau*
 - Verminderte Aufstiegsmöglichkeiten*

5. *Hat sich der Betriebsrat in der letzten Zeit im großen und ganzen in Ihrem Sinne verhalten?*
 - Ja, er hat konsequent unsere Interessen vertreten*
 - Nein, er sollte lieber etwas zurückhaltender sein*
 - Nein, er sollte noch härter auftreten*
 - Ich habe keine genaue Einschätzung*

6. *Wie würden Sie sich entscheiden, wenn Sie sich aussuchen könnten, ob Sie lieber an militärischen oder an zivilen Projekten / Aufgaben arbeiten wollen?*

Lieber an zivilen Projekten
Ist mir völlig egal
Lieber an militärischen Projekten

7. *Was halten Sie von dem Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ der IG Metall-Vertrauensleute bei VFW, der zur Arbeitsplatzsicherung nützliche Produkte durchsetzen will?*

Ich finde gut, daß sich Kollegen Gedanken über neue Produkte und sichere Arbeitsplätze machen
Der Arbeitskreis ist überflüssig. Für die Auslastung des Betriebes ist allein die Geschäftsführung zuständig
Kann ich nicht beurteilen, ich weiß nichts von dem Arbeitskreis

8. *Wären Sie bereit, den Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ zu unterstützen?*

Ja
Nein

9. *Ich bin zur Mitarbeit im Arbeitskreis bereit*

Ja
Nein

10. *Mein besonderes Interesse würde folgender Arbeitsgruppe des Arbeitskreises gelten:*

*Mehrfachnennungen
möglich*

Energietechnik
Medizintechnik
Verkehrstechnik
Meerestechnik
Umweltschutztechnik
Arbeits- und Unfallschutz

11. *Haben Sie Vorschläge für nützliche Produkte, die VFW (z.B. in den Bereichen Energieversorgung, Umweltschutz, Medizin, öffentliche Verkehrssysteme und Meerestechnologie) herstellen könnte? Denken Sie auch an Ihre Ansprüche als „Konsument“!*
- *Machen Sie bitte kurze Beschreibungen oder Zeichnungen.*
 - *Sie können auch weitere Unterlagen zu dem Fragebogen legen und mit abgeben. Dann kann auch die Anonymität gewahrt bleiben.*
 - *Es ist jederzeit eine persönliche Rücksprache mit dem Betriebsrat und dem Arbeitskreis möglich (Tel. 22 29)*

NUN NOCH EINIGE FRAGEN ZUR STATISTIK:

12. *Ich arbeite im Unternehmensbereich*
- UT (Transporter) ○*
 - UM (Marine- und Sondertechnik) ○*
13. *Ich bin tätig im Bereich*
- Entwicklung ○*
 - Verwaltung ○*
 - Produktion ○*
14. *Ich arbeite im*
- A technischen Bereich als*
 - angelernter Arbeiter ○*
 - Facharbeiter ○*
 - Techniker ○*
 - Ingenieur ○*
 - B kaufmännischen Bereich als*
 - Angelernter ○*
 - Sachbearbeiter (kaufm. Lehre) ○*
 - Betriebswirt (Hochschulabschluß) ○*
15. *Sind Sie gewerkschaftlich organisiert?*
- Ja, IG Metall ○*
 - Ja, DAG ○*
 - Nein, ich bin nicht organisiert ○*

III. Alternative Regionalpolitik

1. Zum politischen Ansatz einer alternativen Strukturpolitik auf dezentraler Ebene

In den westlichen Industrienationen lassen sich in den letzten Jahren vergleichbare Entwicklungstendenzen feststellen: Die wirtschaftliche Krise findet ihren Ausdruck in Entlassungen aufgrund von Rationalisierungen, Konzentrationsprozessen und Betriebsstillegungen; die expandierenden Branchen sind nicht in der Lage, den Schrumpfungsprozeß in großen Teilen der „traditionellen Industrien“ aufzufangen und die zunehmende Erwerbsbevölkerung zu beschäftigen; eine anhaltende Millionenarbeitslosigkeit mit besonderer Zuspitzung in einzelnen Regionen und die „Entindustrialisierung“ ganzer Landstriche kennzeichnen die Lage.

In dieser Rolle werden die strukturellen Schwächen von Gewerkschaften und staatlichen Instanzen ebenso deutlich wie die bestimmende Rolle des Kapitals, insbesondere der multinationalen Konzerne. Die Unternehmer nutzen die hohe Arbeitslosigkeit zur Einschüchterung der Belegschaften und u.a. zur Senkung der Kosten für Löhne und Gehälter, sie sind in ihrem Investitionsverhalten kaum beeinflussbar. Kapital wird zu Rationalisierungszwecken angelegt und zur optimalen Verwertung zwischen den Branchen, Regionen und Nationen verschoben bzw. in Finanzanlagen ohne Arbeitsplatzeffekte untergebracht. Die sozialen Folgen dieses Verhaltens werden auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt und zur Erpressung von Regierungen genutzt, die oft zu Subventionen oder Wohlverhalten mit dem Hinweis auf die Erhaltung bzw. Gefährdung von Arbeitsplätzen genötigt werden.

1.1 Unzureichende politische Antworten auf die Krise

Der Kern der konservativen und liberalen Antwort auf die Krise besteht darin, die relativ engen staatlichen Finanzen durch eine radikale

Sparpolitik zu konsolidieren und die Arbeitnehmer und sozial Schwachen dabei so stark zu belasten, daß insgesamt auch noch eine Umverteilung zugunsten der Gewinne des Kapitals erreicht wird. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends wird zur Aufgabe der Unternehmer erklärt und darauf vertraut, daß die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ die Probleme lösen werden. Die in der Bundesrepublik vorliegenden Prognosen einer weiteren Verdoppelung der Arbeitslosigkeit bis 1990 auf über 4 Millionen und die historischen Erfahrungen z.B. aus der Endphase der Weimarer Republik verdeutlichen demgegenüber die krisenverschärfende Funktion der rigorosen staatlichen Sparpolitik und die Untauglichkeit der konservativ-liberalen Konzepte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu spät einschneidende Konsequenzen gezogen: das passive Tolerieren der Brüning'schen Sparpolitik nach dem Motto, man müsse dem System geben, was es brauche (Hilferding), wurde erst 1932 durch die nicht mehr durchsetzbare Forderung nach der Sozialisierung großer Teile der Wirtschaft abgelöst. Heute dominiert in der SPD das auch von einzelnen Konservativen vertretene industriepolitische Konzept der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ im Rahmen einer „sozialen Marktwirtschaft“. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Staat in erster Linie optimale Rahmenbedingungen für die ökonomisch verantwortlichen Privatunternehmen zu gewährleisten und zusätzliche „Nachhilfe“ zur härteren Rationalisierung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt u.a. durch die besondere Förderung neuer Technologien und der Wachstumsindustrien zu organisieren hat. Analysen der sozialdemokratischen Regierungspraxis in unterschiedlichen westlichen Industrienationen kommen immer wieder zu dem Ergebnis, daß es in wesentlichen Fragen trotz zum Teil anderslautender programmatischer Beschlüsse zu einer engen Kooperation zwischen einer von den Arbeitnehmern gewählten Regierung und privatem Kapital auch auf Kosten der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften gekommen und hierin eine Ursache für Enttäuschungen bei Wählern und die spätere Machtübernahme durch die Konservativen zu suchen ist. Die betriebliche Umsetzung der oft durch Subventionen geförderten und sogar vom Staat durch Auflagen verlangten „Modernisierung der Volkswirtschaft“ ist für die Arbeit-

nehmer meist mit Entlassungen und Dequalifikationsprozessen verbunden, und hinter dem Etikett der „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ verbirgt sich häufig eine Senkung der Realeinkommen. Die Förderung von Rationalisierungen und Wachstumsbranchen läßt die Frage nach der Zukunft des Millionenheeres der Opfer dieser Politik außer acht und verzichtet auf die Eröffnung sozial sinnvoller Eingriffsmöglichkeiten in die Entscheidungen des privaten Kapitals, dessen Macht weiter gestärkt und u.a. zur systematischen Schwächung der Gewerkschaften eingesetzt wird. Außerdem werden berechtigte ökologische und entwicklungspolitische Bedenken gegen weitere Wachstums- und Exportoffensiven auf Kosten der Natur und der nicht-entwickelten Länder ignoriert.

1.2 Umriss einer Alternative

Eine entschiedene wirtschaftspolitische Gegenposition mit dem Ziel einer konsequenten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig vor allem von den Gewerkschaften formuliert. Eckpfeiler z.B. der Überlegungen der IG Metall (zuletzt beschlossen auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag 1983) sind einschneidende Arbeitszeitverkürzungen und der gezielte Einsatz aller staatlichen Möglichkeiten, vor allem durch umfangreiche öffentliche Beschäftigungsprogramme, zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung. Darüber hinaus wird auch ein Ausbau der Mitbestimmung und der gesellschaftlichen Rahmenplanung verlangt, sowie über den Ausbau des öffentlichen Unternehmenssektors durch die Sozialisierung von Schlüsselindustrien und Banken diskutiert. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sollen außerdem u.a. der Abbau der Arbeitsbelastungen (z.B. durch Leistungsbegrenzungen und mehr Pausen) und der Erhalt oder die Erweiterung von Qualifikationen (durch veränderte Technologien und Arbeitsorganisation) beitragen. Die Diskussion über den Aufbau gewerkschaftlicher Frühwarnsysteme und insbesondere die von der IG Metall entwickelte Methode der gezielten Befragung von Betriebsräten vieler Unternehmen sind eine Basis für die Entwicklung von industriepolitischen Konzepten zur Sicherung der Arbeitsplätze in einzelnen Branchen bzw. Regionen. Zur Finanzierung einer Beschäfti-

gungspolitik sollen das Kapital und die Reichen, aber auch der Rüstungsetat herangezogen werden — viele betriebliche Initiativen arbeiten an Konzepten zur Arbeitsplatzsicherung und besseren sozialen Versorgung durch einen Umbau der Rüstungsausgaben zugunsten sozial nützlicher Produkte. Die gewerkschaftlichen Arbeitskreise für eine Alternative Produktion sind in Kooperation mit anderen Initiativen dazu übergegangen, Vorschläge für einzelne Produkte und Technologien in alternative — zunächst lokal bzw. regional ansetzende — Versorgungskonzepte z.B. für den Energiesektor oder den Nahverkehrsbereich einzubringen und damit zugleich einen Beitrag zur dezentralen Konkretisierung von erforderlichen Beschäftigungsprogrammen zu leisten.

Der Kampf von Arbeitnehmern für ein Recht auf die Herstellung sozial nützlicher Güter im Rahmen der vorhandenen Unternehmen oder durch die Übernahme stillgelegter Betriebe ist oft die einzig erfolgversprechende Alternative zu einer längeren Arbeitslosigkeit und damit gesamtgesellschaftlich auch dann vernünftig, wenn solche Projekte betriebswirtschaftlich nicht unbedingt rentabel erscheinen. Es werden Kosten für Arbeitslosengeld und z.B. das Gesundheitssystem eingespart und nützliche Arbeiten zur Verbesserung der Lebensqualität geleistet. Das zentrale Problem der Alternativen Produktion ist aber trotzdem das des Absatzes der angebotenen Produkte. Die Realisierung einer neuen und anderen Produktion scheint nur dann möglich und mit erheblichen Arbeitplatzeffekten verbunden, wenn es öffentliche Unterstützungsmaßnahmen (auch durch die Erteilung von Aufträgen) gibt, die in der Regel einen Wandel der herrschenden politischen Konzepte voraussetzen. Solange ein solcher Wandel zentral gegen das Bündnis von Kapital und konservativ-liberalen politischen Kräften nicht durchsetzbar ist, müssen auf der lokalen oder regionalen Ebene Konzepte entwickelt und soweit wie möglich umgesetzt werden. Es ist wichtig, funktionsfähige Modelle zu entwickeln, die eine Konkretisierung von Alternativkonzepten darstellen und die sowohl eine bewußtseinsbildende wie mobilisierende Wirkung haben. Die fehlende Vorstellung praktischer Alternativen ist ein Kernproblem für viele Arbeitnehmer, die in der Krise zu konservativen Konzepten neigen und hoffen, persönlich möglichst nicht zu den Betroffenen zu gehören.

1.3 Kommunale und regionale Ansatzpunkte

In der Diskussion über eine alternative, dezentral ansetzende Strukturpolitik wird von vornherein davon ausgegangen, daß die Möglichkeiten begrenzt, die Schaffung sozialistischer Inseln in einzelnen Gemeinden oder Bundesländern nicht realisierbar und eine grundlegende Veränderung auf nationaler und internationaler Ebene nötig ist. Allerdings geht es darum, dezentrale Handlungschancen zu nutzen, Gegengewichte zu bilden und modellhaft eine konsequente Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verfolgen. Im Mittelpunkt muß dabei eine Orientierung auf den Bedarf stehen, die die Schranken einer Politik der ausschließlichen Orientierung auf die Exportfähigkeit und die Selbstheilungskräfte des Marktes zu überwinden in der Lage ist. Es muß darum gehen, die vorhandenen öffentlichen Ressourcen ebenso systematisch und gezielt einzusetzen wie die oft vorhandene ökonomische Macht, die die Gemeinden und Länder als große Arbeitgeber und Nachfrager haben. Das bedeutet die Überwindung der Selbstbeschränkung der Wirtschaftspolitik auf das Bereitstellen von Infrastruktur für das private Kapital und die Realisierung einer offensiven Industriepolitik, in der staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und eigene Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Die dazu erforderlichen Instrumente können Eigengesellschaften der öffentlichen Hand sein, die nicht im Stile von Handelsbanken und klassischen Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Anfragen der Privatunternehmen warten oder diese zu „ködern“ versuchen, sondern sich mit den zukunftsweisenden Initiativen der Gewerkschaften und Bürgerinitiativen verbinden und alternative regionale Entwicklungsperspektiven zur arbeitsplatzschaffenden besseren Versorgung der Bevölkerung eröffnen.

Die Eigengesellschaften können öffentliche Gelder wie Subventionen gezielt einsetzen und mit bestimmten, dann auch zu kontrollierenden Auflagen verbinden, Strukturanalysen und Entwicklungsprogramme erarbeiten, an der Sanierung und Umstrukturierung von Betrieben bei gleichzeitiger Ausweitung der öffentlichen Unternehmensanteile mitwirken, Belegschafts-Kooperativen besonders fördern und beraten und auch eigene Unternehmen zur Herstellung bestimmter Güter (z.B. für die regionalen Wirtschaftsbetriebe) gründen sowie neue Betriebe besonders unterstützen. Außerdem müßten die öffentli-

chen Investitionshaushalte und die Investitionsplanungen der öffentlichen Unternehmen systematisch auf Verbindungslinien zwischen dem regionalen Bedarf und den regionalen Produktionsmöglichkeiten hin untersucht und koordiniert zur Arbeitsplatzsicherung gerade in krisenbetroffenen Betrieben eingesetzt werden.

Die Entwicklung und Durchsetzung einer solchen alternativen regionalen Strukturpolitik erfordert die bewußte Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung und die Mobilisierung aktiver Gruppen in den Betrieben und Wohnvierteln und setzt voraus, daß die finanzielle Ausplünderung der Länder und Gemeinden zugunsten des Zentralstaates unterbleibt bzw. wieder rückgängig gemacht wird.

In der Bundesrepublik beginnen die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall die Diskussion über die Konkretisierung von Beschäftigungsprogrammen auf der regionalen Ebene; so wird z.B. für die Küstenregion eine grundlegende Umorientierung der Wirtschaftspolitik gefordert.

2. Das Beispiel London: Mobilisierende Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

2.1 Der politische Ansatz

Groß-London mit ca. 11 Millionen Einwohnern hatte Anfang 1984 ca. 375.000 Arbeitslose; in einzelnen Arbeiterbezirken waren bis zu 30 Prozent der Arbeitswilligen ohne Beschäftigung. Die von konsequenten Sozialisten der Labour-Party getragene Regierung der Stadt London versucht eine Reihe von Konzepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu realisieren, die zugleich zur fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität beitragen sollen. Die Aktivierung der Bevölkerung und die Erhöhung der Kontroll- und Entscheidungsmöglichkeiten der „Basis“ sind ein Kernelement des strategischen Ansatzes. Die Regierung organisiert gezielt die Unterstützung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen zur Beeinflussung der Entwicklungsrichtung in der Produktion und in der Kommune u.a. durch den Aufbau von Berater-

Gruppen und den Einsatz der Erwachsenenbildung, aber auch durch Auflagen an die Unternehmen und die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen. Die Entwicklung eines „Frühwarn-Systems“ soll sicherstellen, daß gezielte wirtschaftspolitische Eingriffe der Regierung auf der Basis von systematisch gesammelten Informationen und Trendanalysen erfolgen können. Die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Beeinflussung und Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse hat zur Einrichtung einer flexiblen, öffentlich kontrollierten Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung geführt.

Die Beteiligung und Übernahme von Unternehmen gehört ebenso zu den Aufgaben dieser Gesellschaft wie z.B. die Beratung bei Sanierungs- und Umstellungsmaßnahmen und die Festlegung von Auflagen an unterstützte Betriebe. Bisher ist es gelungen, in 158 Firmen zu intervenieren und insgesamt 2.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wobei die Kosten mit 28.000 DM pro Arbeitsplatz weit unter den bei der klassischen Wirtschaftsförderung üblichen Werten liegen.

Darüber hinaus soll die auf schmaler Basis erprobte Kooperation von betrieblichen Arbeitskreisen zur alternativen Produktion (z.B. bei Lucas Aerospace) und den Hochschulen, vermittelt über das Londoner Institut für Alternative Produktion (CAITS), nun auf eine gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Sogenannte Technologie-Netzwerke sollen Betrieben und Beschäftigten die Nutzung des Know-how der Hochschulen und Universitäten ermöglichen, wobei dezentrale Kooperationsstellen eingerichtet werden. Der kontrollierte Einsatz neuer Technologien soll an die vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten anknüpfen und sie weiterentwickeln anstatt sie zu zerstören (z.B. durch alternative Werkzeugmaschinen) und nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen. Die neuen Technologien sollen sich auf den sozialen Bedarf der Bevölkerung beziehen und zur Herstellung sozial nützlicher Produkte (alternative Produktion) beitragen.

Das „Energie-Netzwerk“ hat einen zentralen Stellenwert für die lokale Energiepolitik. Es geht darum, die vorhandenen alternativen Energietechnologien weiterzuentwickeln und Einsatzkonzepte zu erarbeiten, die erste Schritte zur Realisierung einer alternativen Energiepolitik für London darstellen. Auch hierbei geht es um die Verbindung von alternativer Produktion und verbesserten Lebensbedingungen, die sich z.B. in einer ausreichenden Wärmeversorgung der Bevölkerung zu

deutlich verringerten Preisen ausdrückt. Allerdings wird immer wieder die unauflösbare Verbindung zur Politik der Zentralregierung deutlich: der Stopp der Pläne zum Ausbau der Atomenergie ist eine wesentliche Bedingung für die Durchsetzbarkeit einer kostengünstigen dezentralen Kraft-Wärme-Versorgung.

Die alternative Strategie der Londoner Bezirksregierung umfaßt darüber hinaus z.B. die Unterstützung von lokalen Kampagnen und Konferenzen zur Rüstungskonversion und den Einsatz von Beratern, die gemeinsam mit Gewerkschaftern und einem universitären Forschungsprojekt an den Plänen zur Umstellung auf sozial nützliche Produkte arbeiten.

Die Londoner Bezirksregierung hat sich auch kritisch gegen die von der Zentralregierung geplante Verkabelung Londons ausgesprochen und versucht, Bedingungen für den sinnvollen Einsatz der neuen Technologie zu definieren. Der Einsatz von Glasfaserkabeln, die Möglichkeit des Dialogs zwischen den Nutzern, die Einflußnahme der Regionalregierungen auf die Programmgestaltung sowie die Information über lokale Probleme und öffentliche Dienstleistungen sind erste Ansatzpunkte zur Verhinderung einer rein kommerziellen Nutzung der neuen Technologie mit allen negativen Konsequenzen für die Menschen.

2.2 Beteiligung der Betroffenen und dezentrale Demokratisierung

Der Ansatz der sozialistischen Politik in London geht davon aus, daß die Durchsetzung grundlegender Veränderungen der herrschenden Verhältnisse nur dann möglich ist, wenn die Lohnabhängigen und die Bevölkerung ihre eigenen Interessen aktiv vertreten. Die Stärkung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen sowie von Kampagnen ist deshalb ein zentraler Punkt in der Politik der Bezirksregierung. Durch qualifizierte (strategische) Beratung und bescheidene finanzielle Förderungen wird versucht, die kontinuierliche Arbeit von Initiativen zu unterstützen und voranzutreiben und insbesondere den Schritt vom Protest zur Formulierung positiver, eigener Alternativen anzuregen. Das Projekt für eine „Planung durch die Betroffenen“ (Popular Planning Project)

setzt hier an. Außerdem wird die Demokratisierung in den Betrieben durch die Beratung und Betreuung von Belegschaftsinitiativen und die Knüpfung von öffentlichen Hilfen an bestimmte Beteiligungsrechte der Beschäftigten vorangetrieben.

Darüber hinaus ist die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen und ihre Vernetzung ein Ziel mit besonderer Priorität, weil trotz aller Probleme die Herausbildung eines selbstbestimmten Bereichs für wichtig gehalten wird. Es geht insgesamt um eine stärkere Beteiligung der Menschen an den für ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zentralen politischen Entscheidungen.

2.2.1 Planung durch die Betroffenen

Die Grundüberlegung ist, den herrschenden Planungen — deren Opfer die Bevölkerung in der Regel ist — eine Beschäftigten- bzw. Betroffenenplanung gegenüberzustellen und damit auch die Macht der Spitzenmanager in Unternehmen und Bürokratien anzugreifen. Die Planung durch die einfachen Leute soll deren Zukunftsvisionen konkretisieren helfen und dazu beitragen, den Kampf für die Durchsetzung einer menschlichen Zukunft zu intensivieren. Es geht nicht um die Anregung von Wunschbriefen an den Bürgermeister, sondern um die Initiierung kollektiver Diskussionen, deren praktische Resultate von der sich entwickelnden Organisation und den vorhandenen Ressourcen abhängig sind. Es reicht nicht aus, nur auf herrschende Entscheidungen und Entwicklungen zu reagieren, sondern es müssen positive Pläne für die Zukunft entworfen und u.a. durch die Zusammenarbeit von Gewerkschafts- und Bürgerinitiativbewegung durchgesetzt werden.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Initiative und Unterstützung der Bevölkerung und die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten und Ideen zum Erfolg führen kann, ist ein „Projekt für Betroffenen-Planung“ (Popular Planning Project) eingerichtet worden. Das Projekt will die Bildungsabteilungen der Gewerkschaften, die Arbeiterbildungs-Vereinigung und die Institutionen der Erwachsenenbildung einbeziehen und erreichen, daß lokale Gruppen den lokalen Beschäftigungsbedarf ermitteln: „Das Ziel ist, den Menschen in dieser Region mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben zu geben“. Betriebliche und lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigung sollen unter-

stützt werden — durch materielle Ressourcen, aber vor allem durch Berater und Tutoren mit Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. „Jede Gruppe kann etwas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen beitragen, die die Menschen in der Region brauchen — das reicht von Gruppen von Jugendlichen bis zu Pensionären, von Gewerkschaftern bis zu Kirchen, von Schülern und Studenten bis hin zu Gruppen aus der Erwachsenenbildung. Unser Job ist, Möglichkeiten zum Studium und für die Forschung bereitzustellen, um Zukunftsvorstellungen mit dem dringenden Bedarf zu verknüpfen und in praktische Pläne umzusetzen, sowie ein Bildungsprogramm zu entwickeln, das den Menschen diese Probleme, die vorhandenen Lösungsvorschläge und die Schritte zur Umwandlung von Vorschlägen in die Realität bewußt macht“.

Zu den Aktivitäten der Erwachsenenbildungseinrichtungen, zur Aufklärung, Mobilisierung und Unterstützung von Initiativen gehört z.B.

- die Bereitstellung von Kursen und Tagesveranstaltungen zur Vermittlung von Fähigkeiten zur Bekämpfung von Entlassungen, Aufstellung von Belegschaftsplänen, Gründung und Fortführung einer Kooperative, Analyse der wirklichen finanziellen Lage der Arbeitgeber etc.
- die Unterstützung einer Gruppe von Frauen, die nach der Schließung einer Jeans-Fabrik eine Kooperative gegründet hat und nun Kinderbekleidung für den lokalen Bedarf produziert und verkauft.
- die Hilfe bei der Ausarbeitung von Plänen, wirtschaftlichen und sozialen Argumenten und der Suche nach finanziellen Mitteln.
- die Bereitstellung von Kursen für das Selbst-Management von Kooperativen (Buchhaltung, Marketing und Produktion).

Außerdem könnten Selbstlerngruppen Projekte z.B. zu den Folgen neuer Technologien und den Arbeitsmöglichkeiten der Menschen in der Kommune bearbeiten.

In einzelnen Stadtteilen werden Veranstaltungsreihen zu interessanten Themen (welche Chancen bieten neue Technologien? Möglichkeiten und Probleme von Belegschaftsplänen usw.) angeboten, und die Bürger nach ihren Fähigkeiten befragt und dann gezielt eingeladen.

2.2.2 Förderung von Belegschafts-Kooperativen

Belegschafts-Kooperativen und Produzenten-Genossenschaften haben in Großbritannien eine lange Tradition. Einige Probleme sind allerdings nicht zu übersehen:

- Die Kooperativen können sich in der Regel nicht aus dem kapitalistischen Markt herauslösen. Sie sind auf den Absatz ihrer Produkte und damit auf eine kostengünstige Produktion angewiesen.
- Die Kooperativen müssen häufig einen hohen Teil des Ertrags ihrer Arbeit in Form von Zinszahlungen an das Geldkapital abführen.
- Die Ausfüllung der durch das Kapital vernachlässigten Produktion durch Kooperativen kann eine Aufsplitterung der Beschäftigten zur Folge haben, wobei ein gewerkschaftlich nicht organisierbarer „zweiter Arbeitsmarkt“ mit stark unterdurchschnittlichen Arbeitsbedingungen und Löhnen entstehen kann.
- Der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital wird begrenzt und in den Kooperativen möglicherweise eine massive Selbstausbeutung der „Teilbesitzer“ organisiert, zumal die Kapitalausstattung häufig ein Problem ist.

Trotz aller Gefahren unterstützt der Rat der Stadt London aber Belegschafts-Kooperativen in besonderem Maße, weil sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und den Beschäftigten die Kontrolle über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen geben. Darin ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft zu sehen. Es wird der Beweis erbracht, daß zur Organisation der Produktion keine Privatkapitalisten erforderlich sind.

In London wurde eine Beratungsgruppe für Kooperativen gegründet, die mit fünf Mitarbeitern ausgestattet ist und 1983 4 Millionen DM in 36 Projekte investiert hat, die insgesamt 400 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Prinzipiell unterstützt werden soll sowohl die Neugründung von Kooperativen (die Umwandlung von Privatunternehmen und die Initiative von bisher arbeitslosen Menschen) als auch die Expansion der bestehenden Produzenten-Genossenschaften. Skepsis ist allerdings gegenüber einer bloßen Weiterführung bankrotter Unternehmen vorhanden, weil hier erhebliche Zahlungsverpflichtungen entstehen können; Beteiligungen oder Übernahmen werden in solchen Fällen nur dann unterstützt, wenn einschneidende Umstellungen möglich sind und sich sowohl die Stadt als auch die Gewerkschaften daran beteiligen.

Einzelne Kooperativen können mit jährlich bis zu DM 100.000 unterstützt werden. Außerdem sollen zinsgünstige Kredite, Ausbildungsprogramme und eine intensive Beratung (Technologien, Betriebsführung) organisiert werden. Eine wesentliche materielle Förderungsmöglichkeit wird in der gezielten Einkaufspolitik der öffentlichen Hand gesehen, die sowohl neue Produkte bei Kooperativen bestellen als auch eine Umleitung der bisher an Privatfirmen vergebenen Aufträge vornehmen kann.

Besonderer Wert wird auf die Vernetzung der unterschiedlichen Kooperativen gelegt, die auch zu einer gemeinsamen Einkaufs- und Verkaufspolitik führen kann. Zur Förderung der direkten Kommunikation untereinander wurde 1984 eine Messe der Kooperativen veranstaltet. Angestrebt wird die Verankerung der in Kooperativen Tätigen in der Gewerkschaftsbewegung, um einer Spaltung der abhängig Beschäftigten vorzubeugen.

2.3 Das Frühwarnsystem

Die Überlegung, daß eine wirkungsvolle Bekämpfung von Stilllegungs- und Entlassungsplänen der Unternehmen nur dann möglich ist, wenn rechtzeitig mit der Mobilisierung von Belegschaften und Öffentlichkeit begonnen und an Alternativ-Plänen gearbeitet wird, hat zum Aufbau eines Frühwarn-Systems geführt. Alle Informationen über die Entwicklung einzelner Unternehmen und Branchen sollen zusammengefaßt und insbesondere die von den Beschäftigten wahrnehmbaren Warnsignale berücksichtigt werden. Die Unterstützung der Entwicklung eines gewerkschaftlichen Frühwarnsystems geht davon aus, daß die Vielzahl der aktiven Mitglieder und die Organisation in der Lage sind, scheinbar unwichtige betriebliche Teilinformationen zusammenzufügen und dadurch frühzeitige Hinweise auf bevorstehende Veränderungen zu bekommen.

Der Aufbau eines computerisierten Firmen-Überwachungsnetzes und von gewerkschaftlichen Informationszentren soll Daten und Trends zusammenfassen, die ihre Quelle u.a. bei Beschäftigten und Belegschaftsvertretern, Forschungsabteilungen der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand, Bibliotheken, Finanz- und Wirtschafts-

zeitschriften sowie Geschäftsberichten haben. Beim frühzeitigen Erkennen von negativen Entwicklungen sollen die Unterstützungsmöglichkeiten des Rats der Stadt London und seiner wirtschaftspolitischen Instrumente aktiviert werden, die zur Erarbeitung und Durchsetzung von Alternativplänen beitragen und den Kampf der Gewerkschaftsinitiativen unterstützen sollen. Unternehmenshilfen werden an Auflagen, Unternehmenspläne und die Beteiligung der Belegschaften gebunden.

2.4 Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung

Als flexibles wirtschaftspolitisches Instrument der Londoner Regierung wurde eine besondere Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung gegründet, die mit ca. 70 Mitarbeitern und zur Zeit mit ca. 150 Millionen DM jährlich ausgestattet ist. Sie wurde als besondere Einrichtung außerhalb der Bürokratie gegründet, weil die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Neuansatzes an die Grenzen der eingefahrenen Verwaltungsstrukturen stieß. Der Gesellschaft geht es nicht um die Umverteilung öffentlicher Gelder in unkontrollierbare Unternehmerhände, sondern um die Durchsetzung industriepolitischer Maßnahmen mit dem Ziel der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Ausweitung der demokratischen Kontrolle über die Produktion. Von daher gehört die Übernahme von Unternehmen oder von Unternehmensanteilen sowie die Sanierung und Umstellung von Firmen zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft, die ihre Arbeit nicht — wie es in der Bundesrepublik häufig zu beobachten ist — auf die Förderung von Ansiedlungs- und Erweiterungsabsichten der Privatunternehmer beschränkt. Die neue Gesellschaft ist insofern weder ein Instrument der „staatlichen Planwirtschaft“ noch ein „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“, als sie versucht, die betroffenen Belegschaften zum Anknüpfungspunkt ihrer Aktivitäten zu machen und diese möglichst weitgehend an den Unternehmen zu beteiligen (größere Anteile oder voll im Besitz der Belegschaften) und somit einen zentralen Beitrag zu „einer Demokratisierung von unten“ zu leisten. Häufig soll schon das bloße Interesse der öffentlich gesteuerten Gesellschaft an Unternehmensübernahmen zu einer Änderung der Konzernpolitik beigetragen haben.

Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (GLEB) soll „ungenutzte Ressourcen mit dem speziellen Ziel mobilisieren, neue Produkte und Dienstleistungen herauszufinden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen und die Kontrolle der Menschen über ihr Arbeitsleben erhöhen“. Der GLEB stellt unter bestimmten Bedingungen Investitionen, materielle Ressourcen, Beratungsdienste und Know-how zur Verfügung, wobei benachteiligte Regionen, die Beschäftigung von Frauen und ethnischen Minderheiten, der sinnvolle Einsatz neuer Technologien und Belegschaftskooperativen besonders unterstützt werden. Für bedrohte oder neu gegründete Unternehmen sollen Investitionspakete unter Einschluß von Grundstücken, Bauten, Geldern sowie technologische und ökonomische Beratung z.B. auf den Gebieten Marketing, Export, Einkauf, Forschung und Entwicklung sowie Finanzen und Produktion zur Verfügung gestellt werden. Investitionsmittel können in Form von Darlehen, Unterstützungszahlungen, Bürgschaften und auch in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben werden. Die Übernahme von Konkursbetrieben ist ebenfalls vorgesehen.

Zwei besonders wichtige Förderungskriterien sind

- „das Ausmaß, in dem das Projekt neue Formen des sozialen Eigentums enthält, die dazu entwickelt werden, den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihre Produktion und den Wirtschaftskreislauf zu geben (z.B. durch kommunale Unternehmen und Arbeiterkooperativen)“ und
- ein gemeinsam mit der Belegschaft entwickelter Unternehmensplan. „Der Plan enthält den strategischen Rahmen für die Zukunft des Unternehmens. Zusätzlich zu der üblichen Geschäftsplanung muß der Plan enthalten: Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitsplätze“ sowie Angaben zur „Produkt- und Marktstrategie, zu Zukunftsinvestitionen und zum technologischen Wandel, zur Standortwahl und zur Preispolitik, zum Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungsbedingungen, zum Qualifikationsprofil und der Ausbildungspolitik sowie zur Politik der Chancengleichheit“.

Ein Antrag auf Unterstützung (für deren Formulierung auch Hilfen zur Verfügung gestellt werden) sollte enthalten: „Eine Beschreibung des Produkts, der Produktionsmethode, wie und wo es verkauft werden soll, der Marktsituation, der Konkurrenzbedingungen, der Or-

ganisationsstruktur sowie die Geschäftsberichte der letzten drei Jahre und eine Finanzerklärung, die die Gewinn- und Verlustrechnungen, die Bilanz und den cash flow umfaßt“.

Zur Aufgabe des GLEB gehört auch der Aufbau von „Technologie-Netzwerken“ in London.

2.5 Die Technologie-Netzwerke

In London werden in fünf Regionen Technologie-Netzwerke um die Technischen Hochschulen aufgebaut. In separaten Gebäuden (damit jedermann angesprochen werden kann und kommt) sollen Vermittlungsinstitutionen entstehen, die Bedürfnisse und Interessen aus der Bevölkerung aufgreifen und in einen gemeinsamen Bearbeitungsprozeß mit Wissenschaftlern bringen — als Vorbild werden die holländischen Wissenschaftsläden erwähnt. Diese Kooperationsstellen sollen im einzelnen enthalten:

- eine Abteilung zur Unterstützung von Unternehmen, die z.B. für Kooperativen Beratungskapazität auf den Gebieten Technik, Produktion, Planung und Marketing bereitstellt.
- eine kleine Kooperations-Abteilung, die Menschen aus der Region bei der Nutzung von Hochschul- und Universitätskapazitäten für ihren Forschungs- und Entwicklungsbedarf unterstützt.
- eine „Produkt-Bank“ nach dem Vorbild einer irischen „Innovations-Bank“, die Produktvorschläge aus dem Hochschulbereich, von Ingenieuren und Arbeitern aus Betrieben und Kommunen und von außerhalb sammelt und so patentiert, daß sie von den arbeitenden Menschen genutzt werden können.
- eine „Maschinen-Bank“ mit gebrauchten Maschinen, die für Ausbildungsprogramme und von Kooperativen und anderen Gruppen genutzt werden können.

Die „Technologie-Netzwerke“ sollen Wissenschaftler- und Beschäftigtengruppen, aber auch Repräsentanten der Kommune und andere Freiwilligen-Gruppen einbeziehen, die ein Interesse an der Entwicklung einer sozial nützlichen Technologie haben.

Die Londoner Technologie-Netzwerke werden in einer Zeit aufgebaut, in der die Unternehmerförderung auch durch konservative Re-

gierungen über die Vermittlung von günstigen Gewerbeflächen und die Gewährung von Subventionen und Steuervergünstigungen bis hin zur Bereitstellung von ausgestatteten Gebäuden und von Wissenschaftstransfer reicht. Technologieparks und Gründerzentren sollen dazu beitragen, daß möglichst jede Gemeinde ihr eigenes „Silicon Valley“ hat. Abgesehen von den begrenzten Erfolgsaussichten und den hohen Kosten einer solchen Politik trägt sie zur unkontrollierten Umverteilung von öffentlichen Mitteln in Unternehmerhände bei. In London besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Technologie-Netzwerke zu einem Instrument der Kapitalförderung werden. Aber im Unterschied zu Technologie-Parks und Gründerzentren müssen sich Privatunternehmer, die die Hilfe der Netzwerke und der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung in Anspruch nehmen, auf eine wirkliche Beteiligung der Beschäftigten einlassen und die erhaltenen Subventionen langfristig zurückzahlen; zum Teil sind auch Abgaben für die Nutzung von Patenten zu zahlen, die sich die öffentliche Hand gesichert hat. Außerdem gibt es eine besondere Priorität zugunsten der Förderung von Kooperativen, so daß auch in aufstrebenden neuen Betrieben demokratische Verhältnisse und gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten gesichert sind.

Das Energie-Netzwerk

Das Energie-Netzwerk ist seit 1983 besonders zügig aufgebaut worden. Die Aufgabenschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Beratung zur Energieeinsparung, der Entwicklung neuer Produkte, der Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten, der Unterstützung von Belegschafts-Kooperativen auf dem „Energemarkt“ und der Durchführung von Ausbildungsprogrammen.

Es gibt zwei Standorte in der Nähe von Hochschulen, bei deren Gründung die schon vorhandenen Gruppen des „Londoner Energiezentrums“ und der „Entwicklungsgruppe für mittlere und angepaßte Technologien“ sowie das Energieeinspar- und Solarzentrum eine zentrale Rolle gespielt haben. Mieterinitiativen werden in ihrem Kampf für eine bessere Versorgung mit Heizwärme und geringere Energiekosten unterstützt.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Netzwerkes steht aufgrund der schon vorhandenen Technologien die Förderung der Umsetzung von Energiespar-Konzepten, deren Realisierung oft an den finanziellen

Rahmenbedingungen scheitert — mittelfristig noch so rentable Investitionen werden oft aufgrund von nicht vorhandenen Kenntnissen oder kurzfristig nicht verfügbaren Mitteln nicht getätigt. Das Energienetzwerk wird inzwischen von Parlamentsabgeordneten aller Parteien unterstützt.

Mitte 1984 wurde an insgesamt 17 Projekten gearbeitet; bis März 1984 konnten energiesparende Baumaterialien, die Neukonstruktion einer Wärmepumpe und die Entwicklung einer Kleinwindanlage realisiert werden, die demnächst produziert werden soll. Außerdem wurden zwei Demonstrationsprojekte in Angriff genommen; die Realisierung von Energiesparmaßnahmen in einem Altenheim hat zu einer Reduktion der Energiekosten um 46 Prozent geführt.

Die Arbeit des Netzwerkes soll durch die Einstellung von sechs Mitarbeitern intensiviert werden, die für folgende Aufgabenbereiche zuständig sind:

— Beratung der Industrie auf dem Gebiet der Energieeinsparung.

Die Beratung soll sich zunächst auf die Firmen der „Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung“ beziehen, aber auch anderen Unternehmen (gegen Gebühren) zugänglich sein. Für die Vielzahl der auf dem Energiesektor aktiven Firmen soll technische Unterstützung bereitgestellt werden.

— Finanzierungsberatung / Bereitstellung von Finanzen.

Vorgesehen ist z.B. die Gründung einer Finanzierungs-Agentur, die z.B. langfristige Kredite an Mieter so günstig vergibt, daß diese von den Energieeinsparungen sofort fühlbar profitieren.

— Produktentwicklung.

Eine geringe Zahl erfolgversprechender Produkte soll weiterentwickelt werden.

— Förderung von Kooperativen.

Die bisher sechs Kooperativen, die mit der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung zusammenarbeiten und auf dem Energie-Einspar-Sektor aktiv sind, sollen gemeinsam mit der GLEB-Gruppe zur Unterstützung von Kooperativen z.B. auf den Gebieten Qualifizierung, Marketing und Vertragsgestaltung beraten werden.

— Energiespar-Zonen.

Einzelne Gebiete Londons sollen zu Energieeinsparzonen ent-

wickelt werden, in denen alle Möglichkeiten zur Einsparung von Energie eingesetzt werden. Dazu muß eng mit lokalen Gruppen kooperiert und z.B. eine Ladenfront mit Ausstellungsflächen aufgebaut werden.

— Weiterbildungsmaßnahmen.

Es sollten Weiterbildungsmaßnahmen mit interessierten Bürgern, Architekten, Managern und öffentlich Bediensteten zur Aufklärung über Energieeinsparmöglichkeiten durchgeführt werden. Für private Haushalte wird ein Beratungsdienst aufgebaut.

Die Durchsetzung von Energieeinsparmaßnahmen hat neben Spareffekten eine erhebliche Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Da 80 Prozent der neuen Beschäftigung bei der Installation und nur 20 Prozent beim laufenden Betrieb neuer Versorgungssysteme anfallen, wird ein besonderer Wert auf die Initiierung von Investitionsprogrammen auf dem Gebiet der Energieeinsparung gelegt.

Das Energie-Netzwerk hat Einnahmen durch die Beratung von Firmen, die Weiterbildungsmaßnahmen, die Beratung von privaten Haushalten und die Produktentwicklungen und ist um die Einwerbung von Mitteln des Energie-Ministeriums und der EG bemüht.

Eine wesentliche Rahmenbedingung für den Erfolg des Energie-Netzwerks, für das Erreichen von hohen Energieeinspar- und Arbeitsplatzeffekten, ist eine veränderte dezentrale und nationale Energiepolitik.

2.6 Alternative dezentrale Energiepolitik

In London gibt es für viele Bürger ernsthafte Probleme bei der Versorgung mit Heizenergie. Die Steigerung der Energiepreise, die Existenz veralteter Heizsysteme (Heizkörper sind zum Teil nur im Wohnzimmer installiert und so ausgelegt, daß sie lediglich eine geringe Grunderwärmung leisten) und der Rückgang der Einkommen bzw. die vorhandenen geringen Einkommen (z.B. von Arbeitslosen und Rentnern) haben dazu geführt, daß die Menschen in nur gering oder gar nicht beheizten Räumen leben. In den Wohnungen bildet sich oft Schimmel, Menschen werden krank und der Tod insbesondere von Kleinkindern und Rentnern kann die Folge sein. Angesichts weiterer Preissteigerun-

gen für die Energieversorgung haben sich Mieterinitiativen gebildet, die ihr Interesse an einer Verringerung der Heizkosten artikulierten. Sie arbeiten zum Teil mit Gruppen von arbeitslosen Bauarbeitern zusammen, die zur Lösung der Probleme beitragen können. Einzelne, oft als Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen finanzierte Projekte arbeiten aktiv an der Isolierung von Gebäuden. Die Londoner Bezirksregierung hat ein Interesse daran bekundet, neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch eine bessere und kostengünstigere Energieversorgung zu schaffen und im Dialog mit den Basisinitiativen zugleich öffentlichkeitswirksam eine Veränderung der Energiepolitik der Zentralregierung durchzusetzen. Die Kritik richtet sich gegen den weiteren Ausbau der Atomenergie, die nur unter großen Sicherheitsrisiken zur Lieferung von teurem Strom in der Lage ist, ohne einen Beitrag zur Lösung lokaler Beschäftigungsprobleme und zur sinnvollen Produktion von Strom- und Heizenergie zu leisten. In London sollen die energiepolitischen Prioritäten auf die Ausnutzung aller Energie-Sparmöglichkeiten (z.B. Investitionen zur Wärmeisolierung von Gebäuden) und den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen gelegt werden, die sowohl Strom als auch Abwärme für die Heizsysteme liefern. Es soll mit Modellprojekten im Rahmen des großen öffentlichen Wohnungssektors begonnen werden.

Die Unterstützung einer Vielzahl von dezentralen Initiativen durch die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung eines Mitarbeiters für die Organisation von Abstimmungsprozessen soll unter Beteiligung des Energie-Netzwerkes zu lokalen Energie-Plänen und zum Aufbau lokaler Energie-Zentren führen.

Insgesamt wird der koordinierte Einsatz der öffentlichen Ressourcen und einer Vielzahl von Mitarbeitern zur Förderung von Basisinitiativen von Mietern und Beschäftigten und zur Realisierung einer alternativen Energiepolitik angestrebt, die auf Energieeinsparstrategien und den Einsatz neuer Technologien zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur kostengünstigeren und besseren Versorgung der Bevölkerung setzt.

2.7 Der politische Kampf um London

Die politischen Repräsentanten der beispielhaften Londoner Neuansätze sehen durchaus die begrenzte Reichweite ihrer Aktivitäten. Sie sind im Resultat trotz aller bescheidenen Erfolge kaum mehr als ein „Tropfen auf den heißen Stein“. So ist ein multinationaler Konzern in der Lage, die in einem Jahr erreichte Schaffung von 2.000 neuen Arbeitsplätzen durch die Bezirksregierung mit einem Schlag zunichte zu machen, wenn z.B. Ford eine Gießerei schließt und 2.800 Beschäftigte entläßt. Allerdings: Ohne die mutigen und unkonventionellen politischen Neuansätze zur Durchsetzung einer alternativen dezentralen Strukturpolitik wären die Arbeitslosenzahlen noch größer. Außerdem haben die Reformen in London die zentrale Funktion, realisierbare Lösungsperspektiven im Interesse der Menschen aufzuzeigen und damit Tendenzen zur Anpassung und Resignation entgegenzuwirken. Das kommt auch in der großen Bedeutung zum Ausdruck, die der Mobilisierung der Bevölkerung und der Stabilisierung von Basisinitiativen in den Betrieben und in der Stadt beigemessen wird. Die Entwicklung von alternativen Zukunftsperspektiven, die Schaffung „strategischer Einheiten“ von Forschern und Beratern zur Transformation von Protest-Kampagnen in Initiativen zur positiven Gestaltung der Zukunft unter Nutzung der wissenschaftlichen Ressourcen und der aktiven Einbeziehung der Bevölkerung ist das wohl wichtigste Element der Politik der Londoner Regierung.

Es geht den politischen Repräsentanten Londons natürlich um den Aufbau einer Gegenmacht zur konservativen britischen Zentralregierung. Durch modellhafte Projekte soll der Öffentlichkeit die Machbarkeit einer Politik gegen die Krise demonstriert und die Regierung unter Druck gesetzt werden; zugleich werden Anknüpfungspunkte für eine grundlegende politische Wende nach vorne für den Fall eines Sieges der Arbeiterpartei bei den nächsten Parlamentswahlen geschaffen.

Es scheint gelungen zu sein, eine zunehmend breitere Unterstützung auch der Gewerkschaften für eine neue Politik zu gewinnen, die innerhalb der Arbeiterbewegung keineswegs unumstritten ist. Die fehlenden besseren Alternativen und der durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zugleich zunehmende Handlungsdruck spielen hierbei sicherlich eine wichtige Rolle.

Es besteht die Perspektive, daß die drei von der Labour-Party regierten Bezirksregierungen von London, Sheffield und den West-Midlands ein gemeinsames Gegengewicht gegen die konservative Politik der Regierung Thatcher organisieren; in diesen Regionen leben immerhin ca. 20 von 55 Millionen Engländern. Trotz der begrenzten Möglichkeiten der Realisierung einer wirkungsvollen alternativen Politik auf dezentraler Ebene (die Entscheidungen über Rüstungsausgaben, Atomenergieprojekte und die meisten Steuern fallen z.B. auf nationaler Ebene) ist die Zentralregierung zum Gegenangriff mit dem Ziel übergegangen, die Ebene der Bezirksverwaltung in den Städten schlichtweg aufzulösen und sich selbst die Finanzhoheit zu sichern.

Nach dem Versuch der Aushebelung der gewerkschaftlichen Macht durch die politisch gewollte Massenarbeitslosigkeit und rechtliche Einschränkungen sowie die Schwächung der Arbeiterpartei durch einen finanziellen Aderlaß aufgrund der Einschränkung ihrer traditionellen Unterstützung durch die Gewerkschaften soll die dritte Machtbasis der britischen Opposition, die Regierungsgewalt in den Großstädten, zerschlagen werden. Ein in der Bundesrepublik vergleichbarer Schritt wäre die Abschaffung der Landesregierungen in Hamburg und Bremen sowie die Auflösung z.B. des Kommunalverbandes Ruhr. Ein entsprechendes Gesetz befindet sich in den in Großbritannien erforderlichen parlamentarischen Beratungsprozessen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß z.B. die Londoner Stadtregierung ab 1985 aufgelöst wird und entsprechende Wahlen nicht mehr stattfinden können. Einzelne Funktionen der Bezirksebene sollen zwar auf die einzelnen Stadtgemeinden Londons übergehen. Aber es werden neue, nicht mehr gewählte Behörden für die Polizei, die Feuerwehr und den öffentlichen Personennahverkehr geschaffen, deren Haushalte und Gebührensätze zunächst von der Zentralregierung festgelegt werden. Auch die Personalentwicklung und die Entwicklungsplanung für London werden der Zentralregierung direkt unterstellt, die insgesamt die Steuerautonomie der Gemeinden abschaffen und deren Ausgabenrahmen festlegen will. Die schon erfolgte Einschränkung der finanziellen Zuweisungen der Zentralregierung an die Gemeinden soll mit dazu beitragen, die Durchsetzung konservativer politischer Leitlinien zu erzwingen. Die Gemeinden sollen durch ökonomischen Druck dazu gebracht werden, z.B. den Bestand an öffentlichen Woh-

nungen, die Müllabfuhr und die Stadtreinigung zu privatisieren und die sozialen Dienste einzuschränken.

Die krasse Opposition der Londoner Regierung gegenüber einer solchen Politik und der Versuch der offensiven Entwicklung einer Alternative ist akut bedroht. Die Zukunft wird zeigen, ob die volle Mobilisierung der Öffentlichkeit durch die Unterstützung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen, Flugblätter und Zeitungen, Veranstaltungen und Feste, Weiterbildungsangebote und Videokassetten, das Anbringen von Werbetexten an allen Bussen des öffentlichen Verkehrsnetzes (Erhaltet die Stadtregierung!) und die Nutzung der Rathaus-Front zur politischen Aufklärung (wo große Plakate entweder den aktuellen Arbeitslosenstand verkünden oder z.B. gegen den Besuch eines südafrikanischen Ministers demonstrieren) ausreichen, das nur mit dem Roten Wien der Vorkriegszeit vergleichbare „Modell London“ zu retten und eine politische Wende in Großbritannien herbeizuführen.

3. Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer alternativen Produktion

3.1 Als Beispiel: Regionale Strukturkrise in Bremen

Gerade in den letzten Jahren hat sich die Arbeitsmarktsituation im Bund und in Bremen dramatisch verschlechtert. Hatten wir im Jahresdurchschnitt im Bund 1979 noch ca. 900.000 (3,8 %) Arbeitslose (zuzüglich 550.000 stille Reserve), so waren es Ende 1982 bereits ca. 2 Millionen (8,4 % Arbeitslosenquote zuzüglich 1 Million stille Reserve).

Ähnliches hat sich in Bremen abgespielt: 1979 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenzahl 14.000 (4,9 % Arbeitslosenquote), 1981 schnellte sie auf 20.000 (7% Arbeitslosenquote) empor und Ende 1982 hatten über 30.000 Kolleginnen und Kollegen keinen Arbeitsplatz. Im Durchschnitt kamen 1981 in Bremen auf eine offene Stelle sieben Arbeitslose; Ende 1982 waren es schon über 40. Anfang 1985 lag die Arbeitslosenquote im Bund bei ca. 10 Prozent, in Bremen bei ca. 15 Prozent (entsprechend 40.000 Arbeitslosen).

Das verarbeitende Gewerbe verzeichnet in Bremen im Zeitraum von 1970 bis 1981 einen Beschäftigungsrückgang von fast 4,2 Prozent. Die großen Verlierer waren der Maschinenbau mit 37 Prozent und fast 4.000 weniger Beschäftigten sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 32 Prozent und einem Verlust von 8.385 Arbeitsplätzen. Erhöht wurde die Beschäftigung nur im Straßen- und Luftfahrzeugbau um 17 Prozent und 2.175 Arbeitsplätze.

Erwähnenswert ist die Zunahme bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe, wobei dieser Anstieg der Beschäftigten zu einem erheblichen Anteil durch Teilzeitarbeit begründet ist. 17 Prozent der 58.260 Beschäftigten im Bereich Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung (öffentlicher Dienst) sind Teilzeitbeschäftigte. Die Zunahme von 41 % ist deshalb zu relativieren.

Die für Bremen besonders bedeutsamen Industriezweige sind von Krisentendenzen betroffen, sie haben erhebliche Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen und blicken in eine ungewisse Zukunft. So sind z.B. im Schiffbau ca. 2.000 Arbeitsplätze gefährdet, in der Luftfahrtindustrie droht ein umfangreicher Personalabbau (bis zu 1.500), und die Lage der Stahlindustrie (ca. 1.200 Arbeitsplätze bedroht) ist ausgesprochen kritisch. Die sich in allen Betrieben verschärfenden Rationalisierungen und die bevorstehenden Absatzprobleme der Automobilindustrie lassen auch im Falle von überdurchschnittlichen Wachstumsraten in Bremen nicht einmal eine Stabilisierung des derzeitigen Beschäftigungsniveaus erwarten.

Allein der mögliche Verlust von 5.000 Arbeitsplätzen aus dem Kernbereich der Bremer Metallindustrie würde die Zahl der Arbeitslosen um insgesamt ca. 6.000 erhöhen (Folgewirkungen auf Zulieferbetriebe, Nachfrageausfall). Volkswirtschaftlich würde eine solche Entwicklung jährlich zusätzliche Kosten von ca. 168 Millionen DM (28.000 DM pro Arbeitslosen) und einen Produktionsausfall von ca. 360 Millionen DM bedeuten — von den sich aus der Arbeitslosigkeit ergebenden menschlichen und gesellschaftlichen Problemen ganz zu schweigen.

Die Prognosen für den Arbeitsmarkt der nächsten 20 Jahre sehen nicht günstig aus. Bei einem jährlichen Wachstum von 2-2,5 Prozent und einer Ausländer-Nettowanderung von ± 0 ergeben sich für:

1985: 2,9 Mio. Arbeitslose	
1990: 3,9 Mio.	“
1995: 3,7 Mio.	“
2000: 2,9 Mio.	“

Diese Prognose bedeutet für Bremen im Jahre 1990 eine Arbeitslosenquote von über 20 %.

3.2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftspolitische Programm der Bremer Landesregierung geht ordnungspolitisch von einem funktionsfähigen Marktmechanismus aus, d.h.,

„daß die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland mit weitgehender Entscheidungsfreiheit der Unternehmen eine unternehmensbezogene und produktorientierte Wirtschaftspolitik des Staates nicht ermöglicht. Deshalb geht das Zehnjahresprogramm davon aus, daß die Unternehmen im wesentlichen ihre zukunftsorientierten Märkte selbst besetzen. Die öffentliche Hand kann insoweit nicht zugunsten der Erträge von Privaten diesen ihre ureigene Aufgabe abnehmen, Marktchancen zu finden und Umsätze zu realisieren.“ (Strukturplan Unterweserraum, S. 5)

Ausgehend von dieser Prämisse liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen auf der Schaffung von Infrastruktur im weiteren Sinne: „Vorrang der Infrastruktur vor direkter Subventionierung“. Kapitalistische Wirtschaftsstrukturen werden nicht in Frage gestellt.

Gegen eine indirekte Investitionsförderung sprechen empirische Ergebnisse. Im „Bürgermeisterwettbewerb“ um Industrieansiedlungen hat man sich folgende Zahlen vor Augen zu führen: Im verarbeitenden Gewerbe der BRD hat es in den siebziger Jahren einen Verlust an Arbeitsplätzen von 14 Prozent gegeben. Im Zeitraum 1970-79 wurden insgesamt ca. 174.000 Arbeitsplätze (Schliebe/Hillersheim, 1980) durch Neuerrichtung und Verlagerung von Industriebetrieben geschaffen, davon fast 120.000 in den Jahren 1970-73; mit Beginn der Krise schrumpfte dieses Volumen seit 1974 auf jährlich 10.000. Um diese Arbeitsplätze konkurrieren die Gemeinden, wobei nach 1979 das jährlich neu geschaffene Arbeitsplatzvolumen im Verlauf der Krise noch geringer geworden sein dürfte.

Regionale Strukturpolitik steht in erster Linie vor dem Dilemma der Realisierung konkreter arbeitsmarktpolitischer Ziele mit dem Mittel der Beeinflussung privater — d.h. grundsätzlich autonomer — Investitionen. Private Investitionen werden dort getätigt, wo eine maximale Gewinnrealisierung zu erwarten ist: erst dann werden eventuell Arbeitsplätze geschaffen. An diesem Punkt knüpft die Konzeption bremischer regionaler Wirtschaftspolitik an. Man will Bedingungen schaffen, damit im bremischen Raum private Investitionen ein „günstigeres Klima“ vorfinden. Dazu ist es zuerst einmal notwendig, Gewerbeflächen (zu günstigen Preisen) und die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Ein zweiter Punkt, der die Rentabilität einer Investition *direkt* berührt, sind Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Zinszuschüsse u.ä., die sowohl von der Bundesregierung als auch von den Ländern und Gemeinden gewährt werden.

Dazu sagt der DGB,

„daß eine in erster Linie an der Unternehmensförderung orientierte Wirtschaftspolitik, deren Nebenprodukt die Schaffung von Arbeitsplätzen sein kann, diesen Anforderungen (z.B. Vollbeschäftigung —d.V.) nicht gerecht wird“. (DGB-Strukturprogramm Küste 1980, S. 32).

Ein Resultat der Politik von um Arbeitsplätze konkurrierenden Ländern und Gemeinden ist, daß

„in der gesamten norddeutschen Küstenregion ein Reservoir von erschlossenen und ausgewiesenen Gewerbeflächen vorgehalten wird, das noch einmal den vorhandenen Industriebesatz aufnehmen könnte“ (ca. 10.000 ha) (ebd. S. 41).

Aus diesen allgemeinen Betrachtungen folgt, daß derzeitige regionale Wirtschaftspolitik Steuereinnahmen zugunsten von Unternehmen umverteilt (das Steueraufkommen wird zum überwiegenden Teil von abhängig Beschäftigten aufgebracht). Weiterhin fehlt eine Koordination der Wirtschaftsregionen in der Gewerbeflächenpolitik und ein Instrument zur Steuerung von Investitionen. Ohne grundlegende Änderungen dürfte die Forderung des DGB kaum einlösbar sein:

„Strukturpolitik darf nicht auf eine Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik unter unternehmerische Gewinninteressen hinauslaufen (ebd. S. 8).

3.3 Ein Beispiel: Ansiedlungsgesellschaft und Innovationsberatung in den Niederlanden *

Die Niederländer haben ein ausgebautes Instrumentarium zur Lenkung von Investitionen entwickelt. 1979 wurde eine „Innovationsnote“ der Regierung veröffentlicht, deren Kernpunkte die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsstrukturen, Zuschüsse bei Lohnkosten im Entwicklungsbereich, Kapitalzuschüsse bei innovativen Investitionen und die Förderung von Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen sind.

In diesem Zusammenhang arbeitet die NOM, eine Nord-Niederländische-Entwicklungsgesellschaft AG. Ziel der NOM ist die Förderung der ökonomischen Entwicklung dieser Region.

Der niederländische Staat ist der Aktionär, im Aufsichtsrat sitzen Vertreter der Regionalregierung, von Unternehmen und Gewerkschaften.

Die NOM beteiligt sich an Unternehmen in ihrem Aufgabenbereich bzw. kann selbst Unternehmen gründen; das eingeschossene Risikokapital kann zurückgezahlt werden.

Die Aufgabenbereiche sind:

- regionalbezogene Wirtschaftsberatung
- Industrieansiedlung
- Innovationsentwicklung.

Diese Beratungstätigkeit richtet sich in erster Linie an kleinere und mittlere Unternehmen.

Die NOM versucht, Informationen aus Hochschulen, Unternehmen oder anderen Institutionen zusammenzubringen und Projekte zu entwickeln, um diese bei ansässigen Unternehmen produktionsreif zu machen und produzieren zu lassen.

In der NOM-Praxis werden Ideen gesammelt sowie auf ihre technische und marktmäßige Realisierung überprüft. Danach werden genaue

* Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf einen Vortrag von Ir. Th. Akkermann, „Die Bedeutung von Innovationen für das Wirtschaftsleben“ aus: „Entwicklung in der holländischen Nordregion und Nordwestregion Bundesrepublik Deutschland“, Oldenburg 1981.

Marktanalysen gemacht; falls sich eine Marktfähigkeit herausstellt, wird von der Abteilung Produktentwicklung ein Betrieb gesucht und die Produktionsmöglichkeit eruiert.

Wenn die NOM Finanzierungsmittel beschafft, Prüfungen vornimmt o.ä., werden diese Mittel als Beteiligungen ausgewiesen oder müssen zurückerstattet werden.

Um diesen Kranz an Aktivitäten entfalten zu können, ist die NOM national und international Nachfrager und Anbieter an „Kenntnisbörsen“ und steht mit vielen Innovationsinstituten in Kontakt.

Seit 1974 sind 600 Produktideen bearbeitet, sind in 30 Fällen Entwicklungskosten übernommen und 200 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die NOM ist mit 280 Millionen Gulden an 28 Betrieben beteiligt.

3.4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft

Es erscheint notwendig, daß in einer Ansiedlungs- bzw. Beteiligungsgesellschaft regional- und strukturpolitisches Know how koordiniert wird. Eine Beratung von Unternehmen bei betriebswirtschaftlichen Problemen und die Beschleunigung verwaltungsmäßiger Abläufe (z.B. bei Ansiedlungen, Erweiterungen von Unternehmen) muß erfolgen; weiterhin müssen Bundeszuschüsse (z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe) bei den Unternehmen bekannt gemacht werden.

Die dargestellten Ansätze der Niederländer und Engländer lassen sich durchaus z.B. auf die norddeutsche Küstenregion/auf Bremen übertragen. Regionale öffentliche Gesellschaften eröffnen Möglichkeiten für eine langfristig angelegte regionale Strukturpolitik. Bereits jetzt werden in Bremen erhebliche Gelder an Unternehmen gezahlt, ohne daß eine Kontrolle über diese Mittel gegeben ist. Des weiteren ist kein professionelles „Management“ vorhanden, um die eingesetzten Gelder zu kontrollieren und Einfluß auf die Geschäftspolitik der jeweiligen Unternehmen auszuüben.

Eine Eigengesellschaft als Ausdruck eines koordinierten öffentlichen Unternehmenssektors kann nur ein Strang neben arbeitsmarktpolitischen Eingriffen und bisheriger Strukturpolitik im weiteren Sinne sein.

Die Gesellschaft ist als Holding aller staatlichen Beteiligungsrechte

und Eigengesellschaften (z.B. Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), zweier Werften (Vulkan, SUAG), VFW/MBB) denkbar, in die auch Subventionen, die zur Zeit bereits gezahlt werden, zur Finanzierung eingehen. Werden Überschüsse erzielt, so fließen sie in einen Fonds zur Aufgabensicherung dieser Gesellschaft. Zu diesen Aufgaben gehört unter Umständen die Finanzierung von Sanierungs- bzw. Umstellungsmaßnahmen für krisenbetroffene Betriebe.

Die Eigengesellschaft hält zum einen reaktive Beteiligungen (d.h. Subventionen und Bürgschaften werden als Beteiligung bzw. beteiligungsähnliche Rechte vergeben); zum anderen werden aktive Beteiligungen auch an bremische Schlüsselunternehmen gesichert bzw. erworben, um regionale Interessen zu wahren.

Die Eigengesellschaft kann zu einem zentralen Instrument der Struktur- und auch der Konjunkturpolitik werden, wenn öffentliche Mittel auch für industrielle Investitionen genutzt werden (und Refinanzierungseffekte erzielen); die langfristige Investitionspolitik der Eigengesellschaft (als Kapitalgesellschaft) würde zugleich die notwendige Ausweitung des vorhandenen Kreditrahmens erlauben (Schattenhaushalt) — schon heute unterliegen die Kredite z.B. der Bremer Lagerhausgesellschaft für Investitionen in den Häfen nicht der Landeshaushaltsordnung, obwohl die Mittel zumindest zu großen Teilen (in Form von Miete) von der öffentlichen Hand aufgebracht werden.

Insgesamt geht es darum, durch den Ausbau und die Koordinierung des öffentlichen Unternehmenssektors zu einer vor allem die regionalen Bedürfnisse befriedigenden und die Arbeitsplätze sichernden „kommunalen“ Produktion zu kommen. Über einen starken öffentlichen Unternehmenssektor scheint eine langfristige Strukturpolitik möglich, die durch den gebündelten und gezielten Einsatz von Ressourcen und entsprechende Kooperationsangebote auch auf privatwirtschaftliches Investitionsverhalten initiierend und orientierend einwirken kann. Dabei wird es notwendig sein, eine wichtige Vermittlungsleistung zu vollbringen. Die schon erkannten „Zukunftsmärkte“ müssen mit bisher unbefriedigten kollektiven Bedürfnissen in Verbindung gebracht und auf die spezifischen Produktionsmöglichkeiten in der Region Bremen abgestimmt werden.

Die Herauslösung der Aktivitäten einer Fördergesellschaft aus

der allgemeinen staatlichen Verwaltung ist durchgängig zu beobachten. Die Kritik an der Förderungsdurchführung der öffentlichen Verwaltung in Bremen reicht von der Handelskammer über die Wirtschaftskammer bis hin zur Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Gefordert wird eine Eigengesellschaft bzw. Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Bremen von der SPD (Beschluss des Landesparteitags vom 31.5.1981) und der IG Metall-Vertreterversammlung Bremen (Beschluss vom 15.3.1982).

Die Ziele der Eigengesellschaften sollten wesentlich weiter greifen als die Betreuung von Beteiligungen und Finanzierungsangelegenheiten.

Folgende allgemeine Ziele lassen sich formulieren:

1. Die Neuschaffung von Arbeitsplätzen,
2. die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen,
3. der Abbau von regionalen und strukturellen Ungleichgewichten in der Wirtschaftsstruktur sowie
4. die Förderung eines qualitativen technischen Wandels auch im Interesse einer Humanisierung der Arbeit und
5. die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.

3.4.1 Konstruktion der Eigengesellschaft

Gesellschafter sollten eventuell die „Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit mbH“ sowie Banken sein. Die Finanzierung erfolgt über die Gesellschafter und das Land Bremen.

Eine Steuerbefreiung dieser Gesellschaft erscheint möglich, kann jedoch abschließend hier nicht beurteilt werden (§ 5 Körperschaftsteuergesetz u.ä.).

3.4.2 Arbeitsbereiche der Eigengesellschaft

Um die allgemeinen Ziele zu erreichen sind u.a. folgende Bereiche zu bearbeiten:

- Ansiedlungsberatung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (das heißt u.a. Beschleunigung des Behördendurchlaufs).
- Grundstücksgeschäfte
- Finanzierungs- und Unternehmensberatung sowie die Übernahme von Bürgschaften für Kredite

BREMISCHE EIGENGESELLSCHAFT

- I.**
- a) *brem. Banken mit mehrheitlichen Kapitalgeber Landesbeteiligungen*
 - b) *Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, BLG u.ä.*
 - c) *Subventionen des Landes und des Bundes*

Gesetz zur Zielbestimmung

- 1) *Erreichung von Vollbeschäftigung und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze*
- 2) *Abbau von regionalen und strukturellen Ungleichgewichten in der Wirtschaftsstruktur*
- 3) *Förderung eines qualitativen technischen Wandels*
- 4) *Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen*

Regionalrat bestehend aus

- a) *Gewerkschaftsvertretern*
- b) *Unternehmensvertretern*
- c) *staatlichen Vertretern*

II. Beteiligungsgesellschaft in Form von Kapitalgesellschaft

<i>Bereich: neue Märkte</i>	<i>Bereich: Sanierung von Unternehmen und Struktur</i>	<i>Bereich: An- und Verkauf von Gewerbeflächen, Erschließung u. Beratung bei Ansiedlung</i>	<i>Bereich: Information und Beratung von Klein- und Mittelbetrieben</i>	<i>Bereich: Schlüsselindustrien</i>
<i>technologische Innovation bei bremischen Gesellschaften</i>	<i>krisenbewältigung</i>			

- III.**
- a) *Beteiligungen an innovativen Bereichen*
 - b) *Erschließung neuer Produktionsfelder bzw. Dienstleistungsstrukturen*
 - c) *Werften mit Umstrukturierungsaufgaben*
 - d) *An- und Verkauf von Gewerbeflächen*
 - e) *bremische Schlüsselindustrien*

- Erarbeitung von Strukturanalysen
- Innovationsberatung und Innovationsentwicklung, insbesondere bei Zukunftsmärkten wie: Offshore-Aktivitäten, Meerestechnologie, Luft- und Raumfahrt, Solartechnik, Informatik, Telekommunikation, Umwelttechnologie, Mikrotechnologie, Gesundheit und Ernährung, Biotechnik, Verkehrstechnik.

Ein wesentlicher Aspekt der Förderungs politik sollte jedoch die Beteiligung bei Unternehmen sein. Die Umwandlung von Subventionen in Beteiligungen könnte auch zur Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten in den Zukunftstechnologien oder für sozial nützliche Produkte führen. Dabei sollte man auch Initiativen von Belegschaften aufnehmen (Arbeitskreis alternative Fertigung bei VFW/MBB-Bremen; Beispiel Hamburg: Innovationsberatungsstelle der IG Metall und Arbeitskreis alternative Produktion bei Blohm & Voss).

Zur Verhinderung von individuellem und gesellschaftlichem Elend sollten z.B. in den Werften — anstelle von Massenentlassungen — die Arbeitnehmer weiterhin in ihren Betrieben beschäftigt bleiben. Im Rahmen von betrieblichen Pools könnte eine Weiterqualifikation und der Ausbau einer sozial nützlichen Produktion erfolgen. Damit könnte zugleich ein Beitrag zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion geleistet werden, denn Bremen ist in besonderem Maße von den Rüstungsaufträgen abhängig (Fregattenbau, MRCA-Tornado, militärische Elektronik).

Die strukturpolitische Steuerung über eine Eigengesellschaft hat den Vorteil, daß unternehmensinterne Daten vorliegen, die mit strukturpolitischem know how und staatlichen Ressourcen verbunden werden können.

Hier lassen sich Kombinationen öffentlicher Nachfrageimpulse und unternehmensspezifischer Umstellungen denken, die eventuell in Verbindung mit der Um- und Weiterqualifikation der Beschäftigten neue Arbeitsplatzperspektiven eröffnen.

Anknüpfungspunkte für koordinierte Aktivitäten eines öffentlichen Unternehmenssektors (in Kooperation mit Privatunternehmen) wären z.B.:

1) *Maßnahmen zur Verringerung des Ölverbrauchs / zur Energieeinsparung*

Das Anknüpfen an bei den Stadtwerken schon vorhandene Überle-

gungen zum Ausbau von Fernwärmeschienen muß verbunden werden mit dem Einsatz kleiner Kraftwerkstypen, die auf der Basis neuester Technologien mit Kohle betrieben werden. Gasgetriebene Wärmepumpen können verstärkt eingesetzt werden. Mit dem Bau von Kleinkraftwerken und der Produktion und Installation von Fernwärmeschienen wären deutliche Arbeitsmarktimpulse verbunden. Staatliche (vom Bund geförderte) Investitionen würden einen qualitativen Wandel („Weg vom Öl“) einleiten, neue und umweltschonende Technologien fördern und sich als sehr ökonomisch erweisen: sie könnten sich mittelfristig selbst finanzieren, beim Verbraucher Kaufkraft freisetzen und die Zahlungsbilanz entlasten.

Im Zusammenhang mit einem verstärkten Kohlebedarf wäre in Bremen an die Entwicklung eines Transportsystems zu denken, das die Kohleversorgung sichert. Hier könnten durch das Einbeziehen z.B. der BLG und der Bundesbahn integrierte see- und landseitige Transportketten entwickelt und durch einen Bremer Verbund (Kocks/Salzgitter, VFW/MBB u.a) produziert werden, wobei der spätere Export solcher Systeme anzustreben wäre. Die öffentlich kontrollierte Salzgitter AG konzipiert bereits heute Pipelines für den Transport von Feststoffen. Bei der Produktion und Installation von Fernwärmeschienen und Erdgasleitungen wäre die Beteiligungsmöglichkeit für Teile der Werftindustrie zu prüfen; die Kosten lägen zwar eventuell höher als bei den spezialisierten Herstellern, wären aber insgesamt um ein Vielfaches geringer als die „unproduktive“ Subventionierung von brachliegenden Werftkapazitäten bzw. die Finanzierung von arbeitslosen Werftarbeitern.

Der von der Erno/VFW/MBB konzipierte und zum Teil bei der AG Weser gebaute Windrotor „AEOLUS“ könnte z.B. bei entsprechender öffentlicher Förderung nicht nur im Lande Bremen (in Bremerhaven wird ein „GROWIAN“ von MBB gebaut) eingesetzt werden, sondern auch im Export Erfolge erzielen (das erste Modell wird nach Schweden geliefert).

2) Ausbau und Verbesserung der regionalen Verkehrssysteme

Vorschläge zur durchgreifenden Verbesserung der regionalen Verkehrsstrukturen können an Überlegungen der Straßenbahn AG, der Bundesbahn und Unternehmen in staatlicher Beteiligung wie VFW/MBB anknüpfen und im Falle ihrer Realisierung neben der Si-

cherung von Arbeitsplätzen wesentliche Beiträge vor allem zur Energieeinsparung und zur Verbesserung der Wohnqualität in der Stadt leisten. Eben solche Effekte könnten z.B. der weitere Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (weiterer Ausbau der Straßenbahnstrecken, möglicherweise Einsatz von Schienen-Straßen-Fahrzeugen und die Umrüstung auf Elektro-Hybrid-Motoren, Verkürzung der Taktzeiten in Verbindung mit dem Einsatz eines größeren Fahrzeugparks und zukunftssträchtigen Steuerungssystemen) wie auch eine wesentlich verbesserte Anbindung des Umlandes zur Folge haben. Ein solches strategisches Gesamtkonzept kann aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Ölpreise auf Zustimmung und Annahme bei der betroffenen Bevölkerung rechnen.

Ein Resultat einer solchen Investitionspolitik wäre die Einsparung von Energie, Zeit (für den Weg zum Arbeitsplatz) und Straßenbaumitteln bei gleichzeitiger Verringerung der Belastung von Umwelt und Wohnumgebung mit Nebeneffekten wie z.B. einer verringerten Unfallgefahr und reduzierten Kosten für das Gesundheitswesen. Für die Entwicklung und den Ausbau der Produktion von regionalen (Nah-)Verkehrssystemen, die zukunftsweisend (d.h. vor allem energiesparend und schnell) sind, wäre ein Forschungs- und Produktionsverbund von Straßenbahn AG, Bundesbahn und Fahrzeugbaubetrieben wie VFW/MBB und Daimler-Benz denkbar*.

3) Ausweitung des Wohnungsbaus

Ein zukünftiger Markt sind der soziale Wohnungsbau und die Wohnumweltverbesserung. Hier bestehen kollektive Bedürfnisse besonders in Ballungsgebieten, deren Befriedigung sich nicht erst seit den zunehmenden Hausbesetzungen als dringendes politisches Problem darstellt.

Über die Forderung nach einer Ausweitung und Umstrukturierung der Förderungsprioritäten des Bundes (nur noch ein Viertel der Mittel fließen in den Mietwohnungsbau) hinaus sind Ansatzpunkte für Impulse auf der Ebene der Kommune bzw. des Bundeslandes (Bremen)

* Während der Konzeptionsphasen bekommen die privaten Unternehmen Forschungs- und Entwicklungsmittel bzw. gründen dafür Eigengesellschaften und müssen als Gegenleistung technologisch hochwertige Arbeitsplätze in Bremen schaffen oder belassen sowie bei Produktfähigkeit die entwickelten Produkte im Unterweserraum herstellen.

zu entwickeln. Voraussetzung für solche Impulse ist die Zusammenfassung der eingesetzten öffentlichen Mittel im Rahmen der Eigengesellschaft — die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau könnte hierbei der Kristallisationskern sein.

Die vom DGB geforderte Kooperation des öffentlichen mit dem gemeinwirtschaftlichen Sektor könnte (angesichts der wohl vorhandenen finanziellen Reserven) zu einer Belebung vor allem des sozialen Mietwohnungsbaus genutzt werden. Darüber hinaus sind bestimmte Maßnahmen zur Unterstützung des Neubaus von eigenem (und eigenemgenutztem) Wohnraum und zur Modernisierung des vorhandenen Wohnbestandes zu treffen. Während es bei der Verbesserung oder Sanierung in erster Linie um eine kostengünstige Veränderung in Kooperation mit den Nutzern geht (die z.B. Eigenleistungen ermöglicht und ein „Kaputtsanieren“ verhindert), erfordert der Neubau von Wohnraum intensive Überlegungen und durchgreifende Maßnahmen in Bezug auf eine Kostensenkung, die allerdings nicht mit Qualitätsminderungen einhergehen dürfen.

Zum Teil erhebliche Verringerungen der Kosten wären erreichbar durch

- die Umwandlung von Grundstücken im öffentlichen Besitz in Bauland und ihre Vergabe nach bestimmten Kriterien in Erbpacht.
Eine solche Regelung hätte den Vorteil, daß die Grundstücke Eigentum der öffentlichen Hand bleiben würden (private Spekulationsgewinne also ausgeschlossen wären), der Wohnraum erheblich billiger würde und im Vergleich zur Gewerbeflächenpolitik nur eine geringe Subventionierung erforderlich wäre,
- die Forderung nach einem niedrigen Zinsniveau für den sozialen Wohnungsbau bei sofortigem Beginn mit Zinssubventionen, wie sie z.B. im Schiffbau üblich sind,
- die Senkung der Energiekosten im Neubaubereich mit Hilfe der besonderen Förderung z.B. von Fernwärmeanschlüssen, gasgetriebenen Wärmepumpen und/oder Windrotoren, aber auch die Anbindung an ein attraktives Nahverkehrsnetz,
- spezielle Programme für den Eigenheimbau, der durch entsprechende planerische Überlegungen und durch das Erbringen von Eigenleistungen kostengünstig intensiviert werden könnte.

Es sollten Wohnkonzeptionen realisiert werden, die heute unter dem Schlagwort „Stadthaus“ existieren. Gemeint ist auch eine Neuauflage des „Bremer Hauses“ in Reihenbauweise, das auf relativ geringer

Grundfläche ein Maximum an individuell plan- und nutzbarem Raum bietet.

Eine Reihenhauslösung sollte wegen der geringeren Grundstücksfläche und dem gegenüber dem alleinstehenden Haus wesentlich geringeren Energieverbrauch bevorzugt werden. Preisgünstigere Baulösungen kann man z.B. von den Niederländern übernehmen, die sicherlich andere Wohngewohnheiten haben, jedoch einen wesentlich preiswerteren Wohnungsbau verwirklichen. Die kostengünstigen Baulösungen sind durch die Planung bedingt und liegen auch in der Konzeption der staatlichen Förderung begründet, die Zuschüsse bzw. Steuernachlässe nur bis zu einer Höchstpreisgrenze gewährt (die jährlich neu festgelegt wird und zur Zeit bei ca. 150.000 Gulden liegt).

Ein anderer Punkt, der Kosten für Käufer senken könnte, ist das Erbringen von Eigenleistung. Schon bei der Planung von neuen Stadthaussiedlungen könnten die zukünftigen Bewohner mit einbezogen werden. Die gemeinsame Planung und Eigenleistung fördern die Identifikation mit dem Stadtteil und die Kommunikation mit den Nachbarn und erschließen unter Umständen für den „Erbauer“ eine neue Erfahrungswelt. Die Selbstbeteiligung am Neu- oder Umbau von eigenem Wohnraum ist eine gängige Praxis und wird von den Bürgern sowohl unter Kostensenkungs- wie Einflußnahmespekten gefordert.

Es wird in Zukunft darauf ankommen, diese Formen von (oft individueller) „Bürgerinitiative“ zu ermöglichen und zugleich zu verhindern, daß für den einzelnen unzumutbare Arbeits- und Finanzierungsbedingungen entstehen. Es ist zu überlegen, ob eine „Humanisierung der Eigenleistung“ durch spezielle Arbeitszeitregelungen möglich ist.

Zu betonen ist, daß es um öffentlich gesteuerte, von den gemeinnützigen Unternehmen mitgetragene Initiativen zur Bekämpfung der Wohnungsnot (zum Teil refinanzierbare Investitionen) und nicht um eine weitere Umverteilung zugunsten der ohnehin schon Privilegierten gehen muß.

4) Ausbau und Entwicklung der Meerestechnologie

Es ist vorstellbar, daß die Arbeiten im Bereich der Meeresforschung in Bremerhaven in absehbarer Zeit zu Vorschlägen für gesellschaftlich sinnvolle Unterwasser-Aktivitäten führen. Dann stellt sich nicht nur für Forschungsarbeiten, sondern auch für zukünftige „Produktions-

unternehmungen“ die Frage nach einer entwickelten Meerestechnologie, für die in Bremen optimale Bedingungen vorherrschen: neben Forschungskapazitäten gibt es nicht nur den Schiffbau mit seinen maritimen Erfahrungen, sondern bei VFW/MBB auch ein regionales Technologiezentrum, das im Verbund mit den beiden anderen genannten Bereichen z.B. ferngesteuerte Geräte für Unterwasserarbeiten entwickeln, erproben und produzieren könnte. An diesem Punkt kann sich „Zukunftsforschung“ mit vorhandenen betrieblichen und regionalen Erfahrungen verbinden und möglicherweise zur besseren Versorgung der Bevölkerung führen. Im Falle der Ausweitung der Herstellung von „Nahrungsmitteln aus dem Meer“ wären zugleich Transportkapazitäten (Schiffe) erforderlich, die die vorhandenen Verarbeitungskapazitäten (vor allem in Bremerhaven und Cuxhaven) auslasten könnten. In diesem Zusammenhang muß auch auf die Möglichkeit der Energiegewinnung aus dem Meer hingewiesen werden.

5) Weitere Aktivitäten

Der durchaus denkbare (und bisher wirklich nur vorläufig skizzierte) Ausbau einer sinnvollen regionalen Produktion würde bedeuten, daß eine entsprechend erhöhte Nachfrage nach Stahl und Kohle entstehen würde, die wiederum entsprechende Hafenaktivitäten nach sich ziehen könnte. In Verbindung mit dem Aufbau solcher regionaler Produktionsstrukturen in „Zukunftsbereichen“ sind zwei Entwicklungsrichtungen denkbar, die sich zum Nutzen der in der Region beschäftigten und von bisher benachteiligten Menschen auswirken könnten: zum einen könnte das entstandene Know-how, eventuell sogar die entwickelten Produkte, weiterverkauft werden. Zum anderen könnte mit einer solchen Weiterveräußerung ein Beitrag zur Verbesserung der Situation in der sogenannten Dritten Welt geleistet werden: die Erschließung des Meeres zur Nahrungsmittelversorgung würde hier ebenso ihre Bedeutung bekommen wie die Entwicklung von energiesparenden see- und landseitigen Transportsystemen und die Erschließung von Energiequellen und Energieversorgungssystemen, die weder öl- noch urangebunden sind.

Weitere Anknüpfungspunkte könnten sich z.B. aus einer Verbindung des know-how der Bremer Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit universitären Forschungen im Bereich von Biologie und Technologie ergeben, die möglicherweise wirksame und preisgünstige Modelle

der Nahrungsmittelproduktion für die „Dritte Welt“ verfügbar machen werden; die guten Kontakte Bremens zu einzelnen „Entwicklungsländern“, die Ausbildung von Experten aus der sogenannten Dritten Welt und die schon vorhandenen Überlegungen in bezug auf „angepaßte Technologien“ könnten durchaus für die Produktion relevant werden.

Zu den weiteren Aktivitäten der Eigengesellschaft müßte darüber hinaus gehören:

- der Kauf und Verkauf von Gewerbeflächen sowie die Koordination von Genehmigungsverfahren in diesem Zusammenhang mit der Perspektive, ein einheitlich handelnder und effizienter Ansprechpartner für ansiedlungswillige Unternehmen zu sein;
- der Aufbau von Consulting-Unternehmen, die sich (wie die BLG) um den Verkauf von know-how bemühen;
- die Bereitstellung von Gewerbehäusern in Wohnnähe für nicht störendes Kleingewerbe, das hochwertige, langlebige Konsumgüterproduktion betreibt;
- Bereitstellung von Büroflächen in Stadt-Nebenzentren, damit die Umwandlung von Wohnraum in der Innenstadt und deren Nebengebieten verhindert und wieder rückgängig gemacht wird.
- Innovationsberatung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die Eigengesellschaft muß bei der Subventionsvergabe z.B. für Werften — auch wenn die Mittel vom Bund kommen — eingeschaltet werden. Soll ein Betätigungsfeld der Eigengesellschaften die Sanierung strukturschwacher Unternehmen sein, so ist die Rentabilitätsorientierung zurückzustellen. Bei solchen Betrachtungen sind sowieso zu zahlende Subventionen in Nutzen-Kosten-Kalküle mit einzubeziehen.

Eine Verzahnung von heute möglicher fortschrittlicher „Sozialpolitik“ und der Entwicklung zu künftiger „freier“ gebrauchswertorientierter Arbeit in Stadtteilwerkstätten kann ebenfalls zum Aufgabenfeld einer Eigengesellschaft werden. Der Aufkauf von vorhandenen Betriebsstätten kann zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher unter Anleitung von älteren Arbeitnehmern (mit reduzierter Arbeitszeit oder nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb) dienen. In solchen Werkstätten können Reparaturen von Gebrauchsgegenständen durchgeführt werden oder Kooperativen entstehen. Die Kosten dafür dürften langfristig-gesellschaftsbezogen niedriger liegen als die „soziale Be-

treuung“ arbeitsloser Menschen. Solche Werkstätten als zukünftige „öffentliche Werkstätten“ könnten den Bürgern eines Stadtteils in ihrer — durch Arbeitszeitverkürzungen weiter zunehmenden — Freizeit die Möglichkeit zu sinnvoller und produktiver Beschäftigung vermitteln, bei der sie sich die Güter des täglichen Bedarfs selber reparieren oder herstellen könnten.

Im Zusammenhang mit der verstärkten Forschungsförderung zur Humanisierung der Arbeit kann die Entwicklung und Produktion von Technologien gefördert werden, die von körperlich schwerer und gefährlicher Arbeit entlasten, ohne zur Arbeitsplatzvernichtung zu führen. In diesem Rahmen könnte der von VFW/MBB produzierte Roboter ebenso Bedeutung bekommen wie die Entwicklung von ferngesteuerten Geräten, die nicht nur zur Kohleförderung oder für Unterwasserarbeiten einsetzbar sind, sondern z.B. Arbeiter am Hochofen entlasten könnten. Andere Technologien zur „Humanisierung des Lebens“ z.B. zur Energieeinsparung, zum Umwelt- und Unfallschutz und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung sollten ebenfalls besonders gefördert werden.

Der Bau und Betrieb von öffentlichen Ausbildungszentren zur breiten Qualifizierung der Jugend könnte ebenfalls in den Aufgabebereich der Eigengesellschaft fallen, die hier Know-how in bezug auf zukunftssträchtige Arbeitsfelder in die Ausbildungskonzeptionen einbringen könnte.

3.5 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien als Ausdruck regionaler Industriepolitik

Die bisher vorgetragenen Argumentationslinien begründen aus mehreren Blickwinkeln die Notwendigkeit einer offensiven regionalen Industriepolitik mit dem Hauptziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auch wenn das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit nur auf Bundesebene wirklich lösbar erscheint (u.a. durch radikale Arbeitszeitverkürzungen) stellt sich doch die Frage nach dezentralen Ansatzpunkten — notwendige Umstrukturierungen müssen ohnehin betrieblich und regional umgesetzt werden.

Weil wir

- nicht auf die „Selbsteilungskräfte des Marktes“ vertrauen
- uns eine regionalwirtschaftliche Einflußnahme auf Konzernentscheidungen durch staatliche Unternehmensbeteiligungen und den Druck der Arbeitnehmerschaft vorstellen können
- die zukünftige industrielle Produktion nach qualitativen Gesichtspunkten (gesellschaftlicher Nutzen der Produkte, Humanität und Umweltverträglichkeit der Produktion) steuern wollen,

fordern wir als Instrument der regionalen Strukturpolitik eine staatliche Eigengesellschaft mit der Aufgabe, gemeinsam mit einzelnen Unternehmen eine offensive Industriepolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur besseren Versorgung der Menschen zu konzipieren.

Ein Ausdruck eines solchen Ansatzes könnte die Gründung eines Bremer Zentrums für sanfte Energietechnologien sein. Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Zentrums sollte die (Weiter-)Entwicklung und Produktion von sanften Energietechnologien stehen; das bedeutet insbesondere die Herstellung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie und der Windenergie sowie den Bau von Heizkraftwerken zur dezentralen Strom- und Wärmeversorgung. Für den Aufbau einer solchen Produktion gibt es reichhaltiges regionales Know how, das auszunutzen und weiter zu fördern wäre. Im Bereich der Solartechnologie hat ERNO ebenso Erfahrungen (aus der Weltraumfahrt) wie im Bereich der Windenergieanlagen, wo ERNO und die AG-Weser bereits den Windrotor 'Aeolus' produziert haben. Die Werften sind in der Lage, Heizkraftwerke zu bauen (siehe Blohm und Voss in Hamburg) und das Bremer Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit fördert bereits Projekte zur Nutzung der Biomasse in der „Dritten Welt“. Die Bremer Anteile an den Unternehmen VFW/MBB und Bremer Vulkan könnten von einer Bremer Eigengesellschaft zum Aufbau des Zentrums für sanfte Energietechnologien genutzt werden. Dieses Zentrum müßte sich verstärkt in die Förderprogramme des Bundes (BMFT) einklinken, könnte staatliche Unternehmenssubventionen produktiv zum Aufbau einer alternativen Fertigung nutzen und darüber hinaus eventuell Mittel der Bundesanstalt für Arbeit einsetzen (die sonst zur Finanzierung von arbeitslosen Metallarbeitnehmern auszugeben wären); darüberhinaus wäre zu prüfen, ob auf Forschungs-

aktivitäten und Know how aus der Universität und den Fachschulen zurückgegriffen werden kann.

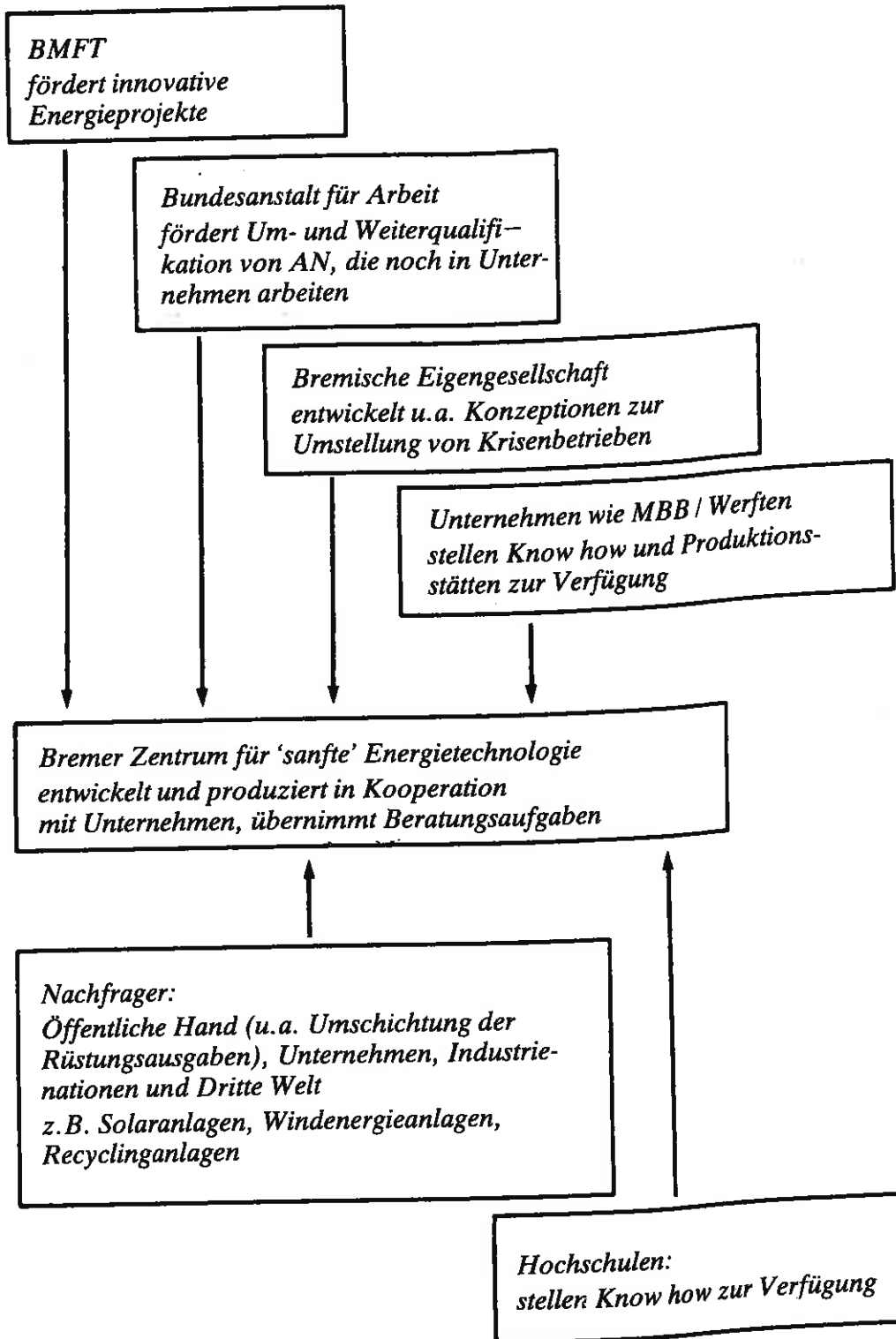
Die Aktivitäten eines solchen Zentrums könnten den drohenden Arbeitsplatzverlusten insbesondere im Luftfahrzeug- und Schiffbau entgegenwirken und sich auf Aktivitäten der Belegschaften stützen; die bereits Arbeitskreise für eine alternative Fertigung gegründet haben.

Das Bremer Zentrum für sanfte Energietechnologien wäre z.B. als kooperative Einrichtung zwischen VFW/MBB, Bremer Vulkan und der staatlichen Eigengesellschaft denkbar.

Zur Absicherung der Produktion würde eine staatliche Politik des Energiesparens beitragen, die die öffentliche Hand (zumindest zunächst) zu einem Hauptabnehmer der neuen Technologien macht: der Ausbau des Fernwärmenetzes und die Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude im Lande Bremen mit Solarenergieanlagen und/oder erdgasgetriebenen Wärmepumpen können z.B. Bestandteil einer staatlichen Investitionspolitik sein, die gesellschaftliche Nützlichkeit, das Einsparen finanzieller Mittel und knapper Ressourcen und Beschäftigungswirkungen zugleich erzielt. Zur Durchsetzung eines solchen industriepolitischen Modells müssen unter Umständen auf Rüstungsaufträge fixierte Konzernspitzen durch politischen Druck (Eigentumsanteile, Aufträge) gebracht werden — man wird sich kaum auf den eigentlich zu erwartenden guten Willen aller Beteiligten allein verlassen können.

Die vorgetragenen Überlegungen skizzieren eine Idee und haben Modellcharakter — denkbar wäre zusätzlich z.B. ein „Bremer Zentrum für Meerestechnologie“; das Werftaktivitäten und Entwicklungen bei VFW/MBB (z.B. ferngesteuerte Unterwassergeräte, Roboter) verknüpft und die Erfahrungen der Meeres- und Polarforschung einbezieht.

BREMER ZENTRUM FÜR 'SANFTE ENERGIETECHNOLOGIEN'



IV. Energiepolitik in der Bundesrepublik und Alternativen der regionalen Energieversorgung

Die energiepolitische Diskussion bewegt unsere Gemüter seit 1973, der sogenannten ersten Ölkrise, jedoch spätestens seit 1979, als die Industrieländer mit dem gleichen Problem der hohen Preissteigerungen konfrontiert wurden. Heftige Auseinandersetzungen gab es um den Einsatz der Atomtechnologie zur Stromerzeugung: Die Probleme der Sicherheit, der Endlagerung des Atommülls und nicht zuletzt der Kosten des Atomstroms sind nicht gelöst. Im folgenden wollen wir uns mit den unterschiedlichen Aspekten der Energieversorgung auseinandersetzen und versuchen, anhand bestimmter Kriterien Empfehlungen für eine regionale Energiepolitik abzugeben.

Energieversorgungsprobleme und Preissteigerungen wirken sich u.a. direkt auf die Lebenssituation von Arbeitnehmern aus. Bezahlte ein Arbeitnehmerhaushalt 1973 knapp DM 2.000,— für 3.000 l Heizöl, 1.800 l Benzin und 3.000 Kw Strom, so wären die Kosten heute bei über DM 5.000,—. Energiepolitik beeinflusst die Einkommensverteilung in unserer Gesellschaft. Durch die Energiepolitik werden auch unsere Lebensbedingungen stark beeinflusst. Das Waldsterben ist dabei nur eine Erscheinung; das gesamte Ökosystem der Erde gerät durch Abgase von Kraftwerken, durch Aufheizen von Gewässern, durch Abholzen von Wäldern und durch Strahlungen von Atomkraftwerken und ihren Abfällen aus dem Gleichgewicht.

Der Vorrat an natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran — in Jahrmillionen entstanden — wird in kurzer Zeit verbraucht. Gemessen am Stand des Weltenergieverbrauchs von 1980 und anhand der „sicheren“ Vorkommen reichen die Reserven für Kohle noch 250 Jahre, die von Erdöl noch 50 bis 60 Jahre, die des Erdgases für 70 bis 80 Jahre und die von Uran noch knapp 300 Jahre. Sicher sind diese Vorräte noch dehnbar — sie spiegeln jedoch die in der

Menschheitsgeschichte kurze Nutzungsdauer wider. Unsere Verantwortung für künftige Generationen wird sichtbar.

Nicht zuletzt muß die mögliche Kriegsgefahr durch die Verringerung der Ressourcen angesprochen werden: Amerikanische und deutsche Politiker sprechen z.B. von „unseren Ölquellen“ im Nahen Osten.

Nach unserer Auffassung muß eine alternative Energiepolitik formuliert und dezentral umgesetzt werden. Es geht auch um die Analyse, Kritik und Weiterentwicklung energiepolitischer Konzepte auf der lokalen und regionalen Ebene.

1. Die Energieerzeugung und der Energieverbrauch in der Bundesrepublik

Im folgenden soll der Primärenergieverbrauch näher untersucht werden. Nur ca. zwei Drittel der eingesetzten Energie gelangen in den Energieverbrauch.

Die tatsächliche Nutzenergie liegt zur Zeit in der Bundesrepublik jedoch nur bei ca. einem Drittel der eingesetzten Primärenergie. Die öffentliche Diskussion um die zukünftige Energieversorgung stellt in der Regel einen direkten Zusammenhang zwischen wachsendem Energieverbrauch und materiellem Wohlstand her. Daß der Energieverbrauch kein geeigneter Indikator zur Messung des Wachstums ist, wird augenscheinlich, wenn man bedenkt, daß der Primärenergieverbrauch von 378,5 Millionen t SKE im Jahr 1973 auf 362,5 Millionen t SKE im Jahre 1982 fiel, obwohl das Bruttosozialprodukt zwischen 1973 und 1981 um ca. 18 Prozent stieg und der PKW-Bestand sich von 17 Millionen auf 24 Millionen erhöhte (Meyer-Abich 1983).

Die Energiedienstleistung ist der zentrale Begriff für das Maß an Komfort und Leistung pro spezifischem Energieverbrauch. Das soll an einem Beispiel verdeutlicht werden. Das Beheizen eines Hauses von 100 qm aus den 60er Jahren kostet pro Jahr ca. 3.700 l Öl; wäre dieses Haus nach schwedischen Normen gebaut, würden nur 900 l Öl ver-

braucht werden, um die gleiche Raumtemperatur zu erhalten (Arbeitskreis Alternativenergie Tübingen 1981).

Der Begriff der Energiedienstleistung verweist uns auf die größte Energiequelle, die wir haben, die Energieeinsparung.

Die Strukturen dieses Primärenergieverbrauchs in Millionen t SKE für die Jahre 1970, 1979 (dem Jahr des höchsten Verbrauchs) und 1982 zeigen deutlich einen Wandel (s. Tabelle 7): einerseits den starken Rückgang des Verbrauchs von 1979 bis 1982 um über 10 Prozent (im Gegensatz zu einem Anstieg um 20 Prozent in den Jahren 1970 bis 1979), andererseits die starke Abnahme des Anteils des Mineralöls auf 44,5 Prozent und die Zunahme des Erdgases von gut 5 Prozent 1970 auf ca. 15 Prozent 1982.

Tab. 7:

*Primärenergieverbrauch im Inland
in Mio. t. SKE*

	1970		1979		1982	
	Mio. t SKE	%	Mio. t SKE	%	Mio. t SKE	%
<i>Gesamt</i>	337	100	408	100	361	100
<i>Mineralöl</i>	180	53,1	207	50,7	160	44,2
<i>Steinkohle</i>	96,8	28,7	75,8	18,6	77	21,2
<i>Braunkohle</i>	30,6	9,1	38,1	9,3	40	10,6
<i>Erdgas</i>	18,3	5,4	66	16,2	55	15,2
<i>Kernenergie</i>	2,1	0,6	13,9	3,4	21	5,8
<i>Wasserkraft</i>	8,4	2,5	5,8	1,4	9	2,3

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1983

Der Endenergieverbrauch, also die ca. zwei Drittel des Primärenergieverbrauchs, verteilte sich (1980) zu ca. 34,4 Prozent auf die Industrie, zu 22,2 Prozent auf den Verkehr und zu 44,7 Prozent auf Haushalte und Kleinverbraucher. Der Anteil der Industrie ist von fast 50 Prozent 1960 auf ca. 40 Prozent im Jahre 1970 zurückgegangen und der Anteil des Verkehrs ist um die gleichen Prozentpunkte gestiegen. Die höchsten Umwandlungsverluste entstehen bei der Elektrizitätserzeugung. Nur ein Drittel der eingesetzten Energie gelangt an den Verbraucher, der Löwenanteil der Energie heizt die Umwelt auf. Deshalb wird die Elektrizität auch „Edelenergie“ genannt. Man sollte diesen Energieträger zu einem möglichst geringen Maße zum Endenergieverbrauch oder als Abfallprodukt der Wärmeerzeugung nutzen. Bei der Umwandlung des Rohöls in Benzin oder Diesel treten nur knapp 10 Prozent Umwandlungsverluste auf.

Eine Politik, die 'Weg vom Öl' durch Kernkraftwerke postuliert, die nur Strom erzeugen können, kalkuliert einen hohen Primärenergieverlust ein. „Wenn also die Kernenergie im Jahre 1981 4,6 Prozent des Primärenergieverbrauchs deckte, so deckte Kernenergiestrom nur ca. den halben Prozentsatz des Endenergieverbrauchs“ (vgl. Traube u.a. 1982, S. 126)

1978 benötigten die fünf energieintensivsten Branchen (eisenschaffende Industrie, chemische Industrie, Steine und Erden, NE-Metallindustrie, Zellstoff- und Papiererzeugung) 47 Prozent des nicht-privaten Energieverbrauchs (Staat und Wirtschaft), zum Sozialprodukt trugen sie jedoch nur 10 Prozent bei. Wenn sich ein Strukturwandel in diesem Bereich vollzieht, wirken solche Veränderungen stark auf den Energieverbrauch (vgl. ebd. S. 133).

Die privaten Haushalte sind mit ca. 40 Prozent am Endenergieverbrauch beteiligt, zahlen jedoch einen wesentlich höheren Anteil an den Energiekosten. Das liegt einerseits an der teureren Verbrauchsstruktur (Heizöl, Benzin, Gas, Strom) und andererseits zahlen sie in der Regel bei der Elektrizität wesentlich höhere Preise als die Industrie. Ein besonders krasses Beispiel ist Hamburg. Die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) subventionieren z.B. die Aluminiumwerke über den Strompreis mit jährlich DM 50 Millionen.

Fast 60 Prozent (1978) des privaten Energieverbrauchs wird zu Heizzwecken genutzt, der zu zwei Dritteln auf Heizöl zurückgeht: 29

Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs ist Benzin oder Diesel. Weiterhin werden 20 Prozent der gesamten Stromerzeugung in privaten Haushalten verbraucht. Diese Verbrauchsstruktur gibt letztendlich die Industrie durch die Qualität ihrer Erzeugnisse vor, indem sie Grund- und Verbrauchsgüter liefert, die energieintensiv sind.

2. Energieprognosen

Anfang der 80er Jahre wurde deutlich, daß nur 10 oder 15 Jahre alte Energieprognosen vollkommen irrelevante Daten lieferten. Wurde 1973 von der Bundesregierung für 1985 ein Primärenergieverbrauch von 610 Millionen t SKE vorausgesagt, so lag der Verbrauch 1982 mit gut 360 Millionen t SKE unter dem von 1973 (378,5 Millionen t SKE). Schon 1957 wurde in einem „eurotom“-Gutachten der Steinkohleverbrauch für 1975 auf 184 Millionen t geschätzt, aber Mitte der sechziger Jahre steckte die Kohleindustrie in ihrer tiefsten Strukturkrise und förderte zum prognostizierten Zeitpunkt gerade 77 Millionen t. Noch 1979 schätzte das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) die Steigerungsraten des Stromverbrauchs bis 1985 auf jährlich 3,6 Prozent und mehr, bis 1982 wurden aber nur 1,7 Prozent erreicht.

Nur Interessenvertreter der Kernenergieindustrie schätzen den Energiebedarf als wachsend ein. 1969 meinte der Vorsitzende der Kraftwerke-Union, daß 1981 in der Bundesrepublik ohne Atomkraftwerke die Lichter ausgehen würden und 1980 forderten die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) bis zum Jahre 2.000 70.000 Megawatt Kernenergieleistung. Das würde 2-3 neue Atommeiler jährlich bedeuten, obwohl bereits heute Überkapazitäten von 5.000-10.000 Megawatt bestehen. 1981 lagen die gesamten Überkapazitäten bei fast 30.000 Megawatt (vgl. Spielhofer 1983).

2.1 Die Prognosen der Bundesregierung und der Energieunternehmen

In der Bundesrepublik begann Anfang der siebziger Jahre eine breite Diskussion um Energiefragen. In den skandinavischen Ländern und den USA hatte man sich bereits mit „alternativen Energieszenarien“ beschäftigt. Der Grund lag in den Ölpreiserhöhungen der erdöl-exportierenden Länder (OPEC), in der Thematisierung der Ökologiefrage und damit zusammenhängend der Endlichkeit der Ressourcen. Die „offizielle“ Lösung des Problems wurde in der Förderung der Kernenergieindustrie gesehen, die scheinbar alle Probleme beseitigt (weg vom Öl und saubere Energie durch Stromerzeugung). Der Leichtwasserreaktor sollte entwickelt werden, danach der Brüter und der Fusionsreaktor. Von 1956 bis Anfang der achtziger Jahre steckte allein die öffentliche Hand 25 Milliarden DM in Forschung und Entwicklung, zusätzlich investierten die Elektrizitätsunternehmen noch höhere Beträge. Der Erfolg besteht darin, daß zur Zeit ca. 2 Prozent des Energieumsatzes durch diese Technologie erzeugt werden (vgl. Traube u.a. 1982).

Die Ausgangsthesen der Prognosen waren ein steigender Energieverbrauch und ein stärkeres wirtschaftliches Wachstum (durchschnittlich 4 Prozent).

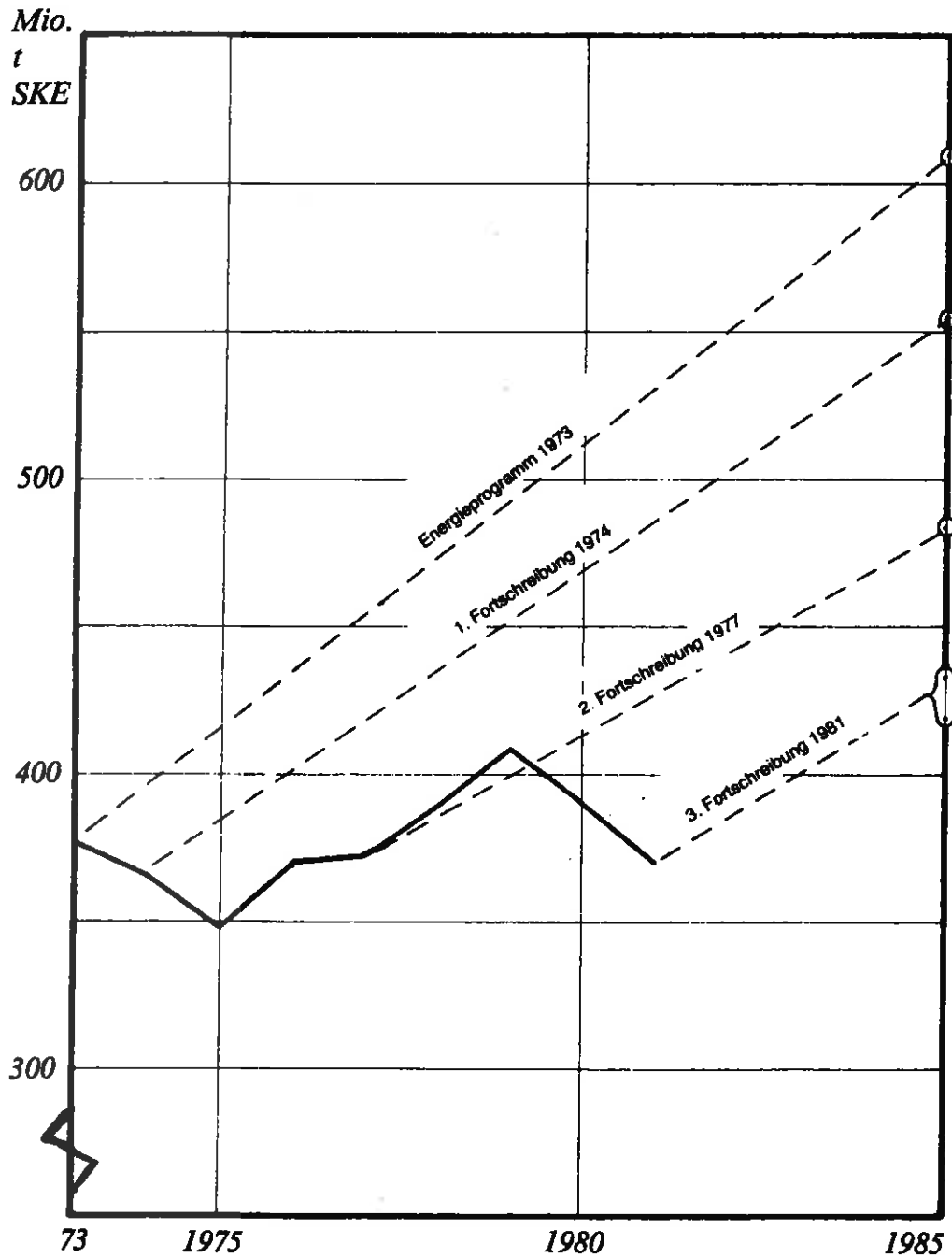
Das Schaubild (siehe nächste Seite) zeigt deutlich die große Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Verbrauch und den Prognosen. Trotzdem geht die Bundesregierung von einem ständig steigenden Energiebedarf aus, obwohl die Kernenergie-Enquete-Kommission und der Sachverständigenrat für Umweltfragen 1981 im Gutachten „Energie und Umwelt“ warnten: „Die Chancen der rationellen Energienutzung einschließlich der Wärmekraftkopplung wären durch einen forcierteren Zubau größerer Kohle- und Kernkraftwerke gefährdet“ (zitiert nach Spiegel 49/81, S.66).

Schon heute liegen die Engpaßreserven um 50 Prozent (Netto-Engpaß-Leistung) über der Spitzenlast — aber nur 20 Prozent gelten als maximal erforderliche Reserve. Aus diesem Grund droht die Atomindustrie nicht mehr mit einem 'Lichterausgehen', sondern wirbt mit dem Angebot von billigem Atomstrom im „Grundlastbereich“.

Wie kommen diese unrealistischen Prognosen zustande?

Schaubild:

*Tatsächlicher Primärenergieverbrauch und Prognosen
für das Jahr 1985 der Bundesregierung seit 1973*



Quelle: Traube u.a. 1982, S. 16

Methodisch bestehen sie in einer Fortschreibung der längerfristigen Tendenzen der Vergangenheit. Zwar werden gewisse Änderungen der Wirtschaftsstruktur nachträglich eingeführt, aber eine geringe Beeinflussung des Trends unterstellt. Diese Methoden mit hohen geschätzten Wachstumsraten finden sich auch in der dritten Fortschreibung des Energieprogramms (1981) wieder, obwohl es bereits in den 70er Jahren eine Entkopplung von Wachstum des Bruttosozialproduktes und Energieverbrauch gegeben hat. Eine bessere Energieausnutzung und eine Veränderung des Verbraucherverhaltens werden weitgehend unberücksichtigt gelassen (vgl. Krause 1981, S. 1-3).

Die hoch angesetzten Prognosen gehen auf eine angenommene gewaltige Expansion des Strombedarfs zurück. Der gegenwärtige Stromverbrauch macht ca. 15 Prozent der Endenergienachfrage aus, soll jedoch um bis zu 70 Prozent steigen und durch Kernenergie gedeckt werden. Auf die immensen Verluste (fast 70 Prozent) bei der Elektrizitätserzeugung wurde bereits hingewiesen.

Strom soll den Wärmemarkt erobern und in diesem Bereich hat das Energieprogramm frappierende Ähnlichkeit mit einer Studie der Elektrizitätswirtschaft „Wärme 2000“ (vgl. Traube, in: Spiegel 49/81). Inzwischen liegt auch eine Vielzahl kritischer Prognosen vor.

2.2 Die Prognosen des Öko-Institutes und der Kernenergie-Enquete-Kommission

Beispielhaft sollen Prognosen des Öko-Institutes und der Kernenergie-Enquete-Kommission skizzenhaft dargestellt werden.

Die Szenarienmethode, die in beiden Fällen angewendet wurde, ist eine „Wenn-Dann-Prognose“, die Grundannahmen definiert und mit Zielsetzungen operiert.

Ausgangspunkt ist die Kritik des Atomprogramms, Ziel die Umstrukturierung der Energieproduktion im Hinblick auf eine Hinwendung zu regenerativen Energien und eine Erhöhung der Energieproduktivität. Kritisiert werden die Energiepläne der Bundesregierung, die trotz eines Ausbaus der Atomtechnologie den Einsatz von Kohle, Öl und Gas bis zum Jahr 2.000 auf das Doppelte steigen lassen.

Wichtig ist darauf hinzuweisen, daß Energie auf dem je gebrauch-

ten Temperaturniveau bereitgestellt wird, um Umwandlungsverluste zu minimieren.

2.2.1 Szenario Öko-Institut

Das Öko-Institut ging wie die wirtschaftswissenschaftlichen Institute von einem jährlichen Wachstum bis zum Jahre 2.000 von gut 3 Prozent und danach bis zum Jahre 2.030 zwischen 1 und 2 Prozent aus. Weiterhin wurde von einer wachsenden Energienachfrage bis zum Jahr 2.000 ausgegangen, danach sollen Energiesparmaßnahmen greifen.

Für die Industrie wird ein Strukturwandel hin zu weniger energieintensiven Branchen angenommen. Die bessere Energienutzung wird bis zum Jahre 2.030 nur unter Berücksichtigung bereits bekannter Technologien geplant. Es wird mit einem Einsparpotential für den Bereich Raumheizung von 70 Prozent, Automobile von 60 Prozent, industrielle Prozeßwärme von 30 Prozent, elektrische Haushaltsgeräte von 65 Prozent und elektronische Antriebe von 30 Prozent gerechnet. Bei einem Investitionskostenvergleich zur Kernenergie ergibt sich, daß die Befriedigung der Endenergienachfrage zwischen zwei- bis zehnmal so teuer wäre wie die genannten Verbesserungen bei der Energienutzung.

Die Wachstumsannahmen und die Bedarfsschätzungen sind denen der Bundesregierung ähnlich. Die Bereitstellung von Energie und Energiesparmaßnahmen weichen jedoch stark ab.

Die Versorgungsstrategie ist weitgehend auf regenerative Energieträger ausgerichtet und es wird auf heimische Kohle und Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt. Durchgeführt werden nur ohnehin fällige Ersatzinvestitionen, es ist also kein zusätzlicher Investitionsbedarf notwendig. Die Ergebnisse dieses Szenarios sind verblüffend. Die größte Energiequelle ist das Energiesparen: der Endenergiebedarf liegt im Jahre 2.030 bei 60 Prozent des Verbrauchs von 1973. Die Bundesrepublik könnte zum Selbstversorger werden und das unter der Prämisse eines recht großzügigen Wirtschaftswachstums. Die Annahmen und Ergebnisse des Öko-Instituts ähneln denen der Kernenergiekommission in Pfad 4 (s. Tabelle 8):

Tab. 8

Ergebnisse der Berechnung
für die vier Pfade¹⁾

	PFAD 1		PFAD 2		PFAD 3		PFAD 4		
Charakterisierung									
<i>Wirtschaftswachstum</i>									
— vor 2000	3,3 %		2,0 %		2,0 %		2,0 %		
— nach 2000	1,4 %		1,1 %		1,1 %		1,1 %		
<i>Strukturwandel in der Wirtschaft</i>	mittel		mittel		stark		stark		
<i>Wachstum der Grundstoffindustrie</i>	wie BSP/2		wie BSP/2		Null		Null		
<i>Energieeinsparungen</i>	Trend		stark		sehr stark		extrem		
	1978	2000	2030	2000	2030	2000	2030	2000	2030
Nachfrageseite									
<i>Primärenergiebedarf</i>	390	600	800	445	550	375	360	345	310
<i>Endenergiebedarf</i>	260	365	446	298	317	265	250	245	210
<i>Strombedarf²⁾</i>	36	92	124	47	57	39	42	36	37
<i>Nicht-energetischer Verbrauch</i>	32	50	67	43	52	34	34	34	34
Angebotsseite									
<i>Stein- und Braunkohle</i>	105	75	210	145	160	145	160	130	145
<i>Erdöl und Erdgas</i>	265	250	250	190	130	190	130	165	65
<i>Kernenergie in GWe</i>	10	77	165	40	120	0	0	0	0
— davon Brutreaktoren	—	—	84	—	54	—	—	—	—
<i>Regenerative Energiequellen</i>	8	40	50	40	50	40	70	50	100
Sonstiges									
<i>Kohleverstromung</i>	65	80	80	29	22	76	77	52	33
<i>Synthetisches Erdgas aus Kohle</i>	—	18	50	18	56	—	—	—	—
Stromanteil in %									
— an der Raumwärme	3	14	17	5	7	3	2	2	0
— an der Prozesswärme	7	19	17	8	8	8	8	7	6
Natururanbedarf									
in 1000 t kumuliert	bis 2030			bis 2030					
— ohne Wiederaufarbeitung	650			425					
— mit Brutreaktoren	390			255					

¹⁾ Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich alle Werte auf Millionen t SKE

²⁾ Der Strombedarf bezieht sich auf den Endenergiebedarf an Strom, nicht auf die Bruttostromerzeugung. Er ist hier in Millionen t SKE angegeben. 1 Million t SKE Strombedarf entspricht 8,13 TWh.

Quelle: Bundestags-Enquete-Kommission 1980

2.2.2 Szenario Kernenergie-Enquete-Kommission

Im Auftrag des Deutschen Bundestages legte die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ 1980 Ergebnisse ihrer Untersuchungen vor. Auch hier wurde wie beim Öko-Institut eine „Wenn-Dann-Untersuchung“ zugrundegelegt. Es werden vier Pfade

der möglichen Energieversorgung vorgeschlagen. Zwei (Pfad drei und vier) benötigen keinen Kernenergieeinsatz, und ein wesentlicher Teil der Energie wird durch Energieeinsparung und regenerative Energiequellen „erzeugt“.

Die Enquete-Kommission schlägt prinzipiell zwei Wege vor. Der „harte“ Weg orientiert sich an einer maximalen Energiebereitstellung durch Großtechnologien (Kernenergie) und läßt die bereits erfolgten und noch zu erwartenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eben diese Technologien außer acht. Der „sanfte“ Weg setzt an den dezentralen Technologien an und bezieht die Möglichkeiten von Energiesparmaßnahmen ein.

Die Annahmen über das zukünftige Wachstum unserer Wirtschaft werden bei den Pfaden zwei bis vier in gleicher Größenordnung angesetzt, und zwar mit zwei Prozent bis zum Jahre 2.000 und danach mit 1,1 Prozent jährlich. Nur Pfad eins enthält höhere Wachstumsraten.

Unterschiedlich wird der Strukturwandel bei den einzelnen Pfaden angenommen: „Bei Pfad eins und Pfad zwei. Mittlerer Strukturwandel, d.h., die Grundstoffindustrie wächst halb so stark wie die übrige Industrie, und der Dienstleistungsbereich wächst gegenüber dem Bruttozialprodukt um 10 Prozent überproportional. Bei Pfad drei und Pfad vier. Starker Strukturwandel, d.h. die Grundstoffproduktion wächst nicht mehr weiter an, die übrige Industrie wächst wie das Bruttozialprodukt und der Dienstleistungssektor wächst demgegenüber um 20 Prozent überproportional“ (vgl. Enquete-Kommission S.70).

Bei den Wachstumsbedingungen sind diese Annahmen optimistisch, insbesondere für den privaten Bereich, und trotzdem kann auf Kernenergie verzichtet werden. Im Bereich Energiesparmaßnahmen („Trend“: 0,5 Prozent pro Jahr; „stark“: 1,0 Prozent pro Jahr; „sehr stark“: 1,4 Prozent pro Jahr und „extrem“: 1,8 Prozent pro Jahr bis zum Jahr 2.000 und danach die Hälfte) werden auch bei den Pfaden drei und vier sehr vorsichtige Annahmen getroffen. Die Pfade zwei und drei, für die sich die Mehrheit der Kommissionsmitglieder aussprachen, setzen sich schon von den offiziellen Prognosen der Bundesregierung ab und nähern sich den Szenarien des Öko-Instituts an. Allerdings sind die Positionen der Enquete-Kommission selbst beim sogenannten „extremen Energieeinsparen“ zurückhaltend, auch wenn man sie mit der Studie „Für ein energiesparendes Wachstum“ der EG-

Kommission (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1980) vergleicht. Eine Shell-Studie prognostiziert wesentlich höhere Energieeinsparungsmöglichkeiten als die Enquete-Kommission unter der Rubrik „extremes Energieeinsparen“. Schon die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch von 1973 bis 1982 würde unter die Kategorie „extremes Sparen“ fallen. Traube kommt zu dem Ergebnis, daß die Energieeinsparungsmöglichkeiten beim Pfad vier „die überhaupt denkbare unterste Grenze bei einer im Prinzip schon aus wirtschaftlichen Gründen vorgezeichneten Entwicklung zur rationalen Nutzung von Energie“ sind (vgl. Traube u.a. 1982, S. 148).

Die Studien der Enquete-Kommission und des Öko-Instituts wurden hier vorgestellt, um darzulegen, welche Möglichkeiten prinzipiell vorliegen, um eine sinnvolle Energieversorgung zu gewährleisten. Im folgenden werden wir kurz den eingeschlagenen Weg der Bundesregierung und der Elektrizitätskonzerne beleuchten, um dann einige Prinzipien und Vorteile einer alternativen Energiepolitik zu skizzieren.

3. Die Energiepolitik der Bundesregierung und die Chancen einer anderen Energieversorgung

3.1 Die Energiepolitik der Bundesregierung: Der harte Weg

Mit der dritten Fortschreibung des Energieprogramms (Bundestagsdrucksache 9/983) zeichnet sich die zukünftige Energiepolitik der Bundesregierung ab. Diese Politik entspricht etwa dem Pfad eins der Enquete-Kommission und das, obwohl erst kürzlich das Ifo-Institut feststellte, daß die Prognosen die Effizienz von Energiesparmaßnahmen kräftig unterschätzten (Handelsblatt 23.9.1983).

Wir beziehen uns im folgenden auf die dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. Bei einer genauen Analyse dieses Programms wird deutlich, daß im Gegensatz zu anderen Studien eine hohe Energienachfrage und das Energieeinsparpotential als relativ gering angenommen werden. Gegenüber 1978 (ca. 261 Millio-

nen t SKE) wird der Endenergieverbrauch auf ca. 280 Millionen t SKE in 1995 geschätzt. Die entsprechenden Werte für den Primärenergieverbrauch lauten 389 Millionen t SKE (1978) und zwischen 460 und 497 Millionen t SKE (1995). Dabei ergeben sich folgende Verbrauchsstrukturen:

Tab. 9: Endenergieverbrauch in der Bundesrepublik (in Prozent)

		1978	1995
<i>Industrie</i>	<i>ca.</i>	34	38
<i>Haushalt</i>	<i>ca.</i>	27	24
<i>Kleinverbrauch</i>	<i>ca.</i>	18	17
<i>Verkehr</i>	<i>ca.</i>	21	21
		100	100

Anhand dieser Daten ist ebenfalls das geringe prognostizierte Einsparpotential zu ersehen. Das liegt an bestimmten Wachstumsprämissen, jedoch insbesondere an der Art der Energieversorgung, die auf Großtechnologie setzt und hier insbesondere auf die Elektrizitätserzeugung durch Kernenergie.

Tab. 10: Stromerzeugungskapazität in der Bundesrepublik (in Prozent)

		1978	1995
<i>Wasser</i>	<i>ca.</i>	8	6
<i>Kernenergie</i>	<i>ca.</i>	10	31
<i>Kohle</i>	<i>ca.</i>	46	46
<i>Öl</i>	<i>ca.</i>	18	6
<i>Gas</i>	<i>ca.</i>	17	10
<i>Sonstige</i>	<i>ca.</i>	1	1
		100	100

Die Stromerzeugung soll eine Substitution des Öls sichern und sowohl bei den privaten Haushalten und bei der Industrie Marktanteile erobern. Insbesondere soll Elektrizität zur Raumwärme benutzt werden. Nachtspeichergeräte und elektrische Wärmepumpen werden als fortschrittliche Technologien angegeben, die auch sogenannte Lasttäler der Kraftwerke abdecken.

Zur Begründung für die Kernenergie werden folgende Argumente angeführt:

- Kernenergie sei im Grundlastbereich billiger.
- Billige Energie wird für die Exportkraft der Wirtschaft benötigt.
- Die Kernkraftwerksproduzenten werden eine wichtige Exportindustrie darstellen.
- Kernenergietechnologie sei für eine Industrienation notwendig wegen der Qualifikation der Beschäftigten
- Kernenergie muß in den Industrieländern eingesetzt werden, damit die sogenannte Dritte Welt die anderen Energieträger preisgünstig erwerben kann.

Heute haben wir 16 Kernkraftwerke in der Bundesrepublik in Betrieb, 10 im Bau und 9 geplant. Auf das Jahr 2.000 projiziert bedeutet der Pfad eins der Enquete-Kommission 59 Kernkraftwerke vom Typ Biblis und bis zum Jahre 2.030 sogar 127, davon 86 Brüter. Trotzdem muß unter solchen Prämissen ebensoviel Gas und Öl importiert werden (vgl. Meyer-Abich u.a. 1983).

Weitere Kernpunkte sind der Einsatz von Großtechnologien bei der Kohleveredelung, aber auch bei der Fernwärmeversorgung.

Bei einer Realisierung dieses Programms bzw. bei einem Eintreffen der Prognosen müßten jedes Jahr drei Kernkraftwerke vom Typ Biblis oder Brokdorf gebaut werden.

Ein Abschnitt des Programms beschäftigt sich mit Fernwärme sowie den regionalen Aspekten der Energieversorgung und stellt deren Vorzüge wie Umweltfreundlichkeit, rationelle Energieverwendung und die Anpassung an regionale Gegebenheiten dar. Allerdings sollen nur 3 Millionen Wohnungen oder 16 Prozent des Wohnungsbestandes mit Fernwärme versorgt werden. Von ca. 280 Millionen t SKE Endenergieverbrauch im Jahre 1995 sollen nur knapp 11 Millionen t SKE aus der Fernwärme kommen, 1978 waren es bereits über 5 Millionen t SKE. Der Stromverbrauch soll 1985 bei über 60 Millionen t SKE liegen.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die zukünftige Energiepo-

litik der Bundesregierung setzt auf Großtechnologien und berücksichtigt nicht konsequent die Möglichkeiten der Energieeinsparung und moderne Technologien zur dezentralen Wärme-Stromerzeugung. Sie fördert stattdessen Überkapazitäten in der Stromerzeugung durch Kernkraftwerke, die preisgünstige Elektrizität auch im Grundlastbereich nicht liefern könnten, wenn eine volkswirtschaftliche Gesamtkostenbetrachtung angestellt würde.

3.2 Zur Kritik der Kernenergie

„Ein Märchen geht zu Ende“ oder „Desaster der US-Atomindustrie“, so lauten Zeitschriftenmeldungen (WiWo 22/83) zur Elektrizitätsversorgung durch Kernkraftwerke. Frankreichs Elektrizitätsindustrie (32 Kraftwerksblöcke) macht horrende Verluste und hat Überkapazitäten. Die kurze Lebensdauer und Unfälle machen es möglich, daß in den Vereinigten Staaten keine Kernkraftwerke mehr bestellt werden. Im folgenden wollen wir die wichtigsten Argumente gegen den „harten Weg“ der Kernenergie nennen. Diese Argumente haben prinzipiell drei Schwerpunkte: einer betrifft die Technologie selbst und ihren möglichen Beitrag zur Energieversorgung, ein anderer die sozialen Auswirkungen, die aus einem solchen Energiekonzept folgen und der dritte führt die möglichen Auswirkungen bei Unfällen und Kriegen aus und benennt die Möglichkeit der Produktion von spaltbarem Material zur Bombenherstellung.

Die Elektrizitätserzeugung (Edelenergie) ist ein sehr teurer Weg, weil die Umwandlungsverluste extrem hoch sind (70 Prozent). Eine Verdrängung des Öls kann schlechthin nicht erfolgen, da nur 3 Prozent des verbrauchten Erdöls in der Bundesrepublik zur Elektrizitätsversorgung eingesetzt werden und Strom zur Zeit nur 10 Prozent des Endenergiebedarfs ausmacht. Günstiger Atomstrom setzt einen geschlossenen Brennstoffkreislauf voraus, also Wiederaufbereitungsanlagen und Brutreaktoren. Diese gibt es zur Zeit nicht in der Bundesrepublik, Fusionsreaktoren wohl frühestens in 50 Jahren. Der Bau von Brutreaktoren — der Schnelle Brüter (SNR 300) sollte 1977 fertig sein (Baubeginn 1970) und 500 Millionen DM kosten — stößt an seine finanziellen und technischen Grenzen. Voraussichtlich wird er 1987 fer-

tig und kostet 6,5 Milliarden DM. Ähnliche Fehlplanungen gab es mit dem Hochtemperaturreaktor, der 1983 fertiggestellt sein sollte und mit 670 Millionen DM angegeben war — die Kosten liegen heute bei 4 Milliarden DM.

Der Atomstrom ist weit teurer als der Kohlestrom und von den hohen Kapitalkosten bestimmt.

Ein Kernkraftwerk kostet zwischen 5 und 6 Milliarden DM und ein Kohlekraftwerk nur die Hälfte. Die Kilowattpreise bei Kernenergie liegen zwischen 15 und 18 Pfennigen; berücksichtigt man die volkswirtschaftlichen Kosten wie Forschung und Entwicklung, Endlagerungen, Wiederaufbereitung u.ä. mit, sogar bei 24 Pfennigen (vgl. Viefhues u.a. 1982). Die Stromerzeugungskosten bei Öl, Kohle oder Gas liegen zwischen 1,5 und 7 Pfennigen, also zwischen 10 und 50 Prozent der vergleichbaren Kernenergiekosten (vgl. Spiegel 49/81, S.74). Die Sicherheit der Kernenergieerzeugung ist keineswegs gewährleistet, sowohl was die Technologie der jetzigen Kraftwerke als auch die Lagerung und die Wiederaufbereitung des Atommülls angeht. Für die Lagerung und die Wiederaufbereitung sind die Technologien noch nicht einmal einsatzfähig. Auf die schädlichen Wirkungen von Strahlungen soll hier nicht näher eingegangen werden. Die Kosten des Abbruchs eines Atomkraftwerkes sind zur Zeit nicht absehbar, und die Lebensdauer wird von Kritikern nur auf ca. 15 Jahre geschätzt. Außerdem ist die Rohstoffversorgung mit Uran und Spezialmetallen keineswegs unproblematisch. Metalle wie Molybdän und Chrom sind selten und müssen importiert werden.

Aus diesen und anderen Gründen sind die meisten amerikanischen Elektrizitätsunternehmen nicht mehr an der Produktion von Kernkraftwerken interessiert. Auch in der Bundesrepublik gibt es Überlegungen zum Verzicht auf weitere Kernkraftwerke (Kuhbier 1984).

Zur sogenannten „Sozialverträglichkeit“ der Kernenergie sollen nur einige Stichworte genannt werden. Die Unsicherheit gegenüber der Ungefährlichkeit dieser Energieerzeugung ist sogar bei den Befürwortern vorhanden (vgl. Traube u.a. 1982). Die massiven Proteste gegen die Kernenergie sind in der Unsicherheit dieser Technologie begründet. Auch müssen die Atomkraftwerke selbst und die Lagerstätten der abgebrannten Brennstäbe besonders geschützt werden, d.h. die demokratischen Rechte der Arbeitnehmer werden eingeschränkt. Die „Si-

cherheitsbereiche“ der Kernenergieproduktion können dann leicht auf andere Industrien ausgedehnt werden (Atomstaat).

Weiterhin werden durch Großtechnologien im allgemeinen und Kernenergie im besonderen Festlegungen der Versorgung auf Jahrzehnte getroffen, in der Entsorgung sogar auf Tausende von Jahren.

Stichworte wie Dezentralität, Übersichtlichkeit und Nachfragekonformität lassen sich mit der Kernenergie nicht vereinbaren. Die weiter unten aufgeführten positiven Merkmale des „sanften“ Weges sprechen gegen eine Energieversorgung durch Kernenergie, insbesondere wenn bedacht wird, daß das Energieeinsparpotential wesentlich höher ist als die Energieerzeugungsmöglichkeit durch Kernenergie. Volkswirtschaftlich läßt sich die Verschwendung von gesellschaftlichen Ressourcen nicht legitimieren. Wenn bis 1995 ca. 135 Milliarden DM für Kernenergie ausgegeben werden sollen (dritte Fortschreibung des Energieprogramms), dann könnten damit auch 7 Millionen Ein- oder Zweifamilienhäuser mit Energiesparinvestitionen zu je 20.000 DM ausgestattet werden, so daß der Energieverbrauch um die Hälfte sinkt.

Darüberhinaus könnten die privaten Haushalte, die zur Zeit 10 bis 14 Prozent ihres Einkommens für Energiekosten ausgeben, entlastet werden. Die Versorgung des Wärmemarktes mit Kernenergie läßt die Energiekosten der privaten Haushalte erheblich steigen, bei gleichem Strompreis wie heute etwa um 10 Prozent (vgl. Traube u.a. 1982). Das bedeutet eine „großzügige Umverteilung“ der Einkommen hin zu den Elektrizitätskonzernen.

4. Für eine andere Energiepolitik: Der sanfte Weg

Mitte bis Ende der siebziger Jahre gerieten die Experten und Befürworter des harten Energieweges in Bedrängnis: erstens erwiesen sich ihre Prognosen als falsch und zweitens etablierte sich eine „Gegenwissenschaft“, die sich kritisch mit der Technologieentwicklung auseinandersetzte. Diese Diskussion begann in den USA mit einer Studie von Lovins („Sanfte Energie“). Ab 1979 wurden dann auch in der Bundes-

republik u.a. von Shell Szenarien entwickelt, die den sogenannten 'sanften Weg' der Energieversorgung berücksichtigten. Dieser beinhaltet den weitgehenden Einsatz von dezentralen Technologien, regenerativen Energiequellen und die massive Einsparung von Energie. Der 'sanfte Weg' bedeutet eine nutzungsorientierte Energieversorgung.

Grundsätzlich wird durch die zukünftige Energieversorgung unsere gesamte Lebensform mitbestimmt. „Auch unsere energiepolitischen Entscheidungen erweisen sich als Entscheidung darüber, wie (und wie nicht) wir leben wollen“ (Bundestags-Enquete-Kommission 1980, S. 62).

Die vom Öko-Institut und auch die von der Bundestags-Enquete-Kommission (Pfad vier) vorgestellten Szenarien berücksichtigen dezentrale Technologien und Möglichkeiten der Energieeinsparung, die mit einem Wertewandel in der Bevölkerung übereinstimmen (vgl. Meyer-Abich u.a. 1983). Auch der DGB definierte Kriterien zur Energieversorgung: für Arbeitnehmerhaushalte sollte Energie möglichst billig, versorgungssicher, ökologisch angepaßt und flexibel, d.h. sozial verträglich und an den gesellschaftlichen Wandel anpassungsfähig sein (vgl. Hennicke 1983). Diese Kriterien sind eher im 'sanften Weg' berücksichtigt.

4.1 Das Kriterium Energieeinsparungen

Das wichtigste Ziel der Energiepolitik muß die Energieeinsparung sein. Darunter sind einerseits Maßnahmen zu verstehen, die bei gegebener Technologie zu Einsparungen führen und andererseits der Einsatz neuer Technologien. In der Shell-Studie von 1979 wird errechnet, daß in Europa ein Drittel Primärenergie weniger verbraucht würde, wenn dem Energiepreis adäquate und rentable Technologien eingesetzt würden. Energiesparen wird dabei nicht als Verzicht auf Energiedienstleistungen, sondern nur als die verbesserte Ausnutzung der vorhandenen Energie verstanden.

Im folgenden sollen kurz die Empfehlungen der Enquete-Kommission und des Öko-Instituts zur Energieeinsparung bei der Heiz- und leitungsgebundenen Energieversorgung skizziert werden.

Inzwischen gibt es genaue Beschreibungen von Energiesparmaß-

nahmen und den Einsatzmöglichkeiten regenerativer Energiequellen (vgl. Bundestags-Enquete-Kommission 1980; Meyer-Abich u.a. 1983 und Krause 1981).

Die Enquete-Kommission schlägt zur Verringerung des Heizenergiebedarfs u.a. folgende Maßnahmen vor:

- Erhöhung der Wärmeschutzforderungen bei Neubauten
- Bei bestehenden Gebäuden sollen verschärfte Anforderungen an den Wärmeschutz und an neu zu installierende Heizanlagen höhere Effizienzmaßstäbe gestellt werden
- Öffentliche Gebäude sollen wärmesaniert und neue heiz- und regeltechnische Anlagen eingebaut werden. Dabei können die Industrie und das Baugewerbe neue Technologien erproben, die später in die Serienfertigung gehen können
- Bei Mietwohnungen sollten der Wärmeschutz u.a. durch Sonderabschreibungen gefördert und Finanzierungshilfen durch Zinssubventionen gegeben werden
- Es wird ein Forschungsprogramm zu bauphysikalischen, bauwirtschaftlichen und wohnphysiologischen Aspekten energiesparender Bauweisen gefordert und eine Änderung der Honorar- und Gebührenordnungen, die sich nicht nur nach dem Gebäudewert, sondern nach den Energiefolgekosten richten sollen
- Es sollen ein Förderprogramm zur Wärmeisolierung und für energiesparende Technologien aufgelegt werden und Qualifikationsmaßnahmen sowie Informationsarbeit (Energieberater, Energiedienste) erfolgen

Zu den Maßnahmen im Bereich der leitungsgebundenen Energieversorgung werden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Eine Veränderung der Tarifstruktur so, daß ein größerer Reiz zur Einsparung besteht und die Einführung zeitabhängiger Tarife, um Spitzenlasten zu vermeiden
- Eine Erleichterung der industriellen Eigenerzeugung von Elektrizität in Kraft-Wärme-Kopplung und der Einspeisung des Industriestroms ins öffentliche Netz; dabei soll Kohle verwendet werden
- Die Förderung eines verstärkten Einsatzes von dezentralen Blockheizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung, die Prüfung von dezentralen Lösungen beim Kraftwerksbau und die Konzipierung regionaler und örtlicher Energiekonzepte
- Eine Förderung von industrieller Abwärmenutzung
- Die Erweiterung der Aufgaben der Energieversorgungsunternehmen zur Bereitstellung von Energiedienstleistungen wie Hausisolierungen, neuen Heizanlagen sowie Beratungs- und Finanzierungsdienstleistungen. Damit würden eventuelle Energiebereitstellungskosten entfallen und der Energiebedarf sinken
- Die Erhebung einer Energiesteuer bzw. einer Abwärmeabgabe für umweltbelastende Unternehmen

- Maßnahmen zur Energierückgewinnung in der Industrie
- Maßnahmen zum erhöhten Einsatz von Sonnen- und Windenergieanlagen sowie Ausbildungs- und Forschungsprogramme in diesen Bereichen

Die Enquete-Kommission schlug insgesamt 62 Maßnahmen zur sinnvollen Energieverwendung vor, die technischer und/oder administrativer Natur sind.

Das Öko-Institut weist in einer umfangreichen Studie nach, daß der Raumwärmebedarf bis zum Jahre 2.000 um knapp 40 Prozent und bis zum Jahre 2.030 um gut 60 Prozent gegenüber dem von 1973 gesenkt werden kann. Bei Haushaltsgeräten kann der Strombedarf um zwei Drittel gesenkt werden.

Zur Deckung des Niedertemperaturwärmebedarfs bei Haushalten und Kleinverbrauchern können ca. 50 Prozent aus Sonnenenergie gewonnen werden, der Rest aus Blockheizkraftwerken und anderen Wärmekopplungsanlagen.

Kohle sollte in der Regel mit der umweltfreundlichen Wirbelschichttechnik verfeuert werden. Auch die Industrie würde ihren Wärmebedarf mit Kohle in Direktfeuerung erzeugen können.

Durch Kraft-Wärme-Kopplung kann 40 Prozent des Strombedarfs erzeugt werden, der Rest mit Wasser- und Windenergie.

Ca. 50 Prozent des Primärenergieeinsatzes würde durch Kohle erfolgen, die anderen 50 Prozent durch die regenerativen Energieträger Wind, Wasser, Sonne und Biostoffe.

Diese hier nur angedeuteten Maßnahmen ermöglichen eine weitestgehende Schonung der nicht regenerierbaren Ressourcen, eine Vermeidung von Umweltschäden und die Erhaltung der Sozialverträglichkeit des Energiesystems.

4.2 Das Kriterium der Schonung der nicht regenerierbaren Ressourcen

Eine Maximierung der Energieeinsparung und eine Verschiebung der Verbrauchsstrukturen auf regenerative Energieträger bedeutet natürlicherweise die Schonung der nicht regenerierbaren Energieressourcen.

Das Ende der einzelnen Energierohstoffe ist sicherlich sehr schwer zu schätzen und viele unterschiedliche Prämissen bedeuten eine nicht

unerhebliche Unsicherheit für präzise Zeiträume. Andererseits beruht ein Großteil unserer Energieversorgung auf den nicht regenerierbaren Rohstoffen Rohöl und Erdgas, deren Ende absehbare Zeiträume umfaßt. Eine Einsparung kann diese Zeiträume, wie wir an den Szenarien der Enquete-Kommission und des Öko-Instituts gesehen haben, erheblich verlängern. Dies hat positive Auswirkungen auf die internationale Sicherheit, denn bei Weiterführung unserer bisherigen Energiepolitik werden Konflikte um die Sicherheit von Rohstoffquellen nicht ausbleiben. Die Entwicklungssituation der sogenannten Dritten Welt wird sich verschlechtern, da die Energiepreise weiter steigen werden.

4.3 Das Kriterium der Umweltschonung

Die Belastung der Umwelt durch die Energieproduktion ist augenscheinlich. Das Sterben der Wälder, die Luftverschmutzung, sowie das Aufheizen von Gewässern und der Atmosphäre nehmen in einzelnen Regionen Formen an, die in Verbindung mit anderen Umweltverschmutzungen zu höheren Sterberaten bei Menschen führen. Die Realisierung von Energieeinsparungen und der Einsatz umweltfreundlicher Technologien können einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation und der Überlebenschancen leisten.

4.4 Das Kriterium der Sozialverträglichkeit

Unter der Sozialverträglichkeit von Energiesystemen versteht man die Vereinbarkeit der Voraussetzungen und Folgewirkungen von technologischen Systemen mit zentralen Normen der Verfassung und den gesellschaftspolitischen Zielen.

Dabei spielen u.a. die Akzeptanz von Sicherheitsrisiken z.B. bei Großtechnologien ebenso eine Rolle wie die Einschränkung von Möglichkeiten der gesellschaftlichen Konfliktaustragung, die Notwendigkeit der staatlichen Überwachung des Einzelnen, die Unterordnung politischer Entscheidungen unter geschaffene „Sachzwänge“ und die Auswirkungen auf die Lebensmöglichkeiten der Nachwelt (vgl. Meyer-Abich u.a. 1983). Auch unter Berücksichtigung des Kriteriums

der Sozialverträglichkeit ist der „sanfte Weg“ der Energieversorgung den Planungen der Bundesregierung vorzuziehen.

Das Mißtrauen vieler Bürger gegen den Ausbau der Kernenergie gilt neben sicherheitstechnischen Problemen auch der Förderpolitik des Staates, der eine Technologie fördert, die keinen relevanten Anteil an der Energieproduktion hat. Es werden auf Staatskosten Prototypen erstellt, während der andere Weg der Energieversorgung durch regenerative Energiequellen nicht ernsthaft beschrritten wurde. Dies produziert bei breiten Bevölkerungsschichten ein Mißtrauen auch gegenüber der Technik an sich.

Neuere Untersuchungen über den Wertewandel deuten bei einer wachsenden Bevölkerungsschicht auf Lebensqualitätsziele hin, zu denen Ökologie, Mitbestimmung, Dezentralität und Übersichtlichkeit von Industriesystemen gehören. Großtechnologische Lösungen werden abgelehnt und sind zudem nicht — wie oft behauptet wird — notwendig. Technologie ist nicht vorbestimmt, sondern die heute vorherrschenden Großtechnologien sind — oft abgeleitet aus der Waffentechnik — nur eine unter vielen technisch möglichen Entwicklungswegen. Es geht um politische Entscheidungen und nicht um scheinbar technologische Sachzwänge.

4.5 Voraussetzungen für den „sanften“ Weg

Die Bundesrepublik verfügt nur über nennenswerte Kohlereserven. Erdöl, Erdgas und Uran müssen importiert werden. Ein wesentlicher Teil der Energieversorgung sollte durch die Verwertung der Kohle in Verbindung mit umweltfreundlichen Reinigungsverfahren sichergestellt werden.

Die erneuerbaren Energiequellen gliedern sich in Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Umweltwärme (Wärmepumpen) und Solarkollektoren oder photovoltaische Solarzellen (vgl. Bossel 1982).

Die Potentiale erneuerbarer Energiequellen sind in Studien der Kernforschungsanlage Jülich erarbeitet worden. Es gibt Prognosen, die maximale Größen zur regenerativen Energieversorgung darstellen. Bis zum Jahr 2.000 würden 40 Millionen t SKE durch regenerative Energiequellen ersetzbar sein. Langfristig liegt das Potential, so Bos-

sel, sogar insgesamt bei 300 Millionen t SKE Primärenergieäquivalent; davon (bei integrierter Nutzung in Land- und Forstwirtschaft) 60 Millionen t SKE durch Biomasse, 13 Millionen t SKE durch Wasserkraft, 30 Millionen t SKE durch Windkraft, ca. 90 Millionen t SKE durch Solarzellen, 100 Millionen t SKE durch Solar Kollektoren und 15 Millionen t SKE durch Wärmepumpen. Die Speicherprobleme von Strom könnten durch kleine dezentrale Elektrolysefabriken für Wasserstoff gelöst werden.

Da die heutige Energiepolitik an objektive (Ressourcenendlichkeit) und gesellschaftliche Grenzen stößt, werden diese Energiepotentiale verwendet werden müssen. Sie werden zu neuen technischen Lösungen führen und neue Wachstumsimpulse auslösen. Technisch möglich, so Bossel, ist langfristig ohne Wohlstandsminderung ein Endenergiebedarf von 85 Millionen t SKE (heute 240 Millionen t SKE) und ein Primärenergiebedarf von 120 Millionen t SKE (heute 360 Millionen t SKE). Eine technische Untergrenze des Primärenergiebedarfs liegt ungefähr bei 40 Millionen t SKE.

Diese langfristige Betrachtung bis ins Jahr 2.030 eröffnet also die Möglichkeit der Energieautarkie in der Bundesrepublik. Bossel weist ausdrücklich darauf hin, daß die aufgeführten Möglichkeiten geringere Innovations- und Folgekosten verursachen als der zur Zeit geplante „harte Weg“ und darüber hinaus sukzessive in Angriff genommen werden können.

5. Konzepte zur städtischen Wärmeversorgung

Nachdem oben die groben Linien des „sanften Weges“ beschrieben wurden, sollen im folgenden einige grundsätzliche Bemerkungen zur Wärmeversorgung gemacht werden.

Der Wärmemarkt, die Endenergienachfrage nach Wärme, macht drei Viertel des Endenergieverbrauchs (fast 200 Millionen t SKE) aus. Von diesem Endenergieverbrauch wiederum werden zwei Drittel im Niedertemperaturbereich (unter 200°), der Rest bei Temperaturen von 600° C nachgefragt. Zur Zeit werden über 50 Prozent dieses Bedarfs

mit Mineralöl und fast 20 Prozent durch Erdgas gedeckt. Die Elektrizitätswerke wollen in diesen Markt eindringen, genauso wie es bereits die Gasversorgungsunternehmen getan haben. Es wird einen harten Konkurrenzstreit geben, wobei die Interessenlagen nur von den Angebotsstrukturen der Unternehmen ausgehen und nicht nachfrageorientiert und nutzerfreundlich sind. Die heutige Situation in bezug auf die Gasversorgung ist ähnlich einzuschätzen wie die Erdölversorgung Anfang der sechziger Jahre. Damals wurde Öl extrem billig angeboten, um die Kohle zu verdrängen. Heute scheint die Erdgasversorgung relativ preisgünstig und gesichert; wie die Situation aber in zwanzig Jahren ist, wenn eine große Abhängigkeit vom Erdgas besteht, kann man sich ausrechnen.

Zur Versorgung des Wärmemarktes müssen wir an die Vorschläge des Öko-Instituts oder der Enquete-Kommission anknüpfen. Eine Studie des Bundesbauministeriums (vgl. Hatzfeld 1982) kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, daß 50 Prozent der Heizenergie durch Isolierung u.ä. bis zum Jahre 2.000 eingespart werden kann.

Für eine Erhöhung der Fern- oder Nahwärmeversorgung sollten sogenannte Fernwärmeinseln geplant werden, die bei weiterem Ausbau zu Gesamtnetzen zusammenwachsen können. Dabei kann eine mögliche Gasversorgung integriert werden (gasgetriebene Blockheizkraftwerke).

Wenn man die vorangegangenen Überlegungen zusammenfaßt, kommt man grob zu folgenden Ergebnissen:

- es müssen alle Maßnahmen zur Senkung des Wärmebedarfs genutzt werden
- der Nah- oder Fernwärmeausbau hat Vorrang vor anderen Energieversorgungsarten
- der Ausbau hat dezentral in Verbrauchernähe zu beginnen
- die Einspeisung industrieller Abwärme muß möglich sein, auch die Einspeisung von erzeugtem Strom in das Leitungsnetz bei der Kraft-Wärme-Kopplung
- um eine optimale Anpassung an die Verbrauchsschwankungen zu gewährleisten, sind immer mehrere Heizblöcke zu koppeln, die nach Bedarfslage an- oder abgeschaltet werden können.

5.1 Die Kraft-Wärme-Kopplung

Beim Betrieb von Großkraftwerken fallen Abwärmemengen ab, die Städte wie Frankfurt versorgen könnten. Allerdings müßten riesige Wärmenetze geschaffen werden und ein voller Anschlußzwang erfolgen. Die Investitionskosten wären so hoch, daß sie von den Unternehmen nicht finanziert werden könnten. Auch fallen Dampftemperaturen an, die nicht wirtschaftlich nutzbar sind (110°). Da diese Kraftwerke im Grundlastbereich arbeiten, gibt es bei schwankendem Bedarf unbefriedigende Ausnutzungsgrade.

Bei einer direkten Wärmeerzeugung durch Heizkraftwerke fallen ca. ein Drittel Verluste an. Insgesamt sind diese Umwandlungsverluste pro Jahr ca. 100 Millionen t SKE. Bewertet man diese Verluste mit 5 Pfennigen pro Kilowatt-Stunde, so erhält man einen Wert von 100 Milliarden DM. Moderne Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen ermöglichen Ausnutzungsgrade bis zu 90 Prozent.

Zur rationellen Energieverwendung kommen deshalb nur kleinere und mittlere Kraftwerke in Frage (bis 400 Megawatt), die in Verbrauchernähe stehen. Für die dezentrale Nutzung bestehen folgende technologische Möglichkeiten: Blockheizkraftwerke (ab 1 Megawatt elektrische Leistung), wirbelschichtbefeuerte Kohleheizkraftwerke von 50 Megawatt und große Heizkraftwerke bis 400 Megawatt. Für die Heizkraftwerke müssen die hohen Kosten der Leitungen einbezogen werden; dies setzt eine hohe Nutzerdichte voraus. Ca. 70 Prozent der Investitionen entfallen auf das Wärmenetz, der Rest auf die Strom- und Wärmeerzeugung.

Kleine Kohlekraftwerke und gasgetriebene Wärmepumpen eignen sich besonders für die Nahwärmeversorgung und bei geringerer Nutzerdichte können sie auch in Altbaugebieten eingesetzt werden, in denen eine sukzessive Wärmeversorgung erfolgt.

Eine „insulare Aufbaustrategie“ kann konfliktfreier und ökonomischer verlaufen, da die Anlaufverluste gering sind und ein Ausbau im Rahmen des Bedarfs erfolgt, so daß keine hohen Vorfinanzierungskosten entstehen.

5.2 Regionale Energiekonzepte

Die Kriterien des „sanften Weges“ werden erst auf der regionalen Ebene konkret. Hier wird der Technologieeinsatz entschieden, werden genaue Aufnahmen des Wärmebedarfs angestellt, hier treffen jedoch auch die Interessen der Energieabnehmer und die ökonomischen Interessen der Energieversorgungsunternehmen aufeinander. Die Energieversorgungsunternehmen vertreten zur Zeit den „harten Weg“ der Großtechnologie, um möglichst hohe „leitungsgebundene Energiemengen“ wie Strom, Erdgas und Fernwärme verkaufen zu können.

Diese einzelwirtschaftliche Sichtweise muß zur Nichtberücksichtigung von Energiesparmaßnahmen und von regenerativen, nicht leitungsgebundenen Energieträgern führen. Hinzu kommt noch eine enge Verflechtung von Energiekonzerninteressen und politischen Entscheidungen, die in der Regel zugunsten der Konzerninteressen ausgehen. Die Kosten dieser Fehlentscheidungen haben die Verbraucher zu tragen (vgl. FR 18.2.1984 „Senator: Atomkraftwerke Grund für immer höhere Strompreise“).

Die öffentliche Aufsicht funktioniert nicht, da Eigner, Unternehmer und Kontrolleure (Ministerien, Städte und Behörden) identisch sind. Die Kontrolle erfolgt formal-juristisch, es gibt keine Erörterung von volkswirtschaftlichen Rentabilitäten (vgl. Ullrich 1984).

Sanfte regionale Energiekonzepte berücksichtigen über die einzelwirtschaftlichen hinaus auch volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Kriterien. Die rationelle Energieversorgung für Regionen kann genaue Siedlungsstrukturen erfassen und kommt dann unter Berücksichtigung von Stadtplanungskriterien zum Einsatz dezentraler Technologien wie Blockheizkraftwerken, gasgetriebenen Wärmepumpen, Müllpyrolyseanlagen, Solarenergie und Biogas. Die Versorgung von Stadtteilen oder großen Wohnblöcken kann durch wirbelschichtbefeuerte Blockheizkraftwerke geschehen. Man sollte sich mit Vorschlägen zu einer grundsätzlichen Neuorganisation des Energiemarktes auseinandersetzen, die die Kernenergie-Enquete-Kommission aus den USA empfahl: eine Erweiterung der Aufgaben der Energieversorgungsunternehmen hin zu Energiedienstleistungen statt der Bereitstellung neuer Versorgungskapazitäten sowie eventuell die Finanzierung von Investitionen beim Verbraucher zur Energieeinsparung.

Einige amerikanische Energieversorgungsunternehmen leihen Hausbesitzern Geld zu sehr günstigen Konditionen mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren, um solarbeheizte Warmwasseranlagen anzuschaffen. Für den Hausbesitzer ergibt sich der Vorteil, aus den Einsparungen an Elektrizität die Finanzierung der Anlage leisten zu können. Das Elektrizitätsunternehmen verbucht die Solaranlage als eigene Investition und verhindert so teurere Investitionen in die Energieproduktion. Diese Maßnahmen sind unter einzel- und gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten profitabel. Man kann sich gut vorstellen, dieses System auch in anderen Bereichen anzuwenden (vgl. Traube u.a. 1982). Warum gibt es in der Bundesrepublik nicht solche Überlegungen?

Bei uns sind die Energieversorgungsunternehmen nur am Verkauf von Energie interessiert und sie haben aufgrund des Energieversorgungsgesetzes eine Monopolstellung. Die Verbraucher dagegen sind „atomisiert“ und rechnen bei Energiesparinvestitionen in relativ kurzen Zeiträumen (3 bis 5 Jahre), während die Energieversorgungsunternehmen ihre Investitionen in 20 bis 30 Jahren abschreiben können. Aus dieser Situation erscheinen Energieeinsparinvestitionen subjektiv teuer. Das angegebene amerikanische Beispiel zeigt, daß bei anderen Abschreibungsfristen für den Verbraucher günstigere Konditionen möglich sind.

Noch hemmender für die Einsparung von Energie ist die Finanzierung der Energieversorgungsunternehmen selbst: sie können sich auch ihre Fehlinvestitionen in Überkapazitäten vom Verbraucher über den Preis bezahlen lassen und selbst zukünftige Investitionen wie der 10 Jahre dauernde Bau von Kernkraftwerken werden in der Bauphase über den Strompreis finanziert. Auch dies ist ein Grund dafür, daß es den Energieversorgungsunternehmen trotz riesiger Fehlinvestitionen wirtschaftlich sehr gut geht.

Es ist notwendig, die Gesetzgebung zur Energieversorgung umzustellen, um die Macht der Energieversorgungskonzerne einzuschränken, sich die politische Autonomie zu einer sinnvollen Energieversorgung zu erhalten und eine Dezentralisierung der Investitionen zum Energiesparen zu ermöglichen.

5.2.1 *Das Beispiel Flensburg*

Das Fernwärmekonzept der Stadt Flensburg hat bisher wohl am konsequentesten eine eigene dezentrale Energieversorgung realisiert. „In Flensburg raucht kein Schornstein mehr“ (FR 4.4.1981), da die Anschlußdichte an Fernwärme bei 100 Prozent der Haushalte liegt. Dieses Ergebnis wurde ohne Anschlußzwang und trotz ungünstiger „objektiver“ Voraussetzungen erreicht. Die Trassenlängen betragen bis zu 13 km und die Bebauung ist nicht hochgeschossig; sie beträgt nur ein Viertel dessen, was als fernwärmeversorgungsüblich betrachtet wird. Auch die Bodenbeschaffenheit (Höhenunterschiede) ist nicht versorgungsfreundlich. Ingenieurbüros hielten Flensburg für nicht fernwärmegeeignet. Zum Zeitpunkt des Baubeginns (1969/71) war Erdöl gerade besonders billig, so daß kurzfristig betrachtet eine Fernwärmeversorgung teuer erschien. In den siebziger Jahren mußte dann aber die Ausbauschnelligkeit verdoppelt werden, weil die Ölpreise stark stiegen. In der Anfangszeit wurde für eine Gasversorgung plädiert, jedoch gelten für die Gasversorgung prinzipiell die gleichen Nachteile wie für das Öl, denn der Gaspreis ist an den Ölpreis gekoppelt. Auf dem Energiesektor gibt es kaum Konkurrenz.

Bei der Planung der Stadtwerke zur Fernwärmeversorgung ging man von Prinzipien aus, die 10 Jahre später unter den beschriebenen Leitlinien des „sanften Weges“ formuliert wurden.

Ausgangspunkt der Überlegungen Ende der sechziger Jahre war die Endlichkeit der Ressourcen Erdöl und verzögert auch Erdgas, aber eine langfristig gesicherte Versorgung mit Kohle. Da der Ausbau eines Fernwärmenetzes 20 bis 30 Jahre in Anspruch nimmt, sind langfristige Überlegungen zu energie- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen notwendig; sie sollten sich nicht an kurzfristigen Opportunitäts Gesichtspunkten orientieren.

Eine weitere Grundüberlegung war der angepaßte Ausbau sowohl des Netzes als auch der Kraftwerk-Versorgung, d.h. es wurden „Fernwärmeinseln“ gebaut.

Bis heute sind fünf Heizkraftwerke in Betrieb, die mit Steinkohle betrieben werden. Neu eingesetzt wurde ein Wärmespeicher, der im Hochlastzeitraum aufgeladen wird, um insbesondere im Sommer in Niedriglastzeiten die Wärme abzugeben. Die Heizwerke sind in Blöcken gebaut, damit einzelne in Zeiten geringerer Nachfrage abge-

schaltet werden können. Das gesamte System ist so konstruiert, daß auch bei unterschiedlichen Abnahmebedingungen (Sommer/Winter, tägliche Stoßzeiten) eine optimale Ausnutzung der bestehenden Anlagen gewährleistet ist. Der Auslastungsgrad der eingesetzten Energie beträgt 71 Prozent (19 Prozent Strom und 52 Prozent Wärme).

Die Investitionskosten beim Kraftwerksbau liegen mit DM 800,—/KW weit unter denen des bundesdeutschen Durchschnitts (DM 2.500,—/KW). Nach Meinung des technischen Vorstandes der Stadtwerke ist dieser Wert auch auf andere Städte übertragbar. Der Leitungsbau erfolgte wesentlich günstiger als in anderen Städten. Man verwendete ein leicht verlegbares kompaktes finnisches System. Deshalb können kleine Firmen eingesetzt werden, mit denen eine einfache Zusammenarbeit möglich ist. Das vermindert die Kosten beträchtlich.

Diese zentralen Entscheidungen (der Inselbetrieb und geringe Investitionskosten beim Leitungs- und Kraftwerksbau) haben gegenüber anderen großtechnologischen Modellen wesentliche Vorzüge:

- Die Wärmeverluste sind gering und die Nutzer können schnell an das System angeschlossen werden. Die Vorfinanzierung ist kurzfristig, da bereits mit geringer zeitlicher Verzögerung Einnahmen erfolgen.
- Der Preisvorteil der Wärmeversorgung ist gegenüber Ölheizungen mit ca. 30 Prozent angegeben, dazu kommt eine günstige Warmwasserversorgung, so daß sich der Vorteil für den Verbraucher weiter erhöht.
- Betrachtet man die Betriebskosten der Flensburger Fernwärmeversorgung mit einer Gasversorgung, so liegen diese in Flensburg nur halb so hoch.

Die Finanzierung des Ausbaus (ca. 370 Millionen DM bis 1981) erfolgte weitgehend über Abschreibungen. An öffentlichen Zuschüssen gab es nur ca. 11 Millionen DM aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm und 5 Millionen DM aus dem Verstromungsgesetz der Bundesregierung mit der Verpflichtung, Ruhrkohle zu verfeuern.

Voraussetzung der vollständigen Versorgung mit Fernwärme waren einmütige Entscheidungen der Politiker. Die Interessen der Beschäftigten bei der Gasversorgung wurden gewahrt, indem ihre Arbeitsplätze bei der neuen Wärmeversorgung gesichert wurden.

Allerdings hat es harte Auseinandersetzungen mit den gasverkaufenden Energieversorgungsunternehmen gegeben.

5.2.2 *Das Beispiel Saarbrücken*

Saarbrücken entwickelt und realisiert ein Versorgungsmodell, welches in den Kernpunkten den Forderungen des „sanften Weges“ und der dezentralen Energieversorgung nachkommt. Die vier Pfeiler des Konzeptes sind:

- Förderung von Energiesparmaßnahmen beim Verbraucher
- Nutzung der industriellen Abwärme
- Erschließung regenerativer Energiequellen
- verstärkter Einsatz heimischer Kohle

Das Energieeinsparprogramm der Stadtwerke Saarbrücken erinnert in Teilen an die vorn beschriebenen Methoden von Energieversorgungsunternehmen in den USA. Es enthält spezielle Energiespardarlehen in Höhe bis zu DM 30.000,—, und es werden kostenlos individuelle Energie-Spar-Programme erstellt sowie Fachberatungen durchgeführt. Heizungsanlagen werden an den Kunden verleast und die Wartung übernehmen die Stadtwerke.

Bei der Konzeption des Fernwärmenetzes werden die Möglichkeiten der industriellen Abwärme und der Kraft-Wärme-Kopplung berücksichtigt. Im ersten Schritt werden lokale Fernwärmeinseln und spezielle Einspeisemöglichkeiten wie z.B. Energie aus Gaswärmepumpen gewählt. Der letzte Schritt ist die Einbindung der Netze in ein Fernwärmeverbundsystem. Diese Vorgehensweise senkt die Kosten ebenso wie spezielle Verlegeverfahren. Saarbrücken wird auch aus industriellen Ballungsgebieten (Dillingen und Neunkirchen) über die Fernwärmeschiene Saar industrielle Abwärme einsammeln und in das innerstädtische Netzsystem einspeisen.

Bei den regenerativen Technologien steht die Gaswärmepumpe an erster Stelle, da sie eine Wärmeausnutzung von 180 Prozent hat, d.h. beim Einsatz von 100 Prozent Primärenergie Gas wird eine nutzbare Wärmemenge von 180 Prozent erzielt. Die zusätzliche Wärme wird aus der Luft, aus dem Wasser oder dem Erdreich gewonnen. Diese Technologie läßt sich besonders gut für die nicht so dicht besiedelten Gebiete oder für Wohnblocks einsetzen.

Kleintechnisch sollen Sonnenenergie-Absorberdächer eingeführt werden; dafür stehen Modellhäuser (Solarhaus) u.ä. zur Anschauung zur Verfügung.

Im kleineren Maßstab (Bauernhöfe, Gärtnereien) soll ebenfalls

Windenergie erprobt werden.

Bio-Gas kann bei Klärwerken gewonnen werden. Erprobt wird auch der Einsatz von Blockheizkraftwerken mit Wirbelschichtbefeuerung in Völklingen. Der Ausbau dieses Versorgungsnetzes dauert ca. 20 Jahre und liefert damit einen kontinuierlichen Beschäftigungseffekt im Problemgebiet Saarbrücken. Das Investitionsvolumen von 365 Millionen DM (Preisstand 1979) kann nicht allein von den kommunalen Unternehmen aufgebracht werden. Die Stadtwerke erhalten Zuschüsse.

5.3 Dezentrale Energieversorgung

Die Beispiele Flensburg und Saarbrücken sollten zeigen, daß unter sehr unterschiedlichen Bedingungen differenzierte Lösungsmöglichkeiten der Energieversorgung bestehen, die kurzfristig ökologisch und langfristig auch ökonomisch sinnvoll sind.

Es lassen sich eine ganze Reihe von Beispielen aufzählen, bei denen eine dezentrale Energieversorgung zu positiven Ergebnissen geführt hat. So baut die Stadt *Uelzen* ihre eigene Energieversorgung mit Blockheizkraftwerken (Motorheizkraftwerk von Blohm & Voss), einer Müllverbrennungsanlage und unter Ausnutzung von Industrieabwärme eine eigene Strom- und Wärmeversorgung auf. Auch bei diesen Planungen teilt man die Stadt in „Wärmeinseln“ auf und wird in Zukunft ein Verbundsystem schaffen. Die Vorteile liegen bereits heute auf der Hand: die Strompreise für die Bevölkerung liegen 5 bis 10 Prozent unter den Preisen der regionalen Energieversorgungsunternehmen. Die örtlichen Unternehmen werden ebenfalls mit preisgünstiger Energie versorgt.

In *Heidenheim* wurde 1975 das erste Blockheizkraftwerk gebaut, heute sind es bereits fünf. Hier hat man das Auslastungsproblem im Sommer und im Winter gelöst, indem man im Sommer eine größere Anzahl von Häusern nur mit Warmwasser versorgt und im Winter eine geringere Anzahl von Häusern mit Warmwasser und Heizenergie.

Auch in *Nienburg* will man die Energieversorgung umstellen. Hier geht man einen anderen Weg als bisher beschrieben. Es ist vorgesehen, das Konzept der „kalten Fernwärme“ zu benutzen und die Abwärmemengen von Industriebetrieben und geklärte Abwässer in Verbindung

mit Gaswärmepumpen zur Wärme- und Stromversorgung einzusetzen. Diese Art der Energieversorgung ist gegenüber dem Öl bei steigenden Preisen günstiger und wesentlich umweltfreundlicher als die bisherige Ölversorgung.

Auch *Achim* baut sein eigenes dezentrales Energiesystem (Strom und Wärme) in der ersten Stufe mit einem gasbefeuerten Blockheizkraftwerk. Die Kosten für die Energieversorgung werden um 30 Prozent unter den heutigen liegen. Die Stadtwerke Achim bekommen keinerlei besondere Investitionszuschüsse.

Diese Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden. Sie zeigen deutlich, daß gerade in kleineren Kommunen, die über ein eigenständiges Energieversorgungsunternehmen verfügen, eine Vielzahl unterschiedlicher Möglichkeiten einer ökonomisch und ökologisch sinnvollen Energieversorgung genutzt werden kann.

6. Energiepolitik und Arbeitsplätze

Die Energiepolitik spielt eine wesentliche Rolle in den Programmen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der DGB fordert in seinen Beschäftigungsprogrammen u.a. Investitionen im Energiebereich zur Förderung eines qualitativen Wachstums. Eine vernünftige Energiepolitik wird als ein Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung gesehen. 1982 hat der DGB auf dem 12. ordentlichen Bundeskongreß einen Grundsatzbeschluß zur Energieversorgung gefaßt, der besonderen Augenmerk auf die Energieeinsparung legt. Es sollen die Energieverluste im Umwandlungsbereich z.B. durch Kraft-Wärme-Kopplung vermindert, Wärmedämmprogramme aufgelegt und die Fernwärmeversorgung unter Einbeziehung von Abwärme ausgebaut werden.

Außerdem gibt es die Forderung nach der Weiterentwicklung regenerativer Energiequellen und der stärkeren Verwendung heimischer Kohle. Durch diese Politik sollen Arbeitsplätze geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik erhöht werden.

Neue Energietechnologien sind Zukunftsmärkte. Durch ein lang-

fristiges Investitionsprogramm (20 Jahre) in Höhe von 450-500 Milliarden DM können Beschäftigungseffekte von ca. 500.000 Arbeitsplätzen erreicht werden (vgl. Riegert 1980 und Klauder 1980).

Für Investitionsprogramme im Bereich rationeller Energieverwendung spricht vor allem, daß für jede in diesem Sektor ausgegebene Mark drei- bis viermal so viele Arbeitsplätze geschaffen werden als wenn dieses Geld für Ölimporte ausgegeben wird. Der Arbeitsplatzeffekt im Mineralölsektor ist sehr gering. Eine grundlegende Studie zu den Beschäftigungswirkungen beim Übergang zu einer alternativen Energiestruktur kommt aus den USA (vgl. Rodberg 1980).

Diese Studie macht deutlich, daß unter den Gesichtspunkten rationeller Energieverwendung, Kraft-Wärme-Kopplung, Einsatz von dezentralen Energietechnologien und Recycling äußerst positive Beschäftigungseffekte zu verzeichnen sind. Mit einem Investitionsprogramm von 500 Milliarden Dollar (Preisstand 1978) könnten innerhalb von ca. 10 Jahren zwischen zwei und drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Für die Bundesrepublik gibt es mehrere Untersuchungen über die Beschäftigungseffekte, die von unterschiedlichen Prämissen ausgehen. Es werden Arbeitsplatzangaben gemacht, die bei Investitionssummen von 1 Milliarde DM von 25.000 Arbeitsplätzen ausgehen (Lennartz 1981) bzw. von gut 500.000 Arbeitsplätzen für 50 Milliarden DM Investitionen (Haak 1981).

Die Enquete-Kommission schätzt, daß zwischen 700.000 und 1.000.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn in den nächsten zwanzig Jahren 450-500 Milliarden DM investiert werden.

Eine neuere Untersuchung des Umweltbundesamtes (Garnreiter 1983) führt detailliert die Wirkungen unterschiedlicher Energieeinsparinvestitionen auf. Die Untersuchung erstreckt sich über den Zeitraum 1983-1995 und rechnet bei der Wärmedämmung mit einem Investitionsvolumen von 3,7 Milliarden DM pro Jahr, bei der Benzin-/Dieselsubstitution mit Investitionen von 260 Millionen DM pro Jahr und bei der Fernwärme aus Blockheizkraftwerken und betrieblichen Kraft-Wärme-Kopplungen mit 1,8 Milliarden DM Investitionen pro Jahr. Insgesamt entstehen im Investitionszeitraum positive Beschäftigungseffekte von 1,4 Millionen Arbeitsplätzen, das heißt jährlich ca. 110.000. Die weitaus höchsten Beschäftigungseffekte und Energieein

sparungen entstehen im Bereich Wärmedämmung und Fernwärme. Die hohen Arbeitsplatzeffekte entstehen einerseits aus der Verdrängung nicht-arbeitsintensiver importierter Energieträger und den verringerten Gesamtkosten für Energiedienstleistungen, die für alternative Konsumzwecke zur Verfügung stehen. Die Importreduktion soll dabei keine nennenswerten Rückwirkungen auf den Export haben. Voraussetzung für diese positiven Wirkungen sind die Intensivierung der Energieberatung, die Veränderung von umwelt-, bau- und rechtlichen Bestimmungen und die Investitionslenkung auf die drei untersuchten Bereiche (Wärmeisolierung, Benzin-/Diesel-Substitution, Kraft-Wärme-Kopplung) sowie auf den Sektor Heizanlagen, Regelungs- und Steuertechnik und Wärmerückgewinnung.

An der Technischen Universität Berlin legte die Projektgruppe „Energie und Gesellschaft“ eine Studie zu den Beschäftigungseffekten eines langfristigen Energiesparkonzeptes „Raumwärme 2.000“ vor (vgl. Spitzley 1983). Die Studie betont den besonderen Wert des Energiesparens, weil die Heizkosten bei den Arbeitnehmern die Höhe einer zweiten Miete annehmen und damit die Nachfrage in anderen Konsumbereichen beschneiden, und außerdem hohe Arbeitsplatzeffekte bei kleinen und mittleren Betrieben sowie im Baubereich möglich sind. Die Investitionsschwerpunkte können in Regionen beginnen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist.

Die Beschäftigungswirkungen werden wie folgt unterteilt: Direkte Beschäftigungswirkungen entstehen durch die zusätzlichen Investitionen, der direkte Arbeitskräftebedarf wird durch den zusätzlichen Bedarf an Rohstoffen und Halbfabrikaten und der multiplikative durch das Nachfragewachstum der direkt und indirekt Beschäftigten erreicht, deren Einkommen wiederum zu Ausgaben führt. Auch werden in dieser Studie die Arbeitsplatzverluste berücksichtigt, die in Branchen entstehen, deren Qualifikationen weniger benötigt werden. In den Jahren 1985 bis 1999 würden ca. 200.000 Personen pro Jahr zusätzlich einen Arbeitsplatz haben. Die Investitionskosten des Wärmedämmprogramms, der Verbesserung der Heiztechnik und des Ausbaus der Nah- und Fernwärme erfordern jährlich ca. 11 Mrd. DM. Die Kosten finanzieren sich teilweise selbst, da von langfristig steigenden Öl- und Gaskosten ausgegangen werden kann; außerdem kann angenommen werden, daß Arbeitslose neu eingestellt werden. Die Kosten eines

Arbeitslosen liegen pro Jahr bei ca. 26.-28.000 DM. Interessant erscheint uns ein Vergleich der Beschäftigungswirkungen von Fernwärmeprogrammen.

Tab. 11: Vergleich der Beschäftigungsgewinne des Fernwärmeausbaus nach verschiedenen Studien

	<i>Beschäftigungsjahre je investierter Mio. DM</i>
<i>Gesamtstudie Fernwärme</i>	<i>ca. 25 - 26 (1)</i>
<i>USSI</i>	<i>ca. 30 (2)</i>
<i>Mannheim-Studie</i>	<i>ca. 30 (3)</i>
<i>AGF/ASA</i>	<i>ca. 20 (4)</i>
<i>Haak</i>	<i>ca. 20 - 25 (5)</i>
<i>STEAG/RWI</i>	<i>ca. 18 - 22 (6)</i>

(1) in Preisen von 1975

(2) in Preisen von 1977

(3) nicht ausgewiesen

(4) in Preisen von 1974

(5) in Preisen von 1981

Quelle: Spitzley 1983

Hier wird deutlich, daß sich die Beschäftigungswirkungen auf zwischen 20 bis 30 Arbeitsplätze je investierter Million DM belaufen. Diese mehr gesamtwirtschaftlichen Betrachtungen wurden in der letzten Zeit durch regionale empirische Untersuchungen ergänzt. Die Gewos (Gewos 1983) untersuchte sehr ausführlich die Arbeitsmarkteffekte eines Ausbaus der Fernwärme in Hamburg. Es wurden die genauen Beschäftigungs- und Qualifikationswirkungen bei den Unternehmen bzw. Beschäftigten untersucht, die in den letzten fünf bis zehn Jahren am Fernwärmeausbau beteiligt waren. Ein Ergebnis war, daß die Beschäftigungswirkungen auch von der regionalen Auslastung der beteiligten Unternehmen abhängig sind. Ist die Auslastung hoch, kann ein sogenannter „Sogeffekt“ entstehen, der sich in einer zusätzlichen Nachfrage nach Arbeitskräften äußern kann; ist die Auslastung gering, wird nur der Auslastungsgrad verbessert und eventuell Kurzar-

beit abgebaut. Die Gewos errechnete, daß durch je 100 Millionen DM Investitionen 1.176 Arbeitskräfte beschäftigt werden. Hierbei ist zu beachten, daß die oben genannten Studien immer zusätzliche Investitionen annahmen, während die Gewos empirische Werte erhoben hat. Für die Diskussion regionaler Nah- und Fernwärmekonzepte ist interessant, daß 82 Prozent der Netto-Beschäftigungseffekte auf dem regionalen Arbeitsmarkt anfallen. Die Wartung eines Wärmenetzes sichert pro Kilometer ca. 0,5 Arbeitskräfte pro Jahr, die zusätzlich addiert werden müssen.

Der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung hat für Bremen eine Studie durchgeführt, die die Beschäftigungswirkungen eines Fernwärmeprogramms in Höhe von 100 Millionen DM untersucht. Dabei wurden die negativen Arbeitsplatzeffekte berücksichtigt, die durch die Verdrängung anderer Energieträger (hier Öl) entstehen.

Während der Bauphase entstehen Beschäftigungseffekte durch Produktions- und Einkommenseffekte in Höhe von ca. 2.700 Mannjahren bundesweit und in Bremen von ca. 800 Mannjahren. Bei einer Arbeitslosigkeit von knapp 40.000 im Lande Bremen sicher kein imponierender Wert, jedoch auch nicht ein zu vernachlässigender, der sich durch einen großräumigen Ausbau oder durch eine gezielte „Inselstrategie“ erhöhen ließe.

Dokument

KLEINE BEGRIFFSERKLÄRUNG

Blockheizkraftwerke

Heizkraftwerke haben i.d.R. Leistungsdaten von 30 MW aufwärts. Für kleinere Wärmeabnahmepotentiale kann die Kraft-Wärme-Kopplung mit Blockheizkraftwerken genutzt werden. Sie können damit kleinere Wohneinheiten (200-500 Wohneinheiten oder Schulzentren) mit Strom und Wärme versorgen. Die Leistung wird von gas- oder dieselbetriebenen Lastkraftwagen- oder Schiffsmotoren erstellt, von denen mehrere aneinander gekoppelt sind. Die Motoren können je nach Bedarf betrieben werden. Der hohe Wirkungsgrad von Blockheizkraftwerken (zwischen 80 und 90 Prozent der eingesetzten Primärenergie) resultiert aus kurzen Leitungswegen und der gleichzeitigen Erzeugung von Strom (ca. 30 Prozent) und Nutzwärme (ca. 55 Prozent).

Endenergie

Endenergie ist die Energie, die den Endverbrauchern (Haushalt, Unternehmen) nach der Umwandlung (in Raffinerien, Kraftwerken) und der Verteilung (über das Stromnetz, Tankstellennetz) geliefert wird.

Energiedienstleistung

Der Energieverbrauch besteht aus zwei Faktoren, der Größe des Dienstes, der mit Hilfe von Energie beschafft werden kann (Energiedienstleistung) und dem spezifischen Energieverbrauch, der damit verbunden ist. Beispiel: ein gut isoliertes Haus kann in einem Winter mit 1.000 L Öl auf 20° C beheizt werden anstatt mit 3.000 L vorher. Die Energiedienstleistung ist also höher.

Kraft-Wärme-Kopplung

Heizkraftwerke mit einer höheren Leistung als Blockheizkraftwerke können Strom und Wärme gleichzeitig herstellen. Werden 100 MW Strom produziert, kann Fernwärme für ca. 25.000 Wohneinheiten ausgekoppelt werden. Die Wärme heizt also nicht wie bei normalen Kraftwerken die Umwelt auf. Heizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung sind gegenüber separater Heizung- und Stromerzeugung mit einem Gesamtwirkungsgrad von ca. 70 Prozent wesentlich günstiger.

Megawatt (MW)

Maß für elektrische Leistung. $1 \text{ MW} = 1.000 \text{ Kilowatt}$.

Nutzenergie

Als Nutzenergie wird die Energie bezeichnet, die nach dem Einsatz der Endenergieträger z.B. im Heizkessel als genutzte Energie am Heizkörper oder an der Antriebswelle des Motors ankommt.

Primärenergie

Diese Energie befindet sich direkt als Rohstoff in der Natur z.B. Erdgas, Erdöl. Primärenergieträger sind somit keiner Umwandlung unterworfen.

Sekundärenergieträger

Die Sekundärenergieträger sind Umwandlungsprodukte, sie fallen als leitungsgebundene Energie an (Elektrizität, Fernwärme, Stadtgas u.ä.) oder als Veredelungsprodukte (Koks, Briketts, Treibstoffe).

SKE (Steinkohleeinheit)

SKE ist ein Standardmaß, auf das die Energieträger entsprechend ihrem Heizwert umgerechnet werden. Ein SKE entspricht dem Wärmeäquivalent (Wärmegegenwert) von einem Kilogramm Steinkohle (von $7.000 \text{ Kcal} = \text{Wärmeeinheiten}$)

Wirbelschichtfeuerung

Wirbelschichtfeuerung ist ein Befeuerverfahren bei Kraftwerken auf Kohlebasis. Insbesondere bei mittleren und kleinen Anlagen, bei denen eine Minderung der Stickoxide und eine Entschwefelung zu teuer wäre, kann durch das Verbrennungsverfahren eine umweltfreundliche und kostengünstige Wärmeerzeugung stattfinden.

V. Anhang: Thesen zur sozialistischen Wirtschaftspolitik

1. Arbeitszeitverkürzung

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der fortschreitenden Spaltung unserer Gesellschaft, zur Humanisierung der Arbeit und zur Durchsetzung gleicher Bedingungen für Mann und Frau ist eine drastische Verkürzung vor allem der wöchentlichen Arbeitszeit unverzichtbar. Auch wenn die abgelaufenen Tarifrunden die 40- bzw. die 38,5-Stunden-Woche auf Jahre festgeschrieben haben, wäre angesichts des raschen technologischen Wandels eher der 6-Stunden-Arbeitstag und die 30-Stunden-Woche zu fordern als die 35-Stunden-Woche. Wichtig ist allerdings, daß mit Arbeitszeitverkürzungen (mit Überstundenbegrenzungen, Lohnausgleich und kontrollierten Leistungsbedingungen) auch dezentrale Angebote der betriebsbezogenen oder kommunalen Kultur- und Weiterbildung einhergehen und z.B. Stadtteilwerkstätten zur aktiven Freizeitbetätigung zur Verfügung gestellt werden.

2. Mindesteinkommen

Die zunehmende „neue Armut“ insbesondere bei Sozialhilfeempfängern und Kleinstrentnern kann nicht hingenommen werden und erfordert die gesellschaftliche Garantie einer Mindestrente und eines Mindestsatzes an Unterstützung z.B. in Höhe von DM 1.000,— DM pro Monat. Auch für Beschäftigte müssen Mindesteinkommen definiert werden. Konzepte einer Mindestabsicherung für alle, die je nach Bedarf durch Lohn für Arbeit aufgebessert werden kann, entsprechen

auf absehbare Zeit nicht den gesellschaftlichen Möglichkeiten: Falls niemand Lust zur Arbeit hätte, gäbe es keine Ouelle für das „garantierte“ Einkommen für Millionen von Menschen.

3. Beschäftigungsprogramme

Zur Befriedigung des vorhandenen großen sozialen und ökologischen Bedarfs ist ein mit 250 Milliarden DM ausgestattetes und auf fünf Jahre angelegtes öffentliches Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Damit besteht auch die Chance der regionalen und sektoralen Strukturpolitik: Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffene Regionen können bevorzugt behandelt und die Umstrukturierung der Produktion besonders gefördert werden. Aktivitäten für eine alternative Kommunal- bzw. Regionalpolitik könnten sich mit Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion oder mit Belegschaftskooperativen verbinden und so zur konkreten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beitragen. Maßnahmen zur Energieeinsparung, Wohnungssanierung, Umweltverbesserung und zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs müßten im Mittelpunkt solcher Investitionsprogramme stehen.

In den Beschäftigungsprogrammen müssen Schwerpunktprogramme zur Jugendarbeitslosigkeit und Frauenförderungsprogramme enthalten sein.

Dabei sollte auch das Konzept eines „Zweiten Arbeitsmarktes“, der als zeitlich befristeter Ersatzarbeitsmarkt, als sozialpolitische Maßnahme für die Betroffenen und nicht als Lösung der Arbeitslosigkeit konzipiert ist, Anwendung finden.

4. Humanisierung der Arbeitswelt

Wesentliche Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt sind:

-
- Festschreibung von Mindestnormen bei den Arbeitsbedingungen,
 - die alternative Gestaltung von Technologie und Arbeitsorganisation,
 - die Ausstattung von Vertrauensleuten für Arbeitssicherheit mit dem Recht auf Produktionsunterbrechungen und von Arbeitnehmern mit einem Arbeitsverweigerungsrecht bei der Arbeit mit ungeprüften Schadstoffen,
 - der Einsatz von Technologie-Vertrauensleuten und
 - die Verankerung von Veto-Rechten der Betriebsräte bei der Einführung neuer Systeme.

5. Ökologische Produktion

Wichtige Schritte für eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte bei der Produktion sind u.a. das Verbot bzw. die Veränderung vorhandener (z.B. krebserregender) Produkte und Produktionen, die Umweltsanierung durch Heranziehen der Verursacher der Schäden sowie einen von der Industrie finanzierten Fonds, die schrittweise Überprüfung aller verwendeten chemischen Substanzen und von Schadstoffkombinationen sowie die Zulassung neuer Substanzen erst nach gründlichen staatlichen Überprüfungen, der Ausstieg aus der Kernenergie, eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz des Bodens, des Waldes, der Luft sowie der Gewässer und des Grundwassers, eine Verringerung der entstehenden Abfälle sowie deren weitestgehende Aufarbeitung zur erneuten Nutzung und die Verringerung der Lärmbelastigung.

6. Rüstungskonversion

Mit einer wirksamen Politik der Abrüstung, die auch einseitig in Angriff genommen werden muß, und einem Einfrieren bzw. schrittweisen

Verringern des Rüstungsetats stellt sich für die in der Rüstungsproduktion Beschäftigten die Frage nach der Umstellung der Produktion auf die Herstellung sozial nützlicher Güter. Die vorhandenen Belegschaftsinitiativen müssen unterstützt und öffentliche Gelder für eine Umstellung der Produktion zur Verfügung gestellt werden. Von der technologischen Seite her ist es in den Rüstungskonzernen kein Problem, zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen auch in den nicht entwickelten Ländern beizutragen anstatt die Zerstörungsmaschinerie zu perfektionieren. Darüber hinaus ist als erster Schritt eine qualitative „Umrüstung“ der Bundeswehr auf rein defensive Möglichkeiten und eine strukturelle „Nichtangriffsfähigkeit“ hin vorzunehmen.

7. Umverteilung der Einkommen und Vermögen

Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen muß auf die Profite der Unternehmen sowie die Einkommen und Vermögen der Reichen zurückgegriffen werden, anstatt diese Gruppen durch die Erhöhung der Staatsschulden und steuerliche Privilegien noch reicher zu machen. Wichtige Maßnahmen wären die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Quellensteuer auf Kapitalerträge, die Festlegung eines monatlichen Höchsteinkommens von z.B. 10.000,— DM, die Erhebung einer Bodenwertzuwachssteuer, die Abschaffung der Abschreibungsmöglichkeiten und Steuervergünstigungen für hohe Einkommen sowie das Eintreiben von Steuerrückständen mit Zinsen. Auf der Ausgabenseite könnten z.B. durch die Streichung des Kindergeldes etwa für monatliche Einkommen von über 4.000,— DM Mittel zugunsten der wirklich Bedürftigen frei werden. Darüber hinaus werden durch die Umlenkung von Milliardenbeträgen aus dem Rüstungsetat, dem Atomprogramm und der Arbeitslosenunterstützung erhebliche Möglichkeiten zur Ausweitung von Beschäftigung und Bedarfsbefriedigung eröffnet.

8. Kontrolle des Kreditsektors

Notwendig ist eine verstärkte öffentliche Kontrolle des Kreditsektors und eine Umlenkung der Geldströme in den produktiven Sektor. Maßnahmen hierzu bilden die Abschöpfung nicht investierter Gewinne, eine verstärkte Besteuerung der Zins- und Spekulationseinkommen und das Drücken des Zinssatzes durch eine andere Notenbankpolitik. Eine wirksame Kontrolle der Geldströme erfordert entsprechende Mitbestimmung und langfristig die gesellschaftliche Kontrolle des Bankensektors.

9. Mehr Mit- und Selbstbestimmung, mehr Demokratie

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche, der Abbau von Herrschaft, Bürokratie und Bevormundung ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen voranzutreiben. Strukturen der direkten Demokratie und der Selbstbestimmung sowie Rätestrukturen sind soweit wie möglich auszubauen, auch eine Dezentralisierung der Produktion und die Bildung von selbstbestimmten Kooperativen ist zu fördern. Die Mitbestimmung der Beschäftigten ist auf allen Ebenen, d.h. am Arbeitsplatz, in Betrieben und Konzernen, Aufsichtsräten und Vorständen sowie in den Branchen, den Regionen und der Gesamtwirtschaft auszubauen.

Diese notwendigen kurzfristigen Anti-Krisen-Maßnahmen müssen verbunden werden mit Schritten der Umgestaltung der kapitalistischen Systemstruktur. Der sozialdemokratische und Godesberger Weg, der auf umverteilten Wachstumsraten und lediglich mittelbaren Eingriffen in die nicht mehr in Frage gestellte Marktwirtschaft beruhte, ist durch die Wirtschaftskrise an seine Grenzen gelangt und gescheitert. Gescheitert ist andererseits auch das zentralistische Planwirtschaftssystem des sogenannten ‚Realen Sozialismus‘, das sich durch das Scheitern seiner bürokratischen Planung, fehlende demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten und eine katastrophale Umweltzerstörung

als Sackgasse erwiesen hat. Notwendig ist deshalb ein „Dritter Weg“ der Demokratisierung der Wirtschaft, wobei eine schrittweise, reformsozialistische Strategie die kapitalistische Profitlogik durch die Orientierung am gesellschaftlichen Bedarf ablöst.

Wesentliche Elemente der Umgestaltung sind:

10. Investitionslenkung und Rahmenplanung

Zur Absicherung von Prognosen sind dezentrale und zentrale Investitionsmeldestellen einzurichten, die zugleich die Grundlagen für eine wirkungsvolle Investitionslenkung schaffen. Dabei geht es darum, z.B. absehbare Überkapazitäten oder unerwünschte Produktionen zu vermeiden und sinnvolle und gewünschte Investitionen zu fördern und auszuweiten. Die gesellschaftliche Investitions- und Entwicklungsplanung soll den Charakter einer nicht nur unverbindlichen Projektion, sondern einer durch vor allem indirekte (Kredit-, Steuer- und Preispolitik), aber auch direkte Lenkungsmöglichkeiten (Investitionsge- und -verbote) durchzusetzende Zielvorgabe enthalten. Die osteuropäischen Planungserfahrungen, die programmatischen Vorstellungen u.a. der polnischen Gewerkschaft Solidarität und die ungarischen Reformkonzepte empfehlen keine Zentralplanung aller ökonomischen Details, sondern Rahmenpläne mit einer erheblichen betrieblichen Autonomie und das Beibehalten von Marktstrukturen in bestimmten Bereichen. Die Forderung nach „demokratischer Planung“ unterstreicht, daß paritätisch besetzte regionale, sektorale und zentrale Wirtschafts- und Sozialräte für die Vorlage von Planungskonzepten verantwortlich sein und diese letztlich vom Parlament verabschiedet werden sollen. Die Ausweitung der betrieblichen Mit- und Selbstbestimmung sowie der gewerkschaftlichen Rechte macht zusätzlich die bloße Exekution von zentralen Planungsdaten als „Diktatur über die Bedürfnisse“ unmöglich.

11. Eigengesellschaften und Vergesellschaftungen

Zur Durchsetzung einer an den menschlichen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen orientierten Gesamtwirtschaft ist eine Überwindung des Profitmotivs als zentraler Motor der Entwicklung erforderlich. Die angestrebten Veränderungen werden nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals und nur dann durchzusetzen sein, wenn die machtmäßigen und ökonomischen Voraussetzungen für eine alternative Steuerung der Wirtschaft vorhanden sind. Nur ein ausreichend großer öffentlicher Sektor („Mindestschwelle der Vergesellschaftung“) und der Verlust der mit der wirtschaftlichen verbundenen politischen Macht des Großkapitals ermöglichen die angestrebten Veränderungen. Dazu sind zunächst die vorhandenen öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen zusammenzufassen und koordiniert einzusetzen. Darüber hinaus ist die Vergesellschaftung der jeweils strukturbestimmenden Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie (Umstrukturierung/politische Macht), der chemischen Industrie (Entgiftung der Umwelt), der Pharmaindustrie (kostengünstige medizinische Versorgung), des Energiesektors (bedarfsgerechte ökologische Energiepolitik) sowie der Banken und Versicherungen (außenwirtschaftliche Absicherung, Finanzierung) vordringlich. Ein steuerungs-fähiger öffentlicher Sektor entsteht mit der weiteren Vergesellschaftung des Fahrzeugbaus, der Elektroindustrie und weiterer Metall- und Rüstungsunternehmen. Zur Abrundung eines funktionsfähigen öffentlichen Bereichs wird darüber hinaus die Vergesellschaftung einzelner Unternehmen des Bauwesens, der Konsumgüterindustrie, des Handels sowie des Transport- und Verlagwesens vorgeschlagen, so daß insgesamt ca. 110 Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden sollen. Mit diesem Konzept ist die Fortexistenz eines privaten Sektors verbunden. Zu bestimmten Zwecken (z.B. für den Außenhandel bzw. die Rohstoffversorgung oder zur Förderung der regionalen Entwicklung) sind neue öffentliche Unternehmen (Eigengesellschaften der öffentlichen Hand) aufzubauen.

12. Massenmobilisierung und politische Bildung

Ein solches sozialistisches Konzept ist nur realisierbar, wenn es von einem breiten Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen getragen und zum Gegenstand einer intensiven Diskussion gemacht wird. Nur die kontinuierliche politische Bildung von Aktivisten, Betroffenen und der breiten Masse kann die Grundlage für den stabilen Willen und für die Machtbasis zu einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung legen. Alle Konflikte und Auseinandersetzungen müssen als Lernprozesse begriffen werden, die die Analyse der bestehenden Verhältnisse und die Perspektive ihrer notwendigen umfassenden Veränderung betonen können. Und diese Veränderung ist dringend erforderlich, wenn menschliches Leben und Überleben für die Zukunft gesichert werden soll.

Literatur

- Abendroth, M.; Beckenbach, N.; Braun, S.; Dombois, R.: *Hafenarbeit*, Frankfurt 1979
- Adam, H.: *Bausteine der Volkswirtschaftslehre*, Köln 1982
- Adorno, Th. W.: *Kultur und Verwaltung*, in Horkheimer, M.; Adorno, Th. W.: *Sociologica II*, Frankfurt 1962
- AGAT, Arbeitsgruppe für angepaßte Technologie (Hrsg.): *Technik für den Menschen*, Frankfurt 1982
- Albrecht, U.; Lock, P.; Wulf, H.: *Arbeitsplätze durch Rüstung?*, Reinbek 1978
- Altmann, N.; Bechtle, G.; Lutz, B.: *Betrieb — Technik — Arbeit*, Frankfurt/München 1978
- Altmann, N.; Binkelman, P.; Düll, K.; Stück, H.: *Grenzen neuer Arbeitsformen*, Frankfurt/New York 1982
- Altwater, E.; Hoffmann, J.; Semmler, W.: *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*, Berlin 1979
- Amlung, W., u.a.: *Sozialistische Perspektiven. Für einen neuen programatischen Impuls. Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten*, Marburg 1984
- Arbeitskreis Alternativenergie Tübingen: *Alternatives Energiekonzept für die Stadt Tübingen*, Tübingen 1981
- Arndt, H.: *Arbeitslosigkeit und Inflation in der Weltwirtschaft*, in: Markmann, H.; Simmert, D.B. (Hrsg): *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978
- Autorenkollektiv am Institut für Soziologie der FU Berlin: *Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter*, Frankfurt 1973
- Baethge, M.; Bauer, W.; Mohr, W.; Münch, J.; Schöll-Schwinghammer, I.; Schumann, M.: *Sozialpolitik und Arbeiterinteresse*, Frankfurt 1976
- Baethge, M.; Gerstenberger, F.; Kern, H.; Schumann, M.; Stein, H.W.; Wiennemann, E.: *Produktion und Qualifikation (Vorstudie)*, Berlin 1974
- Baethge, M.; Schumann, M.: *Legitimation und Staatsillusion im Bewußtsein der Arbeiter — Überlegungen zum Staatsverständnis der Arbeiter anläßlich einer empirischen Studie*, in: Osterland, M. (Hrsg) *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential*, Frankfurt 1975
- Balsen, W.; Nakielski, H.; Rössel, K.; Winkel, R.: *Die neue Armut; Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung*, Köln 1983
- Bechmann, G.; Vahrenkamp, R.; Wingert, B.: *Mechanisierung geistiger Arbeit*, Frankfurt/New York 1979

- Bechtle, G.: *Betrieb als Strategie — Theoretische Vorarbeiten zu einem Industriesoziologischen Konzept*, Frankfurt/München 1980
- Beckenbach, N.; Braczyk, H.-J.; Herkommer, S.; Malsch, Th.; Seltz, R.; Stück, H.: *Ingenieure und Techniker in der Industrie*, Frankfurt/Köln 1975
- Becker-Schmidt, R.; Knapp, G.-A.; Schmidt, B.: *Eines ist zu wenig — beides ist zuviel*, Bonn 1984
- Bell, D.: *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Reinbek 1979
- Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Berger, H.: *Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit*, Frankfurt 1974
- Berger, J.; Müller, J.; Pfriem, R. (Redaktion): *Kongreß Zukunft der Arbeit*, Materialband, Bielefeld 1982
- Bergmann, J.; Jacobi, O.; Müller-Jentsch, W.: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Köln 1975
- Bergmann, J.; Müller-Jentsch, W.: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 2; *Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre*, Frankfurt 1977
- Bettelhäuser, F.; Brock, A (Hrsg.): *Belastungen und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz*, Universität Bremen 1980
- Bierbaum, Chr.; Bischoff, J.; Eppenstein, D.; Herkommer, S.; Maldaner, K.; Martin, A.: *Bwußtsein der Lohnabhängigen 1975 / 76*, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft, Berlin 1976
- Bierbaum, Chr.; Bischoff, J.; Eppenstein, D.; Herkommer, S.; Maldaner, K.; Martin, A.: *Ende der Illusionen?*, Frankfurt/Köln 1977
- Bischoff, J.; Maldaner, K. (Hrsg.): *Kulturindustrie und Ideologie*, Teil 1, Hamburg 1980
- Bischoff, J.; Maldaner, K. (Hrsg.): *Kulturindustrie und Ideologie*, Teil 2, Hamburg 1982
- Bölsche, J. (Hrsg.): *Natur ohne Schutz*, Hamburg 1982
- Bosch, G.: *Arbeitsplatzverlust*, Frankfurt 1978
- Bossel, H.: *Kohle als Brücke zur sanften Energieversorgung*, in: Hatzfeld, H. u.a. (Hrsg.): *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Both, K.: *Stand und Entwicklung der Fernwärmeversorgung im Saarland*, in: Energie und Umwelt 82, VDI-Fachtagung, Saarbrücken 1983
- Bouwer, G.: *Eine Untersuchung über die Möglichkeiten einer Umstellung von militärischer Produktion auf zivile unter besonderer Berücksichtigung der „Vereinigten Flugtechnischen Werke“ (VFW)*, Dissertation, Bremen 1981
- Bouwer, G.: *Vom MRCA Tornado zur zivilen Alternative*, Baden-Baden 1983
- Brammerts, H.; Gerlach, G.; Trautwein, N.: *Lernen in der Gewerkschaft*, Frankfurt/Köln 1976
- Brandt, G.; Kündig, B.; Papadimitriou, Z.; Thomae, J.: *Computer und Arbeitsprozeß*, Frankfurt 1978

- Brandt, G.: *Die Zukunft der Arbeit in der „nachindustriellen“ Gesellschaft*, Manuskript eines Vortrages am Wiener Institut für höhere Studien, 1980
- Brandt, W.: *Das Überleben sichern*, Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980
- Braun, S.; Fuhrmann, J.: *Angestelltenmentalität*, Neuwied / Berlin 1970
- Briefs, U.: *Arbeiten ohne Sinn und Perspektive?*, Köln 1980
- Brock, A.: *Arbeiterbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus*, herausgegeben von der Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen, 1980
- Brock, A.; Einemann, E.: *Lernen am Konflikt — Abbau von Arbeitsbelastungen durch Arbeiterbildung und Arbeiterforschung*, in: Görs D. (Hrsg.): *Arbeiten und Lernen*, München 1983
- Brock, A.; Funke, H.; Einemann, E.; Abholz, H.H.; Hoppensack, Th.: *Betriebliche Gesundheit und gewerkschaftliche Arbeit in einer norddeutschen Werft — Ansätze einer Arbeitermedizin in der BRD*, in: *Jahrbuch für kritische Medizin*, Band 6, Berlin 1980
- Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Bruns, Chr.; Conert, H.; Griesche, D.: *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Interessenvertretung im betrieblichen Alltag*, Frankfurt/New York 1980
- Brzoska, M.; Guha, A.A.; Willmann, Chr.: *Das Geschäft mit dem Tod*, Frankfurt 1982
- Bundesministerium für Wirtschaft: *Daten zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1982*, Bonn 1983
- Bundestags-Drucksache 9/983: *Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung*
- Bundestags-Enquete-Kommission: *Zukünftige Kernenergie-Politik, Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages*, Teil II, Bonn 1980
- Burgdorff, S. (Hrsg.): *Wirtschaft im Untergrund*, Reinbek 1983
- Conert, H.: *Probleme und Grenzen der Verwirklichung der Negtschen Konzeption von Arbeiterbildung im gewerkschaftlichen Bereich*, in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Cooley, M.: *Computer Aided Design*, Stuttgart 1978
- Cooley, M.: *Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod. Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion*, Reinbek 1982
- Cooley, M.: *Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse. Das Modell Lucas Aerospace*, in: Duve, F. (Hrsg.): *Technologie und Politik 15*, Reinbek 1980
- Cooley, M.: *Technologie, Gewerkschaften und menschliche Bedürfnisse* (Hrsg.: Internationaler Metallgewerkschaftsbund), Genf 1984
- Dahrendorf, R.: *Die Chancen einer Krise*, Stuttgart 1983

- Dahrendorf, R.: *Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht*, in: Matthes, J. (Hrsg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft?*, Frankfurt/New York 1983
- Deeke, A.: *Industriesoziologie als Gestaltungswissenschaft?*, in: Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (Hrsg.): *Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen*, Köln 1982
- Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten: *Arbeit und Umwelt: Argumente in der Umweltdiskussion*, Wiesbaden 1983
- Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: *Bericht der Arbeitsgruppen „Energie und Umwelt“*, A.K.Z. III R 8881, 42.1, veröffentlicht in: *Auf dem Weg zur Naturwirtschaft*, Schorndorf 1984
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): *Wochenbericht 21/84: Ausbau der Fernwärmeversorgung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht*
- Dörr, G.; Klauthke, R.: *Gesundheitsinteresse und Industriearbeit — Aspekte der italienischen Arbeitermedizin*, Berlin 1980 (Veröffentlichungsreihe des Internationalen Instituts für vergleichende Gesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum Berlin)
- Duhm, R.; Hildebrandt, E.; Mückenberger, U.; Schmidt, E. (Hrsg.): *Wachstum alternativ*, Berlin 1983
- Dybowski, G.; Thomssen, W.: *Praxis und Weiterbildung*, Bremen 1982
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.: *Den Besitzstand sichern! Materialien zum Tarifkonflikt in der Metallindustrie Baden-Württembergs*, Frankfurt/New York 1979
- Eckart, Chr.; Herding, R.; Jaerisch, U.; Japp, K.; Kirchlechner, B.: *Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur marxischen Theorie 4*, Frankfurt 1975
- Einemann, E.: *Industriearbeiter in der Wirtschaftskrise. Zum Krisenbewußtsein von Werftarbeitern*, Universität Bremen 1982
- Einemann, E.; Lübbling, E.; Schürz, M.: *Ansatzpunkte einer Wirtschaftsstrukturpolitik für Bremen*, Universität Bremen 1981
- Einemann, E.; Lübbling, E.; Manske, F.; Schürz, M.: *Rationalisierung, Mikroelektronik und Humanisierung*, Universität Bremen 1982
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion*, Universität Bremen 1983
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Politische Alternativen in London. Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, Universität Bremen, 1984 a
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Universität Bremen 1984 b
- Engels, F.: *Die wirklichen Ursachen der verhältnismäßigen Inaktivität der französischen Proletarier im vergangenen Dezember (21. Febr. 1852)*, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 8, Berlin 1962 f
- Eppler, E.: *Wege aus der Gefahr*, Hamburg 1981
- Esser, J.; Fach, W.: *Gewerkschaften als Säule im 'Modell Deutschland'?*, in:

- Jacobi, O.; Schmidt, E.; Müller-Jentsch, W. (Hrsg.): *Moderne Zeiten — alte Rezepte, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81*, Berlin 1980
- Esser, J.; Fach, W.; Gierszewski, G.; Väth, W.: *Krisenregulierung — Mechanismen und Voraussetzungen*, in: *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Jahrg. 7 (1979), Heft 1
- Esser, J.; Fach, W.; Väth, W.: *Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential — Die Krise der saarländischen Stahlindustrie*, in: *Prokla Heft 31*, 8. Jahrgang 1978, Nr. 2, Berlin 1978
- Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI): *Abrüstung und Umstellung der Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion*, Brüssel 1983
- Fischer, J.; Ladewig, L.; Einemann, E.; Lübbling, E.: *Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung*, Universität Bremen 1984
- Flatow, S. von; Huisken, F.: *Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 7, Berlin 1973
- Fricke, E.; Fricke, W.; Schönwälder, M.; Stiegler, B.: *Qualifikation und Beteiligung. „Das Peiner Modell“*. Frankfurt/New York 1981
- Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (Hrsg.): *Beiteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen*, Köln 1982
- Friedrichs, G.; Schaff, A. (Hrsg.): *Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rom*, Wien 1982
- Fromm, E.: *Sein und Haben*, München 1979
- Funke, H.; Geißler, B.; Thoma, P. (Redaktion): *Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß*, Frankfurt/Köln 1974
- Garnreiter, F. u.a.: *Auswirkungen verstärkter Maßnahmen zum rationellen Energieeinsatz auf Umwelt, Beschäftigung und Einkommen*, Berlin 1983
- Gewos: *Bestandaufnahme zum Beschäftigungsprogramm Küste*, Hamburg 1984
- Gewos: *Der Ausbau von Fernwärmenetzen und seine Wirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung*, Hamburg 1983
- Global Future: *Es ist Zeit zu Handeln*, Freiburg 1981
- Global 2000: *Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt 1980
- Glötz, P.: *Die Arbeit der Zuspitzung*, Berlin 1984
- Görs, D.: *Zur politischen Kontroverse um den Bildungsurlaub*, Köln 1978
- Goldthorpe, J.H.; Lockwood, D.; Bechhofer, F.; Platt, J.: *Der „wohlhabende“ Arbeiter in England*, Bd. 1: Industrielles Verhalten und Gesellschaft, München 1970
- Gorz, A.: *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt 1980
- Grabbe, H.: *Kritik der kritischen Freizeitpädagogik*, in: *Neue Praxis* 1/82, Neuwied 1982
- Granados, G.; Gurgsdies, E.: *Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie*, Bonn 1982
- Grauhan, R.R.: *Grenzen des Fortschritts?* München 1975
- Haak, D.: *Studie zur Energieeinsparung und Ölverdrängung durch den Ausbau der Fernwärme*, in: FR 2.6.1981

- Habermas, J.: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973
- Habermas, J.: *Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit (1958)*, in Habermas, J.: *Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt*, Amsterdam 1970
- Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt/Neuwied 1962
- Habermas, J.: *Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'*, Frankfurt 1968
- Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt 1981
- Hansestadt Hamburg, Pressestelle: Senator Kuhbier, *Kostenstruktur der Energiewirtschaft ist eine Folge langjähriger energiepolitischer Entscheidungen*, 14.2.1984
- Hartmann, H.: *Armutsforschung in der Bundesrepublik*, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 11/83
- Hatzfeld, H.: *Wem gehört der Wärmemarkt?* in: Hatzfeld, H. u.a.: *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Hauchler, I.: *Defensive als Prinzip*, in: *Sozialismus* Nr. 11/84, Hamburg 1984
- Hauser, R. u.a.: *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1981
- Hauff, V.; Scharpf, F.W.: *Modernisierung der Volkswirtschaft*, Frankfurt/Köln 1975
- Helfert, M.: *Indikatoren für Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik*, in: Vorstand der IG Metall, *Krise und Reform in der Industriegesellschaft*, Frankfurt/Köln 1976
- Hennicke, P.: *Möglichkeiten und Grenzen der Energieeinsparung im Rahmen regionaler Energiekonzepte*, WSI-Mitteilungen 11/83, Düsseldorf 1983
- Herkommer, S.: *Vom Elend der Industriesoziologie*, in: *Sozialistische Politik*, 4. Jahrgang, Nr. 16, 1972
- Herkommer, S.; Bischoff, J. u.a.: *Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften*, Hamburg 1979
- Herkommer, S.; Bischoff, J.; Maldaner, K.: *Alltag, Bewußtsein, Klassen*, Hamburg 1984
- Heseler, H.: *Technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation und Kapitalentwertung*, Frankfurt/New York 1980
- Heseler, H.; Ortlieb, F.: *Ökonomische Gründe für technische und arbeitsorganisatorische Veränderungen im Schiffsbau in der Bundesrepublik Deutschland*, Manuskript Bremen 1978
- Hildebrandt, E.: *Feuern ohne zu heuern. Betriebs- und Personalpolitik in der Krise am Beispiel der Automobilindustrie*, in: *Prokla-Heft* 26, 6. Jahrgang 1977, Nr 1, Berlin 1977
- Hildebrandt, E.; Pentz, B.: *Der „Corporate Plan“ von Lucas Aerospace — eine englische Arbeiterinitiative*, Berlin 1982
- Hindrichs, W.: *Betriebsnahe gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, in Görs, D. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, München-Wien-Baltimore 1982
- Hindrichs, W.; Holzapfel, G.; Körber, K.; Thomssen, W.: *Bestandsaufnahme*

- der politischen Arbeiterbildung im Bildungsurlaub der Länder Bremen und Niedersachsen*, Universität Bremen 1984
- Hirsch, F.: *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Hamburg 1980
- Hoffmann, H. (Hrsg.): *Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik*, Frankfurt 1974
- Hopf, Chr.; Hopf, W.: *Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein*, in: *Prokla-Heft 22*, 6. Jahrgang, 1976, Nr. 1, Berlin 1976
- Huber, J.: *Anders arbeiten — anders wirtschaften* Frankfurt 1979
- Huber, J.: *Die zwei Gesichter der Arbeit*, Frankfurt 1984
- Huffschmidt, J.: *Für den Frieden produzieren*, Köln 1981
- Huffschmidt, J.: *Rüstungs- oder Sozialstaat?*, Köln 1981
- Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.: *Ifo-Schnelldienst 17-18/82*, München 1982
- IG Metall: *Arbeit für die Küste*. Papier der IG Metall-Bezirksleitung Hamburg für die beschäftigungspolitische Konferenz der IG Metall am 24. Jan. 1984 in Hamburg
- IG Metall: „*Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht*“. *Rationalisierung der Metallwirtschaft*, Frankfurt 1983
- IG Metall (Hrsg.): *Werktage werden besser*, Köln 1977
- Illich, I.: *Fortschrittsmythen*, Reinbek 1983
- Jahoda, M.; Lazarsfeld, P.F.; Zeisel, H.: *Die Arbeitslosen von Mariental*, Frankfurt 1975 (Leipzig 1933)
- Jahoda, M.: *Wieviel Arbeit braucht der Mensch?* Weinheim/Basel 1983
- Jungsozialisten: *Die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm der Jungsozialisten*, in: *Sozialistische Tribüne*, Sonderausgabe 2, Bonn 1981
- Kalmbach, P.: *Beschäftigungssicherung durch „Modernisierung der Wirtschaft“?* in: Markmann, H.; Simmert, D.B. (Hrsg.): *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978
- Kalmbach, P.; Kasiske, R.; Manske, F.; Mickler, O.; Pelull, W.; Wobbe, W.: *Bedingungen und soziale Folgen des Einsatzes von Industrierobotern*, Bremen 1980
- Karweina, G.: *Der Megawatt-Clan*, Hamburg 1981
- Karweina, G.: *Der Strom-Staat*, Hamburg 1984
- Katterle, S.; Krahn, K. (Hrsg.): *Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen*, Köln 1980
- Katterle, S.; Krahn, K. (Hrsg.): *Arbeitnehmer und Hochschulforschung*, Köln 1981
- Kern, H.; Schumann, M.: *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Frankfurt 1970
- Kern, H.; Schumann, M.: *Zum politischen Verhaltenspotential der Arbeiterklasse*, in: Meschkat, K.; Negt, O. (Hrsg.): *Gesellschaftsstrukturen*, Frankfurt 1973
- Kern, H.; Schumann, M.: *Kurzbezeichnung des Vorhabens: Rationalisierung*

- und Arbeiterverhalten. Eine Folgestudie zu „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Manuskript 1980
- Kern, H.; Schumann, M.: *Industriearbeit im Umbruch — Versuch einer Voraussage*, Manuskript des Vortrages auf dem 22. deutschen Soziologentag am 11.10.1984 in Dortmund
- Kern, H.; Schumann, M.: *Das Ende der Arbeitsteilung?* München 1984
- Klages, H.; Kmieciak, P. (Hrsg.): *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt/New York 1979
- Klauder, W.: *Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen*, in: MittA.B. 1/80, Nürnberg 1980
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften e.V., *Reihe Energie Nr. 4*, Brüssel 1979
- Krause, F.: *Daten und Fakten zur Energiewende, Technische Berichte zur Energiestudie*, Teile 1-5, Freiburg 1981
- Krüger, H.; Müller, W.: *So lernt man in der Gewerkschaft?* in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Kubach, N.; Mantz, R.; Wittemann, K.P.: *In den Fesseln der betrieblichen Krisenpolitik — Zur Krisenreaktion von Metallarbeitern*, in: *SOFI-Mitteilungen Nr. 10*, November 1984, Göttingen 1984
- Kuda, R.: *Tarifpolitik und Beschäftigungskrise*, in: *WSI-Mitteilungen Nr. 4/1980*, Köln 1980
- Kudera, W.; Mangold, W.; Ruff, K.; Schmidt, R.; Wentzke, Th.: *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern*, Frankfurt 1979
- Küchle, H.; Jordan, R.: *Investitionsentwicklung und Krise 1974/75*, in: *WSI-Mitteilungen 12/77*
- Kuhbier, J.: *Ein regionales Energie- und Recycling-Konzept*, in: Einemann, E.; Lübbing, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Bremen 1984
- Lees, R.; Smith, G.: *Action-Research in Community Development*, London 1975
- Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Lenin-Werke*, Bd. 22, Berlin 1960
- Leonhardt, W.: *Das örtliche Versorgungskonzept der Landeshauptstadt Saarbrücken 1980-1995*, in: *Energie und Umwelt 82*, VDI-Fachtagung, Saarbrücken 1983
- Leonhardt, W.: *Örtliches Versorgungskonzept Saarbrücken — Ein Modell für Bremen?* in: Einemann, E.; Lübbing, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Bremen 1984
- Lichte, R.: *Betriebsalltag von Industriearbeitern*, Frankfurt 1978
- Löw-Beer, P.: *Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace*, Berlin 1981
- Lovins, A.B.: *Sanfte Energie*, Hamburg 1978
- Lukács, G.: *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923 (Nachdruck Amsterdam 1967)
- Lutz, B.; Schidt, G.: *Industriesoziologie*, in König, R.: *Handbuch der empiri-*

- schen Sozialforschung*, Bd. 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel, Stuttgart 1977
- Mahnkopf, B.: *Das kulturtheoretische Defizit industriesoziologischer Forschung*, in: *Prokla-Heft 46*, 12. Jahrg. 1982, Nr. 1
- Maire, E.: *Arbeiterbewegung und Krisenideologie*, in: *Prokla*, 10. Jahrg. 1980, Nr. 4, Heft 41, Berlin 1980
- Markert, W.: *Abschied vom Klassenbewußtsein?* in: Görs, D. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, München/Wien/Baltimore 1982
- Marstedt, G.; Mergner, O.: *Erfassung artikulierter Beanspruchung — Ein Weg aus theoretischen und methodischen Defiziten arbeits- und industriesoziologischer Belastungsforschung?* in: Schmidt, G.; Brazyk, H.-J.; Knesebeck, J.: *Materialien zur Industriosozologie*, Sonderheft 24/1982 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1982
- Marx, K.: *Das Kapital*, Marx-Engels-Werke, Bd. 23-25, Berlin 1962 f
- Marx, K.; Engels, F.: *Revue. Mai-Okt. 1950*, in Marx-Engels-Werke, Bd. 7, Berlin 1962 f
- Matthöfer, H.: *Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsarbeit der IG Metall*, Papier der Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1961
- Matthöfer, H.: *Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsarbeit der IG Metall*, Papier der Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1965
- Mayr, H.; Janßen, H. (Hrsg.): *Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung*, Köln 1984
- McRobie, G.: *Small is possible*, London 1981
- Meadows, D.; Meadows, D.; Zahn, E.; Milling, P.: *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1972
- Memorandum 82: *Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung — Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik*, Köln 1983
- Mendius, H.-G.; Sengenberger, W.; Lutz, B.; Altmann, N.; Böhle, F.; Asendorf-Krings, I.; Drexel, I.; Nuber, Chr.: *Betrieb — Arbeitsmarkt — Qualifikation I*, Frankfurt 1976
- Meyer-Abich u.a.: *Energie-Sparen: Die neue Energiequelle*, Frankfurt 1983
- Michelsen, G. (Hrsg.): *Der Fischer-Öko-Almanach 84/85*, Frankfurt 1984
- Mickler, O.: *Facharbeit im Wandel. Rationalisierung im industriellen Produktionsprozeß*, Frankfurt/New York 1981
- Mickler, O.; Dittrich, E.; Neumann, U.: *Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit*, Frankfurt 1976
- Mickler, O.; Mohr, W.; Kadritzke, U.: *Produktion und Qualifikation — Hauptstudie*, Band I und II, Göttingen 1977
- Miliband, R.: *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*, Frankfurt 1972
- Müller, H.D. u.a.: „Live“ dabei, wenn es vor der Haustür spannend wird. Das „vierte Programm“: Fernsehen selber machen — nicht nur in die Röh-

- re gucken*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 29.3.1980
- Müller, K.R.: ...*da könnt ihr garnichts machen! EDV und Rationalisierung in einem Betrieb*. Eine Fallstudie, Stuttgart 1981
- Müller-Jentsch, W.: *Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950-1978*, in: Bergmann, J. (Hrsg.): *Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften*, Frankfurt 1979
- Nauck, B.: *Konkurrierende Freizeitdefinition und ihre Auswirkungen auf die Forschungspraxis der Freizeitsoziologie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1983, 274 ff
- Negt, O.: *Marxismus und Arbeiterbildung — Kritische Anmerkung zu meinen Kritikern*, in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Negt, O.: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen*, Frankfurt 1975
- Negt, O.; Kluge, A.: *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt 1972
- Negt, O.: *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit*, Frankfurt 1984
- Novy, K.: *Strategien der Sozialisierung*, Frankfurt/New York 1978
- Novy, K.: *Vorwärts oder rückwärts?* in Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- O'Connor, J.: *Die Finanzkrise des Staates*, Frankfurt 1974
- OECD-Report: *Die Zukunftschancen der Industrienationen*, Frankfurt/New York 1981
- Öko-Institut: *Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl*, Freiburg 1982, 6. Auflage
- Oertzen, P. von: *Für einen neuen Reformismus*, Hamburg 1984
- Offe, C.: *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme*, in: Kress, G.; Senghaas, D. (Hrsg.): *Politwissenschaft*, Frankfurt 1969
- Offe, C.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972
- Offe, C.; Hinrichs, K.; Wiesenthal, H. (Hrsg.): *Arbeitszeitpolitik, Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit*, Frankfurt/New York 1982
- Ohne Angabe: *The Association for the Conservation of Energy: Jobs and Energy Conservation*, February 1983, London
- Opaschowski, H.W.: *Arbeit — Freizeit — Lebenssinn?* Opladen 1983
- Osterland, M.: *Innerbetriebliche Arbeitssituation und außerbetriebliche Lebensweise von Industriearbeitern*, in: Osterland, M. (Hrsg.): *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential*, Frankfurt/Köln 1975
- Palme-Bericht: *Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit*, Berlin 1982
- P.C.I. (Partito Comunista Italiano): *Der kommunistische Vorschlag, Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens*, Hamburg 1978
- Pöhler, W. (Hrsg.): *...damit die Arbeit menschlicher wird. Fünf Jahre Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens*, Bonn 1979
- Pösel, A.: *Werkbericht zum Wärmeversorgungskonzept*, Bremen 1983

- Popitz, H.; Bahrtdt, H.P.; Jüres, E.A.; Kesting, H.: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*, Tübingen 1957
- Poulantzas, N.: *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt 1974
- Prinz, W.: *Das Flensburger Energiekonzept*, in: *Fernwärme international*, Sonderdruck Nr. 31 17
- Prinz, W.: *Das Modell Flensburg*, in: Hatzfeld, H. u.a. (Hrsg.): *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Projekt Klassenanalyse: *Zur Taktik der proletarischen Partei*, Berlin 1972 (a)
- Projekt Klassenanalyse: *Klassenbewußtsein und Partei*, Berlin 1972 (b)
- Projekt Klassenanalyse: *Leninismus — Neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?* Berlin 1972 (c)
- Projekt Klassenanalyse: *Materialien zur Klassenstruktur der BRD*, Bd. 1 und 2, Berlin 1973 und 1974
- Projekt Klassenanalyse: *Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950-1975*, Berlin 1976
- Projektgruppe Automation und Qualifikation: *Automation in der BRD*, Berlin 1975
- Prokla: *Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik*, Heft Nr. 36, (9. Jahrgang 1979, Nr. 3): *Krise des Marxismus?* Berlin 1979
- Quaderni Rossi: *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion*, München 1972
- Raschke, J.: *Innerparteiliche Opposition*, Hamburg 1974
- Redaktion der Prokla: *'Modell Deutschland' — Anatomie und Alternativen*, in: *Prokla-Heft 40*, 10. Jahrgang 1980, Nr. 3, Berlin 1980
- Redaktionskollektiv Klassenanalyse: *Notizen zur Klassenanalyse der BRD durch das Projekt Klassenanalyse*, in: *Prokla 17/18*, 5. Jahrgang, Nr. 1/75, Berlin 1975
- Reich, W.: *Massenpsychologie des Faschismus*, o.O.1933
- Riegert, B.: *Gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekte der energiepolitischen Positionen des DGB*, in: *Sozialer Fortschritt* 12/80
- Rinderspacher, J.: *Gesellschaft ohne Zeit?* in: Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Rodberg, L.S.: *Beschäftigungswirkungen beim Übergang zu einer alternativen Energiestruktur*, in *MittA.B.* 1/80, Nürnberg 1980
- Rolff, H.G.; Baer, U.; Hänsel, D.; Heidenreich, F.; Lotz, H.; Neander, J.; Nyssen, E.; Tillmann, K.-J.: *Strategisches Lernen in der Gesamtschule*, Reinbek 1974
- Sackers, R.: *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in der 'Krise'*, Diplomarbeit im integrierten Studiengang Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Wuppertal, Wuppertal 1981
- Scheuch, E.K.: *Soziologie der Freizeit*, in: König, R. (Hrsg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Band 11, Stuttgart 1977
- Schmors, U.: *Wir wollen sichere Arbeitsplätze und sinnvolle Arbeit*, in: Berger, J.; Müller, J.; Priem, R.; (Redaktion): *Kongreß Zukunft der Ar*

- beit, Materialband, Bielefeld 1982
- Schütt, B.: *Die Suche nach sicheren Arbeitsplätzen und sinnvoller Arbeit*, in: *Die Mitbestimmung*, 28. Jahrgang, Nr. 12/82, Düsseldorf 1982
- Schumacher, E.F.: *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. „Small is beautiful“*, Reinbek 1977
- Schumann, M.: *Zum Krisenbewußtsein der Arbeiter*, in: *Probleme des Klassenkampfes* Nr. 53/1983 13. Jahrgang 1983 Nr. 4, Berlin 1983
- Schumann, M.; Einemann, E.; Siebel-Rebell, Chr.; Wittemann, K.P.: *Rationalisierung, Krise, Arbeiter*, Frankfurt 1982
- Schumann, M.; Einemann, E.; Siebel-Rebell, Chr.; Wittemann, K.P.: *Der wohlbegründete arbeitspolitische Konservatismus der Arbeiter*, in: *Materialien zur politischen Bildung* Nr. 3/1982, Leverkusen 1982 b
- Schumann, M.; Gerlach, F.; Gschlößel, A.; Milhofer, P.: *Am Beispiel der Septemberstreiks — Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?* Frankfurt 1971
- Seyfried, K.H.: *Lange Leitung*, Capital 4/84
- Siebert, H. (Hrsg.): *Bildungsurlaub — Eine Zwischenbilanz*, Düsseldorf
- Sinus-Studie: *5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben...“*, Reinbek 1981
- Spiegel-Verlagsreihe „Märkte im Wandel“, Bd. 11: *Freizeitverhalten*, Hamburg 1983
- Spielhofer, L.: *Am Stromverbrauch zügig vorbeigeschätzt*, FR vom 12.10.1983
- Spitzley, H.: *Energiesparen als Beschäftigungspolitik*, Berlin 1983
- Stadtwerke Bremen AG: *Geschäftsberichte*, verschiedene Jahrgänge
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport*, Bonn 1983
- Strasser, J.: *Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise*, Köln/Frankfurt 1979
- Strasser, J.; Traube, K.: *Die Zukunft des Fortschritts*, Bonn 1981
- Ströbele, W.: *Zehn Jahre nach der Ölpreiskrise*, in: *WSI-Mitteilungen* 11/83, Köln 1983
- Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW: *Technik und Gesellschaft*, Heft 3; *Wirbelschichtbefeuerung, Kohlevorrangspolitik in sauberer Umwelt*, Oberhausen 1984
- Teriet, B.: *Die Wiedergewinnung der Zeitsouveränität*, in: Duve, F. (Hrsg.): *Technologie und Politik*, Band 8, Reinbek 1977
- Traube, K.: *Drei neue Atomkraftwerke pro Jahr?* Spiegel Nr. 49/81, Hamburg 1981
- Traube, K.; Ullrich, O.: *Billiger Atomstrom?* Reinbek 1982
- Uhlmann, L.; Huber, G.: *Technischer und struktureller Wandel in der wachsenden Wirtschaft*, Frankfurt 1971
- Ullrich, O.: *Warum keiner auf den sanften Weg gehen will*, Frankfurter Rundschau vom 17.4.1984
- Ullrich, O.: *Technik und Herrschaft*, Frankfurt 1979
- Viefhues, D.: *Zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit von Techniken der Energieversorgung*, Öko-Mitteilungen 2/84

- Viefhues, D. u.a.: *Zur Wirtschaftlichkeit der Atomenergie*, Öko-Mitteilungen 2/82
- Volmberg, B.; Senghaas-Knobloch, E.; Leithäuser, Th.; *Erlebnisperspektiven und Humanisierungsbarrieren im Betrieb*, Bremen 1983
- Vonderach, G.: *Eigeninitiativen — Beginn einer „kulturellen Mutation“?* in: Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Wainwright, H.; Elliot, D.: *The Lucas Plan*, London/New York 1982
- Wallraff, G.: *Industriereportagen. Als Arbeiter in deutschen Großbetrieben*, Reinbeck 1970
- Ward, M.: *Job Creation by the Council*, IWS Pamphlet No. 78, Nottingham 1981
- Weizenbaum, J.: *Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft*, Frankfurt 1977
- Wellmann, Ch.: *Lucas Aerospace: Eine Alternativ-Planstrategie zwischen Mythos und Realität*, Berlin 1982
- Welsch, J.: *Erfolgsvoraussetzungen wirtschaftspolitischer Alternativkonzepte*, in: Meißner, W.; Kosta, J.; Welsch, J. (Hrsg.): *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt 1981
- Wintersberger, H.: *Arbeitsmedizin in Italien*, Wien 1981 (Veröffentlichungsreihe des intern. Instituts für vergleichende Gesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum, Berlin)
- WSI-Mitteilungen Nr. 9/84*, Köln 1984
- Zeuner, B.: „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *Prokla-Heft 26*, 6. Jahrgang, 1976, Nr. 1, Berlin 1977
- Zinn, K.G.: *Investitionslenkung und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung*, in: (Hrsg.): Meißner, W.; Kosta, J.; Welsch, J.: *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt 1981
- Zoll, R. (Hrsg.): *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Köln 1981
- Zoll, R.; Braune, H.H.; Bents, H.; Geissler, B.; Neumann, E.; Volz, R.: *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Zwischenbericht 1980/81, in: *Universität Bremen, Forschungsschwerpunkt: Reproduktionsrisiken, Soziale Bewegungen und Sozialpolitik*, Zwischenbericht, Nov. 1980
- Zoll, R. (Hrsg.): *Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!* Köln 1984
- Zoll, R. (Hrsg.): *Hauptsache, ich habe meine Arbeit*, Frankfurt 1984

Abkürzungen

AGF	Arbeitsgemeinschaft Fernwärme
ASA	Angewandte Systemanalyse
BLG	Bremer-Lagerhaus-Gesellschaft
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
FR	Frankfurter Rundschau
FuE	Forschung und Entwicklung
Gewos	Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH, Hamburg
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit
IFO	IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München
MAK-Wert	Maximale-Arbeitsplatz-Konzentration von Schadstoffen, die zur Vermeidung von Gesundheitsschäden nicht überschritten werden darf
NE-Metallindustrie	Nicht-Eisen – Metallindustrie
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PKA	Projekt Klassenanalyse
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut
SOFI	Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen
STEAG	Steinkohle-Elektrizität AG
USSI	Union de Société Suisse d'Ingenieurs Conseils et d'Architecture
WiWo	Wirtschaftswoche (Zeitschrift)
WK	Weserkurier (Tageszeitung)
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB